
Die Weltkrise Und Ihre Ursachen

**Militärische Invasionen, Ausbeutung, Pünderung und
Eliminierung der Zivilbevölkerung**

und

**Die Entstehung und Bildung des Terrorismus und eines
neuen Faschismus in der Welt**

Hassan Massali

Die Weltkrise Und Ihre Ursachen
Hassan Massali, Ph.D.

ISBN 978-3-9816239-4-9

All Rights Reserved

hmassali@aol.com

[Multi Kulturelles Zentrum e.V.](#)

P.O.Box 4145

65031 Wiesbaden, Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort **S. 9**

Kapitel 1 **S. 16**

Herkunft und Ursprung der Familie -
Mein Leben in Nord-Iran und ein kurzer Überblick über meinen
Lebenslauf

Kapitel 2 **S. 52**

Ein historischer Überblick über die politischen Ereignisse im Iran

Europäische Intervention

Errichtung einer konstitutionellen Monarchie

Aufstieg der Pahlawi-Dynastie

2. Weltkrieg (1939 – 1945)

Verstaatlichung der Erdölindustrie

Formierung und Entstehung des Khomeini-Regimes

Die Rechte der Frauen in der Islamischen Republik in Iran

Ein historischer Überblick über die sozio-ökonomische Entwicklung
im Iran von 1906 bis 2002

Kapitel 3**S. 62***Die Rolle von Dr. Mohammad Mossadegh im Iran*

Umzug nach Teheran

Die säkular-demokratische Bewegung im Iran

Die Rolle der CIA und Großbritanniens im Iran

Kapitel 4**S. 81**

Der Schah und die Rolle CIA im Iran

Europäische Organisation der Iranischen National-Front

Die politischen Realitäten

Das Schah-Regime und die Lage der Studenten

Die iranischen Studenten im Ausland

Aufstand des Volkes gegen Diktatur

Kapitel 5**S. 114**

Die Rolle der iranischen Studenten im Ausland

Organisierung der CISNU und INF

INF Information für die Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin

Fortsetzung des Kampfs gegen die diktatorische Herrschaft im Iran

Informationen über den Schah von Persien

„Europäisches Gift, das Inneres zerfrisst“

Informationen über Persien und den Schah – Der Schah gibt reichlich

Kapitel 6

S. 142

Solidarität mit der iranischen demokratischen Bewegung

Presseerklärung vom 09.03.1967

Kapitel 7

S. 168

Die Rolle der USA, Großbritanniens, Israels, Saudi-Arabiens und des Schahs im Nahen Osten

Die Rolle von Saudi-Arabien und der PLO in der Region

Was hat die PLO erreicht? (Stern, 28.05.2014, Seiten 30-31)

Kapitel 8

S. 196

Solidarität mit den unterdrückten Völkern im Nahen Osten

Mein Onkel Mahmud, seit 40 Jahren in meinem Gedächtnis

Persönliche Informationen, Erfahrungen und Beobachtungen im Nahen Osten und Iran 1953–1965

Kapitel 9**S. 223**

Die Rolle der USA bei der Formierung und Entstehung des Khomeini-Regimes und des Terrorismus

Iran – Die ermordete Freiheit

Über Asylrecht in Frankreich und die Folgen

Die Islamische Republik und Gefängnisstrafe, Folter und Hinrichtung politischer Gegner

Kapitel 10**S. 252**

Die sogenannten Reformisten in der „Islamischen Republik in Iran“

Volkskämpfe, die Rolle der opportunistischen „Eliten“ und das verführerische Phänomen namens Khatami

Kapitel 11**S. 271**

US-Angriffe und Verbrechen in der Welt

Zehn Jahre Irak-Krieg: Was aus den Bush-Kriegern im Nahen Osten wurde

Kriegstribunal befundet Bush, Cheney und Rumsfeld schuldig des Kriegsverbrechens

War Tribunal Finds Bush, Cheney, Rumsfeld Guilty of War Crimes

Cheney's Halliburton verdiente 39,5 Milliarden Dollar am Irak-Krieg

Bush während eines Irakbesuchs mit Schuhen beworfen

Arbeitsmethoden und Arbeitsmechanismen bei den
Waffenlieferungen während des Iran-Irak-Krieges

Kapitel 12 **S. 298**

Die neue Welt-Ordnung

Kapitel 13 **S. 310**

Zusammenfassung

Die Entstehung und Bildung des Terrorismus und eines neuen
Faschismus in der Welt

Die Vorschläge für die Entstehung und Formierung eines friedlichen
und demokratischen Weltsystems

Anhang **S. 326**

Zusätzliche Belege

Vorwort

Durch mein politisches Engagement, meine Forschungsarbeit und durch meine Beobachtungen habe ich festgestellt, dass die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der UDSSR (unter der Führung Stalins) nach dem Zweitem Weltkrieg eine „neue Weltordnung“ zustande gebracht haben und sich dadurch herausnehmen, die Rolle des „Godfather“ in der Welt zu spielen. Daher schlage ich vor, die Rolle, die Marlon Brando im Film „Godfather“ gespielt hat, aufmerksam zu beobachten, um die politische Situation in der Welt besser verstehen zu können.

Stalin erlaubte sich, die Länder in Ost-Europa zu besetzen. Er festigte seine Herrschaft durch Terrorismus und Eliminierung vieler Kommunisten und Freiheitskämpfer.

Nach dem Zerfall der UDSSR wurde die Welt in zwei Hauptzonen getrennt; und sogar Europa ist momentan gespalten (in reich und arm).

Die Großmächte wie USA, Großbritannien und Frankreich haben die alte Kolonialpolitik in eine neue Form gebracht. Die Souveränität von vielen Ländern in Afrika, Asien, und Lateinamerika wird missachtet - die Menschenrechte in diesen Ländern werden mit Füßen getreten und die Wirtschaftsquellen von unterentwickelten Ländern werden durch diese sogenannten „Big-Power“ ausgebeutet.

Diese neuen Kolonialmächte (USA, GB und Frankreich) versuchen folgenderweise ihre Macht auszudehnen:

Großbritannien und USA haben durch ihre Konspirationspolitik und Interventionen einen Untergang der Zivilisation und des kulturellen Zustands im Iran verursacht, wodurch das Schicksal von mindestens drei Generationen zerstört wurde.

Die Regierungen der USA und Großbritanniens haben aus Interesse an den Ölquellen im Iran durch Putsch und Terroraktionen Dr. M. Mossadegh, den iranischen Premierminister, im Jahr 1953 gestürzt. Durch die Einsetzung einer diktatorischen Herrschaft (die des Schah) wurden daraufhin mehrere Jahre Terroraktionen durchgeführt. Diese Aktionen bedeuteten eine

Verletzung des Völkerrechts, der Demokratie und der Menschenrechte im Iran.

Die US-Regierung und die Alliierten haben Khomeini, einen unkultivierten Fanatiker, unterstützt, um eine islamische, fundamentalistische Regierung im Iran an die Macht zu bringen.

Die US-Regierung hat im Vietnam-Krieg chemische Waffen benutzt und ist am Mord von Millionen Menschen aus der Zivilbevölkerung und der Zerstörung dieses Land schuldig.

Die US-Regierung hat durch Putsch die Allende-Regierung in Chile gestürzt und dadurch einen Diktator an die Macht gebracht. Die Folge dessen war, dass viele Menschen getötet und verhaftet wurden.

Die reaktionären Kräfte in Indonesien unter der Führung von General Suharto sind, mit Unterstützung der CIA, gegen Präsident Sukarno vorgegangen und haben in den Jahren zwischen 1964-1966 mehr als anderthalb Millionen Menschen als "Pro-Kommunisten" getötet.

Die US-Regierung hat durch die Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien und Bin-Laden die terroristischen Gruppen Taliban und Al-Qaida in Pakistan und Afghanistan gegründet. Durch die militärische Besetzung dieser Länder und durch die Kooperation mit korrupten Regierungen wurden Bürgerkrieg und Terrorismus in diesen Ländern und der Region verbreitet.

Die geheime Verbindung der Regierung von George W. Bush mit Bin-Laden und Saudi-Arabien hat schlussendlich die Terroranschläge am 11. September 2001 in New York verursacht.

Die militärische Invasion der USA im Irak durch die Bush-Administration (Vater und Sohn) und die Bombardierung des Landes hat zur Vernichtung eines großen Teiles der Bevölkerung und zum Bürgerkrieg zwischen ethnischen und religiösen Gruppen geführt. Zudem waren Dick Cheney und seine Partner in der Lage, mehrere Milliarden Dollar durch den Krieg im Irak zu verdienen. Solche korrupte Personen spielen noch immer eine große Rolle in der US-Politik.

Die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs sind wichtige Partner der USA und setzen ihre koloniale Politik in Afrika und im Nahen Osten

mit neuen Methoden fort. Zum Beispiel hat Nikolas Sarkozy (Frankreich) in Kooperation mit David Cameron (GB) eine große Rolle bei der militärischen Invasion in Libyen gespielt. Diese Regierungen haben den Bürgerkrieg, die Folterungen und Mordanschläge in Libyen verursacht, um die Ölquellen ausbeuten zu können. Diese Regierungen haben dazu beigetragen, dass noch immer einige islamische Terrorgruppen gegeneinander in Libyen kämpfen und dass das Land völlig zerstört wurde.

Unter der Zusammenarbeit von USA, Großbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien und der Türkei einerseits und Russland und Iran andererseits, wird der Krieg in Syrien fortgesetzt. Syrien ist fast völlig zerstört und Millionen aus der Zivilbevölkerung wurden eliminiert oder mussten das Land verlassen. In Syrien wird nicht für „Democracy“ gekämpft, wie es von den USA, von Großbritannien und Frankreich behauptet wird, sondern zugunsten der Interessen von Israel, Saudi-Arabien und der Türkei werden diese kriminellen Machenschaften fortgesetzt.

Die Regierungen der USA behaupten, dass sie durch ihre militärischen Interventionen in der Welt den Terrorismus bekämpfen und die Demokratie in der Welt verteidigen.

Die Dokumente und die derzeitige chaotische Situation in der Welt zeigen jedoch, dass die USA und andere Supermächte diese terroristischen Gruppen gegründet haben und mit diktatorischen Regierungen zusammenarbeiten und dadurch Terrorismus und Hass in der Welt verbreiten.

Die Einmischung der USA und von GB und Frankreich in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen ist eine Verletzung und Missachtung der UN-Charta und stellt eine Verletzung der Menschenrechte dar.

Über 40 Millionen Menschen leben in den USA unter der Armutsgrenze, über 25 Millionen sind obdachlos. Dazu kommt, dass einige Lobby-Verbände und viele andere in den USA mit Waffenverkauf Geld verdienen wollen und durch ihren Einfluss im Kongress verhindern, dass der Verkauf von Waffen abgeschafft wird. Deswegen werden täglich viele Menschen in den USA erschossen und umgebracht!

Das *Southern Poverty Law Center* (SPLC, Frühjahr 2015, Ausgabe 157) berichtet, dass es in den USA mehrere Hundert bewaffnete "Hate Groups" und "Gangster Groups" gibt. Die US-Administration ist jedoch unfähig, die internen Probleme ihrer eigenen Gesellschaft zu lösen.

Die UNO sollte eine neutrale Organisation sein und bei ihren Abstimmungen von keiner Regierungsmacht beeinflusst werden. Aber leider haben die sogenannten "Großmächte" ein Veto-Recht und können somit viele Beschlüsse zugunsten ihrer eigenen Interessen blockieren und versuchen, die UNO zu instrumentalisieren.

Diese neuen Kolonialmächte (USA, GB und Frankreich) versuchen folgenderweise ihre Macht weiter auszudehnen:

1. Sie organisieren Putsch (Coup d' Etat) gegen demokratische Regierungen und bringen ihre Marionetten an die Macht (wie 1953 im Iran).
2. Unter dem Vorwand „Kampf gegen Terrorismus“ besetzen sie militärisch die Länder (wie in Afghanistan, Pakistan, Irak Libyen, Syrien, ...).
3. Finanziell und militärisch unterstützen sie Islamische Extremisten oder hetzen die religiösen und ethnischen Gruppen gegeneinander auf, um einen Anlass für eine militärische Intervention (Eingreifen) zu finden. Als Beispiel: die USA haben mit Hilfe Saudi-Arabiens die „Taliban“ in Pakistan und Afghanistan gegründet. Und in diesem Zusammenhang haben die Familien Bin-Laden und George Busch eng zusammengearbeitet.
4. Die USA und Großbritannien benutzten jahrelang den Schah als Marionette im Nahen Osten. Nachdem bekannt wurde, dass der Schah bald an einem Krebsleiden sterben würde, beschlossen die USA und die europäischen Partner während der Guadeloupe-Konferenz, eine islamisch-extremistische Regierung unter der Führung von Khomeini im Iran (1979) an die Macht zu bringen.
5. Es gibt Belege, dass ISIS mit Hilfe von Saudi-Arabien und der Türkei gegen Syrien gegründet und sowohl militärisch als auch finanziell unterstützt wurde.
6. Viele Politiker in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich, die sich „Sozialdemokraten“ nennen, haben ihre ursprünglichen Ziele „vergessen“ und verhalten sich gegenüber der Außenpolitik der USA opportunistisch; was die USA machen, wird von der Mehrheit der deutschen und französischen Politiker akzeptiert.

7. Die USA spionieren sogar in Deutschland und Frankreich, aber manche Politiker in der BRD und in Frankreich schweigen dazu und haben keinen Mut solche Beziehungen zu beenden.

Russland ist zwar kein Freund der unterdrückten Völker, versucht sich aber manchmal aufgrund der Rivalität mit den USA gegen die Politik der USA zu stellen.

Diese Regierungen gestatten sich, Länder in Afrika, Lateinamerika und eines großen Teils Asiens militärisch zu besetzen oder sie bringen durch Putsch und terroristische Aktionen Diktatoren an die Macht, um diese Länder auszubeuten. Völkerrecht, Menschenrechte und Demokratie werden missachtet.

Ich werde in diesem Buch hauptsächlich über die Situation im Iran berichten und glaube, dass sowohl Großbritannien als auch die USA durch ihre Konspirationspolitik und Interventionen einen Untergang der Zivilisation und des kulturellen Zustands im Iran verursacht haben, wodurch das Schicksal von mindestens drei Generationen zerstört wurde.

In diesem Buch werde ich alles dokumentarisch belegen und Beispiele nennen, wie die US-Regierung Atom-Bomben in Hiroshima abgeworfen und dadurch viele Menschen getötet oder krank gemacht hat. Diese Aktion war ein Kriegsverbrechen und ein Verbrechen gegen Menschlichkeit. Die US-Regierung hat im Vietnam-Krieg chemische Waffen benutzt und ist am Mord von Millionen Menschen aus der Zivilbevölkerung und der Zerstörung dieses Land schuldig.

Die geheime Verbindung der Regierung von George W. Bush mit Bin-Laden und Saudi-Arabien hat schlussendlich die Terroranschläge am 11. September 2001 in New York verursacht.

Durch die Zusammenarbeit von USA, Großbritannien, Frankreich, Saudi-Arabien und der Türkei einerseits sowie Russland und Iran andererseits, wird der Krieg in Syrien fortgesetzt. Syrien ist fast völlig zerstört worden und Millionen aus der Zivilbevölkerung wurden eliminiert oder mussten das Land verlassen. In Syrien sind zudem mehrere terroristische Gruppen tätig. In Syrien wird nicht für „Democracy“ gekämpft, wie behauptet wird,

sondern für die Interessen von Israel, Saudi-Arabien und der Türkei. Durch die Arbeit von Lobby-Gruppen in den USA, Großbritannien und Frankreich werden diese kriminellen Machenschaften fortgesetzt.

Die Juden haben während des Naziregimes Rassismus erlitten und viele wurden umgebracht. Bei der Formierung eines Judenstaates haben viele gehofft, dass in Israel die besten demokratischen Verhältnisse hergestellt würden. Aber im Gegenteil, in Israel hat sich ein Apartheid-Regime formiert und Leute wie Moshe Dayan, Ariel Sharon und Netanyahu wandten und wenden sich nun ihrerseits in rassistischer Weise gegen die palästinensische Bevölkerung.

Die Regierungen der USA behaupteten und behaupten auch heute noch, dass sie durch ihre militärischen Interventionen den Terrorismus bekämpfen und die Demokratie in der Welt verteidigen.

Die Dokumente und die derzeitige chaotische Situation in der Welt zeigen jedoch, dass die USA und andere Supermächte zur Gründung terroristischer Gruppen beigetragen haben, mit diktatorischen Regierungen zusammenarbeiten und dadurch Terrorismus und Hass in der Welt verbreiten.

In meinem Buch werde ich die kritischen und gefährlichen Situationen der Welt dokumentarisch beschreiben und anschließend meine Vorschläge für die Entstehung und Bildung eines friedlichen und demokratischen Weltsystems darlegen.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich hervorheben, dass in der US-Administration und in den Regierungskreisen von Großbritannien und Frankreich auch gute Leute tätig sind und waren. Die Probleme in diesen Ländern sind strukturell-politischer und wirtschaftlicher Art, die durch eine Volksabstimmung abgeschafft werden sollten.

Hassan Massali, Ph.D.

Januar, 2016



Ich engagiere mich seit mehr als 60 Jahren in den Bereichen Politik,
Menschenrechte und Forschungsarbeit.

Kapitel 1

Herkunft und Ursprung der Familie – Mein Leben in Nord-Iran

Ein kurzer Überblick über mein Leben und meine Aktivitäten

Geboren in Massal (Tavalesh), Iran, engagierte ich mich politisch seit meiner Gymnasialschulzeit, indem ich Dr. Mohammad Mossadegh unterstützte, der sich für die Nationalisierung der iranischen Ölindustrie einsetzte (1951).

1958 setzte ich meine Ausbildung in Deutschland mit einem Studium der Medizin fort. Ich begann zudem, die dort lebenden iranischen Studenten zu vereinigen, was zur Entstehung des Zusammenschlusses der iranischen Studenten (*National Union*) führte.

Das Engagement bei der Entstehung und Formierung der Iranischen Nationalen Front

Vom 8. bis 10. Dezember 1961 fand eine Vorbereitungstagung der Iranischen Nationalen Front in Europa in Stuttgart statt. Vertreter aus Wien, Graz, Aachen, Stuttgart, Braunschweig, West-Berlin, Düsseldorf, Frankfurt am Main, Karlsruhe, Kiel, Gießen, Mainz, München und Hannover nahmen daran teil. Es wurde über den Aufbau einer pluralistisch-demokratischen Struktur mit gemeinsamem Führungssystem innerhalb der INF beraten. Anschließend wurde ein Kongress, der vom 15. bis 20. August 1962 in Wiesbaden stattfinden sollte, vorbereitet. Während des Wiesbadener Kongresses wurde ein oberster Rat gewählt. Dr.

Mossadegh und andere INF-Führungsspitzen im Iran sandten uns Grußbotschaften.

Im Anschluss an den Kongress haben wir die Zeitschrift "Iran Azad" in persischer Sprache und „INF-Information“ in deutscher Sprache herausgegeben.

Im August 1963, wurde der 2. INF-Kongress in Mainz organisiert.

Nach der Ermordung John F. Kennedys änderte sich die Außenpolitik der USA und der Schah erhielt von der neuen US-Administration grünes Licht für die Fortsetzung seiner diktatorischen und korrupten Herrschaft. Dies hatte zur Folge, dass die Studenten und politischen Aktivisten im Ausland nicht nach Iran reisen konnten. Die Oppositionellen mussten mit Folterungen oder Todesstrafe rechnen.

INF im Iran und im Ausland kritisierte stets die Außenpolitik der USA, Großbritanniens und der UDSSR. INF nahm dabei eine liberal-demokratische Position ein und versuchte eine parlamentarische Demokratie herzustellen. Aber der Schah stoppte mit Unterstützung der USA und Großbritanniens alle demokratischen Wege. Als sich der Schah im Jahr 1963 bemühte, wieder die absolute diktatorische Herrschaft zu erlangen, stellte ich Kontakte zu einigen vertrauten INF-Mitgliedern in Europa und in den USA her und reiste extra in die USA, um mit engen Freunden über unsere neuen Pläne zu beraten. Nach geheimen gemeinsamen Sitzungen beschlossen wir, in Verbindung mit der PLO, in Beirut einen Stützpunkt aufzubauen. Außerdem entschieden wir uns, die INF als Dachorganisation im Nahen Osten zu gründen und einen bewaffneten Kampf gegen die Schah-Regierung zu organisieren.

1963 wurde ich durch das Schah-Regime in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Im Zusammenhang mit meinen politischen Aktivitäten gegen das Schah-Regime hielt ich mich in den folgenden Jahren überwiegend in Ländern des Nahen Osten, teilweise illegal im Iran auf.

Nach der iranischen Revolution im Februar 1979 konnte ich für kurze Zeit in meiner Heimat legal leben und arbeiten. Ich kandidierte 1980 als unabhängiger Linker für das Parlament Tavalesh (Nord-Iran) und wurde mit großer Mehrheit zum Abgeordneten gewählt. Wegen meiner kritischen politischen Äußerungen über das Khomeini-Regime wurde ich jedoch erneut verfolgt. Ich habe von Ayatollah Lahuti erfahren, dass Khomeini heimlich angeordnet hatte, mich zu töten. Aus diesem Grund musste ich mich nur zwei Monate nach der Wahl wieder in die Illegalität begeben. In der Folgezeit wurden mehrere Verwandte und Freunde von mir wegen ihrer politischen Unterstützung verhaftet und hingerichtet.

Um meine politischen Aktivitäten fortsetzen zu können, gründete ich die "*Demokratische Revolutionäre Bewegung (Gilan & Mazandaran)*", die einen Kampf gegen die Regierung Khomeinis begann.

Drei Jahre lang arbeitete ich zusammen mit Dr. Abdulrahman Ghassemlou und seiner *Demokratischen Partei für Kurdistan*, um die demokratischen Prinzipien, für die ich mein ganzes Leben lang gekämpft hatte, zu erreichen. Nach der Ermordung von Dr. Ghassemlou am 13. Juli 1989 in Wien und später der Ermordung der Führung der kurdischen demokratischen Partei (Dr. Sadegh Scharafkandi, Fattah Abdoli, Homayoun Ardalan) am 17. September 1992 im Restaurant Mykonos, Berlin, durch die Agenten der islamischen Republik, entschied ich mich, meinen Widerstand fortzusetzen und in Europa einen neuen politischen Prozess außerhalb Irans zu beginnen.

Im Jahr 1990 traf ich Dr. Shapour Bakhtiar in Paris und beschloss, eine neue vereinigte demokratische Front zu gründen.

Kurze Zeit später töteten Agenten der Islamischen Republik Iran Dr. Bakhtiar (am 9. August 1991) und seinen langjährigen Verbündeten Dr. Abdulrahman Boroumand (am 18. April 1991) in Paris. Zuvor war ich bereits eingeladen worden, der von Dr. Bakhtiar gegründeten Nationalen Widerstandsbewegung von Iran beizutreten, zu deren Vorstandsmitglied ich dann schließlich gewählt wurde.

1995, nach unzähligen Attentaten innerhalb und außerhalb Irans durch die Agenten der „Islamischen Republik im Iran“, und nach dem Versagen der Opposition, mit den Untaten des Regimes umzugehen, lud ich alle Iraner ein, die zwar unterschiedlicher politischer Auffassung waren, aber ein gemeinschaftliches Verlangen nach einer gesellschaftlichen Formierung hatten, die auf einer Trennung von Kirche und Staat gründet, auf Gesetzestreue und Respekt vor dem internationalen Recht und den Menschenrechten hat, um für unser zukünftiges Schicksal zu verhandeln.

Der erste „Iranische National Kongress“ fand schließlich im Juli 1995 in Stuttgart, Deutschland, statt – ein Beginn unserer Nationalen Vereinigung. Diese Treffen wurden daraufhin auch von anderen iranischen Patrioten auf der ganzen Welt durchgeführt, deren Vereinigung außerhalb Irans sehr häufig den Geist der Iraner widerspiegelt, die unter dem despotischen mittelalterlichen Regime gelitten hatten, welches die Sicherheit und den Frieden der Region und der Welt seit der Einführung des Islamischen Regimes beeinträchtigt hatte.

Asylrecht in Europa

Bis 1983 bekämpfte ich das Khomeini-Regime innerhalb Irans (Kurdistan, Gilan und Mazandaran) aus der Illegalität heraus. Schließlich musste ich doch aus dem Iran fliehen und konnte über besondere Kontakte zu den französischen Auslandsvertretungen ein Visum zur einmaligen Einreise nach Frankreich bekommen. Ich besaß keinen Pass und war nur im Besitz dieses „Laissez-Passer“-Visums, das nur zur Einreise diente und eine Wiedereinreise in ein drittes Land – etwa die Bundesrepublik – nicht erlaubte. Ich musste daher in Frankreich Asyl beantragen, obwohl ich zu diesem Land – im Gegensatz zur Bundesrepublik – keine besonderen Beziehungen hatte. Ich erhielt in Frankreich mit Hilfe einer guten Rechtsanwältin sofort Asyl.

1984 beantragte ich in der Bundesrepublik, zunächst in Gießen, dann in Frankfurt, die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, um mein vor vielen Jahren hier begonnenes Studium in Frankfurt am Main, fortsetzen und beenden zu können.

1984 konnte ich mein Studium an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität in Frankfurt am Main wieder fortsetzen. Nachdem ich mit Soziologie angefangen hatte, wechselte ich im WS 86/87 zu Politologie als Hauptfach.

Ausbildung

Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Juli 1999

Abschluss: Dr. phil. der Politikwissenschaften, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt/Main, Deutschland

Thema der Dissertation: „Die Entstehung, Entwicklung und die fortwährende Krise der Marxistisch-Leninistischen Organisationen Irans seit 1963“

Politische Aktivitäten, Veröffentlichungen und Präsentationen

- 1971–1976 Mitglied von „Iran Azad“, Mitherausgeber; persische Publikation der Iranischen National Front in Europa
- 1971–1976 Mitglied von „Bakhtar Emrooz“, Mitherausgeber; persische Publikation der Iranischen National Front im Mittleren Osten
- 1971–1976 Mitherausgeber von „Iran Al-Soura“, der arabischen Publikation der Iranischen National Front im Mittleren Osten
- 1964–1978 Organisation der Säkular-Demokratischen Bewegung des Mittleren Osten als Opposition zur Diktatur des Schahs und anderer reaktionären Regimes im Mittleren Osten; Solidarität mit der palästinensischen Bewegung zur Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates; Unterstützung des Friedens zwischen Arabern und Israel
- Zusammenarbeit mit politischen Persönlichkeiten wie Yasser Arafat (Abu Ammar), Khalil Vazir (Abu Jihad) & George Habash.

Persönlicher Status

Verheiratet, amerikanischer und deutscher Staatsbürger

Interviews

Ich habe vielfach Interviews bei führenden internationalen Medien gegeben: z. B. BBC, Voice of America, Radio France International, Radio Israel, Radio Cairo, Deutsche Welle, Radio Free Iran und anderen lokalen Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen in Europa, den USA und Kanada.

www.youtube.com/user/democracviran

www.iranomid.de

www.adhr.info



Geburtsort und Elternhaus (in Massal, Tavalesh, Iran)



Besuch des Premierministers Dr. Eghbal mit Regierungsgliedern in Massal, um meinem Vater für seine Arbeit zu danken.



Mein Vater hat viel zum Aufbau in Nordiran beigetragen und wurde deshalb durch die Regierung mit Medaillen ausgezeichnet.



Das Gebirge und die grüne Landschaft in Massal



Fußballspieler Hassan Massali, 1956



Wandern zu Pferd im Gebirge zwischen Tavalesh und Aserbaidshan



Hassan Massali als Medizinstudent, 1958-1961



Kranzniederlegung für die Opfer des Schah-Regimes (während des Schah-Besuchs in Deutschland, Bonn, Juni 1967)



Ich nahm als Vertreter der "Conföderation Iranischer Studenten" (National Union) an einem internationalen Studenten-Seminar im Juni 1966 in Manila, Philippinen, teil.



Ein Treffen mit Mitgliedern des Senats, 1966 in Manila, Philippinen

DDR

Sünder ohne Reue

nimmig, so verkündete das i Deutschland", habe der Vor- des (Ost-)Deutschen Schrift- verbandes Zerknirschung an ag gelegt.

Nimmte jedoch: Der Lyri- id Erzähler Franz Fühmann war ar Meinung.

Januar hatten in Dresden ver- site DDR-Dichter proklamiert: 11. Plenum des Zentralkomi- te prinzipielle Kritik an ein- recheinungen in der Literatur n der Arbeit des Deutschen itellerverbandes (DSV). Der ind des DSV erklärt sein Ein- rdnis mit dieser Kritik, die von hohen Wertschätzung der handbildenden Rolle der Lite- and Kunst in unserer Gesell- getragen ist." Zwei Tage bestätigte ihnen das Polit- les ZK den „Nutzen“ ihrer eidung.

e 3 Tage dauerte es, bis die idkeit erfuhr, daß einer aus hrfstellerprominanz dem Do- i im voraus seine Unterschrift t hatte. Der 44jährige Franz nn, Mitglied der National-De- ischen Partei und Träger meh- DDR-Auszeichnungen, war r der Dresdener Sitzung aus rstand des Verbandes aus- n — „aus Protest gegen die ung der kulturpolitischen Li- DDR auf dem 11. Plenum". ußte Fühmann Parteifreund d Flegel in der Ostberliner af-Zeitung" mitzuteilen.

in umging dadurch vorerst, artete „feste Verbundenheit Partei der Arbeiterklasse" zu n. hinleitende Widerstand muß D-Oberen bei einem Schrift- besondere schockieren, der relung unverdrossen bemüht eine nicht ganz lupenreine genheit durch beflissene teue zu kompensieren. Füh- als früherer SA-Mann und iger im Hitler-Krieg erst in scher Gefangenschaft zum chsten umgepöpt, war weder och 1956 einen Fingerbreit icht-Kurs abgewichen.

erstenmal gab der Arbeiter- essen Erzählungsband „Das ito" demnach auch im eracheinen soll, im März ideresetzlichkeit öffentlich zu il. Nachdem er fugsam rteilvorordneten „Blätterfelder eschritten hatte, ohne dabei

fruchtbare Ergebnisse einzuzulassen, weigerte er sich, seine sozialistische Inspiration weiter nur auf den Werfen und Baustellen der DDR zu suchen.

Jetzt wies er die Zumutung zurück, sich von Robert Havemann, Stefan Heym und Wolf Biermann zu diensanzieren, die das Zentralkomitee auf seiner Plenarsitzung ex cathedra zur Ordnung gerufen hatte. „Partei- freund Fühmann tet das Gegenteil", schimpfte Flegel. „Er diensanzierte sich vom 11. Plenum."

Haupttätsachenböck Biermann hatte den gleichen Fall in einer Gedicht- zeile so dargestellt: „Das Kollektiv hat sich von mir isoliert."

Walter Ulbricht hingegen ermahnte den „büßfertigen" DEFA-Regisseur Kurt Maetzig („Das Käinchen bin ich"): „Unsere Schriftsteller und Künstler müssen ihre Reihen fester zusammenschließen."

Diese Forderung könnte bei den An- gesprochenen geneigte Ohren fin- den. Ober die Tendenz des Zusam- menschlusses allerdings gehen die Meinungen offenbar auseinander. Eine behutsame Fronde gegen den starren Parteikurs deutet sich an.

Der Widerstand fällt leichter als in früheren Zeiten; denn verbale Auf- sässigkeit ist längst nicht mehr mit schweren Freiheitsstrafen, sondern meist nur mit Publikationsverbot und dem Entzug bestimmter Privilegien (wie Reisen in den Westen) bedroht. Wortreiche Sündenbekenntnisse ge- rüffelter Intellektueller sind daher keine Selbstverständlichkeit mehr. Weder von Havemann noch von Heym, weder von Biermann noch von dem degradierten Kulturminister Hans Bontzien hat man bisher die früher obligatorische Selbstbezdich- tung zu hören bekommen. Franz Fühmann hat sich dieser Solidarität des Schwelgens angeschlossen.

Eine andere Variante der neuen Sol- dardität praktizierte die Berliner Fern- sehchauspielerin und Star-Kabarett- istin Vera Oetischlägel: Mit Zustim- mung des Kultusministeriums und Schriftstellerverbandes der DDR sollte ihr „Literarisches Kabarett" am 27. Januar im Hamburger Audi- torium Maximum gastieren. Als je- doch in letzter Minute dem Textautor Karl Mickel die Reisepläne ver- weigert wurden, entschieden die Künstlerin und das vierköpfige Mu- siker-Ensemble: Dann fahren wir auch nicht. ■



DDR-Star Vera Oetischlägel: Solidarität des Schwelgens

KONKRET-EXTRA

01-02-6

Geheimdienst

Der nächste bin ich

Unter Polizeischutz hat sich der 29- jährige Perser Hassan Massali, Medi- zinstudent in Kiel und Vorsitzender der „Iranischen National-Front", begeben. Er fürchtet — wie alle 8000 Perser in der Bundesrepublik — die von Köln aus operierenden Häscher des „Herrschers auf dem Pfauen- thron": den skrupellosen persischen Geheimdienst.

Unter mysteriösen Umständen sind erst kürzlich drei oppositionelle per- sische Studenten aus Köln und Bonn verschwunden. Nur von einem, dem Medizinstudenten Ali Hayati, fand die Polizei eine Spur in Brüssel: seine verkolbte Leiche. Die anderen beiden Medizinstuden- ten, Iradj Dami] und Esmail Rahnom, verließen ihre deutschen Untermiet- zimmer nach Ansicht der Polizei aus eigenem Entschluß.

Indes können Bonner Studenten dieser Theorie nicht folgen. Denn Rahnom nahm auf seine Reise weder Zahnbürste noch Rasierzeug mit. In seinem unaufgeräumten Zimmer ließ er 300 Mark liegen. Bei seinen Eltern, denen er regelmäßig schreibt, hat er sich bis heute nicht gemeldet. Nur ein Studienfreund er- hielt durch einen Unbekannten ein Schreiben Rahnomas, er wolle sich um kranke Verwandte in München

kämmen. Dazu stellte die Kripo im- merhin fest: Der Gesuchte hat gar keine Verwandten in Köln, und der Brief muß — dem Schriftbild nach — unter Druck geschrieben worden sein.

Hinter diesen Vorfällen wittert Hassan Massali, eigener Represen- tation eingedenk, den kaiserlich-per- sischen Verfolgungsapparat. Massali's Kommentar: „Der nächste bin ich. Doch ich wurde schon vor zwei Mo- naten von Freunden gewarnt."

Schon lange hat Hassan Massali die Anschrift und Telefonnummer dieser Spitzelorganisation und hat auch Name und Rang ihres Leiters veröffentlicht: Iranischer Geheim- dienst (SAVAK), Köln, Bonner Str. Nr. 108, IV, Stock, Telefon 38 76 53; Chef ist General Aewi Kie, im offi- ziellen Bonner Diplomatenverzeich- nis unverfänglich als „Gesandter" aufgeführt. Jetzt meldet sich bei An- ruf der bislang nur Eingeweihten be- kannten SAVAK-Nummer eine ano- nyme Stimme, die jede Auskunft verweigert und Anfragen an die iranische Botschaft verweist. Hassan Massali ist Persens Staats- feind" Nummer eins im Ausland. Nicht erst seit seiner Aufdeckung pseudo-diplomatischer Mechanis- men des Iran. Und auch nicht erst,

Die Zeitschrift „Konkret" (1. Feb. 1966) berichtet über die Aktivitäten der SAVAK in Deutschland und gegen Hassan Massali

seit er im Herbst 1964 die Nachricht landete, daß Prinzessin Ashraf, die Zwillingsschwester des Schahs von Persien, in der Schweiz wegen Rauschgiftschmuggels festgenommen wurde.

Der aufsteigende Haasen ist dem Pfauenthron-Beherrscher schon seit 1963 ein Dorn im Auge. Damals gründete der Student eine Sammelorganisation für alle unzufriedenen Perser in der Bundesrepublik: die „Iranische National-Front“ INF.

In den Informationen der INF, die sich im übrigen scharf vom Kommunismus distanzieren, wird das Märchenland Farah Dibas als Feudal-Staat geschildert, in dem eine korrupte, unfähige Oberschicht die fast verhungerte Bevölkerung mit mittelalterlicher Grausamkeit terrorisiert und ausbeutet.

Die iranischen National-Frontkämpfer nutzen jede Gelegenheit, um die Mißstände in ihrem Heimatland öffentlich anzuprangern. Wenn der deutsche Bundespräsident dem Schah von Persien seine Aufwartung macht, oder wenn Reza Pahlavi in den USA einen Ehrendoktorhut bekommt — dann verfassen sie Resolutionen, Presse-Erklärungen und Aufrufe, dann protestieren und demonstrieren sie, auch wenn es Ärger bringt, Zeit und Geld kostet. Mit massiven Druckmitteln versuchen iranische Regierungsvertreter, die Opposition gegen das Regime des Schahs unter ihren Landsleuten in Deutschland zu ersticken.

Der Geheimdienst SAVAK setzt Spitzel auf die „National-Front“ an. Persische Studenten und Geschäftsleute wurden durch Androhung von Repressalien gegen ihre in der Heimat lebenden Angehörigen zur Denunziation gezwungen. Sie warnten jedoch statt dessen die Leute der INF, die sie eigentlich hätten verpfänden sollen.

Gegen Hassan Massali wurde eine besondere Treibjagd veranstaltet, um ihn mundtot zu machen.

Zunächst sollte er ausgehungert werden. Sein Vater erhielt in Persien keine Devisenexport-Erlaubnis zur Überweisung von Unterhaltsbeiträgen und Studiangeldern nach Deutschland. Hassan unterbrach sein Studium an der Kieler Universität und arbeitete auf einer Werft und als Straßenkehrer, um selbst das nötige Geld zu verdienen.

Nicht nur die „Interredungen“ in der Botschaft seines Lariacs wurde der ebrünnige Student in die regierungstreue Zange genommen. Vater Massali mußte aus dem Iran herbeireisen und seinen Sohn beschwören, wieder auf Kaiser-Kurs einzuschwenken.

Als alles nichts nützte, wurde Hassan Massali ebenso wie anderen Mitrebellen der Paß entzogen. Die



Studiert unter Polizeischutz: Massali

Anfrage im Landtag von Schleswig-Holstein dafür ein, daß der Perser ohne Paß eine vorläufige Personalbescheinigung erhielt, mit der er bis zur Entscheidung über die Gewährung des politischen Asyls in der Bundesrepublik bleiben kann.

Diese Entscheidung bedeutet für Hassan Massali und seine Mitstreiter eine Entscheidung über Leben oder Tod. Denn bei einer Auslieferung nach Persien droht ihnen dort wegen Majestätsbeleidigung die Todesstrafe, wie jenen Teheraner Professoren, die 1963 nach Studentenunruhen in der persischen Hauptstadt erschossen wurden.

Gerade kurz vor Weihnachten 1965 beobachtete der Münchener Rechtsanwalt Dr. Heinz Heldmann in Teheran einen Prozeß, der mit mehreren Todesurteilen endete. Der Münchener Jurist, der im Auftrage der Organisation „Amnesty International“ das fast geheime Verfahren gegen angebliche Attentäter verfolgte, hält „die Anklage in keinem Punkte für bewiesen“. Er ist sich jedoch sicher, „daß die Angeklagten gefoltert worden sind“. Die Verteidiger selbst mußten befürchten, für Majestätsbeleidigung eingesperrt zu werden.

Mit ihren Maßnahmen gegen Opponenten scheint die persische Regierung auch hierzulande bis zur politischen Erpressung gegen Bonn gehen zu wollen. Iranische Diplomaten, so berichtet Hassan Massali, drohten, sie würden seinen Rücktransport bei der Bundesregierung erzwingen, andernfalls werde Persien die DDR anerkennen.

Aber nicht nur die persische Regierung bekämpft die Demonstranten. Auch die deutschen Behörden dämpfen den Eifer der Marschierer. Mehrere Perser, die während des Besuchs von Bundespräsident Lübke

Die Argumentation der Polizei, der Hungerstreik sei politisch unerwünscht, weil der Schah sich darüber ärgern würde, lehnten die Richter ab. Die „Rechtswahrer“ betonten, das Recht auf Versammlungsfreiheit in der Bundesrepublik sei wichtiger.

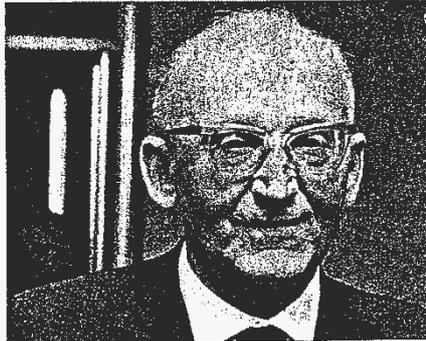
Gegen eine andere Beschränkung des Rechtes der freien Meinungsäußerung wandte sich der Bundestagsabgeordnete Karl Kanka (CDU). Er intervenierte bei Bundesinnenminister Höcherl gegen Polizeistempel in Pässen von Persern, die den Inhabern jede politische Betätigung verbieten, nachdem sie nach einer Demonstration in Haft waren. Den iranischen Behörden sind diese Stempel höchst willkommen, obwohl das Verbot inzwischen aufgehoben wurde: Sie können bei Überprüfung der Pässe unschwer feststellen, wer von ihren Untertanen in der Bundes-

republik öffentlich gegen die Führung auftritt.

„Diese Praktik erspart dem Geheimdienst und seinen Spitzeln viel Arbeit“, meint Hassan Massali. Indessen fordert ein Schuttee der Bonner Studentenschaft lückenlose Aufklärung über Recherchen der Bonner Polizei mehr zu wissen scheint, als Öffentlichkeit bisher bekannt haben hat“. Die Bonner Universität, statt gegen demonstrierende Studenten Disziplinarstrafen zu drohen, den Nachforschungen Rahmoma Nachdruck verliehen. Die Studenten erinnern an die Barka-Affäre in Frankreich, die sich zog. Doch ein Skeptiker gipflicht: „In Bonn ist alles anders. Hassan Massali studiert einat unter Polizeischutz.“

Fibag-Skandal

Die immer neue Freue



FIBAG-Freunde bringen Ärger: Verleger Johann Evangelist Kapfinger

Franz Josef Strauß' früherer Bekanntenkreis hat schon wieder Ärger mit Polizei und Staatsanwalt. Die Bonner Anklagebehörde bereitet einen FIBAG-Prozeß vor. Das kommende Mammutverfahren soll klären, was der FIBAG-Untersuchungsausschuß des Bundestages unter Vorsitz von Matthias Hoogen (heute Wehrbeauftragter) nicht zu klären vermochte: wer sollte an den überhöhten Gewinnen der vom damaligen Verteidigungsminister Strauß protegierten Finanzbau-AG (FIBAG) partizipieren?

Hauptperson ist der ehemalige Strauß-Intimus und Verleger Dr. Jo-

Hans Thurnhuber und Bauling Willy Braun, die in München seltenen Grundstücke erneut öffentliches Ärgernis. Die Münchener Kripo verweist sie, weil die von ihnen mit (Grosse Jr. gegründete und schon konkursfällige Firma E mehrere Sparer — laut eine dung des Bayerischen Fernprells haben soll.

Für die Geschäfte der Baureisener Brau allerdings nur waise und gegen Einzelhonorarzeichnungen geliefert. Brau Vertragspartner Kapfingers

Die Zeitschrift „Der Spiegel“ Nr. 37, 1976 berichtet über die Aktionen der SAVAK in Europa und gegen Hassan Massali

FK Frankfurter Rundschau

Hassan will dem Schah die Reisefreude trüben

Persische Studenten organisieren Protestaktionen / Aufklärung über das wahre Persien

Immer wenn es an seiner Wohnstätte, rechnet Hassan Massali mit seiner Verhaftung. Beim persischen Geheimdienst SAVAK sieht er auf der „Abschuliste“, die Bundesrepublik dreht ihn mit zwangswiseher Abschiebung. Die Polizei bemalte ihn am vergangenen Wochenende dreimal. Trotzdem will der 33jährige Soziologiestudent an der Frankfurter Universität und gleichzeitig Führer der oppositionell eingestellten „Konföderation iranischer Studenten im Ausland“ nicht aufgeben. Der älteste Sohn des Kaiserreiches rüstet zu seinem — vielleicht letzten — Kampf zum Staatsbesuch des Schahs in der Bundesrepublik.

Der SDS will in Frankfurt eine Protestdemonstration arrangieren. Die Persischen Studenten laden zu einer kritischen Podiumsdiskussion am 23. Mai ein und verteilen Flugblätter über „Diktatur und soziale Mistände in dem sagenhaften Land von Soraya und Farah Diba“.

„Da in Persien selbst jede Opposition unmöglich ist, fühlen wir Gaststudenten im Ausland uns verpflichtet, die Bevölkerung über den wahren Iran aufzuklären“, erläutert Hassan Massali diese Ziele sein Anliegen. Er teilt mit drei anderen Persern in Deutschland die „Konföderation“, der alle Gleichgesinnten in Europa und in den USA angehören. Die „Häupter“ trafen sich in dieser Woche in Frankfurt, um den „Feindzug“ zu besprechen.

„Nur legale Mittel“

„Chau Gewalt“ heißt die Parole der Studentenopposition. Sie distanzieren sich darum energisch von Sprengstoffpaketen und Schlägereien. Massali, der beschuldigt, immer lachende Idealist, sieht den legalen Weg für seine Protestaktion gegen den Schah und dessen Regierung vor.

Von der anderen Seite — von dem persischen Geheimdienst und der deutschen Polizei



Hassan Massali (links: wissen)

— rechnet die Konföderation allerdings nicht „mit vornehmer Zurückhaltung“. Sie hat darum die beiden Rechtsanwälte Dr. Wand-schneider aus Hamburg und Dr. Heidemann aus München um gesetzliche Unterstützung gebittet. An sie sollen sich alle Studenten-protector bei Schlägereien, Verhaftung und Ausweisung wenden.

Massali kam 1953 nach Deutschland. Er begann ein Medizinstudium ohne politische Ambitionen. Zwei Jahre später stürzte er sich jedoch in den Kampf gegen „irandische Gewaltherrschaft“. Sein Vater, als konservativer Großgrundbesitzer notwendigerweise Mitglied jener bekämpften Klasse, drohte mit Kürzungen des Stipendiums. Der „armwene Sohn“ aber wollte seinen erzwungenen Frieden mit dem Regime machen. Auch die Presionen des in der Bundesrepublik stationierten und leitete um 300 Mann verstärkten Geheimdienstes SAVAK konnten ihn bisher nicht einschüchtern.

Pail schon entzogen

Die unbehagliche Kritik kostete den schwarzhaarigen „Revolutionär“ bereits den persischen Pail. Seit einem Jahr kann er sich nur durch einen deutschen Freundspass ausweisen, der im August dieses Jahres abläuft. „Meine Aufenthaltsgenehmigung wird sicher nur noch für zwei Semester verlängert, bis ich mein Soziologiestudium abgeschlossen habe“, befürchtet Massali, der zur Zeit noch als Untermieter in Neu-Isenburg wohnt. In Persien wartet seit zwei Jahren ein Haftbefehl auf ihn. Trotzdem will er dorthin zurückkehren. „Man kann nicht nur vom sicheren Podest aus anklagen...“, argumentiert er.

Bis zu seiner Rückkehr in seine Heimat wird Massali der Polizei in Frankfurt noch Schwierigkeiten machen. Von hier aus arran-

giert er beispielsweise zum Schahbesuch die Demonstrationen, die u.a. in Düsseldorf, München und Berlin geplant sind, sowie die kritischen Podiumsgespräche, die — außer in Frankfurt — auch in Heidelberg, Bonn und Berlin über die Bühne gehen sollen. Von hier aus informiert er auch die 6000 in Deutschland studierenden persischen Studenten über die Vorgänge in ihrer Heimat, die in offiziellen Berichten verschwiegen werden. 248

Sprengstoffpakete nicht von Studenten

Die in der vergangenen Woche in der Bundesrepublik abgestellten Sprengstoffpakete seien nicht von studentischen Gegnern des Schah-Regimes abgeschickt worden. Die Aktion gehe vermutlich auf den auch in der Bundesrepublik arbeitenden persischen Geheimdienst SAVAK zurück. SAVAK und einflussreiche iranische Regierungskreise in der Bundesrepublik hätten durch „Scharlage“-Maßnahmen versucht, in der Bundesrepublik lebende oppositionelle iranische Studenten in Mißkredit zu bringen. Auf diese Weise habe man versucht, den deutschen Behörden eine Handhabe zu geben, diese Studenten während des Schah-Besuchs aus dem Verkehr zu ziehen. Dies berichteten iranische Studenten der FR.

Der in München vergangene Woche im Zusammenhang mit den Sprengstoffpaketen verhaftete Archivarstellungsleiter gehöre nicht zum Kreis der politischen Gegner des Schahs. Jener Mann sei, so erklärten die betreffenden Studenten, im Gegenteil ein dem Schah-Regime sehr loyal ergebener Mann. Sein Bruder sei nach dessen eigenen Angaben einer der Leibwächter des Schahs. Sein Vater sei ein kleiner Regierungsbeamter gewesen. Im Schreibblatt, das in München verhafteten Archivangestellten waren vergangene Woche zustellen, wie sie zur Herstellung der Sprengstoffpakete benötigt werden, sichergestellt worden. 249

Die Zeitung „Frankfurter Rundschau“ berichtet über die Aktivitäten von Hassan Massali gegen den Schah



Der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
der Johann Wolfgang Goethe-Universität

verleiht unter dem Dekanat
des Professors der Politikwissenschaft Dr. Hans-Jürgen Puhle

Herrn

HASSAN MASSALI

aus Tavalech/Gilan, Iran

den Grad eines Doktors der Philosophie

nachdem er in ordnungsgemäßem Promotionsverfahren
durch die genügende Dissertation

„Die Entstehung, Entwicklung und die fortwährende Krise der
Marxistisch-Leninistischen Organisationen Irans seit 1963“

sowie durch die genügende mündliche Prüfung
seine wissenschaftliche Befähigung erwiesen hat.

Frankfurt am Main, den 5. Juni 2000



Der Dekan:

A handwritten signature in cursive script, likely belonging to the Dean.

Promotionsurkunde

verliehen von der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt über
den Grad eines Doktors der Philosophie an Hassan Massali

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main
GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Fachbereich _____
 Herr Hassen **M A S S A L I**
 aus Tovlesh/ Iran
 wird bescheinigt, daß er die Doktorprüfung (Dr. phil.) mit den Noten
 schriftlich: Idoneum (3,0)
 mündlich: rite (3,0)
 bestanden hat.

Das Recht zur Führung des Dokortitels beginnt erst mit der Aushändigung des Diploms,
 Frankfurt am Main, den 05. Juni 2000

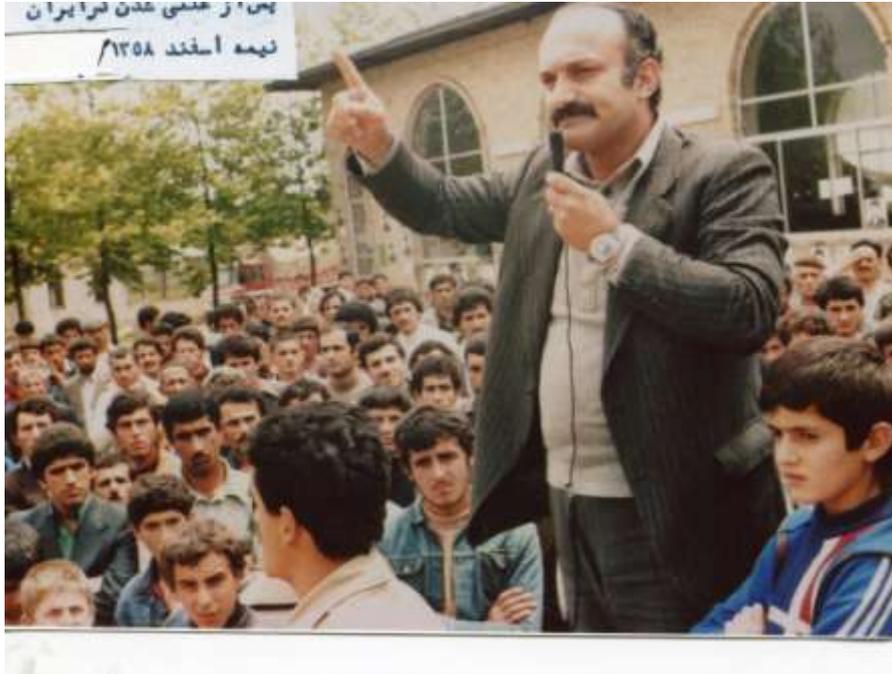
Müller
 Dekan

Hiermit wird amtlich bestätigt,
 daß die vorstehende Kopie
 mit der ursprünglichen Ausfertigung
 als Originalis übereinstimmend ist.

Philosophisches Fakultätsamt
 Frankfurt a. M.,
 30. Sept. 2013
 v. A. Sauer




Bescheinigung, dass die Doktorprüfung bestanden wurde



Von der Bevölkerung in Rezvanshahr (Tavalesh, Nord-Iran) mit großer
Anteilnahme empfangen, 1980



Wahlkampf im Gebirge in Tavalesh, Nord-Iran, 1980



Nach langen Jahren im Exil wurde ich nach meiner Rückkehr in die Heimat von der Bevölkerung in Massal (Tavalesh) mit großer Anteilnahme empfangen, 1980



Dr. A. Gassemlou, Dr. S. Sharafkandi, sowie M. Shalmashi und seine Frau
bei einem privaten Treffen der Demokratischen Partei Kurdistan



Ein Treffen mit Jalal Talebani und Babanzadeh, Hassan Ghazi und anderen kurdischen Aktivisten in Kurdistan



Ich habe revolutionäre Verbindungen zwischen Nord-Iran und Kurdistan
gegen das Khomeini-Regime hergestellt.



Mit meinen Freunden führten wir einen bewaffneten Kampf gegen das Khomeini-Regime in Kurdistan (1981-1983)



Bewaffneter Kampf in Kurdistan



Widerstand gegen das Khomeini-Regime in Kurdistan

Marie Juchacz Haus - Am Masloh 1 - 34536 Vöhl

Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband
Hessen-Nord e.V.**Marie Juchacz Haus**
Kinder- u. JugendgruppenAm Masloh 1
34536 VöhlTel. 0 56 35 / 8 89 - 0
Fax 0 56 35 / 80 62

Ihre Zeichen / Ihr Schreiben vom

Unsere Zeichen

Durchwahl

Datum

09.05.1996

Bescheinigung

Herr **Hassan Massali**, geb. am 09.02.1936 in Tavalech/Iran ist seit dem 01.01.1991 in unserer Einrichtung als Erzieher im Gruppendienst tätig. Sein Arbeitsfeld umfaßt die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingskindern verschiedener Nationalitäten in allen sozialen und rechtlichen Angelegenheiten.

Herr Massali arbeitet zu unserer vollen Zufriedenheit.

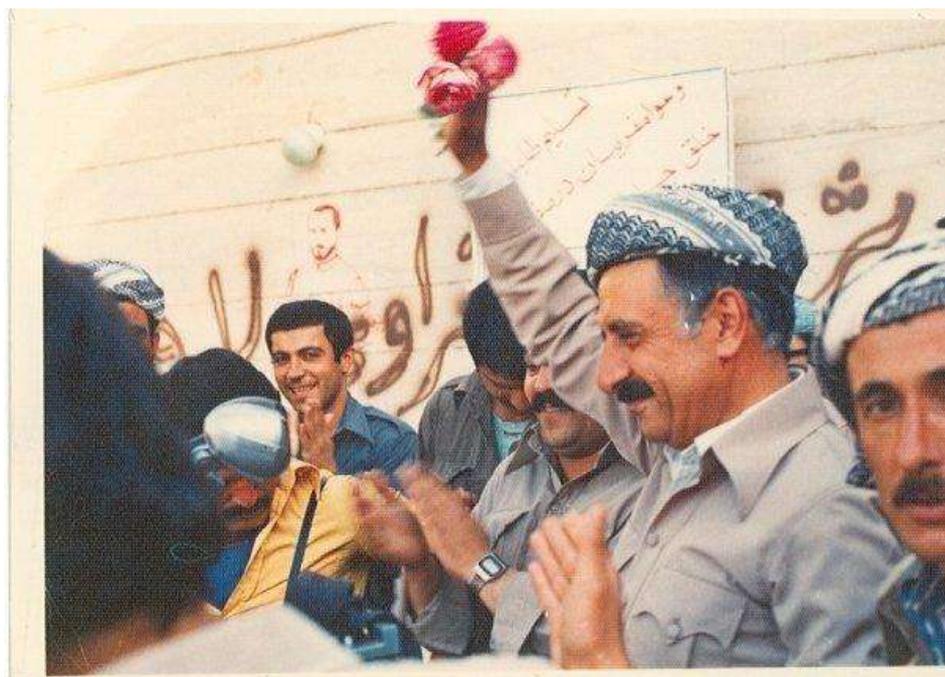
ARBEITERWOHLFAHRT
Bezirksverband Hessen-Nord e.V.


Rainer Kluge
Heimleiter

Als Erzieher von 1991 bis 1996 tätig



Hassan Massali als Erzieher in der BRD (1991-1996)



Dr. A. Ghassemlou wurde durch Agenten des Khomeini-Regimes am 13. Juli 1989 in Wien ermordet. Der Mörder wurde von der österreichischen Regierung umgehend freigelassen und nach Teheran zurückgeschickt.

Abschied vom Kurdenführer

Ermordeter Rahman Ghassemlou in Paris beerdigt / Trauerzug wird zur Demonstration

Aus Paris Ahmad Taheri

„Seien Sie bitte ein paar Tage unsere Geisel“, pflegte Dr. Rahman Ghassemlou, Chef der Demokratischen Partei Kurdistans/Iran, seine europäischen Gäste in den Bergen Kurdistans scherzhaft zu bitten. „Dann werden sich die internationalen Medien vielleicht mit der Kundenfrage befassen.“

Ghassemlous Wunsch ist in einer makabren Weise in Erfüllung gegangen. Bei seinem Begräbnis am Donnerstag in Paris waren nicht nur viele Journalisten und Kameramanns zugegen, sondern auch hochrangige Politiker wie der französische Erziehungsminister Lionel Jospin und der Staatssekretär für Menschenrechte, Bernard Kouchner. Frau Mitterrand schickte einen Blumenkranz, die schwedische Regierung einen hohen Vertreter. Für die westeuropäischen Sozialisten war Ghassemlou, der des Öfteren an den Kongressen der Sozialistischen Internationalen teilgenommen hatte, einer der „Marmoset“-demokraten, „Meister der Demokratie“, erfürte es in kurdischer Sprache, als sich der Leichenzug in der Mittagszeit auf dem Platz der Republik in Bewegung setzte, der in der Ferienzeit wie jeergelegt ist. 2.000 Kurden und Perser waren aus fast allen westeuropäischen Ländern gekommen, um Abschied zu nehmen von dem verehrten und geschätzten Oppositionspolitiker, der vor einer Woche in Wien ermordet wurde. Außer den oppositionellen iranischen Volksmischschadlin, die Ghassemlou als „Versöhler“ beschimpfen, waren alle linken und demokratischen nationalistischen Revolutionäre vor-

Kurde, wie viele Teilnehmer in kurdischer Tracht, „unseren Führer, unseren Meister, unseren Vater, unseren Bruder verloren.“ Dicke Tränen flossen über seine eingefallenen Wangen. Auch junge Teilnehmer, Kurden wie Perser, konnten das Weinen nicht unterdrücken. „Sein einziger Fehler“, sagte eine iranische Oppositionelle, „war seine Kühnheit. Er achtete wenig auf seine persönliche Sicherheit.“

Zwei Strafen brachte der Trauerzug, der zugleich eine politische Demonstration war, bis zum Friedhof Pere Lachaise, wo auch zwei weitere prominente Iraner begraben sind: Der Romaner Sadeg Hedayat liegt nur wenige Schritte vom Grab Marcel Proust entfernt und der Dramatiker Gholam Hussein Sadi. Der Zug machte eine Ehrenrunde um die „Mar des Federtes“, jene Ecke des Friedhofs, wo die Kommunisten von 1871 durch Kugeln der Konturrevolution den Tod fanden.

Als erster Redner würdigte Bernard Kouchner im Namen der französischen Regierung und der Sozialistischen Partei den Kampf Ghassemlous für „Freiheit, Menschenrechte und Frieden“. Ghassemlou, so Kouchner, war „die größte Persönlichkeit des kurdischen Volkes“. Ihn habe „Humanität und Kultiviertheit“ ausgezeichnet. Wie kein anderer Politiker, so Kouchner, war es Ghassemlou gelungen, für die kurdische Sache die internationale Aufmerksamkeit zu mobilisieren. „Ich hoffe“, sagte er zum Schluß seiner



Beerdtgung des Kurdenführers Ghassemlou: „Wir haben unseren Führer, unseren Meister, unseren Vater verloren“

Foto: José Göttsch

Rede, daß „eines Tages Frauen mit und ohne Tschador, Männer mit schwarzen oder weißen Bärten in einer solidarischen Gesellschaft friedlich zusammenleben“. Gelobt wurden das Leben und Werk Ghassemlous auch von dem schwedischen Vertreter wie von dem Leiter der Kommission für Menschenrechte.

Als letzte Redner sprach der Abgesandte der Demokratischen Partei Kurdistans. Er versäuserte nicht, die

politische Linie Ghassemlous, die „kurdische Autonomie im Rahmen eines iranischen Nationalstaates“ als künftige Richtung noch einmal zu betonen: „Der Meister war ungetreu, wenn jemand behauptete, er sei ein größerer iranischer Patriot als er selbst.“ Auch der neue Chef der Partei, Said, steht ganz auf der Linie Ghassemlous und ist ein Gegner aller separatistischen Tendenzen.

Doch der Tod Ghassemlous

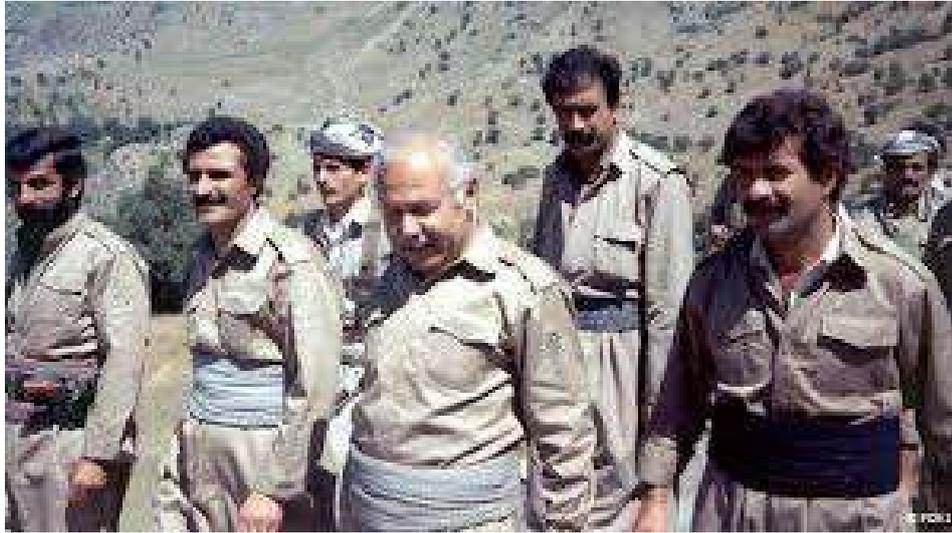
bleibt ein Desaster für den kurdischen Widerstand. Seine integrative Persönlichkeit, seine Überzeugungskraft, politische Erfahrung und sein internationales Renommée sind unersetzbar. Seine Feinde in Teheran oder Bagdad hatten alle Gründe, ihn zu hassen. Beim Abschied zitierte ein iranischer Lyriker einen alten persischen Vers: „Nur ein einziger ist dahingegangen, seinem Verstand zufolge aber mehr als tausend.“

Zivildienstleistenden gleichberechtigt

Rom (dpa) — Der Zivildienst von Wehrdienstverweigerern darf nach einem Urteil des italienischen Verfassungsgerichts grundsätzlich nicht länger als der Wehrdienst sein. Bisher mußten die Italiener zwölf Monate bei der Armee sein, aber 20 Monate lang Ersatzdienst leisten. Die längere Zivildienstzeit sei verfassungswidrig und sachlich ungerechtfertigt, heißt es im Urteil.

Wiener Polizei weiß „nichts“

Die damalige Regierung von Österreich hat den Attentäter des Khomeini-Regimes sofort freigelassen und nach Teheran geschickt!



Dr. S. Sharafkandi, Homayoun Ardalan, Fattah Abdoli wurden durch Agenten des Khomeini-Regimes am 17. September 1992 in Berlin ermordet.

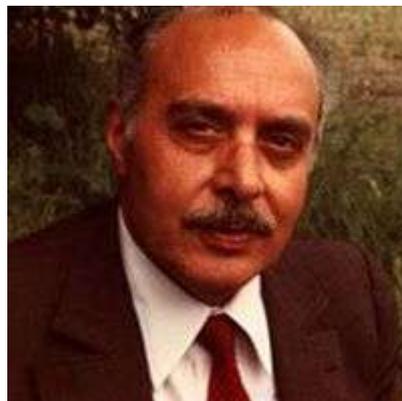


Kampf und Widerstand mit allen Mitteln in Kurdistan und Iran



Dr. Shapour Bakhtiar wurde durch Agenten des Khomeini-Regimes am 9. August 1991 in Paris ermordet.

Sein Freund Dr. Abdolrahman Boroumand war bereits am 18. April 1991 ebenfalls in Paris ermordet worden.



Kapitel 2

Ein historischer Überblick über die politischen Ereignisse im Iran

Europäische Intervention

Im 19. und frühen 20. Jahrhundert rangen Großbritannien und Russland um die Vorherrschaft in Persien. Die Briten führten 1856 und 1857 erfolgreich Krieg gegen die Perser und zwangen sie, Afghanistan zu verlassen und dessen Unabhängigkeit anzuerkennen. Um 1880 gewann Russland im nördlichen Iran allmählich an Einfluss, und die Briten erlangten die Kontrolle über die Region am Persischen Golf.

Errichtung einer konstitutionellen Monarchie

Die Zunahme ausländischer Einflussnahme im Iran und die Schwäche und Korruption der Herrscher im Lande führten im 20. Jahrhundert zur Entwicklung einer nationalistischen Bewegung, die die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie forderte. 1906 wurde der regierende Mazaffar al-Din Schah durch ein Volksbegehren gezwungen, eine Nationalversammlung einzuberufen und eine Verfassung zu erlassen. Sein Sohn und Nachfolger, Mohammad Ali, versuchte die Verfassungsbewegung mit Gewalt zu zerschlagen, wurde aber besiegt und musste abdanken. Sein 12 Jahre alter Sohn wurde als Ahmad Schah auf den Thron gesetzt, während ein Vertreter die Regierungsgeschäfte übernahm. 1911 kam der amerikanische Finanzier William Morgan Shuster auf Einladung des Parlaments (Madjles) nach Persien. Er wurde damit beauftragt, die nationalen Finanzen neu zu ordnen. Seine Reformen waren jedoch

wegen der feindseligen Haltung Russlands umsonst. Shuster wurde entlassen, und der russische Einfluss wuchs.

Aufstieg der Pahlewi-Dynastie

Während des 1. Weltkrieges (1914 – 1918) blieb Iran neutral, aber sein Territorium wurde Schauplatz verschiedener Schlachten um die Ölfelder zwischen den britischen und russischen Alliierten und den Türken. 1919 unterzeichnete der Iran eine Vereinbarung, in der den Briten die Kontrolle über die iranischen Angelegenheiten eingeräumt wurde. Das Parlament (Madjles) weigerte sich jedoch, den Vertrag zu ratifizieren. Zwei Jahre danach begannen die Briten mit dem Abzug der Truppen aus dem Iran. Kurz darauf errichtete Reza Schah Pahlewi, Führer einer iranischen Kosakendivision, mit Unterstützung der Briten eine Regierung. Er selbst wurde Kriegsminister. 1923 wurde er Premierminister, und zwei Jahre später wählte ihn der Madjles zum Schah. Damit löste er Ahmad Schah, den letzten Herrscher der Qadjaren-Dynastie ab. Während seiner Herrschaft wurde die Gesetzgebung modernisiert und das Transport- und Verkehrswesen erneuert. Des Weiteren schaffte er die traditionellen Feudaltitel ab und initiierte ein weitreichendes Programm zur Modernisierung der Wirtschaft. 1936 schloss der Iran einen Freundschaftsvertrag und einen Nichtangriffspakt mit dem Irak, der Türkei und Afghanistan.

2. Weltkrieg (1939 – 1945)

Zu Beginn des 2. Weltkrieges versuchten Deutschland, die Türkei, Großbritannien und die UdSSR erfolglos, eine Allianz mit dem Iran zu schließen. 1941 besetzten jedoch sowohl Großbritannien als auch die UdSSR Gebiete des Landes, um die Ölfelder vor einer möglichen

deutschen Besetzung zu schützen. Das Ergebnis der alliierten Invasion war die Vertreibung der Achsenmächte, die Schließung der betreffenden Konsulate und Gesandtschaften. Die Alliierten übernahmen die Kontrolle über alle iranischen Kommunikationseinrichtungen, und Reza Schah Pahlewi, der den Achsenmächten wohlgesonnen war, musste abdanken.

Nachfolger wurde sein Sohn Mohammed Reza Pahlewi, der sich mit den Alliierten verbündete. Im Januar 1942 unterzeichneten der Iran, Großbritannien und die UdSSR einen Vertrag, der die iranische Territorialintegrität garantierte. Die Alliierten sagten der iranischen Regierung auch Hilfen in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht zu.

Bis 1943 hatten die UdSSR und Großbritannien, mit Unterstützung durch die Streitkräfte der Vereinigten Staaten, enorme Verbesserungen in der Infrastruktur des Iran erzielt und dadurch ermöglicht, das Land für den militärischen Nachschub in die Kriegsgebiete der Sowjetunion zu nutzen. Der Iran protestierte gegen die Abschottung der sowjetischen besetzten Zone. Die sowjetische Regierung wollte eine Ausdehnung des britischen und amerikanischen Einflusses verhindern. Dieser Konflikt war Gegenstand der Verhandlungen im November 1943 bei der Teheran-Konferenz, an der der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt, der englische Premierminister Winston Churchill und der sowjetische Diktator Joseph Stalin teilnahmen. Ergebnis dieser Konferenz war eine Erklärung, die am 1. Dezember in Kraft trat und die die Souveränität und die territoriale Integrität des Iran garantierte.

Anfang 1945 wurde es für die Alliierten sicherer, den Bosphorus und die Dardanellen für den Transport von Kriegsmaterial in die UdSSR zu benutzen. Im Mai forderte der Iran die Besatzungsmächte auf, ihre Truppen zurückzuziehen. Nach langen Verhandlungen stimmten Großbritannien und die UdSSR im März 1946 dem Rückzug zu.

Verstaatlichung der Erdölindustrie

Der Iran unterzeichnete die Charta der Vereinten Nationen (UN) in San Francisco am 26. Juni 1945 und wurde damit Gründungsmitglied dieser Organisation. Ende 1946 setzte die UdSSR den Iran unter Druck und wollte eine sowjetisch-iranische Ölgesellschaft gründen. Der Iran setzte auf die Hilfe der USA und verkündete im Oktober 1947 die Ablehnung der sowjetischen Pläne und erstellte einen eigenen Fünfjahresplan zur Nutzung der Ölfelder.

In den siebziger Jahren wuchs der Widerstand gegen das Schah-Regime, das wiederum zunehmend mit Repressionen reagierte. Ende der siebziger Jahre fanden sowohl im Inland als auch im Ausland zahlreiche regimekritische Demonstrationen statt. 1978 brachen in verschiedenen iranischen Städten unter Anführung schiitischer Muslime Aufstände aus. Die Mullahs forderten die Umwandlung des Staates in eine islamische Republik. Die Oppositionsbewegung wurde durch den in Frankreich im Exil lebenden Ayatollah Ruhollah Khomeini angeführt, einem muslimischen Geistlichen und Gegner des Pahlewi-Regimes. Khomeini war 1963 ins Exil (Türkei und Irak) gegangen. Ende des Jahres herrschten bürgerkriegsähnliche Zustände. 1979 zwangen die Gefolgsleute des Ayatollah - mit Unterstützung der USA - den Schah zur Flucht ins Ausland und zur Beendigung seiner 37-jährigen Herrschaft. Kurz darauf kehrte Khomeini aus seinem Pariser Exil zurück.

Formierung und Entstehung des Khomeini-Regimes

Versäumnisse bei der Durchführung der ›Weißen Revolution‹ und ihre sozialen Folgen, Angst vor westlicher Überfremdung des Landes, Widerstand der schiitischen Geistlichkeit gegen die

Modernisierung und die brutalen Methoden der Geheimpolizei des Schahs, führten zum Scheitern des Schah-Regimes. Nach einem Generalstreik und der revolutionären, von Ayatollah R. Khomeini von Paris aus geführten Bewegung zwischen August 1978 und Januar 1979, war Mohammad Resa Schah Pahlewi zum Verlassen des Landes gezwungen (16.1.1979).

Im Februar 1979 kehrte Khomeini aus dem Pariser Exil zurück. Am 30.3.1979 wurde in einer Volksabstimmung die von Khomeini verkündete Islamische Republik angenommen. Herrn Abolhassan Baniadr wurde als erster Präsident der Islamischen Republik gewählt. Die latente Bürgerkriegssituation in Iran war durch zahlreiche Anschläge auch gegen hohe Repräsentanten des Staates und die rücksichtslose Verfolgung der Opposition bis hin zu Hinrichtungen gekennzeichnet. Als Folge der angespannten Wirtschaftslage, vor allem verschärft durch den Krieg mit Irak (1. Golfkrieg), wurde im Januar 1983 das staatliche Außenhandelsmonopol aufgegeben. Nachdem der Iran mehrere Niederlagen im Golfkrieg hatte hinnehmen müssen, ernannte Khomeini den Parlamentspräsidenten Ayatollah Ali Akbar Hashemi Rafsandjani zum neuen Oberbefehlshaber der Streitkräfte. 1988 konnte Iran unter Vermittlung des UN-Generalsekretärs eine Waffenruhe mit Irak vereinbaren.

Erst als Folge der Besetzung Kuwaits durch den Irak kam es im September 1990 zu einem Gefangenenaustausch und der irakischen Anerkennung der Grenze zu Iran in der Mitte des Schatt-el Arab. Nach dem Tod von Khomeini (1989) wurde Staatspräsident H. A. Khamenei zum Nachfolger gewählt; neuer Staatspräsident wurde Parlamentspräsident Rafsandjani (zuletzt 1993 bestätigt), der eine vorsichtige Öffnung des Landes einleitete. Nach der irakischen Niederlage im 2. Golfkrieg, strebte der Iran verstärkt nach einer Vormachtrolle im Gebiet des Persischen Golfs und in Konkurrenz zur Türkei nach Einfluss in den unabhängig gewordenen zentralasiatischen Republiken der ehem. UdSSR.

Bei den Präsidentschaftswahlen 1997 setzte sich der als gemäßigt geltende Mohammed Khatami durch.

Die Rechte der Frauen in der Islamischen Republik in Iran

Die Frau hat in der islamischen Gesellschaft keinerlei Rechte. Es beginnt bereits in der Familie, wenn der Vater entscheidet, wen die Tochter heiraten soll!

Die Frauen im Iran dürfen nicht ohne Kopftuch, Mantel oder Schleier aus dem Haus gehen. Sie dürfen nicht singen, nicht tanzen oder auf andere Weise ihre Lebensfreude offen demonstrieren etc. Bei der Scheidung bekommt der Mann das Kind und nur wenn der Mann sich von der Frau scheiden lässt, bekommt die Frau ihr Ehe-Geschenk zurück.

Der Mann darf bis zu 4 Frauen offiziell heiraten, deren Mindestalter neun Jahre beträgt.

Man erhält erst mit 18 einen Reisepass, Mädchen bekommen ihn nur mit Erlaubnis des Vaters; wenn es sich um eine verheiratete Frau handelt, ist die Erlaubnis des Ehemannes nötig. Die Frauen gelten vor Gericht nicht als Zeugen und wenn vier erwachsene Männer bestätigen, dass eine Frau fremdgegangen ist, wird diese Frau gesteinigt.

Die Frau hat in der islamischen Republik Iran überhaupt keine Rechte.

Ein historischer Überblick über die sozio-ökonomische Entwicklung im Iran:

Modernisierung bzw. Industrialisierung im Iran von 1906 bis 2002

GK Referat 10.12.2002, H. Massali

Epochen	Wirtschaftsweise	Politische Ordnung Mensch-Mitmensch	Mensch – Umwelt – Technik	Bewusstseinsbildung Ideologie /Religion
<p>Qadjaren-Dynastie <i>Regierungszeit</i> : 1905 bis 1921</p> <ul style="list-style-type: none"> * Neue Kolonialherrschaft der Briten und Russen Dezentralisierter Staatsapparat (Nomaden, - Fürstenherrschaft) * Konstitutionelle Bewegung: (Mozaffar ad-Din Schah) * Erschaffung eines neuen Grundgesetzes, aufgrund von Volksprotesten * Formierung einer parlamentarischen Demokratie 	<ul style="list-style-type: none"> * Sozio-Ökonomische Rückständigkeit * Nomadenklan (Großgrundbesitzer) Es gab im Gegensatz zu Europa keine feudale Herrschaftsform * Ausbeutung der Bodenschätze durch Kolonialherrschaft * Schwäche und Korruption der Herrscher (Schahs) 	<p>Von 1906 bis 1911 herrschte eine konstitutionelle Monarchie, von 1911 bis 1921 herrschten Bürgerkriege und Widerstandsbewegungen in allen Teilen Irans</p>	<p>Schwache Industrie, Agrarland, vorkapitalistische Verhältnisse</p> <p><u>Landwirtschaft:</u> wichtigste Anbauprodukte = Weizen, Reis, Weintrauben, Tee, Pistazien, Tabak, Zuckerrohr, etc.</p>	<p>Verehrung des Königreichs</p> <p>Religion: Islam</p> <p>Schiiten: Staatsreligion</p> <p>Sunniten: Kurden, Belutschen, Turkmenen</p> <p>Rest: Baha' i, Christen, Juden und Parsen (Zoroastrier) der antiken Religion</p> <p>Persiens Iran: heißt im Altpersischen „Land der Arier“</p>
<p>Resa Schah: <i>Regierungszeit</i> : (1941-1921)</p> <ul style="list-style-type: none"> * Alleinherrschaft mit Unterstützung der Engländer * Resa Schah hatte Sympathien zu Türkei und Nazi-Deutschland * Entmachtung von Resa Schah durch die Alliierten und Verbannung nach Afrika (1941) 	<ul style="list-style-type: none"> * Ausbau von Fernstraßen und Häfen * Einrichtung der trans-iranischen Eisenbahn und des Luftverkehrs * Einrichtung von Schulen und Krankenhäusern * Gründung der iranischen Notenbank (Rechnungswesen) 	<p>Von 1921 bis 1941 diktatorische Herrschaft, Außerkraftsetzung des Grundgesetzes durch Resa Schah</p> <ul style="list-style-type: none"> * Modernisierung des Staatsapparates * Iran als einheitlich nationaler Staat * Trennung des Staates von der Religion * Unterdrückung der oppositionellen Kräfte im Iran * die Einrichtung 	<ul style="list-style-type: none"> * Bestreben nach Industrialisierung und Bildung des Volkes * Ausplünderung der iranischen Ölquellen durch britische Ölkonzerne 	<ul style="list-style-type: none"> * Formierung einer nationalistischen Ideologie

		der modernen Regierungsarmee		
<p>Mohammed Resa Schah Pahlewi: <i>Regierungszeit:</i> (1979-1941)</p> <ul style="list-style-type: none"> * Selbstkrönung des Schahs, sah sich als König der Könige * Versuch einer oberflächlichen Verwestlichung des Iran * Versuch einer Allianz mit den USA * Modernisierung und Verwestlichung des Irans, was misslang 	<ul style="list-style-type: none"> * Unter Druck von J.F. Kennedy wurde die Landreform durch den Schah in Eile ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen des Landes durchgeführt (1961-1969) * Enteignung der Kleinbauern, aufgrund kolonialer Beziehungen * Anfang der 60er Jahre lebten 2/3 der Bevölkerung auf dem Lande * Erhöhung der Erdölpreise * Das Industrialisierungsprogramm wurde ohne Grundproduktionsmittel, Beschaffung von Ersatzteilen, Facharbeitern, Kanalisation, Zufahrtsstraßen, elektrischen Leitungen und Wohnungen durchgeführt. * Zwischen 1956 bis 1972 stieg die Zahl der Fabriken im Iran von 694 auf 5651 an. 	<ul style="list-style-type: none"> * Aufbau einer Militärmacht in der Region als Vertreter des Westens * Korruption in der Staatspolitik * Formierung eines Polizeistaates (Geheimdienst: „SAVAK“) * Unterdrückung oppositioneller Kräfte * Militärputsch (August 1953) gegen die demokratische Regierung Mossadegh's * 1961: die USA veranlassten M. Reza Schah diese Landreform, die weiße Revolution“ durchzuführen, um die Gefahr einer von Seiten der UdSSR „Rote Revolution“ abzuwenden * Einführung der 2 jähr. Militärpflicht 	<ul style="list-style-type: none"> * Ausplünderung der iranischen Erdölquellen durch die britischen Ölkonzerne * Ausplünderung der Bodenschätze und der Natur <p>1966 waren von allen Arbeitnehmern 54,2 % im Bereich Dienstleistung tätig. Im Jahre 1976 stieg diese Prozentzahl auf 58 % an. Ein großer Teil der Bevölkerung der städtischen Randgebiete mit ärmlichen Verhältnissen verdiente seinen Lebensunterhalt als Vagabunden, Bettler, Zigarettenverkäufer, Schuhputzer, Drogenhändler usw.</p> <p>*diese Missstände führten zu der Revolution im Jahre 1979</p>	<ul style="list-style-type: none"> * Interessen des eigenen Volkes standen nicht im Vordergrund, sondern die der USA * Adlige profitierten von Mehreinnahmen aus dem Erdöl-export * Die Prestigeobjekte wurden in mehreren Orten durch Petrodollar-Einnahmen aufrecht-erhalten * Der Schah absoluter Alleinherrscher durch die Hilfe der Amerikaner
<p>Mossadegh: <i>Regierungszeit :</i> (1953-1951) gegen koloniale Herrschaft Dr. M. Mossadegh wurde mit 70 Jahren 1951 vom Parlament (Madjlis) zum</p>	<p>Mossadegh: (1951(* Gesetz erlassen, wodurch Landwirte mit 20 % an ihrer Ernte beteiligt wurden * Verwirklichung und Umsetzung</p>	<ul style="list-style-type: none"> * Demokratische Bewegung * Ökonomische Politik * Verstaatlichung der iranischen Erdölindustrie * Inkraftsetzung 	<p>Ausbeutung der Erdölquellen durch die Großmächte</p>	<ul style="list-style-type: none"> * Verwirklichung einer multi-kulturellen und demokratischen Gesellschaft

Premierminister gewählt	des Haushalts ohne Beteiligung der Erdöleinnahmen	einer parlamentarischen Regierung * Durchsetzung freier Wahlen der Bürger * Umsetzung der Wirtschaftsreform * Formierung einer Unabhängigkeitsbewegung (Nationale Front)		* Entstehung eines nationalen Bewusstseins * die Präsenz der Kommunisten verschreckt die Verbündeten Mossadeghs, die Geistlichkeit, der Adel und den Schah, was zur Flucht des Schahs führt
Islamische Republik: <i>Regierungszeit</i> : (1989-1979) <i>Unter der Führung von Khomeini:</i> * „weder-West-noch-Ost-Politik“ im Iran, was nicht der Wahrheit entsprach * Islamisierung des Irans und Isolierung von internationalen Beziehungen	Die <i>Industrialisierung</i> wurde in den siebziger Jahren weit vorangetrieben. Die wichtigsten Bereiche sind Petrochemie, Textilindustrie, insbesondere Baumwolle, Wolle, Seide sowie Teppiche, Nahrungsmittel-, Elektro-, Stahl- und Kraftfahrzeugindustrie <i>Energie</i> Mehr als 80 Prozent der iranischen Elektrizität werden in Heizkraftwerken durch Verbrennung von Erdöl, Erdgas oder Kohle erzeugt. Der übrige Bedarf wird durch Energie aus Wasserkraft gedeckt.	* Verbreitung des islamischen Fundamentalismus und Terrorismus * Durchsetzung von fundamentalistischen Regeln und Gesetzen * Aufhebung der Menschenrechte * Eliminierung von oppositionellen Kräften, Gruppen * Unterdrückung der Frauen und ethnischen Minderheiten 1992 waren die politischen Parteien ausgeschlossen	* Zerstörung der Industrie und Wirtschaft * Sozio-, ökonomische Rückständigkeit * Enteignung des Privateigentums der Bürger nach der Revolution: über 60 % der Bevölkerung sind unter 30 Jahre alt Arten der Todesstrafe: Steinigung, Peitschen, Hinrichtung in der Öffentlichkeit usw. Wichtigste Bodenschätze: * Erdöl und Erdgas * Eisenerz, Kupfer, Blei, Zink, Kohle und Chrom 10/1 der Erdölreserven der Welt verfügt der Iran	Formierung eines sogenannten „Gottesstaates“ Vetorecht für religiöse Führer Verbreitung von islamischen Institutionen und fundamentalistischen Sitten und Bräuchen Antiwestliche Propaganda Kultureller Widerstand der Bürger gegenüber Islamischen Fundamentalismus Spontane Frauen-, Jugendbewegung gegen Islamische Herrschaft □ Es gibt 37 Universitäten, davon allein 16 in Teheran.

				Analphabetenrate: Männer 16,5 % Frauen 30,1 %
<p>Quellen Verzeichnis:</p> <p>1. Ehlers-Eckert: „Die Golfstaaten“ S. 218-29</p> <p>2. Graham Robert: Germany „The Illusion of Power“ S. 21, S. 40-46</p> <p>3. Hassan Massali: Frankfurt/Main 1999 Doktorarbeit: „Die Entstehung, Entwicklung und die fortwährende Krise der Marxistisch-Leninistischen Organisationen Irans seit 1963“</p> <p>4. Rostow, W. Witmann: Göttingen 1973 (J.F. Kennedys Wirtschaftsberater) „Stadien wirtschaftlichen Wachstums“</p>	<p>Seit der Konstitutionellen Revolution (1905) bis zur Islamischen Revolution (1979), die zum Sturz des Schah-Regimes und zur Gründung eines Systems der Islamischen Republik im Iran führte, wurde das politische System und das Staatsgebilde im Iran mit sechs großen Krisen:</p> <p>-1919 ,1911-1905 ,1946-1941 ,1925 -1960 ,1953-1951 1980-1978 ,1963 konfrontiert.</p>	<p>Zu den Ursachen dieser Faktoren gehörten folgende Faktoren:</p> <p>□ Historische Unterentwicklung der Klassenstruktur, die Rückständigkeit der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Strukturen im Iran, langjährige Diktatur, Bolschewismus (Leninismus-Stalinismus), Islamismus, Einmischung von ausländischen Kolonialmächten im Iran, Aufstände im Inland und die antidemokratischen Verhältnisse, die innerhalb und zu den politischen Gruppen herrschten.</p>	<p>Landreform:</p> <p><u>1. Stufe:</u> wies Großgrundbesitzer sich aus seinen Ländereien ein Dorf auszusuchen als Entschädigung wurden industrielle Betriebe privatisiert und deren Aktien an die ehemaligen Großgrundbesitzer überschrieben. Die übrigen Ländereien wurde vom Staat aufgekauft und an Kleinbauer zu 10% Zinsen Weiterverkauf, was von den Kleinbauern innerhalb von 10 Jahren abbezahlt werden musste. 2. <u>Stufe:</u> konnten die Großgrundbesitzer sich zwischen Optionen von Pachtverhältnissen oder Verkauf des Landes wählen, wobei 2/3 sich für den Verkauf des Landes</p>	<p><u>3. Stufe:</u> Aufgrund der Reaktionen auf den Widerstand der Bauern erließ die Regierung ein Gesetz, das die Auflösung der Pachtverträge und die Verteilung des Landes zwischen Pächter und Großgrundbesitzer entsprechend vorsah. Bauern ohne traditionelle Nutzungsrechte hatten kein Anspruch auf Land und wurden ihrem bisherigen Wirkungsbereich ausgeschlossen. Dadurch erhielten Bauernfamilien (weniger als 50 %) durch die Landreform Boden.</p>

Kapitel 3

Die Rolle von Dr. Mohammad Mossadegh im Iran

Umzug nach Teheran

Es war der Wunsch meines Vaters, dass seine Kinder in Teheran zur Schule gehen und eine gute Ausbildung erhalten sollten. Deshalb kaufte er dort ein Haus, blieb aber selbst in Nord-Iran wohnen und besuchte uns 2-3mal im Jahr. Als ältester Sohn war ich verantwortlich für den Haushalt und andere Angelegenheiten in Teheran. Ich war 14 Jahre alt.

Er sagte, wir sollten nach dem Abitur unsere Ausbildung weiter fortsetzen, Ingenieur oder Doktor (Arzt) werden, um uns eine Zukunft aufzubauen. Er betonte auch, dass in Iran die Regierungen nicht stabil seien und wir nicht Beamte werden sollten.

Die säkular-demokratische Bewegung im Iran

Kurz nach meinem Umzug nach Teheran kam Ministerpräsident Razmara durch ein Attentat ums Leben. Der Attentäter war ein islamistischer Extremist. Als Nachfolger wurde Dr. Mohammad Mossadegh im Frühjahr 1951 im Parlament gewählt, der die Verstaatlichung der Iranischen Ölindustrie ankündigte, die unter britischer Kontrolle stand. Daraufhin kam es in Teheran und in ganzem Iran zu Massenbewegungen, um die geplante Initiative von Dr. Mossadegh zu unterstützen.

Diese politischen Ereignisse hatten großen Einfluss auf mich und eine starke Wirkung auf meine späteren politischen Tendenzen und Aktivitäten.

Ich habe ohne Wissen meines Vaters an Demonstrationen teilgenommen und Dr. Mossadegh und die Iranische Nationale Front (INF) unterstützt, ohne selbst Mitglied dieser Organisation zu sein. Ich habe täglich die Reden und Diskussionen des Parlaments (Madjles) verfolgt und war stolz, ein Iraner zu sein.

Dr. Mossadegh regierte 27 Monate. Während dieser Zeit gab es zahlreiche Verschwörungen gegen ihn und seine Regierung; so versuchten z. B. der Schah und seine Unterstützer mit verschiedenen Mitteln, die Regierung Mossadeghs zu stürzen. Es wurde bekannt, dass der Schah und seine Familie mit Agenten von Großbritannien und den USA zusammenarbeiteten. Dem Bruder des Schahs (Alireza) gelang es, „Lumpen“ aus dem einfachen Volk zu finden, die bereit waren, friedliche Demonstranten und Unterstützer von Mossadegh mit Messern zu attackieren.

Um die Regierung zu destabilisieren, entführten und töteten die Agenten des Schahs und Großbritanniens im Jahre 1952 General Afshartoos, den Polizeipräsidenten von Mossadegh in Teheran. Um die Kontrolle nicht zu verlieren, verlangte Dr. Mossadegh, das Amt des Verteidigungsministers selbst zu übernehmen, was der Schah jedoch ablehnte. Daher war Mossadegh gezwungen, am 17. Juli 1952 zurückzutreten. Der Schah ernannte daraufhin Qawam-ul-Saltaneh zum neuen Ministerpräsidenten.

In Folge dessen kam es jedoch zu blutigen Unruhen, worauf am 21. Juli 1952 (30 Tir, persischer Kalender) der Schah Mossadegh wieder ins Amt zurückholen musste.

Am 27. April 1951 wurde das Gesetz zur Nationalisierung der Ölindustrie vom iranischen Parlament verabschiedet. Als Reaktion darauf versuchte die britische Regierung mit allen Mitteln, die

Regierung von Mossadegh zu erpressen und schickte die britischen Marinestreitkräfte in den Persischen Golf. Mossadegh strebte an, mit amerikanischen Gesellschaften Geschäfte abzuschließen und bat die amerikanische Regierung um finanzielle Hilfe. Aber kurz darauf verbündeten sich die beiden Mächte (Großbritannien und USA) gegen Mossadegh.

Die Regierung Mossadegh versuchte die UDSSR zu bewegen, das Staatsgold im Wert von 20 Millionen Dollar zurückzugeben, das während des Zweiten Weltkriegs in der Sowjetunion deponiert worden war, was die UDSSR jedoch zurückwies.

Die Rolle der CIA und Großbritanniens im Iran

Am 10. August 1953 traf Ashraf, die Schwester des Schahs, den Chef der CIA, Allen Dulles. Zur selben Zeit reiste General Schwartzkopf nach Teheran und suchte den Schah auf, um gemeinsam mit dem britischen Intelligent Service einen Plan zu erarbeiten, die Regierung Mossadeghs zu stürzen. General F. Zahedi und General N. Nassiri erhielten den Auftrag, die Pläne umzusetzen. Als das Unternehmen am 16. August 1953 jedoch scheiterte, flüchtete der Schah ins Ausland.

Als Reaktion darauf kam es in Teheran zu Demonstrationen des verärgerten iranischen Volkes gegen die Putschisten. Aber schließlich verwirklichten Kermit Roosevelt, Jr. und andere Agenten ihre Pläne am 19. August 1953 und Mossadegh und viele seiner Berater und Anhänger wurden verhaftet. Dr. Hossein Fatemi, Außenminister der Regierung Mossadeghs, wurde hingerichtet.

Nach der Entmachtung von Mossadegh wurde General F. Zahedi Ministerpräsident, der Schah kehrte zurück, und der ganze Iran wurde durch Terror und Repressalien erschüttert. Die diktatorische Herrschaft des Schahs dauerte bis 1961.

Im Januar 1961 wurde John F. Kennedy zum Präsidenten der USA gewählt. Kennedy und sein Berater Walt W. Rostow zwangen den Schah, Landreformen durchzuführen und demokratische Rechte zu respektieren. Daher war die Zeit zwischen 1960 und 1963 ein Wendepunkt in der iranischen Geschichte. Die Führer und Mitglieder der Iranischen National Front (Anhänger Mossadeghs) waren in der Lage, ihre politischen Aktivitäten fortzusetzen. Diese Periode nutzen auch die iranischen Studenten im Iran und im Ausland, um sich zu organisieren und sich unter einem Dachverband(CISNU) zu vereinigen.

Hier die Nachweise:

CIA bekennt sich zu Militärputsch 1953 im Iran, DIE WELT vom 19. 08. 2013 (von Florian Stark)

Im August 1953 wurde der iranische Premier Mossadegh vom Militär aus dem Amt gedrängt. Die amerikanische CIA bestätigte jetzt ihre führende Teilhabe an der Aktion, die beispielhaft wurde.

Am 19. August 1953 zogen Tausende Demonstranten durch die Straßen der iranischen Hauptstadt Teheran und skandierten „Lang lebe der Schah“. Sie besetzten zahlreiche Behörden. Auch die Rundfunkstationen sendeten Appelle, die Proteste zugunsten von Schah Mohammed Reza Pahlavi zu unterstützen. Ähnliche Aktionen fanden in anderen Städten des Landes statt. Am späten Nachmittag erklärte der amtierende Ministerpräsident Mohammed Mossadegh seinen Rücktritt. Mehrere hundert Tote und Verletzte blieben auf den Straßen zurück.

Zum 60. Jahrestag des Putsches im Iran hat der amerikanische Geheimdienst CIA erstmals öffentlich seine Beteiligung zugegeben. Die Central Intelligence Agency habe jüngst Geheimdokumente

veröffentlicht, in denen sie sich zum ersten Mal formell dazu bekenne, den iranischen Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh gestürzt zu haben, teilt das Nationale Sicherheitsarchiv der George Washington University mit.

Die Experten bestätigen damit zahlreiche Studien, die den Sturz Mossadeghs als Ergebnis einer Geheimoperation deuten, die von CIA und britischem MI6 im Auftrag ihrer Regierungen inszeniert worden war. Der „Militärputsch, der Mossadegh und sein Kabinett der Nationalen Front stürzte, wurde unter CIA-Führung als ein Akt US-amerikanischer Außenpolitik durchgeführt“, heißt es in den Dokumenten, von denen weiterhin Teile geschwärzt sind.

„Staatsstreich gegen die Regierung“

Nachdem Mossadegh die Kontrolle über die kaiserlichen Paläste übernommen hatte, drängten die USA den Schah, den ausgewiesenen Antikommunisten und ehemaligen Innenminister General Fazlollah Zahedi zum Premier zu ernennen. Wenn er nicht kooperierte, so die Drohung, würden die USA auch ohne seine Unterstützung handeln. Das aber würde das Ende seiner Dynastie bedeuten.

Am 13. August unterschrieb der Schah Mossadeghs Entlassungsurkunde und berief Zahedi zum neuen Ministerpräsidenten. Mossadegh wertete dies als „Staatsstreich gegen die Regierung“ und drohte Zahedi mit der Verhaftung. Der Schah floh daraufhin nach Bagdad.

Was weiter geschah ist immer noch ungeklärt. Als sicher gilt, dass die USA und Großbritannien den Putschversuch als gescheitert erklärten und den Kontakt zu Mossadegh suchten. Zugleich aber formierte sich der Widerstand in den Streitkräften. Einige Unruhestifter formierten sich zu einem Demonstrationzug. Dabei sollen auch Gelder zur Motivation geflossen sein.

Da sich die Armee entweder neutral verhielt oder offen für Zahedi Partei ergriff, musste Mossadegh schließlich aufgeben. Zahlreiche Beteiligte haben die Unterstützung der westlichen Geheimdienste in Büchern geschildert. Auch die US-Präsidenten Barack Obama und Bill Clinton bestätigten sie. Gleichwohl dürften die freigegebenen Akten interessante Details auf eine Geheimdienstoperation werfen, die zum Vorbild für zahlreiche ähnliche Unternehmen wurde. Dass sie 1953 ein durchschlagender Erfolg wurde, verdankte sie vor allem dem Umstand, dass der Widerstand gegen Mossadegh, in dem sich auch einige schiitische Geistliche versammelten [...] [H. Massali: (wie Ayattolah Kaschani), die mit britischen und US -Agenten zusammenarbeiteten].

Quelle: <http://www.welt.de/geschichte/article119180782/CIA-bekannt-sich-zu-Miltärputsch> (letzter Zugriff 09.08.2014)



Dr. Mossadegh wird von der Bevölkerung begrüßt und unterstützt



Anhänger von Dr. Mossadegh demonstrieren vor dem Parlament
(2. März 1952)



Dr. Mossadegh mit seinem Außenminister Dr. H. Fatemi

und

Allahyar Saleh, ein Anführer der INF





Die Bevölkerung im Iran unterstützt die Regierung Mossadegh und ist für die Nationalisierung der Erdölvorkommen (1951–1953)



Einige Führer von INF und Mitglieder der Regierung Mossadegh



Dr. Mossadegh besucht die USA und vertritt die Interessen des Iran vor der
UNO

۱۳۳۰/۸/۲۹

استقبالی که دیروز در مصر از نخست‌وزیر ایران بعمل آمد بیسابقه و بی نظیر بود



اعلامه رسید. آقای دکتر مصدق با نسیم و تکان دادن دست باحساسات پر حرارت استقبال کنندگان پاسخ می‌دادند. آقای دکتر مصدق بعلت خستگی مغرطی که داشت، یوسله صندلی متحرکی بطرف اتومبیل سفارت کبرای ایران رفت و با آن اتومبیل در حالی که اسکورت موتورسیکلت سواری از مأمورین انتظامی اطراف اتومبیل مزبور را احاطه کرده بود به شهر عزیمت کرد تا مستقیماً بکاخ سلطنتی عابدين رفته دفتر مخصوص را امضاء کرد.

آقای نخست‌وزیر دیشب تعلق از زادبو قاهره ایراد و خاطرنشان کرد که ایران همواره طرفدار و پشتیبان مبارزات مقدس ملی مصر می‌باشد و اضافه کرد: پذیرایی گرم و صمیمانه‌ای که هنگام ورود من به خاک مصر بعمل آمد خاطره‌ای در من بجا گذاشته که با گذشت زمان فراموش نخواهد شد. احساسات برادرانه و شور و شغعی که امروز مردم مصر نسبت به من نشان دادند نشانه ناگسستن بودن رشتنه‌های معنوی و اخلاقی است که ایران و مصر را بیکدیگر پیوسته است. طبق اظهار حجرگزاری رویترز تاظرفین سیاسی معتقدند مسافرت نخست‌وزیر ایران بمصر برای تحکیم روابط و مناسبات بین ایران و مصر در مبارزاتشان علیه انگلیس می‌باشد.

پس از بر پائی جنبش ملی شدن صنعت نفت در ایران، دکتر محمد مصدق در آیتامه 1330 به مصر سفر حرکتکنندگان و کرد و قریب دو میلیون نفر از مردم مصر از او بعنوان " ناجی شرق"، استقبال کردند. مردم و رهبران سیاسی مصر، با الهام از جنبش ملی ایران، در صدد بر آمدند که " کانال سوئز" را که در اختیار انگلستان بوده، ملی کنند و استعمار گران انگلیس را از آن کشور اخراج کردند.

تفصلاً ملی نیز

درگیریهایی کوچکی صورت گرفت در حدود ۲۰۰ نفر نیز در جلو در ورود مجلس حاضر شدند که بلافاصله قوای پلیس توانست جمعیت تظاهرکننده را از میدان خارج کند.

خیابان‌های شمالی و جنوبی دانشگاه، مانع می‌شدند فقط دانشجویان دانشگاه با اذن کارت می‌توانستند در سر کلاس حاضر بشوند. چون مأمورین انتظامی از عبور اجتماع‌کنندگان جلوگیری می‌کردند، دو

دانشجویان دانشگاه تهران و سازمان دانش‌آموزان ایران، منتشر شد که در آن اعلام شده بود روز پنجشنبه مینیگ سواری به عنوان اعتراض به اخراج پلند دانشجو که تصمیم اولیای مدارس اخراج

اطلاعات
سیاسی

Dr. Mossadegh besuchte 1951 Ägypten. Er wurde von über zwei Millionen Ägyptern in Kairo empfangen.



Die "Halbstarken" attackierten mit Messern die Anhänger von Mossadegh
(Putsch 1953, unter Führung von CIA und GB)



Der Schah benutzte die „Halbstarken“ (die Lumpen) gegen die Anhänger von Mossadegh. Am 10. März 1954 wurden durch Messerstiche der „Halbstarken“ einige Mossadegh-Anhänger verwundet.



Der Schah und sein Bruder treffen Shaban Jafar (Führer der "Halbstarcken")



Dr. Mossadegh vor dem Militärgericht nach dem Putsch von 1953



Außenminister Dr. H. Fatemi wird verhaftet und durch Teymore Bakhtiar und die Putschisten von 1953 misshandelt



Hinrichtung mehrerer Militäroffiziere nach dem Putsch von 1953



Demonstrationen gegen den Schah im August 1953 in Teheran

Kapitel 4

Der Schah und die Realitäten in Iran

Das Königreich Iran liegt in Südwest-Asien und nimmt den westlichen Teil des iranischen Hochlandes ein. Es liegt zwischen dem Kaspischen Meer im Norden und dem Persischen Golf im Süden. Im Norden hat es etwa 2000 km gemeinsame Grenze mit der Sowjet-Union. Afghanistan und Pakistan sind seine östlichen, der Irak und die Türkei seine westlichen Nachbarn. Die arabische See und der Persische Golf machen seine südlichen Grenzen aus. Seine gesamte Landfläche beträgt 1,645,000 km²; es lebten 21,794,000 Menschen im Iran. Der Großteil der Bevölkerung lebte im Norden des Landes.

Der Iran kann auf eine 2500jährige kontinuierliche Geschichte zurückblicken.

Die iranische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts ist, genau wie die der meisten afrikanischen und lateinamerikanischen Länder, die Geschichte seiner Beziehungen zu den europäischen Großmächten und deren Einfluss auf innenpolitischen Angelegenheiten Irans.

Während des 18./19. Jahrhunderts war die iranische Monarchie von einer kleinen höfischen Clique umgeben. Sie wurde von einer reichen, aber politisch unfähigen Kaufherrenklasse unterstützt. Die große Mehrheit des Volkes setzte sich aus Leibeigenen, Bauern und Nomaden zusammen. Es gab wenig Handel, keinerlei Industrie. Der sozialen herrschenden Klasse mangelte es an Bewusstsein bzw. Verantwortungsgefühl.

Während des 19. Jahrhunderts gab es eine politische Bewegung, die sich um Reformen bemühte. Der Höhepunkt in der ersten Phase dieser Bewegung war die Ermordung von Nasser-Eddin Schah, der

50 Jahre lang mittels unglaublicher Korruption regiert hatte. In dieser Zeit hatte er, um sich zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen, Konzessionen an die Ausländer verkauft.

1896 nach der Ermordung von Nasser-Eddin Schah folgte ihm sein Sohn auf dem Thron. Er brachte keine politische Änderung; in der Verwaltung herrschten weiterhin Ungerechtigkeiten und Unregelmäßigkeiten. Man fuhr fort, den ausländischen Finanziers Konzessionen zu gewähren. Am stärksten war die Unzufriedenheit in den neuen Bildungsschichten, die von den liberalen und sozialistischen Ideen Europas indoktriniert waren. Das Ergebnis ihrer Proteste war ein Generalstreik, und daraufhin eine Revolution, die unter den Namen „Konstitutionelle Revolution“ bekannt ist. Im Oktober 1905 wurde zum ersten Male eine Verfassung gewährt.

Die Nationalversammlung oder Madjles trat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Diese Verfassung wurde jedoch niemals in die Praxis umgesetzt. Der neue Schah, der 1907 den Thron bestieg, hieß Schah Mohammed Ali; er nahm die anglo-russische Konvention von 1907 an, die den Iran in zwei Einflussphären aufteilte. Eine russische im Norden und eine englische im Süden. Im Jahre 1908 benutzte der Schah dann die von russischen Offizieren geführte Kosakenbrigade, um den Madjles bzw. Nationalparlament zu sprengen. Bis 1909 blieb die Lage in der Schwebe.

Damals marschierten die Anhänger der Verfassung nach Teheran und zwangen den Schah die Verfassung wiederherzustellen und dem Parlament die Erlaubnis zum erneuten Zusammentritt zu geben. Der Schah wurde abgesetzt. Sein Versuch, den Thron 1911 wieder zu besteigen, schlug fehl. Der Madjles regierte zum ersten Male im Lande. Kurz danach hemmte der erste Weltkrieg die Entwicklung des Landes. In der nun folgenden Dekade war der Iran wieder dem Druck und den Spannungen der Großmächte ausgeliefert.

Nach dem Kriege wurde zwischen dem Britischen Königreich und der iranischen Regierung ein Vertrag geschlossen, nach dem das Britische Königreich zivile und militärische Ratgeber stellte. Dieser Vertrag traf im ganzen Iran auf heftigen Widerstand.

Der Madjles, der 1921 zusammentrat, weigerte sich, diesen Vertrag zu ratifizieren.

Im Februar 1921 wurde ein neuer sowjetisch-iranischer Vertrag ausgearbeitet. Die sowjetische Regierung distanzierte sich von der „tyrannischen Politik“ der zaristischen Regierung und gab Konzessionen und exterritoriale Privilegien auf. Dieser Vertrag wurde mit „Reza Khan“, einem Offizier der iranischen Kosaken-Brigade ausgearbeitet.

Reza Khan hatte im Februar 1921 einen Coup d'Etat durchgeführt. 1923 war er dann Ministerpräsident geworden und 1925 erhielt er vom Madjles diktatorische Vollmachten und wurde zum Schah, mit dem Titel Reza Schah Pahlavi ausgerufen.

Die hervorstechendsten Züge seiner Regierungszeit sind der unreife Versuch, das Land zu modernisieren und die brutale Unterdrückung aller Opposition. Obwohl die wirtschaftliche und industrielle Kraft des Landes stärker und die Möglichkeiten sich zu bilden erweitert wurden, hatte das Volk wenig Gelegenheit, sich auf den Gebieten von Politik und Menschenrechten zu betätigen.

1939, bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, erklärte Iran seine Neutralität. Bis 1941 hatte Iran wenig unter Feindseligkeiten zu leiden. Während der Geheimverhandlungen, die im November 1940 zwischen der deutschen und der sowjetischen Regierung geführt wurden und die den Abschluss eines Viermächte-Abkommens zwischen UdSSR, Deutschland, Italien und Japan vorsahen, hatte sich die Sowjetregierung jedoch entschlossen, das Gebiet „südlich

Batum und Baku in allgemeiner Richtung auf den Persischen Golf hin“, als Brennpunkt der sowjetischen Interessen anzuerkennen.

Zu diesem Zeitpunkt befanden sich in Iran bereits eine große Anzahl deutscher Techniker und Handelsreisender; unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch in Russland forderten sowohl die englische als auch die sowjetische Regierung die Ausweisung des größten Teils dieser Deutschen.

Da ihnen dies verweigert wurde, marschierten russische und britische Truppen am 28. August 1941 ins Land. Im September 1941 dankte Reza Schah ab und sein Sohn, Mohamed Reza Schah Pahlavi wurde noch am gleichen Tage zum Schah ausgerufen. Der am 29. Januar 1942 unterzeichnete Vertrag zwischen der UdSSR, Großbritannien und Iran garantierte den Alliierten die Nutzung der iranischen Häfen und Straßen.

Nach Beendigung der absolutistischen Herrschaft begannen die politischen Parteien des Landes langsam aktiv zu werden; darunter auch K.P. Persien, nämlich die Tudeh Partei. In dieser Zeit ersuchten britische, amerikanische und russische Gesellschaften mehrmals um Ölkonzessionen. Die iranische Regierung jedoch ergab einen Erlass heraus, nach dem die Gewährung von Ölkonzessionen bis nach Kriegsende verschoben werden sollte, da der Iran, solange fremde Streitkräfte auf seinem Territorium stünden, kein freier Verhandlungspartner sei.

Der kritische Punkt in den Auseinandersetzungen mit der UdSSR wurde mit der Azerbeijan-Frage erreicht. Anfang 1945 wurde in Azerbeijan, einer nordwestlichen Provinz, deren Hauptstadt Täbris ist, eine Pro-UdSSR-Partei gegründet. Die Provinz Azerbeijan, seit 1941 von sowjetischen Truppen besetzt und von der sowjetischen Provinz Azerbeijan lediglich durch eine willkürliche Grenze getrennt, ist die reichste Provinz Irans. Mitte Dezember jenes Jahres hatte diese Partei die Provinz ganz unter ihrer Kontrolle. Die Partei wurde von Djafar Pischavari geführt. Die Sowjets machten den Rückzug ihrer Truppen von der Gewährung von Ölkonzessionen

abhängig. Iran wandte sich an den Sicherheitsrat der UNO. Der Konflikt wurde jedoch später auf höchster Ebene geregelt.

Die ursprüngliche Verfassung von 1906 ist in den Jahren 1907, 1925, 1949 und 1957 ergänzt und erweitert worden. Die Verfassung sieht eine Regierungsform vor, die sich aus drei Teilen zusammensetzt: der Exekutive, deren Aufgabe dem Kabinett und der Beamten der Regierung obliegt, der Gerichtsbarkeit, die aus einer Hierarchie der Gerichte gebildet wird – von den Bezirksgerichten bis hinauf zum Obersten Gerichtshof und der Legislative. Der Schah soll als höchster Repräsentant und als inkompetente Persönlichkeit zur Unterzeichnung der Gesetze funktionieren. Die Verfassung sieht eine Staatsform, bestehend aus Zweikammersystem, Senat und Parlament vor.

Der Senat trat aber erst im Jahre 1950 zusammen. Im Parlament oder Madjles sitzen 200 Abgeordnete, die in jedem Bezirk im Verhältnis zu der Bevölkerung gewählt werden. Die Wahlen werden nicht im ganzen Lande an ein und demselben Tage abgehalten, sondern sie erstrecken sich über Wochen und sogar Monate. Die Wahlen werden stets durch die einflussreichen Personen oder Regierungsbeauftragten manipuliert.

Die Hälfte der 60 Sitze im Senat sind gewählte, und die anderen sog. ernannte Senatoren (vom Schah).

Die Rechte des Schahs sind in der Verfassung niedergelegt. Er ist das Oberhaupt des Staates und kann Kabinettsminister vorschlagen. Er hat den Oberbefehl über die Streitkräfte. Er hat das Recht, das Parlament zu Sondersitzungen einzuberufen.

Die politischen Realitäten

Es genügt nicht, sich die Struktur der iranischen Regierung vor Augen zu halten, um die Probleme verstehen zu können, denen sich die iranische Studenten und das iranische Volk heute gegenübersehen, man muss die politische Entwicklung nach dem 2. Weltkrieg analysieren. Diese Analyse zeigt, welche Realitäten hinter der strukturellen Fassade am Werk sind.

Die letzte Sitzung des 15. Madjles endete am 15. Juli 1949. Erst im Februar 1950, nach einer Verspätung, die auf „Unregelmäßigkeiten“ während der Wahl beruhte, eröffnete der nachfolgende Madjles seine Legislaturperiode. In diesem Parlament trat zum ersten Male eine neue Gruppe in Erscheinung, die als Iranische National Front (INF) unter der Führung des heute weltbekannten Dr. Mohammad Mossadegh bekannt ist.

Die INF, die zunächst nur eine lose Koalition ohne bestimmtes Programm war, begann sehr bald, die Eigenschaften einer einheitlichen Partei bzw. Front zu entwickeln. Mit Dr. Mossadegh hatte sie den ersten bedeutenden iranischen Nationalisten an ihrer Spitze.

Dr. Mossadegh ist ein Mann, dessen Patriotismus, Ehrenhaftigkeit und ernsthafte Hingabe von fast niemandem in Frage gestellt wurde. Professor R. Cottam von der Pittsburgh University, USA, schrieb in der November-Ausgabe von Iran-Nameh (1961) folgendes über Mossadegh:

„Als Mossadegh 1951 Premierminister wurde, war die Begeisterung des Volkes für ihn ohne jedes Beispiel. Mit fast atemberaubender Plötzlichkeit nahm eine scheinbar unzusammenhängende politische Vereinigung Gestalt und Substanz an. Die Koalition der Iranischen National Front vereinigte in zwei Jahren (1949-1951) Einzelne und Gruppen aus jeder sozialen Schicht und fast jeder politischen

Färbung. Die NF umschloss aber auch einige politische Gruppierungen.“

Das Auftreten der INF unter Dr. Mossadeghs Führung auf Irans politischer Bühne war in vieler Hinsicht ein Wendepunkt in der Geschichte des Landes. Es verdient deshalb eine eingehende Betrachtung. Die Nationalisierung der Anglo-Iranischen Ölgesellschaft war natürlich der Hauptpunkt der Jahre 1949–1953.

Die A.I.O.C. brachte seit Jahrzehnten im Iran englandfreundliche Regierungen an der Macht. Deshalb legte die INF ihr Veto gegen das Zusatzabkommen ein, das im Jahre 1949 mit der A.I.O.C. ausgehandelt worden war (und dies, obgleich die Gesellschaft nach diesem Abkommen das Doppelte hätte zahlen müssen).

Dieser Vorgang war alles andere als eine Auseinandersetzung um wirtschaftliche Fragen. Im Iran sah man es als eine weitere Runde im Kampf um die nationale Unabhängigkeit an.

Im Juni 1950 wurde General Ali Razmara, der ehemalige Oberbefehlshaber der Truppen, zum Premierminister ernannt. Er bat den Madjles zunächst um Zustimmung zu dem Zusatzabkommen mit der A.I.O.C. Der Ölausschuss des Madjles stimmte jedoch einstimmig gegen die Annahme des Abkommens. Im März 1951 fiel Razmara einem Attentat zum Opfer. Mitte jenes Monats verabschiedete der Madjles eine Vorlage, die die Nationalisierung der A.I.O.C. vorsah.

Ende April, unmittelbar nach dem einstimmigen Beschluss des Madjles, ab sofort die Ölindustrie zu nationalisieren, wurde Dr. Mossadegh zum Premierminister ernannt.

Es wurde verschiedentlich versucht, sich mit dem Vereinigten Königreich zu einigen. Diese Versuche schlugen jedoch fehl.

Im Oktober 1951 wurden die noch verbliebenen britischen Angestellten der A.I.O.C. aus Iran ausgewiesen. Ein Jahr später schließlich, als die iranische Regierung einen weiteren anglo-amerikanischen Vorschlag zur Lösung des Problems zurückgewiesen hatte, brach Iran die diplomatischen Verbindungen zum Britischen Königreich ab. Die Rohölproduktion sank während dieser Zeitspanne von über 32 Mill. Tonnen jährlich auf etwa 1 Mill. Tonnen herab. Dies hatte ernste wirtschaftliche Konsequenzen zur Folge.

Die INF hatte ein ausgezeichnetes landwirtschaftliches Reformprogramm ausgearbeitet. – Sie hatte außerdem für die Planungsorganisation (die gebildet worden war, um wirtschaftliche Entwicklungspläne in die Praxis umzusetzen) ein kompetentes, der Sache ergebenes Team zusammengestellt. Dieses Team besaß Pläne für Dorfsanierungen, für den Aufbau von Dämmen und Verkehrsverbindungen, sowie für den Bau anderer Entwicklungsprojekte. Es war jedoch unmöglich, diese Pläne zu einem Zeitpunkt in die Tat umzusetzen, da das Ölproblem von so maßgeblicher Bedeutung war.

Der Verlust des enormen Öleinkommens verursachte der Regierung Dr. Mossadeghs jedoch große Schwierigkeiten und brachte die Wirtschaft des Landes an den Rand des Bankrotts.

Zu eben dieser Zeit der Krisen und Spannungen schickte der Präsident der USA Eisenhower Dr. Mossadegh ein Schreiben, in dem er andeutete, die Regierung der USA habe ihr Vertrauen in Dr. Mossadegh verloren (der Brief wurde über die Stimme Amerikas in Iran und in der Welt verbreitet). Die Art und Weise der Kontaktaufnahme ließen darauf schließen, dass man eine Revolution gegen Dr. Mossadegh begrüßen würde.

Der Umsturzversuch wurde am 19. August 1953 unternommen.

Hier der CIA-Bericht über den Sturz von Dr. Mossadegh:

„Die Behauptung einiger Beobachter, das iranische Volk hätte Mossadegh aus eigenem Antrieb gestürzt, ist Unsinn. Dieser Sturz war von Anfang bis Ende ein amerikanisches Unternehmen.“ Diese Sätze sind dem Buch „CIA – The Inside Story“ von Andrew Tully, einem ehemaligen CIA-Mann, entnommen. (Es erschien 1962 als Crest Book und ist eine Veröffentlichung der Fawcett World Library.)

Als Mossadegh die Enteignung der Anglo-Iranian-Oil-Company und die Nationalisierung der iranischen Ölfelder bekannt gab, gab es einen spektakulären internationalen Aufruhr. So etwas durfte Mossadegh nicht tun, und die westlichen Bankinstitute würden ihm das beweisen. Das iranische Öl wurde mit Erfolg boykottiert. Mossadegh setzte sich daraufhin mit einigen kleineren unabhängigen Gesellschaften zusammen, um die Arbeit auf den iranischen Ölfeldern aufrechtzuerhalten. Das State Department ermutigte diese Gesellschaften jedoch kaum – das heißt, es erklärte ihnen: Finger davon! ... Überdies war klar, dass mit der Anglo-Iranian Milliarden Dollar auf dem Spiel standen. Geht es aber um Privatunternehmen dieser Größenordnung, dann können Foreign Offices und State Department höchst empfindlich reagieren. Für die USA war der Zeitpunkt gekommen, in das internationale Hasardspiel einzusteigen ... Zunächst flog Allan Dulles am 10. August nach Europa, um mit seiner Frau, die schon in der Schweiz war, ‚Urlaub zu machen‘. Auch der US-Botschafter Henderson beschloss zeitgleich, in der Schweiz Ferien machen zu wollen – und dies obwohl sich die politische Lage in Teheran noch bedrohlicher entwickelt hatte. Fast zur gleichen Stunde marschierte die Schwester des Schahs, Ashraf,

in den kaiserlichen Palast, hielt ihrem Bruder eine Standpauke – und flog dann auch in die Schweiz.

Außerdem schilderte Tully, wie der Brigadegeneral Norman Schwartzkopf zu eben dieser Zeit zufällig in Teheran auftauchte. Schwartzkopf war zwischen 1942 und 1948 damit beauftragt, die nationalen Polizeistreitkräfte aufzubauen. Während dieser Zeit war er fast ausschließlich damit „beschäftigt, die Regierung gegen ihre Feinde zu schützen. Dies war eine Aufgabe, die nach dem Aufbau eines Geheimdienstes verlangte.“

Tully fährt dann fort: „Plötzlich schien der Schah seine Kraft und seine Autorität wiedergefunden zu haben. Am 13. August gab der Schah einen Erlass heraus, der so klang, als sei er in Zusammenarbeit von Schwartzkopf und General Zahedi geschrieben worden.“ In diesem Dekret wurde Mossadegh für abgesetzt und General Zahedi als sein Nachfolger erklärt. Zunächst gelang es Mossadegh, General Zahedi festzusetzen. Daraufhin floh der Schah eiligst über den Irak nach Rom.

Schwartzkopf aber hielt seine Stellung auf iranischen Boden. Er übernahm den Posten des inoffiziellen Zahlmeisters der Gruppe, die Mossadegh absetzen wollte. Gewisse Iraner wurden plötzlich reich. Man sagt, Schwartzkopf habe innerhalb einiger weniger Tage die sorgfältige Verteilung von mehr als zehn Millionen CIA-Dollar überwacht ... Der Höhepunkt wurde am Donnerstag, dem 19. August, erreicht ... Es schien zunächst keinerlei Anlass zur Besorgnis gegeben, als ein endlos langer Zug von Schaustellern auf der Szene erschien ... und wie gewöhnlich gingen die Menschen scharenweise auf die Straße, um dem Schauspiel zuzusehen ... Dann gab ganz offensichtlich jemand das Zeichen: Der unheimliche Zug löste sich plötzlich in einen organisierten, schreienden Pöbel auf. Die Menge stimmte in das Geschrei ein – und einige hielten dabei zweifellos ihre amerikanische Entlohnung fest in einer Hand umschlossen. Als der Krawall am lautesten war, gingen die dem

Schah ergebenen Truppen zum Angriff über ...“ Nach einem neunstündigen heftigen Kampf gelang es den Truppen des Schahs, die unter der Leitung einiger Amerikaner standen, Mossadegh zu überwältigen.

Tully schließt sein Kapitel Iran mit zwei interessanten Beobachtungen. An einer Stelle stellt auch er fest, dass Elend, Not und Unwissenheit trotz des kostspieligen amerikanischen Hilfsprogramms noch immer im Iran herrschen, „und dennoch haben der Schah und seine Beamten darauf bestanden, eine 200 000 Mann starke Armee zu unterhalten, die größer als die japanische oder die westdeutsche Armee ist.“

Von Mossadegh sagt er im Zusammenhang mit einer der größten politischen Kundgebung, die 1961, sieben Jahre nach seinem Sturz, stattfand und in der ihn 80 000 Menschen im Jalalieh-Polo-Stadion feierten: „Mit seinen 79 Jahren und selbst unter Hausarrest war Mossadegh immer noch die größte politische Persönlichkeit im Iran und ein starker Felsen gegen Aminis ‚Revolution von oben‘. Er war der unbestrittene Chef der National-Front ... Die meisten Experten sind sich darüber einig, in jeder freien Wahl wird die Front die Mehrheit der iranischen Parlamentssitze erobern.“

Als der Schah und der persische Hof wieder an die Macht kamen, wurde die Ölfrage unter der Mitwirkung von Dr. Amini rasch geregelt. Die neue herrschende Klasse brachte das Land seit dieser Zeit trotz der gigantischen Entwicklungshilfen der westlichen und neuerdings Dank der (Politik der friedlichen Co-Existenz) östlichen Länder in seine heutige verzweifelte Situation. In diesen Jahren haben General Zahedi, Hossein Ala, Manutschehr Eghbal, Scharif Emami, Dr. Ali Amini, Asadollah Alam, Hasan Ali, Mansur und Howaida als Ministerpräsidenten fungiert.

Alle Versuche und alle Versprechungen, auch die sog. „weiße Revolution“ und das Zweiparteiensystem, sowie die Demokratie von oben, blieben im Rahmen der politischen Scharlatanerien.

Für das Haushaltsjahr 1963/64 beziffert Arnold Beichmann im „Christian Science Monitor“ vom 6. April 1963 das Militärbudget auf 225 Mill. Dollar, 7 % mehr als im Haushaltsjahr 1962/63.

Einige Zahlen, die „Keyhan“, eine halbamtliche Regierungszeitung am 27. Juni 1963 veröffentlichte, bestätigen diese Aussage: Es betragen die privaten und öffentlichen Investitionen im

Jahre	1960	400	Mill.	Riyal	20	Mill.	DM
"	1961	160	"	"	8	"	"
"	1962	200	"	"	10	"	"
bis Juni	1963	31	"	"	1,5	"	"

Die Korruption braucht keine Erwähnung, wenn man bedenkt, dass General Zargham, früherer Finanzminister, General Alawai Moghadan, Polizeichef von Teheran und Nafici, Bürgermeister von Teheran, schon deshalb abgesetzt und von dem Gericht gestellt wurden (allerdings nur pro Forma; später wurde er freigelassen).

Die Despotie und Folterung kennt keine Grenzen mehr; die Unterdrückung der Opposition und der Intellektuellen wird schärfstens und im Namen des Volkes durchgeführt. Im Jahre 1963 wurden 9 bekannte Persönlichkeiten vor das Militärtribunal gestellt und verurteilt. Unter ihnen:

- Herr Mehdi Bezarghan, Professor an der T.H. der Universität Teheran (10 Jahre Einzelhaft)
- Herr Seyed Mahmud Talaghani (Geistlicher), Professor an der Theologischen Fakultät Teheran (10 Jahre Einzelhaft)
- Herr Privatdozent Y. Sehabi und einige andere.

Die Volksaufstände und der Widerstand der gebildeten Schichten werden als fanatische, als kommunistische oder als reaktionäre

Bewegungen abgestempelt und im Ausland verachtet und diskreditiert.

Stolz der Regierung in diesen dunklen Jahren ist das Referendum vom Oktober 1962; in dieser Zeit musste die persische Bevölkerung über 6 Punkte abstimmen:

- 1.) Durchführung der Landreform
- 2.) Gleichberechtigung der Frau
- 3.) Nationalisierung der Forste und Wälder
- 4.) Aufstellung einer „Bildungsarmee“
- 5.) Nationalisierung der Industrie
- 6.) Neues Wahlgesetz

Die Bevölkerung musste in einem Atemzug zu den 6 Punkten entweder mit „ja“ oder mit „nein“ Stellung nehmen. Wer also nur ein oder zwei Punkte bejahte, musste alle bejahen oder mit „nein“ abstimmen.

Das Abstimmungsverfahren war einfach: wer mit „ja“ stimmte warf einen grünen Stimmzettel in eine offen aufgestellte grüne Urne, wer mit „nein“ stimmte, warf einen roten Stimmzettel in die offen aufgestellte rote Urne. Auf diese Weise konnte jeder sehen, wie sein Nachbar stimmte.

So überraschte es niemanden, als 90 % der abzugebenden Stimmen das Referendum bejahten.

So berichtete Michael Leapman im „Spectator“ vom 23. September 1960 aus Teheran: „Das Frisieren der letzten Wahlen war so auffällig, dass sogar eine der beiden großen Tageszeitungen überraschenderweise den Mut zu Enthüllungen fand. Man hatte gesehen, wie Jungen Kisten per Fahrrad zu den Wahllokalen transportierten; einige dieser Kisten fielen auf die Straße, wo sich ihr

Inhalt ergoss; man sah, dass sie ganze Bündel von bereits markierten Stimmzetteln enthielten.“

Die Bodenreform und die Proklamation, dass das alte Feudalsystem in Persien zusammengebrochen war, gewann im Ausland große Bedeutung. Wir müssen daher einen kurzen Überblick über die Lage der Landwirtschaft in IRAN bekommen, um die Probleme besser analysieren zu können.

Das Schah –Regime und die Lage der Studenten

Die feudale Struktur und das antiquierte System, welche einer kleinen Elite ein unbeschwertes Leben voll Vergnügen und Reisen auf Kosten der großen Masse gestattet, wurden unangetastet mit ins 20. Jahrhundert übernommen. Man muss die Tatsache, dass es im Iran bis 1935 überhaupt keine Universitäten gab, in diesem Licht betrachten.

Infolge der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände im IRAN lastete auf den Studenten, obgleich sie – zahlenmäßig – nur einen unbedeutenden Teil der Bevölkerung ausmachen, eine ungeheure soziale und wirtschaftliche Verantwortung. Diese sozialen Zustände waren aber auch der Grund, dass die Universität, abgesehen von kurzen, aufgeklärten Regierungsperioden, von keiner iranischen Regierung jemals als autonome Körperschaft anerkannt wurde. Sie hatten auch zur Folge, dass die sicher unermesslichen iranischen Probleme die iranischen Studenten zu eher radikalen Änderungen als zu kleinlichen Reformen geneigt gemacht haben.

Sie waren überdies auch der Anlass, dass die diktatorischen Regierungen die Rechte der Studenten niemals anerkannt haben und die studentischen Versuche, Verbesserungen sowohl im Bereich der

Erziehung als auch im ganzen Lande herbeizuführen, rücksichtslos unterdrückt haben.

Hier einige Abschnitte und einige Beispiele aus den blutigen Unterdrückungen:

1953, als die Studenten der Universität Teheran ihre Unzufriedenheit mit dem Regime in einer Demonstration auf dem Gelände der Universität zum Ausdruck brachten, marschierten am 7. Dezember uniformierte Polizisten in die Universität und erschossen drei Studenten.

Auf diese verbrecherische Weise starben die Studenten
Bozorgnia,
Schariat Razawi
und Ghandtschi.

Seit jenem Tage ist die Geschichte der iranischen Studentenbewegung ein Dokument menschlicher Würde und menschlicher Beherztheit.

Zu dieser Zeit wurde das erste Komitee der Organisation Teheraner Universitätsstudenten (OTUS) gegründet. Es bestand aus sechs Studenten. Sein Ziel war es, die Tätigkeit demokratischer Studenten gegen das tyrannische Regime zu aktivieren.

Bevor die OTUS 1960 auf der Bildfläche erschien, waren die Studenten ganz offensichtlich fest davon überzeugt, dass das Unrecht in Iran nach einer radikalen Lösung riefte.

Am 10. Januar 1961 begannen neue allgemeine Wahlen zum Majles. Wie üblich dauerte es wieder zwei Monate, bis man Teilergebnisse bekannt geben konnte. In der Zwischenzeit protestierte die Opposition – insbesondere die National-Front – heftig gegen die Verletzung des freien Wahlrechts. Einige Massentreffen wurden

organisiert. Am 26. Januar demonstrierten etwa zehntausend Studenten der Teheraner Universität. Sie behaupteten, die Parlamentswahlen seien nicht frei. Eine Stunde lang marschierten die Studenten auf dem Universitätsgelände. Die Universität war, wie üblich, von der Polizei umgeben.

Am 30. Januar wurde das Hauptquartier der National-Front plötzlich durch die Polizei geschlossen. Am 31. Januar blieben – unter Führung von OTUS – etwa 4.000 Studenten über Nacht auf dem Universitätsgelände. Dies sollte Ausdruck ihrer Solidarität sein, mit der Forderung nach freien Wahlen und nach Befreiung einiger Studenten, die anlässlich früherer Demonstrationen festgenommen worden waren. Das Regime ließ das Gelände umstellen und weigerte sich, Essen in die Universität zu lassen. Die Studenten wiederholten unterdessen ihre Forderungen und gaben bekannt, dass sie sich nicht eher vom Fleck rühren würden, als man ihren Forderungen nachgegeben habe.

Nach dem Beschluss der Studenten, den Studentenstreik fortzusetzen, schloss die Regierung am 5. Februar die Universität. Daraufhin demonstrierten die Studenten in Teilen der Teheraner Innenstadt, indem sie regierungsfeindliche Parolen ausriefen. Um die Studenten auseinanderzutreiben, gebrauchte die Polizei Gewehrkolben und von Fall zu Fall wurde auch geschossen. Verschiedene Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Studenten der Universitäten Teheran, Täbriz, Schiraz und Isfahan demonstrierten zur Unterstützung ihrer Kommilitonen der Teheraner Universität. Am 11. Februar wurde die Universität wieder eröffnet. Die Mehrheit der Studenten boykottierte jedoch die Vorlesungen und setzte den Streik fort. Der Rektor der Universität hatte den Studentenvertretern die Freilassung ihrer Kommilitonen durch die Polizei versprochen. Es wurden jedoch nur 58 der 160 festgenommenen Studenten freigelassen. Deshalb wurde der Streik fortgesetzt. Wieder schoss die Polizei auf Studenten und verwundete mehrere von ihnen. Wieder wurden eine Anzahl Studenten festgenommen. Nach einer Aussprache mit dem Rektor der

Universität entschlossen sich die Studenten am 20. Februar schließlich, den Streik abubrechen. Als jedoch der Premierminister Dr. Eghbal die Universität am 23. Februar besichtigte, wurde sein Wagen in Brand gesetzt und vollständig zerstört. Die Studenten gaben ihm in einer unmissverständlichen Weise zu verstehen, was sie von ihm hielten. Außerdem hielten sie eine neue Demonstration ab und verlangten erneut die Ungültigkeitserklärung der Wahlergebnisse. Die Universität wurde wiederum geschlossen.

Nach den Wahlen wurde Dr. J. Scharif Emami zum Premierminister ernannt. Er hatte den inhaftierten OTUS-Führern eine Abordnung geschickt, die sie aufforderte, die Demonstrationen für freie Wahl zu beenden. Als Gegenleistung bot man ihnen ihre Freilassung an. Die Studenten haben diesen Bestechungsversuch sofort zurückgewiesen.

Am 2. Mai traten 4.000 Teheraner Lehrer in den Streik. Es war ein Protest gegen den Vorschlag der Regierung, die Gehälter zu erhöhen. Sie hielten die Erhöhung für unzureichend. Sie demonstrierten vor dem Majles. An den Demonstrationen beteiligten sich auch sehr viele Studenten. Schließlich eröffnete die Polizei das Feuer auf die Demonstranten. Einer wurde getötet, drei verwundet. Am folgenden Tage hielten Studenten und Lehrer im ganzen Lande Massendemonstrationen ab. In Teheran gingen etwa 10.000 schweigend durch die Straßen. Sie trugen den Leichnam des erschossenen Lehrers, Dr. Khan Ali. Und wieder demonstrierten sie vor dem Majles. Sie forderten den Rücktritt der Regierung und die Bestrafung des für den Schießbefehl verantwortlichen Offiziers.

Am 24. Mai trat Dr. Sharifemami zurück. Der Schah forderte Dr. Amini auf, eine neue Regierung zu bilden. Am 15. Mai ernannte man den Führer des Lehrerstreikes zum Erziehungsminister. Nachdem die Regierung sich mit den Gehaltsforderungen der Lehrer einverstanden erklärte und die Strafverfolgung gegen den für den Schießbefehl

vom 2. Mai verantwortlichen Offizier angeordnet hatte, wurde der Streik beendet.

Die Universität blieb währenddessen für sechs Monaten geschlossen. Sehr viele Studenten blieben im Gefängnis. Einer dieser Studentenfürher, ein Gründungsmitglied der OTUS, gab einem Vertreter der Studienkommission bei seinem Besuch in Teheran eine Erklärung ab, die die brutale Behandlung in einem Gefängnis der SAVAK während seiner 45-tägigen Haftzeit (nach seiner Festnahme Ende Januar 1961) beschrieb. Darin war zu erfahren, dass man ihn furchtbar zusammengeschlagen und jede Gelegenheit wahrgenommen habe, ihn zu demütigen und zu erniedrigen. Dieser Studentenfürher war ein guter Vertreter der allgemeinen Haltung der OTUS. Die Mitglieder der OTUS haben sich durch polizeiliche Eingriffe nie entmutigen lassen. Derselbe Student wurde z. B. im Juli, vor Beginn einer anderen Reihe von Demonstrationen, erneut verhaftet. Diesmal war er zwei Monate im Gefängnis.

Im Juli 1961 entwickelte sich eine andere Krise. Wieder riefen die National-Front und die Studenten der Universität nach freien Wahlen. Am 21. Juli gelang es der National-Front eine Massendemonstration auf die Beine zu stellen, an der ungefähr 10.000 Menschen teilnahmen. Wieder forderte die Bevölkerung freie Wahlen. Diese Demonstration war besonders bemerkenswert, da die Polizei erhebliche Einschüchterungsversuche unternommen hatte und logischerweise große Schwierigkeiten bestanden, diese Zusammenkunft anzuzeigen und publik zu machen. In den darauffolgenden Tagen schlug die Regierung wieder hart auf die National-Front ein. (Weitere Verhaftungen wurden vorgenommen.) Weitere Versammlungen wurden verboten. Einzelpersonen und Organisationen wurden massiven Repressalien ausgesetzt. Ein Zeichen für die Unsicherheit und die Angst der Regierung und für ihren Mangel an öffentlicher Unterstützung.

Überdies kam es zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Studenten, die versuchten, sich in der Nähe der Universität zu versammeln.

Dr. Ali Amini wurde am 25. Oktober während seines Besuches in der Universität von aufgebrachten Studenten angeschrien. Am 3. November verließen etwa 400 Studenten ihre Vorlesungen, um zum Gedenken an den Beginn der algerischen Revolution, „zur Unterstützung des algerischen Volkes im Kampf gegen den französischen Kolonialismus“ zu demonstrieren. Im Anschluss an diese Solidaritätskundgebung protestierten eine Reihe Studenten wieder gegen die Regierung Dr. Amini und verlangten sofortige Wahlen.

Am 7. Dezember marschierten etwa 3.000 Studenten auf dem Universitätsgelände mit Plakaten, die an den 8. Todestag von 3 Studenten erinnerten, die 1953 während einer Demonstration gegen die Regierung Zahedi erschossen wurden.

Die folgenschwersten Ereignisse sind jedoch die vom 21. Januar 1962. Unter der Leitung der OTUS begannen Studenten der Teheraner Universität einen Streik zur Unterstützung einiger Oberschüler, die man von ihren Schulen ausgeschlossen hatte. Außerdem protestierten sie gegen eine Erklärung der Regierung Amini. Nach dieser Erklärung sollten die studentischen Lehrer an den von der Regierung kontrollierten Kollegs nicht die ihnen nach dem Vertrag zwischen der Regierung und den Studenten zustehenden monatlichen Stipendien erhalten. Gleichzeitig nahmen die Studenten erneut die Gelegenheit wahr, freie Wahlen und den Rücktritt des Premiers Ali Amini zu fordern. Die Militärpolizei und Polizei riegelten mit Beginn der Demonstrationen das Universitätsgelände sofort ab. Als die Demonstration schon einige Stunden währte, drang die Polizei mit Knüppeln, Tränengas und

schweren Steinen an. Dieser drei Stunden dauernde Ansturm muss in der modernen Geschichte als einer der unmenschlichsten Angriffe auf eine Universität betrachtet werden.

Fallschirmjäger wurden zur Unterstützung der Polizei und der regulären Militäreinheiten eingesetzt. Ganz offensichtlich ein Versuch, die Universität zur völligen Unterwerfung zu zwingen. Während des Sturms auf die Universität wurden die Labore und die Bibliothek schwer beschädigt. 45 Mitglieder des Lehrkörpers, Professoren, Rektoren und Verwaltungsangestellte wurden geprügelt und verwundet. Ein Student wurde getötet und 540 verletzt. Von diesen Verwundeten mussten 200 ins Krankenhaus, während die anderen ambulant behandelt wurden. Außerdem wurden noch etwa 300 Studenten verhaftet. Eine ganze Anzahl davon wurde lediglich aus Platzmangel wieder entlassen.

Im Mai 1962 befanden sich jedoch immer noch etwa 20 Studenten unter den entsetzlichen Umständen im Gefängnis. Einigen dieser Studenten legte man Schriftstücke zur Unterschrift vor, nach denen sie sich, gegen die Versprechung auf Freilassung verpflichtet sollten, von ihrer politischen Tätigkeit Abstand zu nehmen. Jeder von ihnen weigerte sich indes, diese Unterschrift zu leisten.

Die Studienkommission erhielt ein klares Bild von dem Terror, der in jenen Stunden der Brutalität herrschte, als sie den Bericht eines Studenten erhielt. Er schilderte, wie man ihm, bei seinem Versuch, einen Fallschirmjäger abzuwehren, der ihn mit einem Bajonett zu überrennen trachtete, dieses durch die Hand stieß. Er hatte mit einer Reihe von Kommilitonen eine Kommilitonin aufgelesen, die von einem Fallschirmjäger zu Boden geschlagen wurde, der eine Feldflasche schwang. Sie zogen sich mit ihr in ein Fakultätsgebäude zurück und versuchten, das bewusstlose Mädchen auf dem Dachboden zu verstecken. Die Fallschirmjäger folgten ihnen und zwangen die Studenten letzten Endes, sich in einem Raum zusammenzudrängen. Danach zwangen die Soldaten die Studenten,

den Raum zu verlassen. Sie mussten einzeln durch ein Spalier von Polizisten und Soldaten, vom dritten Stock herunter, Spießrutenlaufen. Während sie durch das Spalier liefen, wurden sie geschlagen. Dies war der Moment, in dem der Student „glücklicherweise“ den Versuch eines Fallschirmjägers abwehren konnte, auf ihn einzustechen.

Die Universität schloss ihre Tore. Der Rektor der Universität, Dr. A. Farhad, sandte dem Premierminister folgendes Rücktrittsgesuch:

Herr Premierminister!

Im Anschluss an unsere Unterredung von 11.00 Uhr haben Soldaten und Fallschirmjäger die Universität Teheran besetzt. Für die Verletzung der Rechte und Gesetze der Universität bestand weder ein Grund, noch eine Entschuldigung.

Nach ihrem Eindringen griffen Soldaten und Fallschirmjäger Jungen und Mädchen in diskriminierender Weise an ... viele der Studenten wurde beinahe zu Tode geprügelt.

Noch nie in meinem Leben habe ich gesehen, noch habe ich davon gehört, dass Regierungstruppen mit solch einer Grausamkeit, mit solchem Sadismus, mit solchen Scheußlichkeiten und solchem Vandalismus vorgehen. In den Hörsälen wurden einige Mädchen von den Soldaten in verbrecherischer Weise angegriffen.

Als wir die Universitätsgebäude besichtigten, bot sich uns ein Anblick, als sei eine Armee von Barbaren in feindliches Gelände eingefallen: Bücher waren zerrissen, Regale zerbrochen, Schreibmaschinen demoliert, Laboreinrichtungen gestohlen oder zerbrochen; Tische, Stühle, Türen und Fenster waren von den Truppen sinnlos zerstört, um unbewaffnete Studenten zu bekämpfen.

Diesen Soldaten wurde von ihren Offizieren nicht Einhalt geboten.

Nicht einmal das Universitätskrankenhaus war den Soldaten tabu. Viele der Schwestern und Patienten wurden geschlagen oder verwundet. Im Club der Fakultät und im ausländischen Studentenwohnheim verfuhr man nach demselben Prinzip. Zahlreiche Studenten liegen augenblicklich schwer verletzt als Patienten im Universitätskrankenhaus.

In meiner Eigenschaft als Rektor der Universität wie in der als Vertreter der Fakultäten und der Studentenschaft nehme ich diese Gelegenheit zum Anlass, gegen diese verbrecherische und scheußliche Aktion zu protestieren. In der Zwischenzeit – solange nicht die Individuen, die für diese bestialische Handlung verantwortlich zeichnen bestraft werden – unterbreiten mit mir alle Dekane ihren Rücktritt.

Dr. A. Farhad, Rektor der Universität Teheran

Die Regierung unterdrückte diesen Brief. Einige Monate später unternahm der Rektor die ersten Schritte, die Universität wieder zu öffnen. Er nahm Verbindung zur OTUS auf, um festzustellen, ob sie bereit seien, sich nicht in politischen Demonstrationen einzulassen und ob sie zu den drei Bedingungen, die er von der Regierung akzeptiert wissen wollte, bevor die Universität öffnete, noch welche hinzufügen wollten. Die drei Bedingungen, unter denen der Rektor bereit war, die Universität wieder zu öffnen, waren:

1. Die Regierung müsse sich öffentlich entschuldigen
2. Die Regierung müsse die inhaftierten Angehörigen der Universität freilassen

3. Die Regierung müsse den immateriellen und materiellen Schaden, den sie verursacht habe, voll ersetzen.

Während OTUS bereit war, diesen Bedingungen an sich nicht zu widersprechen, war sie jedoch nicht bereit, irgendwelche Schritte bezüglich der künftigen politischen Aktivitäten der Studenten zu unternehmen.

Am 5. April 1962 wurde die Universität eröffnet. Die neue Universitätsordnung, die zur Eröffnung bekanntgemacht wurde, war ein strenges Disziplinargesetz.

Studenten dürfen an der Politik nicht teilnehmen. Es wird weder eine Definition dessen geben, was Politik ist noch was teilnehmen heißt.

Hat sich herausgestellt, dass sich ein Student politisch betätigt, teilt man ihm zunächst mündlich, dann schriftlich mit, dass man ihn beobachtet. Fährt er in seiner Betätigung fort, wird er von der Universität ausgeschlossen. Gegen diesen Ausschluss gibt es keine Beschwerde.

Im Anschluss an diese anti-demokratische und diktatorische Politik hat die Regierung eine Notiz veröffentlicht, wonach Studenten, nur im Ausland studieren dürfen, wenn die Regierung das Land, die Universität und den Ausbildungsgang für den Studenten festgelegt hat. Der Pass wird jeweils nur unter diesen Bedingungen für gültig erklärt.

Das Komitee der OTUS hat ganz klar herausgestellt, dass sein Interesse auf eine radikale politische und erziehungspolitische Reform abzielt. OTUS strebt im Iran nach folgenden Zielen:

1. Es sollen freie unbeaufsichtigte Wahlen abgehalten werden
2. Das Regime soll die Geltung der Gesetze anerkennen

3. Es soll eine Außenpolitik ausgearbeitet werden, die von jeglicher Kontrolle einer ausländischen Großmacht frei ist.

Obwohl OTUS ihre Arbeit nicht auf die Lösung der unmittelbaren wirtschaftlichen und sozialen Probleme richtet, erkennt es doch ihre Bedeutung an. Als im April 1962 das Hochwasser die Uferbefestigung hinwegschwemmte, Wohnungen zerstörte und Krankheiten in die Armenviertel im Süden Teherans brachten, half ein von der OTUS auf die Beine bestelltes Freiwilligenkorps beim Aufbau der gefährdeten Befestigungen und bei der Pflege der Kranken und Verwundeten – und dies trotz des Widerstandes der Zentralregierung.



Freiwillige Studenten der Teheraner Universität bei der Unterstützung der Bevölkerung in Javadih, Teheran

OTUS kann sich nicht offen betätigen. Trotzdem verhandeln aber die zuständigen Stellen der Universität mit den Führern der OTUS. So erkennen sie, wenn auch nicht de jure, so doch de facto, die Existenz von OTUS an. Auch die Regierung, das ist klar, muss die Existenz von OTUS und die Tatsache anerkennen, dass ihre Führer die Studenten repräsentieren.

Der OTUS ist außerdem einer Jugendorganisation angeschlossen. Von den etwa 100 Kollegs in Teheran sind 75 in der Jugendorganisation vertreten.

OTUS hat weder ein Präsidium noch einen Vorsitzenden. Seine Führung ist, anders ausgedrückt, kollektiv. Alle Entscheidungen sind Mehrheitsentscheidungen. Ihr steht ein technischer Stab zur Verfügung, der aus den Mitgliedern gewählt wird. Daneben hat sie keine ernannten Funktionäre, es sei denn für besondere Gelegenheiten – wie zum Beispiel aus Anlass der 10. Internationalen Studenten Konferenz. Zu dieser Konferenz wurde ein Sondervertreter ernannt, der die Organisation zu repräsentieren hatte.

Die Zeitung „Peyame-Daneschju“ (Botschaft der Studenten) wird durch OTUS unter abenteuerlichen Umständen herausgegeben. Diese Zeitung, die eine Reflexion der unterdrückten Stimmen des iranischen Volkes darstellt, erscheint seit 6. Dezember 1960.

– Anhang –

Seit dem 19. August 1953 bis 1965 amtierten 8 Männer in der Rolle des Ministerpräsidenten im Lande des Pfauenthrons.

Hier einige markante Punkte ihrer Herrschaftszeit:

1. General Zahedi:
 - a) Putsch gegen Mossadegh
 - b) Erschießung von drei Studenten in der Universität Ghandtschi, Bozorgnia, Schariat-Razawi
 - c) Verschlingen von Millionen Auslandshilfen
 - d) Erschießung von Mossadegh's Außenminister Dr. Fatemi und vielen Armeeeoffizieren
 - e) Regelung des Erdölproblems und Unterjochung der iranischen Wirtschaft im Rahmen des Konsortiums (durch Dr. Amini)

2. Hossein Ala:
 - a) Beteiligung Irans am Cento-Pakt und damit offizielle Verletzung der Neutralitätspolitik
 - b) Verstärkte Korruption

3. Dr. Eghbal:
 - a) Brutale Unterdrückung der Studentendemonstrationen
 - b) Die lächerlichste Parlamentswahl in der Landesgeschichte

4. Dr. Scharif Emami:
 - a) Lehrerdemonstration und Erschießung von Dr. Khanali durch Oberst Schahrestani
 - b) Gefälschte und für ungültig erklärte Parlamentswahlen

5. Dr. Amini:
 - a) Sturm auf die Universität (21.1.1962) und Rücktritt des Rektors Dr. Farhad
 - b) Befreiung des Oberst Schahrestani, Mörder des Lehrers Dr. Khanali
 - c) Antikorruptionskampagne durch die Spitzkorruppter
 - d) Demonstration der Studenten und der Oberschüler und die Erschießung des Oberschülers Mehdi Kalhor

e) Proklamation der Bodenreform durch den Großgrundbesitzer des Landes

6. Alam:

a) Aufstand der Massen am 4., 5. und 6. Juni 1963 und brutale Erschießung von Hunderten, Verhaftungen und Verurteilungen von Professoren und Studenten, laut amtlicher Mitteilung wurden Professoren, und Dozenten und Studenten verhaftet und verurteilt.

Aufstand des Volkes gegen die Diktatur im Iran

Der Volksaufstand vom 5. Juni 1963

Eine der größten Demonstrationen des iranischen Volkes gegen die Diktatur des Schahs war der Volksaufstand vom 5.-7. Juni 1963. Diese Demonstration der Masse des iranischen Volkes wurde im Blut erstickt. So hieß auch der Leitartikel der I N F – Informationen Nr. 2 vom Juni 1964 zum Jahrestag des Volksaufstandes.





Volksaufstand gegen den Schah im Juni 1963



Auf Befehl des Schahs wurden im Juni 1963 einige Tausend Menschen getötet.

Die Rolle der iranischen Studenten im Ausland

Mit dem Anwachsen der im Ausland studierenden Studentenschaft ergab sich auch die Möglichkeit, die Aktivität gegen die Unterdrückung im Iran wirksam von außen zu steuern.

Während der fünfziger Jahre wurden darum lokale Vereinigungen und Gesellschaften iranischer Studenten gebildet. Diese Gesellschaften und Vereinigungen gruppieren sich um Universitäten oder um die Wohnorte. Mit der Zeit kamen die lokalen Vereinigungen zueinander, um nationale Föderationen zu gründen. Diese richteten Büros ein, brachten Zeitungen heraus und versuchten, die Apathie einiger iranischer Studenten zu überwinden und gleichzeitig die Öffentlichkeit auf das im Iran herrschende Recht aufmerksam zu machen.

Danach wurde der Versuch unternommen, diese nationalen Föderationen zu einer übernationalen Föderation und als Konföderation, zu vereinigen.

Auf der internationalen Bühne nahmen einige wichtige Entwicklungen ihren Anfang als die iranischen Studenten im Ausland darum rangen, sich zu einer Organisation zu vereinigen, die in der Lage wäre, der Welt ihre Ansichten dazulegen und die dazu beitragen könnte, den endgültigen Fall des anti-demokratischen Regimes des Schahs herbeizuführen.

Im Sommer 1961 wurde eine Erklärung unterzeichnet, der zufolge der CIS (Confederation of Iranian Students in Europe) und der ISAUS (Iranian Students Association of the United States) sich zu einer Organisation der CIS zusammenschlossen, die von nun ab alle iranischen Studenten repräsentieren sollte.

In der abschließenden Plenarsitzung des dritten Kongresses, Anfang Januar 1962 in Paris, wurden die künftigen Umriss der CIS festgelegt. CIS hat eine föderative Struktur. Der Kongress ist

ermächtigt, ein Sekretariat und ein Exekutiv-Büro zu wählen. Weiter beschloss der Kongress, dass das Sekretariat nach dem Zusammentreffen von 1963 in Europa und das Exekutiv-Büro in den USA sein sollten. Diese Regelung soll in jedem Jahr geändert werden, bis zu dem Tag, da ein ständiges Hauptbüro im Iran errichtet werden kann. Zweck dieser Regelung war es, die Kluft, die durch die Entfernung zwischen Amerika und Europa besteht, zu überbrücken.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Aktivitäten auf internationalem Niveau begrenzt waren. Aber sie waren eindeutig darauf eingerichtet, jeden Schritt zu unterstützen, der dazu bestimmt war, ein engeres Zusammenwachsen der iranischen Studenten und den Kampf gegen die Unterdrückung im Iran zu unterstützen.

OTUS (Studenten Organisation der Teheraner Universität) richtete an den Pariser Kongress einen Brief, in welchem sie ihre Unterstützung für die Errichtung einer im weitem Maße repräsentativen Konföderation iranischer Studenten im Ausland unterstützte. Sie bedauerte die Tatsache, dass die Hindernisse, die ihr die iranische Regierung in den Weg gelegt hatte, die Teilnahme an dieser Zusammenkunft verhindert habe. Die Behörden hatten die von OTUS ausgesuchten Repräsentanten zurückgehalten.

OTUS veröffentlichte nach dem Pariser Zusammentreffen eine Erklärung in ihrer Untergrundzeitung im Iran, „Peyame Daneschju“. Sie begrüßte die Entstehung von CIS und das neue Programm. Auch an das Sekretariat der CIS in New York schrieb OTUS und erklärte, sie unterstütze die Bildung von CIS und bäte um engste Zusammenarbeit.

Der Kampf der iranischen Nation und an deren Spitze die iranische Studentenbewegung ist kein Klassenkampf. Die iranischen Studenten haben es im Laufe der Jahrzehnte, im Laufe jener Jahre, die voller Unterdrückung, Tyrannei und Furcht gewesen sind, gelernt, dass die Klassenidentifizierung in einem Lande, in dem alle

Schichten der Bevölkerung gemeinsam tyrannisiert sind, künstlich und abschwächend wirkt.

Trotz verschiedener politischer und sozialer Auffassung sind sich die iranischen Studenten über „Freiheit“ und „Selbstständigkeit“ ihrer Heimat voll und ganz einig.

Die Weltanschauung und die Ideologie sind sekundäre Probleme geworden.

Die iranischen Studenten im Iran haben die Mission, die breiten Schichten des Volkes über die Zustände und deren Ursache zu informieren.

Die iranischen Studenten im Ausland haben die Aufgabe, die Weltöffentlichkeit über die wahren Verhältnisse im Iran zu informieren, und die gesamte Studentenschaft Irans hat die historische Mission als die junge Generation eines unterdrückten Volkes ihren Nationalkampf bis zu Ende zu führen. Auf diesem Wege sind die Erfahrungen der Freiheitskämpfer der letzten 10 Jahre jenseits jedes Pseudonationalismus und Dogmatismus ein kostbares Beispiel.



Protest-Aktion der iranischen Studenten in New York (USA, 1970)
gegen die diktatorische Herrschaft des Schahs;
Hassan Massali an vorderster Front



Solidarität mit Dr. Mossadegh und der iranischen Freiheitsbewegung in London



Demonstration der iranischen Studenten (CISNU)
gegen den Shah und Farah Diba in Deutschland, 1967

Organisierung der CISNU und INF

1958 schloss ich meine schulische Laufbahn erfolgreich mit dem Abitur an der Adib Schule in Teheran ab und zog in die damalige BRD, um in Tübingen Medizin zu studieren.

Von 1958 bis 1960 lernte ich viele Anhänger von Dr. Mossadegh, die im Ausland studierten und lebten, kennen. Ich versuchte, diese Aktivisten mit tatkräftiger Hilfe und Kooperationen zu unterstützen und die Zusammenarbeit der iranischen Studenten zu organisieren,

Vereine zu gründen, und wirkte an der Entstehung und Formierung der „Föderation der Iranischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“, und auch der Formierung und Organisierung der „Konföderation der Iranischen Studenten, National Union, (CISNU)“ mit. In diesem Zusammenhang wurde ich mehrere Male zum Vorstandsmitglied in beiden Organisationen gewählt.

Zur Gründung der Konföderation der iranischen Studenten wurde eine Tagung vom 15. bis 18. April 1960 in Heidelberg abgehalten. Der erste Kongress fand im Januar 1961 in London statt, woran ich als Delegierter aus Tübingen teilnahm. An diesem Kongress waren nur Delegierte aus Europa vertreten. Ein Jahr später, im Januar 1962, fand der erste Welt-Kongress von CIS in Paris statt, wobei es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen INF und den Anhänger der Tudeh-Partei kam. Der zweite Kongress fand vom 31. Dezember 1963 bis zum 3. Januar 1964 in Lausanne, Schweiz, statt. Bei diesem Kongress waren auch die Vertreter der Teheraner Universität anwesend. Durch die Vereinigung der Iranischen Studentenorganisationen in Europa, USA und Iran wurde „The Confederation of Iranian Students“, CISNU (National Union) gegründet.

Der dritte Welt-Kongress der CISNU fand vom 31. Dezember 1963 bis 3. Januar 1964 in London statt. Alle folgenden Kongresse wurden in der BRD abgehalten. Ich wurde insgesamt fünfmal als Vorstandsmitglied von CISNU gewählt. Als Vorstandsvorsitzender einiger politischer Gruppen war ich verantwortlich für die internationalen Beziehungen und nahm deshalb an Seminaren und Tagungen in verschiedenen Ländern, zum Beispiel auf den Philippinen, und auch am IUS-Kongress in Ulan Bator, Mongolei, teil.



Ich habe als Vorstandsmitglied von CISNU an einem internationalen Studenten-Seminar im Juni 1966 in Manila, Philippinen, teilgenommen. In diesem Zusammenhang habe ich auch Neu Delhi, Bangkok, Hongkong und Kairo besucht und mit studentischen Vertretern und politischen Organisationen dieser Länder an gemeinsamen Sitzungen teilgenommen.



Internationales Studenten-Seminar in Manila, Philippinen, Juni 1966



Treffen mit Vertretern der Studenten-Organisation
in Hongkong, 1966

Ein wichtiges politisches Ereignis war die 10-tägige Reise des Schahs im Mai/Juni 1967 in die BRD und nach West-Berlin. Es gab Protestaktionen in verschiedenen Städten Deutschlands, wobei ein Student (Benno Ohnesorg) durch einen Polizisten in Berlin erschossen wurde.

Bei der Entstehung und Organisation der Iranischen National Front (INF) in der damaligen BRD und in Europa wirkte ich aktiv mit. Um im Raum Deutschland verfassungsgemäß tätig zu werden, habe ich INF und die Studentenorganisation ordnungsgemäß beim Amtsgericht Kiel eintragen lassen.



INF-Kongress in Mainz, Deutschland, 1963

Wir haben INF in der BRD registrieren lassen.

Hier die Satzung des Komitees der Iranischen National-Front in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin E.V. (KINF)

I.

Name, Zweck und Sitz des Komitees

§ 1 Das Komitee der Iranischen National-Front in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin ist ein Verein, der aus dem Zusammenschluß aller in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin ansässigen Iranern besteht, die

sich in Ortsgruppen zusammenschliessen. Er ist ein abhängiger Verein, der mit der Iranischen National-Front eng zusammen arbeitet und in Übereinstimmung mit den entsprechenden Abschnitten ihrer Satzung gegründet wird. Die politischen Richtlinien des Komitees der Iranischen National-Front sind in „Grundsätzen und Zielen“ festgelegt. Diese gelten gleichzeitig für das Komitee der Iranischen National-Front in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin.

§ 2 Das Komitee der Iranischen National-Front in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin soll beim Amtsgericht in Kiel in das Vereinsregister eingetragen werden. Sein Sitz ist Kiel.

§ 3 Die Funktion innerhalb des Komitees ist ehrenamtlich.

II.

Grundsätze und Ziele des Komitees der Iranischen National-Front

§ 4 Das Komitee bestrebt die Wiederbelebung der legitimen Rechte und sozialen Freiheit der iranischen Bevölkerung unter Beachtung der iranischen Verfassung und der Menschenrechte der Vereinten Nationen.

§ 5 Es erzielt die Festsetzung einer aus freien, allgemeinen und geheimen Wahlen hervorgerufenen Regierung sowie die Verteidigung der iranischen Verfassung und die Bekämpfung jeglicher undemokratischen und rechtswidrigen Maßnahmen und die Wiederherstellung der rechtmäßigen Organisation und der gesetzmäßigen Funktion der Presse.

§ 6 Es verfolgt Unabhängigkeit in der Außenpolitik, volle Beachtung der Vereinten Nationen in der Innenpolitik, freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern und Staaten, Beistandsleistungen für Selbstbestimmungsrecht aller Völker und Beendigung jeglicher Unterdrückungen der Menschheit.

III.

§ 7 Mitglied kann jeder sein, der

- a) die iranische Staatsangehörigkeit besitzt,
- b) das 18. Lebensjahr vollendet hat,

- c) die „Satzungen“ und die „Grundsätze und Ziele“ anerkennt,
- d) den Feudalismus und die Ziele der Partei, die ausländische Interessen vertritt, ablehnt,
- e) von zwei Mitgliedern des Komitees oder sonstigen vertrauenswürdigen Personen, die das Aufnahmegesuch mit unterzeichnen müssen, dem Komitee empfohlen wird,
- f) der niemals weder gegen die Grundsätze und Ziele der iranischen National-Bewegung noch gegen die Verfassung, Freiheit und legitimen Rechte der iranischen Bevölkerung verstoßen hat.

§ 8 Über die Aufnahme oder den Ausschluss eines Mitgliedes entscheidet grundsätzlich der Vorstand des Komitees. Eine Aufnahme kann nicht erfolgen, wenn Gründe vorliegen, die bei Mitgliedschaft einen Ausschluss rechtfertigen würden. Jedes Vorstandsmitglied hat das Recht auf Einspruch gegen eine Aufnahme. Wird Einspruch erhoben, so entscheidet der Vorstand über Recht und Zweckmäßigkeit des Einspruchs. Wird dem Einspruch stattgegeben, so hat der Vorstand entsprechend den Einspruchsgründen die Aufnahme abzulehnen. Bei Streit über die Zulässigkeit einer derartigen Maßnahme entscheidet die Mitgliederversammlung als Schiedsinstanz endgültig.

§ 9 Ein Ausschluß erfolgt entsprechend der Komiteeausschlußordnung. Die Beteiligten sind zu hören. Ein Ausschluß erfolgt, wenn folgende Tatbestände vorliegen:

Bewußte Verstöße gegen Satzungen und Richtlinien des Komitees,

- a) Mangelndes Interesse an der Mitarbeit in dem Komitee,
- b) Handlungen, die das Ansehen des Komitees schädigen.

§ 10 Die Entscheidung des Vorstandes oder der Mitgliederversammlung lautet auf Freispruch, auf befristetes

Verbot oder Ausübung von Funktionen in dem Komitee oder auf Ausschluss. Gegen den Beschluss des Vorstandes kann der Betroffene innerhalb von vier Wochen nach Erhalt des Beschlusses die Mitgliederversammlung durch den Vorstand anrufen, deren Entscheidung endgültig ist. Während der Dauer des Verfahrens ruhen die Mitgliederrechte. Eine Vergütung vorausgezahlter Beiträge findet in keinem Fall statt.

- § 11 **Jedes Mitglied zahlt monatlich 2,50 DM (Zwei 50/100 Deutsche Mark) als Mitgliedsbeitrag. Bleibt ein Mitglied länger als vier Monate mit seinen Mitgliedsbeiträgen im Rückstand, so ruhen seine Mitgliedsrechte. Bei einem Rückstand von sechs Monaten erfolgt die Streichung aus der Mitgliedsliste.**
- § 12 **Jedes Mitglied ist verpflichtet, mit voller Kraft und allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, und mit voller Aufrichtigkeit und Überzeugung gewissenhaft für den Fortschritt der „Grundsätze und Ziele“ der Iranischen National-Front einzutreten. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sich diszipliniert zu verhalten.**

IV.

Mitgliederversammlung

- § 13 **Die Mitgliederversammlung ist das höchste beschließende Organ des Komitees. Hierbei werden die Mitglieder durch drei Delegierte der jeweiligen Ortsgruppen vertreten. Sie ist alljährlich von dem Vorstand des Komitees einzuberufen und nimmt den Rechenschaftsbericht des alten Vorstandes zu seiner Entlastung entgegen. Das Protokoll über die Mitgliederversammlung ist vom Präsidenten des Kongresses zu unterzeichnen.**
- § 14 **Die Mitgliederversammlung ist Beschlussfähig, wenn sie spätestens vier Wochen vor Beginn unter Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung einberufen wurde und die Hälfte der Komitee-Mitglieder anwesend ist, ausgenommen bei Satzungsänderungen und –Ergänzungen.**
- § 15 **Jedes Mitglied hat eine Stimme. Die Übertragung des Stimmrechtes ist nicht zulässig.**
- § 16 **Die Mitgliederversammlung wählt in geheimen Wahlen die Vorstandsmitglieder und erteilt dem Vorstand für das**

kommende Jahr Weisungen. Die Mitgliederversammlung hat außerdem auch zwei Kassenrevisoren zu wählen, die jedoch keine Vorstandsrechte besitzen.

§ 17 Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist auf 2/3 Mehrheitsbeschluss des Vorstandes oder auf schriftlichen Antrag von 1/3 der Mitglieder einzuberufen. Entspricht der Komitee-Vorstand dem Antrag binnen angemessener Frist nicht, so haben die Antragsteller das Recht zur Einberufung.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung ist Beschlussfähig, wenn sie spätestens zwei Wochen vor Beginn der Bekanntgabe der vorläufigen Tagesordnung schriftlich einberufen wird und die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

§ 18 Die Mitgliederversammlung kann aus wichtigen Gründen gemäß §§ 7, 9, 10, 11, 12 und 25 eine Abberufung, ein befristetes Verbot auf Ausübung von Funktionen oder einen Ausschluß des Vorstandes oder eines Vorstandsmitgliedes erwirken. Im Falle des Ausschlusses hat sie einen neuen Vorstand oder ein neues Vorstandsmitglied zu wählen.

V.

Der Vorstand

§ 19 Der Vorstand des Komitees besteht aus drei oder fünf Mitgliedern:

- 1) von dem Komitee vorsitzenden,**
- 2) dem Finanzreferenten,**
- 3) dem Außenreferenten,**
- 4) dem Pressereferenten und**
- 5) dem Schriftführer.**

§ 20 Der Vorstand übernimmt die Geschäftsführung des Komitees. Es ist an die Weisung der Mitgliederversammlung gebunden.

- § 21 Der Vorstand wird jährlich in geheimer Wahl in der Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit gewählt. Erst im 3. Wahlgang genügt die einfache Mehrheit.
- § 22 Der Vorstand tritt wöchentlich zusammen. Auf Antrag des Komitee vorsitzenden oder zwei sonstiger Vorstandsmitglieder ist eine außerordentliche Sitzung einzuberufen.
- § 23 Der Vorstand hat ständig Bericht über seine Arbeit an den Hauptausschuss der Iranischen National-Front im Iran zu erstatten.
- § 24 Die Beschlüsse des Vorstandes benötigen die einfache Mehrheit der Vorstandsmitglieder. Die Vorstandssitzung ist erst dann beschlussfähig, wenn 2/3 der Vorstandsmitglieder daran teilnehmen. Der Vorsitzende des Komitees hat alle schriftlichen Beschlüsse des Komitees und des Vorstandes zu unterzeichnen und vertritt das Komitee nach außen.
- § 25 Durch 2/3 der Vorstandsmitglieder kann gegen ein Vorstandsmitglied aus wichtigen Gründen (§§ 7, 9) Antrag auf Ausschluss in der Mitgliederversammlung gestellt werden. Die Mitgliederversammlung muss spätestens vier Wochen nach der Antragstellung einberufen werden. Bei ihr liegt die endgültige Entscheidung (siehe § 18).

VI.

Änderungen, Ergänzungen und Auflösung des Komitees

- § 26 Die Änderungen und Ergänzungen der Grundsätze und Ziele des Komitees können nur durch einen schriftlichen Antrag des Hauptausschusses der Iranischen National-Front im Iran und mit Zustimmung 3/4 der stimmberechtigten Mitglieder des Komitees erfolgen. Die Satzungsänderungen bedürfen der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Teilnehmer der Mitgliederversammlung. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn 2/3 der Mitglieder daran teilnehmen. Die Satzungsänderungen und Ergänzungen müssen auf schriftlichen Antrag von mindestens fünf Unterschriften durch den Vorstand der Mitgliederversammlung eingereicht werden.
- § 27 Eine Komitee-Auflösung kann nur auf einen schriftlichen Antrag des Hauptausschusses der Iranischen National-Front im Iran und mit Zustimmung von 3/4 aller stimmberechtigten

Mitglieder des Komitees erfolgen. Das Vermögen des Komitees wird nach dessen Auflösung an den Hauptausschuss im Iran überwiesen.

VII.

Komitee-Ausschluss-Ordnung

- § 28** Ein Ausschluss aus dem Komitee kann nur erfolgen, wenn der Ausschlußgrund vor Entstehen des den Ausschluß begründeten Sachverhalts in den Satzungen festgelegt war.
- § 29** Die Einleitung des Verfahrens auf Ausschluss aus dem Komitee erfolgt auf schriftlichen Antrag von mindestens fünf Unterschriften oder auf schriftlichen Antrag des Komiteevorstandes.
- § 30** Der Antrag kann schriftlich an den Auszuschließenden oder in einer ordnungsgemäß einberufenen und Beschlußfähigen Mitgliederversammlung dem Betreffenden mitgeteilt werden. Der Antrag ist zu begründen. Ist der Betroffene abwesend, so muß ihm die Begründung schriftlich mitgeteilt werden.
- § 31** Zur Beratung des Ausschlußantrages wird der Betroffene durch einen eingeschriebenen Brief geladen. Leistet er der Ladung nicht Folge, so wird in Abwesenheit gegen ihn verhandelt. Der Betroffene hat Anspruch auf Wiederholung der Verhandlung innerhalb von vier Wochen, falls er durch außerordentliche Ereignisse an der I. Verhandlung verhindert war. Er hat die Nichtteilnahme schriftlich zu begründen.
- § 32** Der Betroffene hat das Recht, die geheime oder öffentliche Beratungs- und Verhandlungsführung zu verlangen. Nach der Beratung des Ausschlußantrages durch den Vorstand oder die Mitgliederversammlung erfolgt die Entscheidung über diesen Antrag durch geheime Abstimmung. Der Antrag wird angenommen, wenn 2/3 der anwesenden Mitglieder ihm zustimmen. Dabei werden die Enthaltungen nicht mitgezählt. An der Abstimmung müssen mindestens 2/3 der Mitglieder teilnehmen.

Diese Satzungen wurden am 20. August 1962 gebilligt.

Fortsetzung des Kampfs gegen die diktatorische Herrschaft im Iran

Durch unsere Aktivitäten haben wir versucht, mit Persönlichkeiten und progressiven Parteien in der Welt Kontakte herzustellen. Daher haben viele über die Situation im Iran Stellung genommen.

Hier einige Belege:

„Seit dem Sturz Mossadeghs macht der Iran keine Schlagzeilen mehr, er füllt nur noch die Klatschspalten. Dort finden, was uns betrifft, keine Krisen mehr statt, sondern nur noch Märchen auf dem Pfauenthron...

Denn daß der Iran krepirt, davon haben wir zweierlei: wir verdienen daran, und wir unterhalten uns damit.“

H.M. Enzensberger

„Ich hoffe, dass Bürger des Westens zu untersuchen beginnen werden, warum ihre Steuern und Armeen dazu verwendet werden, Tyrannei und Korruption in der ganzen Welt zu unterstützen.“

Bertrand Russel

Herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuss der Freien Universität Berlin:

„85 % der iranischen Bevölkerung leben mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 70 US-Dollar“.

(Newsweek vom 16.4.62)

„Die Preise für Fleisch, Gemüse, Obst und Eier sind höher als in den Vereinigten Staaten.“

(„konkret“, Mai 1965)

„Trotz des bedeutenden Einkommens aus den Einnahmen der Ölindustrie liegt die Lebenserwartung in Iran bei weniger als 30 Jahren, und die Sterblichkeitsquote der Neugeborenen bei 50 %. 85 % der Bevölkerung sind Analphabeten“.

(B. Russel, in „Iran Azad“ vom 7.1.64)

„Wissen Sie, was der Chef der iranischen Armee einem unserer Leute sagte? Er sagte, die Armee sei Dank der US-Hilfe in guter Form, sie sei in der Lage, mit der Bevölkerung fertig zu werden. Die Armee hat nicht vor, gegen die Russen zu kämpfen, sie hat vor, gegen das iranische Volk zu kämpfen“.

(Hubert Humphrey, zit. nach „Newsweek“ Mai 1961)

„Im Mai 1961 konnte man erleben, wie Regierungstruppen 4.000 Lehrer angriffen, die in Teheran für höhere Gehälter streikten.“

(„Saturday Evening Post“ vom 30.12.1961)

„Dem Ausland ist bekannt, welche Kleider Farah Diba trägt und wie ihr Friseur heißt. Weiß die Weltbevölkerung auch, dass die iranische Armee seit Jahren einen brutalen Kampf gegen die Bevölkerung der Provinz Fars in Südpersien führt, dass sie dort Städte bombardiert und Frauen und Kinder tötet, um die Herausgabe einiger Armeeführer zu erzwingen, die sie dort versteckt glaubt? Weiß sie, dass dieselbe Armee an einem einzigen Tag im Juni 1963 einen religiösen Aufstand gegen die Unterdrückung niederschlug und dabei in einigen Stunden über 4.000 Menschen zusammenschoss?“

(„Deutsches Panorama“, 5/1967, S. 53)

„Auf dem Weg über wirtschaftliche Hilfe konnten wir das iranische Öl fest in die Hand bekommen. Auch stellt der iranische Markt nunmehr einen zuverlässigen Stützpunkt für unsere Wirtschaft dar. Durch unseren intensiven wirtschaftlichen Einsatz im Iran ist es

uns gelungen, die ganze Außenpolitik dieses Landes zu kontrollieren. Gegenwärtig kann der Schah es sich nicht erlauben, ohne unseren Botschafter irgendeine Änderung in seiner Regierung vorzunehmen.

(Nelson Rockefeller an Dwight D. Eisenhower, zit. nach „Donia“ Nr. 2, Sommer 1962)

„Der CIA spielte die Hauptrolle beim Sturz Premierminister Mossadeghs in Iran im August 1953“.

(„New York Times“ vom 16.12.1959)

„Im Iran ist unsere Militärhilfe nicht nach außen gerichtet, sondern nach innen. Sie ist nicht strategisch und taktisch, sondern politisch, innenpolitisch. Daß wir Irans Militär aufbauen müssen, um eine russische Invasion zu verhindern ist Nonsens und symbolisches Gerede. Der Hauptgrund, weshalb wir den Iran unterstützen, ist nicht seine Bedeutung in einem eventuellen Weltkrieg, sondern liegt darin, die mit uns befreundete Regierung des Schahs aufrechtzuerhalten.“

(Walter Lippmann, in: „New York Harold Tribune“, 16.12.1959)

„Wir Amerikaner befinden uns Persien gegenüber in einem Dilemma. Auf der einen Seite können wir Regierungsmethoden, wie sie der Schah schon jetzt ausgiebig praktiziert, nicht gutheißen. Andererseits wissen wir aber, dass heute die einzige Alternative in Iran eine Volksrepublik ist. Es ist von größter Wichtigkeit für den Westen, dass Persien im westlichen Lager bleibt, und deshalb muß der Schah bleiben.“

(„Current History“, Mai 1965)

+++++

In dem Prozess, der der Öffentlichkeit nicht zugänglich war, wird mit den „Geständnissen“ der Angeklagten operiert. Hierzu ist zunächst einmal auf die Problematik aller Schuldbekennnisse von Angeklagten vor einem nach allen Regeln der Rechtsstaatlichkeit

vorgehenden Gericht zu verweisen. Dann muss in diesem besonderen Falle darauf hingewiesen werden, dass nach Überzeugung von Herrn Dr. Hajo Wandschneider, Rechtsanwalt in Hamburg und Mitglied von „Amnesty International“, der sich in Teheran über die persische Gerichtspraxis unterrichtet, zitiert nach der „ZEIT“ (22.10.65, S. 5), „in einigen Fällen die Studenten im Gefängnis schwer misshandelt wurden“.

Auch ein anderes, nicht genanntes Mitglied dieser Organisation („The Guardian“, 14.10.65) ist „zu dem Schluss gekommen, dass der Hauptangeklagte Parviz Nikkhah gefoltert worden ist“.

Die Geschichte dieser politischen Prozesse unterstützt diese Überzeugungen auch. Die Kommission der COSEC stellte in ihrem Bericht 1962 und verdammt 1964 die „Anwendung der Folter gegen die Gegner des Schahs, um „Geständnisse“ zu erpressen.

Veröffentlicht von (Der Vorstand der Konföderation der Iranischen Studenten , Kiel-Wik, Postfach 871)

„Wir haben bereits in der Vergangenheit Gelegenheit gehabt, die zuständigen Gremien der Vereinten Nationen auf die schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte in Iran hinzuweisen. Dokumentarisch vorliegendes Material beweist eindeutig, dass das gegenwärtige Regime unter dem Deckmantel der konstitutionellen Monarchie unter demokratischen Lippenbekenntnissen die schlimmsten diktatorischen Maßnahmen ergriff, um jede Opposition zu unterdrücken. In unserem Besitz sind Namen vieler Iraner, - einige von ihnen sind in der Öffentlichkeit sehr bekannte Persönlichkeiten -, die vor Militärgerichten für Taten verurteilt wurden, die weder Taten der Gewalt noch subversiven

Charakter hatten. Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass das Kriegsrecht in Iran seit vielen Jahren in Kraft ist, um die Opposition zum Schweigen zu bringen, dass politische Gefangene gefoltert werden, dass vor einem Jahr Hunderte, wenn nicht Tausende, die sich zu keiner bewaffneten Rebellion zusammengeschlossen hatten, vom Militär niedergeschossen wurden.

(Die Liga für Menschenrechte an U Thant am 4. Juni 1964; zit. n. „Kursbuch“ 2, 1965)

„Im Anschluß an unsere Unterredung von 11 Uhr haben Soldaten und Fallschirmjäger die Universität Teheran besetzt. Für die Verletzung der Rechte und Gesetze der Universität bestand weder ein Grund noch eine Entschuldigung. Niemals zuvor habe ich ein solches Maß an Grausamkeit, Sadismus, Scheußlichkeit und Vandalismus, das von Regierungstruppen begangen wurde, gesehen, noch habe ich jemals davon gehört. Einige Mädchen, die sich in den Hörsälen befanden, wurden von den Soldaten in geradezu krimineller Weise angegriffen.

Als wir die Universität besichtigten, hatten wir den Eindruck, als sei eine Armee von Barbaren in feindliches Land eingefallen. Nicht einmal das Universitätskrankenhaus war den Soldaten tabu.

Ein Student wurde getötet, 45 Mitglieder des Lehrkörpers und der Angestellten geschlagen und verletzt. 200 Studenten mußten ins Krankenhaus,... Gut 300 Studenten wurden verhaftet. Im Mai 1962 saßen immer noch 20 von ihnen unter erbarmungswürdigen Verhältnissen im Gefängnis.“

(Aus dem Rücktrittsgesuch des damaligen Rektors der Universität Teheran, Dr. A. Farhad, zit. nach „Kursbuch“ 2, 1965).

12.06.67
BERLIN

Berlin
Knüppel frei

Der Sanitätswagen stopte. Krankenwagen hatten mit einer Menge in die Bettmassen der sterblichen Krankenkassen Macht. Der Patient blühte aus Mund, Nase, Ohren und aus einer Wunde an rechter Hand.

Vergebens versuchte der Aufnahmewagen die Wundöffnung zu schließen. Vergebens bemühten sich Wund, Wundstauung die Chitaren, um Verletzung zu reiben. Während sie aus der Schilddrüse die Nervenäste in der Größe von sechs bis sieben Zentimetern entleert, setzte der Bericht schwere und unangenehme Herzschlag aus.

So starb am Freitag, dem 9. Juni, kurz nach 21 Uhr, Benno Ohnesorg, 23. Student der Geschichtswissenschaften an der Freien Universität Berlin (FU), Schicksal. — Infolge der ersten Todes-Folgen, die in der Nacht zum Sonntag erfolgte Woche verabschiedet wurde. (Folgt durch Schulbesuch — das war die letzte Ursache, wie die Obduktion später ergab.)

Ohnesorg, verheiratet, aktiver Mitglied der Evangelischen Studentenvereins, kein Parteimitglied nach dem Urteil des evangelischen Bistums von Berlin-Brandenburg, Karl Schmid, und schon seit dem Wählerregister seiner Studenten von Berlin, starb mit einer Kugel im Kopf. Opfer einer in West-Berlin beispiellosen Polizeidiktator mit Knüttel und Pistolengewehr. Einmalige Studenten nur der Opfer.

Der Todesschrei, lautiges Zischen der Konventionen Berliner FU-Studenten und der Halbesicht-Ordnung (SPD), 20.1967, führte in West-Berlin Revolutionen zu wie kein Königreich seit dem Bau der Mauer. Sie setzte die Studenten „Bewegung“ (FAU, West-Berlin) und die kommunistische Springer Bewegung (Kommunisten) in West-Berlin. Wer Terror provoziert, muß diese in Kauf nehmen. Die letzte Erhellung und Genugtuung als Begegnungen und Ausflüchte.

West-Berlin geriet über Nacht in den Rand des Chaos, wie die Zeit in Hirschberg schrieb. Die blutige Aktion war der Auftakt.

Die Polizei von West-Berlin in Verfall, deren Chef Erich Dierckhoff, sich die Aufgabe von Demonstrationen so vorstellte: „In Gewerkschaften — in der Zeit der Demonstration und nach beiden Seiten hin.“

Die Unruhen des Anstehens der politischen Führung von West-Berlin unter dem Regierenden Bürgermeister Heinrich Albertz (SPD), dessen erste Entscheidungen nach der Polizeiaktion der „Freiheitsbewegung“ letzte Woche am 29. Juni 1967, dass die „man ernstlich daran arbeiten sollte, an dieser Mauer zu arbeiten“.



Prügelnde Pöbel vor dem Rathaus. Das ist noch die einzige Straße...

evangelischer Geistlicher gewesen ist.“

Die Studenten von Berlin aus einem alten westdeutschen Universitätsgebäude Synthesäle — also die „Kontrollabteilung“ von Kommunisten (die Professoren sind, die nicht immer angehen von den wilden Demonstrationen) zwischen FU-Studenten — gegen die „Vorverurteilung der West-Berliner Polizei“ (so hieß die Studentenverbände und die letzten die Springer Prozess (Studenten-Sprecherband in Mainz, 2. 5. 67) hat mitgeschossen) protestierten.

Der Freitag, zu dem das unermessliche Moment weltlicher Freiheit die Konturen eines Polizeistraßens annehmen, hatte ein Freitag werden sollen. Denn West-Berlin erwartete das französische Erbesperr von Nankingseuch.

Die linksgerichtete deutsch-italische Gesellschaft hat die weiß-rote Propaganda vertrieben. Das Senatsprotokoll veröffentlichte die Kontrolle der Wegkolonne „Bürgerkolonne“ (Mittwoch) und das Volk von Berlin ist die Rede zu bringen. Die Halbesichtse über sich im juristischen Hofeide. „Furcht über die Welt der Freiheit“ schrieben die

„Chanc und Liber“ wohnen auch die „Bild-Zeitung“.

Doch schon ein Schach Rees (1967) und eine Schulbau im MS-Bereich des 60. von Pöbel-Kinder, schiedlich, am Freitag um 13.17 Uhr war dem 30. 3. nebrergr Rathaus zur Warte hin. In der ersten Dürgermeister, anschließend zum 10. 10. 1967 in der Pöbel-Kolonie, nach der Pöbel und einer in Mauer starben, zwischen 1967, die von der letzten Vision zu West-Berlin vorzüglich eingebaut werden war.

Deutsche und persische Student-Gruppen, unter ihnen ein großer Studentenschwarm (Transparenz mit Aufschriften wie „Freedom for Persia“ und „Students for Democracy“), setzten sich in Bewegung. Sie gingen hinter Sozialisten („Hamraner Geist“) hervor, wurden die persischen Gelehrten, die in der letzten Woche nicht waren.

Der Mann hatte die phantastische Idee, unter dem Namen der Freiheit, um im Rathaus Helmut Altatz zu sitzen. Trapp im West von 80.000 blauen vorzubringen, machte darauf auf der Pöbel die Haus-Pöbel mobil. Sie setzten Transparenz aus den Händen, schrieben die Laute ihre Begrü-



die diese Situation erwarten soll. Prügelnde Polizisten vor der Oper

Iranische und deutsche Studenten veranstalteten Protestdemonstrationen. Die iranischen Geheimdienstagenten (SAVAK) griffen Demonstranten an. Durch eine Polizeiaktion wurde ein deutscher Student (Benno Ohnesorg) getötet.

Ein Dokument der Korruption

auditorium

Hamburger Studentenzeitschrift Juni 1967

Extra
Blatt

Der Schah gibt reichlich...

Ein Dokument der Korruption

Dieses Dokument konnte trotz vielfältiger Bemühungen in den USA nicht wiederzuleben werden.

Als einzige Zeitschrift in der BRD druckt "auditorium" hier einen Kontauszug der "Pahlavi-Stiftung" der "Union de Banques Suisses" ab, den Khatib Khan im Juli 1962 in Teheran der Schah-Palast fotografiert hat. Mit dem Guthaben von \$6 800 241,55 US-Dollars werden Günstlinge des Herrschers im In- und Ausland bedacht. Inmitten drei Personennennungen für ihre treuen Dienste mit beträchtlichen Geldmitteln: Amerikaner (Diplomaten, Konzernherren, Agenten und Publizisten), Verwandte des Schahs und iranische Politiker. Eine mit der Untersuchung über das Verbleiben der US-Auslandshilfe beauftragte Kommission des amerikanischen Senats bemühte sich vergeblich, die Bankunterlagen zu überprüfen. Sie beschränkte sich auf den Versuch, die belasteten Staatsbürger der USA zu rehabilitieren. Sämtliche amerikanischen Adressaten des Schahs versicherten einestattlich, daß en

The image shows a page from a bank statement titled "UNION DE BANQUES SUISSES". It contains a table with columns for "Date", "Description", "Debit", "Credit", and "Balance". The entries list various individuals and organizations, including names like "FRANZ JOSEF SCHUBERT", "FRANZ JOSEF SCHUBERT", "FRANZ JOSEF SCHUBERT", etc., with corresponding monetary values in Swiss Francs (Sfr.).

This is a page from the bank statement of the Pahlavi Foundation.

Anmerkungen zu dem Kontauszug der "Pahlavi Foundation"

Nr. 2: Frau von L. Handerson, Botschafter der USA zur Zeit Mossadeghs;
 Nr. 3: Schwester des Schahs; Nr. 5: Redakteur von Time, Life, Fortune;
 Nr. 6: Vermutlich Allen Dulles, ehemaliger Chef des CIA; Nr. 7: Chemischer Botschafter der USA in Iran, Vamost-Spezialist, ehemals Staatssekretär im Außenministerium der USA; Nr. 8: Tochter des Schahs;
 Nr. 11: Bruder des Schahs; Nr. 12: Schwager des Schahs, Chefsache von Aeschaf; Nr. 14: Ehemaliger Botschafter der USA in Iran; Nr. 15: Schwager des Schahs, "rettete" den Schah 1952 mit dem Flugzeug ins Ausland;
 Nr. 16: Englischer Admiral in Nahost; Nr. 18: Fach Diba, Ehefrau des Schahs; Nr. 19: Schwester des Schahs; Nr. 20: Bruder des Schahs;
 Nr. 21: Bruder des Schahs; Nr. 22: Chef eines US-"Hilfs"-Programms für Asien mit Sitz in Teheran, unter Truman; Nr. 23: Ehemaliger Ministerpräsident des Iran; Nr. 24: Bruder des Standard-Oil-Regenten, New York;
 Nr. 26: Bruder des Schahs; Nr. 29: Sohn des Generals, der den Anti-Mossadegh-Putsch durchführte, war Schahingegner des Schahs, heute Außenminister.

Pahlavi Foundation: Auf dem Konto dieser "Stiftung" müssen die iranischen Bauern - angeblich vom Schah beschenkt - ihre jährlichen, auf

Das Schweizer Privatkonto des Schahs

Dieses Dokument konnte trotz eifriger Bemühungen des Schahs in den USA nicht widerlegt werden.

Als einzige Zeitschrift in der BRD druckt „auditorium“ einen Kontoauszug der „Pahlevi-Stiftung“ bei der „Union de Banques Suisses“ ab, den Khejbar Khan im Juli 1962 im Teheraner Schah-Palast fotografiert hat. Mit dem Guthaben von 56.800.241,55 US-Dollar werden Günstlinge des Herrschers im In- und Ausland bedacht. Er entlohnt drei Personenkreise für ihre treuen Dienste mit beträchtlichen Geldmitteln: Amerikaner (Diplomaten, Konzernherren, Agenten und Publizisten), Verwandte des Schahs und iranische Politiker. Eine mit der Untersuchung über das Verbleiben der US-Auslandshilfe beauftragte Kommission des amerikanischen Senats bemühte sich vergeblich, die Bankunterlagen zu überprüfen. Sie beschränkte sich auf den Versuch, die belasteten Staatsbürger der USA zu rehabilitieren. Sämtliche amerikanischen Adressaten des Schecks versicherten eidesstattlich, dass an sie aus dem Iran keine Gelder überwiesen worden seien. Eine später veröffentlichte amtliche Liste der amerikanischen Zahlungen an den Iran stimmt mit den Daten und den Beträgen des angeblich fingierten Dokuments überein.

Anmerkungen zu dem Kontoauszug der „Pahlavi Foundation“

Nr. 2: Frau von L. Henderson, Botschafter der USA zur Zeit Mossadeghs; Nr. 3: Schwester des Schahs; Nr. 5: Redakteur von Time, Life, Fortune; Nr. 6 vermutlich Allen Dulles, ehemaliger Chef des CIA; Nr. 7: ehemaliger Botschafter der USA im Iran, Nahost-Spezialist, ehemals Staatssekretär im Außenministerium der USA; Nr. 8: Tochter des Schahs; Nr. 11: Bruder des Schahs; Nr. 12: Schwager des Schahs, Ehemann von Ashraf; Nr. 14: ehemaliger Botschafter der USA im Iran; Nr. 15: Schwager des Schahs, „rettete“ den Schah 1952 mit dem Flugzeug ins Ausland; Nr. 16: englischer Admiral in Nahost; Nr. 18: Farah Diba, Ehefrau des Schahs; Nr. 19: Schwester des Schahs; Nr. 20: Bruder des Schahs; Nr. 21: Bruder des Schahs; Nr. 22: Chef eines US-„Hilfe“-Programms für Asien mit Sitz in Teheran, unter Truman; N. 23: ehemaliger Ministerpräsident

des Iran; Nr. 24: Bruder des Standard-Oil-Magnaten, New York; Nr. 26: Bruder des Schahs; Nr. 29: Sohn des Generals, der den Anti-Mossadegh-Putsch durchführte, war Schwiegersohn des Schahs, heute Außenminister.

Pahlevi Foundation: Auf das Konto dieser „Stiftung“ müssen die iranischen Bauern – angeblich vom Schah beschenkt – ihre jährlichen, auf 25 Jahre verteilten, Abtragszahlungen in Höhe von 80 Prozent des durchschnittlichen Landpreises überweisen.

NIOC: National Iranian Oil Company

Seven Years Plan: Iranischer Siebenjahresplan, z.T. mit Geldern aus der Entwicklungshilfe finanziert.

Herr Premierminister !

Im Anschluss an unsere Unterredung von 11 Uhr (21. Januar 1962. Red.) haben Soldaten und Fallschirmjäger die Universität Teheran besetzt. Für die Verletzung der Rechte und Gesetze der Universität bestand weder ein Grund noch eine Entschuldigung. Nach ihrem Eindringen griffen Soldaten und Fallschirmjäger Jungen und Mädchen in diskriminierender Weise an (...) viele der Studenten wurden beinahe zu Tode geprügelt.

Noch nie in meinem Leben habe ich gesehen, noch nie habe ich davon gehört, dass Regierungstruppen mit solch einer Grausamkeit, mit solchem Sadismus, mit solchen Scheußlichkeiten und solchem Vandalismus vorgingen (...) In meiner Eigenschaft als Rektor der Universität, wie in der als Vertreter der Fakultäten und der Studentenschaft, nehme ich diese Gelegenheit zum Anlaß, gegen diese verbrecherische und scheußliche Aktion zu protestieren. In der Zwischenzeit – solange nicht die Individuen, die für diese

bestialische Handlung verantwortlich zeichnen, bestraft wurden – unterbreiten mit mir alle Dekane ihren Rücktritt.

Dr. A. Farhad, Rektor der Universität Teheran

Der Untersuchungsrichter schlug mich ins Gesicht und mit einem Gummiknüppel zuerst auf die rechte, dann auf die linke Hand. Er verletzte beide Hände. Er schlug mit jeder Frage erneut zu. Schließlich zwang er mich, nackt auf einer heißen Kochplatte zu sitzen. Er hat die Kochplatte auch in die Hand genommen und an meinen Körper gehalten, bis ich bewusstlos wurde. Als ich wieder zu mir kam, stellte er erneut seine Fragen. Er holte eine Flasche mit Säure aus einem anderen Zimmer und tunkte den Knüppel ins Gefäß...

(Brief von Hassan Uhudiat an den Staatsanwalt des Militärgerichtshofes)

Cavalieri, der Anwalt am Römischen Kassationshof, der als Beobachter der Amnesty International in Teheran war, schreibt dazu in einem Telegramm an U Thant: „Bin soeben aus Iran zurückgekehrt, nachdem ich an vier äußerst wichtigen Sitzungen im Prozess gegen 14 wegen Linksideologie und Verschwörung gegen den Schah Angeklagten teilnahm. Erkläre mich mit den Beschuldigten völlig solidarisch. Möchte hier der Überzeugung Ausdruck geben, dass für die Teilnahme an einem Komplott jeglicher Beweis fehlt, dass die iranische Verfassung sowie die Menschenrechte, sowohl hinsichtlich der rechtlichen Zuständigkeit und der demokratischen Freiheit als auch durch die Verhöre, die von gräßlichen Folterungen begleitet wurden, verletzt wurden. Halte mich für Erklärung zur Verfügung.

Rom, 2.11.63

Kapitel 6

Solidarität mit der iranischen demokratischen Bewegung

Als Vorstandsmitglied der iranischen Studentenbewegung nahm ich an vielen Demonstrationen gegen die Schah-Regierung teil. Zudem waren wir gegen die militärische Invasion der US-Regierung in Vietnam und ich hatte gute Kontakte zur Vietnam-Friedensbewegung. Als Vorstandsmitglied von CISNU und INF stand ich in Kontakt mit Persönlichkeiten wie dem britischen Philosophen Bertrand Russell, mit Martin Niemöller von der Evangelischen Kirche in Deutschland, und mit Jean-Paul Sartre in Frankreich.

Jochen Steffen, SPD-Politiker in Kiel, war ein guter Freund von mir. Als die deutsche konservative Regierung mir wegen meiner politischen Aktivitäten gegen den Schah die Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung verweigern und mich aus der BRD ausweisen wollte, hat sich Jochen Steffen im Landtag von Schleswig-Holstein kritisch gegen die Einstellung der Landesregierung geäußert und sich in der Volkszeitung von Kiel für mich eingesetzt. (V.Z., Nr. 157, 10. Juli 1963)

Ich hatte auch einen guten Rechtsanwalt (Herrn Dr. Hans Heinz Heldmann), der mich in verschiedenen Fällen gemäß der deutschen Verfassung und des Ausländerrechts vertrat.

Die Geheimpolizei des Schahs, SAVAK, war in der BRD und anderen europäischen Ländern tätig, wobei die deutsche Regierung und die Geheime Polizei des Schahs zusammenarbeiteten, um die Oppositionellen zu überwachen und unterdrücken.

Hier möchte ich betonen, dass die damalige deutsche konservative Regierung großes wirtschaftliches Interesse am Iran hatte (z.B.

Handelsbeziehungen, Öl, Gas, Stahlindustrie). Dies führte dazu, dass das Kabinett bereit war, unsere demokratischen Rechte zu missachten und sogar mit der iranischen Geheimpolizei in der BRD gegen uns zusammenzuarbeiten. In diesem Zusammenhang erfuhr ich, dass der Direktor der 3. Abteilung der SAVAK im Jahr 1968 mit der Absicht nach Frankfurt am Main gereist war, um mich mit Hilfe der deutschen Polizei am Flughafen zu entführen, nach Persien abschieben zu lassen und dort umzubringen. Der SAVAK hatte bereits zuvor einen Agenten unter einem Decknamen nach Frankfurt geschickt, der sich als ein Freund meines Bruders im Iran ausgab. Durch einen Zufall erkannte mein Freund Hossein Rezai (ein Mitglied der INF und CISNU), der Jahre im Iran in Haft gewesen war und mich zufällig gerade besuchte, in dem Mann einen getarnten SAVAK-Agenten und die ganzen Konspirationspläne wurden dadurch aufgedeckt.

Pressemitteilung

– CIS – Konföderation der Iranischen Studenten

Da jetzt einigen iranischen Studenten die Ausweisung aus der Bundesrepublik droht, hat die Konföderation am 25.7.64 einen Brief an den Deutschen Bundesminister des Inneren gerichtet.

Hier der volle Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Minister!“

Wir möchten Ihnen unseren Dank aussprechen. Aufgrund Ihrer Erklärung vor dem Bundestag wurde fast allen Kommilitonen bis auf zwei oder drei – der Verbotsermerk der politischen Betätigung aus den Pässen entfernt. Sie haben dadurch viele Studenten davor bewahrt, schon jetzt in ihr Land zurückkehren zu müssen. Diese Rückkehr hätte nicht nur einen Abbruch des Studiums, sondern politische Verfolgung im Heimatland zur Folge gehabt. Zum Beweis dieser Behauptung fügen wir drei Schreiben der Internationalen Liga für Menschenrechte an die Vereinten Nationen und den Schah bei.

Heute wenden wir uns an Sie, um Ihnen folgende Tatsachen zur Kenntnis zu bringen:

- 1) „Hier in der Bundesrepublik und zwar in Köln in der Bonner Straße 180, IV., hat der iranische Geheimdienst (SAVAK) sein Zentralbüro für Europa eingerichtet. Dieses Büro steht unter der Leitung des Generals Alawi-Kia. Es ist unter der Telefonnummer Köln 38 76 53 zu erreichen.“**
- 2) „Die iranische Botschaft in Köln hat die Pässe von drei Studenten einbehalten. Sie will sie nur zurückgeben, wenn die Studenten sich für die Regierung des Schahs erklären. Einer der betroffenen Studenten ist Vorstandsmitglied der CIS.“**

- 3) **„Der Botschafter hat im persönlichen Gespräch mit einem unserer Vertreter wörtlich erklärt, er sei für die Regelung der Passangelegenheiten der Betroffenen nicht mehr zuständig, sondern General Alawi-Kia.**
- 4) **Die iranische Botschaft hat das Auswärtige Amt bereits inoffiziell davon in Kenntnis gesetzt, mit welchem Mittel sie die Ausweisung der Studenten, denen der Pass entzogen wurde, erreichen will!**

Hierzu möchten wir folgendes bemerken:

„Die örtlichen iranischen Studentenvereinigungen sind der Bundesrepublik in der Föderation der Iranischen Studenten zusammengeschlossen. Alle Vereinigungen und die Föderation sind eingetragen und anerkannt. Wir, die CIS, sind der Dachverband aller Studentenvereinigungen im Iran und im Ausland. Wir sind, genau wie der VDS, der COSEC angeschlossen. Die Tätigkeit der iranischen Studenten im Rahmen dieser Vereinigungen, die nach demokratischen Prinzipien arbeiten, ist also legal.“

„Die Tätigkeit eines Geheimdienstes dagegen, mit dem Ziel, den Terror, den er im Iran unter der Bevölkerung verbreitet, nun auch auf das Gebiet eines – wie die jetzige iranische Regierung aus sehr durchsichtigen Gründen immer wieder betont – befreundeten Staates zu übertragen, ist in jeder Hinsicht gegen die Regeln der Demokratie und der Freundschaft.“

„Zum Abschluß möchten wir, sehr geehrter Herr Minister, Sie bitten, der Repräsentation unseres Landes klar zu machen, dass auch iranische Studenten in Ihrem Lande das Recht auf die in der UN-Charta und in der Europäischen Konvention für Menschenrechte von 19 50 (BGBl 19 50, II. S 684) niedergelegten Menschen- und Bürgerrechte haben. Im Iran wird die Ausübung dieser Rechte für Studenten und Professoren mit Gefängnis oder Zwangsrekrutierung gehandelt. Es liegt nicht nur im Interesse des iranischen Volkes, sondern auch der gesamten freien Welt, wenn unsere Studenten sich dort, wo die Möglichkeit besteht, in demokratischem und freiheitlichem Denken ausbilden und

betätigen. Sie sollen ja einmal das Schicksal ihres Landes zu einem besseren Ende führen.“

„Die Ausweisung dieser Studenten, denen man den Pass genommen hat, müßte schwerwiegende Folgen haben: die erste wäre, dass sie Leid und Elend über viele iranische Familien bringt.“

„In der Hoffnung, Ihr volles Verständnis gefunden zu haben, zeichnen wir mit dem Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtungsvoll,

Hochachtungsvoll

**i.A. gez. Hassan Massali
CIS, Kiel-Wik, Postfach 871**

Warnung vor SAVAK! Der persische Geheimdienst soll untersucht werden

(DIE ZEIT vom 11.02.1966)

Die rund 7000 persischen Studenten in der Bundesrepublik atmen auf: Endlich soll die Tätigkeit ausländischer Nachrichtendienste in der Bundesrepublik untersucht werden. Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Inneres, Hermann Schmitt-Vockenhausen (SPD) hat Bundesinnenminister Paul Lücke ersucht, den Abgeordneten darüber zu berichten „und gegebenenfalls Vorschläge für eine gesetzliche Regelung zu unterbreiten“. Die Aktivität des Abgeordneten hängt mit dem immer noch ungeklärten Verschwinden zweier persischer Studenten aus Bonn zusammen. Der Abgeordnete ließ sich von den Befürchtungen und Mutmaßungen der Landsleute der beiden Verschwundenen unterrichten. Im Mittelpunkt aller Kombinationen steht seit langem die SAVAK, der iranische Geheimdienst. Über die Tätigkeit der SAVAK kursieren unter den persischen Studenten an den deutschen Universitäten Berichte, die – träfen sie zu – in der Tat dringend nach einer Untersuchung durch deutsche Behörden und das Parlament verlangen. Die Anregung des SPD-Abgeordneten, ob es nicht zweckmäßig sei, dass die Bundesregierung „die Tätigkeit ausländischer Nachrichtendienste auf ihrem Gebiet unterbindet“, zielt auf die SAVAK.

Zwischen der Arbeit der Alliierten und dem Treiben der Ostblock-Geheimdienste gibt es eine stille und von keinem Strafparagrafen bedrohte Arbeit anderer ausländischer Nachrichtendienste, die viel schwerer zu kontrollieren ist, weil sie nicht der Spionage dient. Schmitt-Vockenhausen nannte als – überholtes – Beispiel die französische Organisation „Rote Hand“, die während der Algerien-Krise auch in der Bundesrepublik Terror gegen Landsleute und Algerier verbreitete.

Seit eineinhalb Jahren ist bekannt, dass in der Bundesrepublik ein persischer Geheimdienst operiert. Das Organ der dem Schah wenig geneigten „Europäischen Organisation der Iranischen Nationalfront“, die „INF-Informationen“, berichteten in ihrer Ausgabe Nummer 4 vom August 1964 auf der ersten Seite unter der Überschrift „SAVAK“: „Der iranische Geheimdienst hat in Köln in der Bonner Straße 180, sein Zentralbüro für Europa errichtet. Dieses Büro steht unter der Leitung des Generals Alawi Kia. Es ist unter der Telefonnummer Köln 38 76 53 zu erreichen.“ In einem zweiten Bericht des Informationsdienstes wurden unter der Schlafzeile „SAVAK-Methoden in Europa?“ die Ziele des Geheimdienstbüros geschildert: das Aufspüren und Ausschalten regierungsfeindlicher Landsleute.

Herausgeber der INF-Informationen und Chef der Nationalfront in der Bundesrepublik ist der Student Hassan Massali, der sich kürzlich in Kiel, wo der Informationsdienst erscheint, unter Polizeischutz stellen musste. Nach dem Verschwinden der beiden Studenten aus Bonn fürchtete er um sein Leben. Massali kennt den Einfluss der SAVAK-Niederlassung in Deutschland aus eigener Erfahrung: Ende 1964 musste er auf Veranlassung der iranischen Botschaft bei der SAVAK antreten, nachdem er vergeblich ein Visum für eine Reise nach Neuseeland beantragt hatte. Nachdrücklich wurde Massali ermahnt, sich kaisertreu zu verhalten.

Von persischer Seite wird behauptet, bei den oppositionellen Studenten handle es sich um Anhänger des Kommunismus und der iranischen Tudeh-Partei, die zum Schah in Opposition steht. Solche Vermutungen finden in der Bundesrepublik Zustimmung. So verbreitete im Februar 1965 der Düsseldorfer „Mittag“ die Meldung, dass ein Attentat auf den Schah befürchtet werde, und zwar von Studenten aus Kreisen, die der Tudeh-Partei angehören oder ihr

nahestehen. Die SAVAK habe deshalb, so hieß es in dem Bericht, mit deutschen Sicherheitsstellen konferiert.

Wenn auch noch nicht recht zu erkennen ist, wie die Tätigkeit von Nachrichtendiensten fremder oder gar befreundeter Staaten – die der westlichen Verbündeten ausgenommen – gesetzlich unterbunden oder besser überwacht werden soll, wird die Initiative Schmitt-Vockenhausens nicht nutzlos sein. Manche Geheimdienste, vor allem die SAVAK, müssen damit rechnen, dass ihr Treiben endlich unter die Lupe genommen wird.

Die diktatorische Herrschaft im Iran wird von der deutschen konservativen Regierung unterstützt

Kabinettsprotokoll der 126. Kabinettsitzung vom 12.6.1968, Tagesordnungspunkt 5. Weisung der Bundesregierung wegen ausländerrechtlicher Maßnahmen gegen den iranischen Staatsangehörigen Hassan Massali, BMI

Staatssekretär Gumbel trägt den Inhalt der Kabinettsvorlage des Bundesministers des Inneren vom 5.6.1968 vor. Das Kabinett stimmt zu.

Zu den Zwischenfällen beim Staatsbesuch des Schahs von Persien in der Bundesrepublik vgl. 91. Sitzung vom 30. August 1967 TOP I (Kabinettsprotokolle 1967, S. 421 f.) – Vorlage des BMI vom 5. Juni 1968 in B 136/4956. –

Massali hielt sich seit 1958 als Student in der Bundesrepublik auf. Nachdem 1963 wegen antiiranischer Agitation erstmals ausländerrechtliche Sanktionen gegen ihn verhängt worden waren, forderte er 1967 als Mitunterzeichner eines offenen Briefes den Bundespräsidenten auf, die Einladung zum Staatsbesuch des Schahs in der Bundesrepublik rückgängig zu machen. Auf Veranlassung des Hessischen Ministers des Innern, die auf eine Anregung der Bundesregierung zurückging, erließ das Landratsamt Offenbach am Main gegen Massali am 18. Okt. 1967 eine Verfügung über ausländerbehördliche Meldepflichtauflagen und am 2. Jan. 1968 einen Bußgeldbescheid wegen Zuwiderhandlungen gegen frühere ausländerrechtliche Auflagen. Mit Schreiben vom 31. Jan. 1968 teilte das hessische Innenministerium dem BMI seine Absicht mit, die Verfügung und den Bescheid vorbehaltlich einer anderslautenden Weisung seitens der Bundesregierung vom Landratsamt aufheben zu lassen, und führte als Begründung an, dass das Verhalten Massalis in

jüngerer Zeit keinen weiteren Anlass zu Beanstandungen gegeben habe und das zu erwartende Medienecho auf die von Massali beantragte gerichtliche Aufhebung des Bußgeldbescheids des Verhältnis der Bundesrepublik zum Iran zusätzlich belasten würde. Vgl. die Verfügung und den Bescheid des Landratsamts Offenbach am Main sowie das Schreiben des Hessischen Ministers des Inneren in B 136/4956. –

Da bei einer Aufhebung der Sanktionen der unerwünschte Eindruck entstünde, dass die Bundesregierung sich möglicher Kritik der Medien und befürchteten studentischen Protestaktionen beuge, hatte der BMI in seiner Vorlage beantragt, den Hessischen Minister des Innern durch die Bundesregierung gemäß Artikel 84 Absatz 5 GG und § 25 Absatz 1 Nummer 1 des Ausländergesetzes vom 28. April 1965 (BGBl. I 353) anzuweisen, von den beabsichtigten Aufhebungsanweisungen an das Landratsamt abzusehen und sicherzustellen, dass die zuständigen Behörden alle Möglichkeiten ausschöpften, um in gerichtlichen Verfahren eine Bestätigung ihrer Maßnahmen unter Anwendung der zulässigen Rechtsmittel erreichen. –

Zum Protest der iranischen Botschaft gegen Beleidigungen des Schahs an deutschen Universitäten vgl. 83. Sitzung am 29. Sept. 1971 TOP E (B 136/36181).

Quelle:

http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch//k0/k/k1968k/kap1_2/kap2_20/p ara3_6.html (Zugriff am 27.05.2003).

Offener Brief an den Bundespräsidenten der BRD

Frankfurt am Main, den 7. Mai 1967

Hochverehrter Herr Bundespräsident!

Die Konföderation Iranischer Studenten hat mit Bestürzung Kenntnis genommen von der Einladung, die seitens der Bundesrepublik Deutschland an Schah Mohammed Reza Pahlewi ergangen ist.

Wie Ihnen, Herr Bundespräsident, bekannt ist, lebt das iranische Volk trotz des großen nationalen Reichtums an Öl und anderen Bodenschätzen nach wie vor in größter Angst, Unwissenheit und katastrophalen gesundheitlichen und hygienischen Verhältnissen. Nicht nur die materiellen Lebensbedingungen der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes sind so beklagenswert, es werden ihm auch die elementarsten Menschenrechte – Gleichheit aller vor dem Gesetz, Unantastbarkeit der Würde des Einzelnen, Freizügigkeit und Meinungsfreiheit – vorenthalten. Von dieser Unterdrückung des Volkes profitiert in Persien eine kleine, privilegierte Minderheit, die die überlebte Feudalstruktur aufrechterhalten möchte, um weiterhin nicht nur allen Reichtum, sondern auch allen Einfluß und alle Macht des Landes für sich zu beanspruchen. Diese Menschen sind die Nutznießer der Misere des persischen Volkes; sie verhindern bewußt den Aufstieg aus seiner Rückständigkeit, indem sie alle Schlüsselpositionen in Justiz, Verwaltung und Unterrichtswesen nicht geeigneten Fachkräften, sondern den Garanten der eigenen Vorteile übergeben. Exponent dieser verabscheuungswürdigen Minderheit ist Schah Mohammed Reza Pahlewi.

Seit im Sommer 1953 die letzte legitim gewählte Regierung des Iran durch einen Militärputsch mit Hilfe der CIA gestürzt

wurde, trägt der Schah die alleinige Verantwortung für alle politischen, militärischen und gerichtlichen Entscheidungen des Iran. Zu seinen Lasten gehen Hunderte von Todesurteilen, die seit dem Sturz Premierminister Mossadeghs gegen politische Gegner des Regimes in Iran gefällt worden sind; unter seinem Zugriff verwandelten sich unsere Universitäten von Stätten der Forschung und Lehre in Stätten des Argwohns und der Bespitzelung. In gleicher Weise erstreckt sich die Kontrolle der Geheimpolizei des Schahs auf Lehrende, Lernende und den Lehrstoff. Ansammlungen von mehr als drei Studenten auf dem Universitätsgelände sind untersagt; der Verdacht staatsfeindlicher Ansichten genügt für eine Verhaftung und Aburteilung durch die politische Justiz des Schahs.

Da in Persien selbst jede Opposition unmöglich ist, fühlen sich die iranischen Studenten im Ausland verpflichtet, diese notwendige Funktion von ihren Gastländern aus zu erfüllen. Die Konföderation Iranischer Studenten versteht sich dabei als Sprecher auch alle derjenigen Iraner, die auf Grund der in Persien herrschenden totalen Zensur von Presse und Meinung ihren politischen Willen nicht zum Ausdruck bringen können. Als eine ihrer Hauptaufgaben betrachtet sie die Aufklärung der Öffentlichkeit über die reale politische, soziale und wirtschaftliche Situation des Landes. Diesen Bemühungen stellt sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland entgegen, indem sie auf ihrem Territorium widerrechtlich die Einrichtung einer Dienststelle der persischen Geheimpolizei (SAVAK) duldet, die vornehmlich auf die Überwachung und Verfolgung iranischer Studenten angesetzt ist. In zahlreichen Fällen haben deutsche Behörden und deutsche Polizei nachweislich den Empfehlungen persischer Geheimdienstler Folge geleistet und politisch aktiven Studenten die Aufenthaltserlaubnis entzogen oder kürzer befristet; Haussuchungen, Überwachungen und Postkontrollen sind bei persischen Studenten in der Bundesrepublik vorgenommen worden.

Durch die Zusammenarbeit mit dem Diktator macht sich die Bundesrepublik mitschuldig an der Unterdrückung des Volkes und an der Verlängerung seines Elends. Ein anschauliches Beispiel: Die Auflehnung der südpersischen Bevölkerung gegen das Terror-Regime wird mit der Bombardierung ihrer Dörfer beantwortet; die dabei eingesetzten Militärmaschinen wurden von der Bundesrepublik geliefert, die mit Persien Verträge über Ausbildungs- und Waffenhilfe schloß. Über die Funktion der iranischen Armee sagte laut "Newsweek" der jetzige Vizepräsident der USA, Hubert Humphrey: „Wissen Sie, was der Chef der iranischen Armee einem unserer Leute sagte? Er sagte, die Armee sei Dank der US-Hilfe gut in Form, sie sei in der Lage, mit der Zivilbevölkerung fertig zu werden. Die Armee bereitet sich nicht vor, gegen die Russen zu kämpfen, sie bereitet sich vor, gegen das iranische Volk zu kämpfen.“

Will sich die Bundesrepublik moralisch und aktiv an diesem Kampf auf Seiten der Unterdrücker beteiligen?

Der feierliche Empfang des Schahs in der Bundesrepublik würde die nachdrückliche Ehrung und offene Anerkennung eines Gewaltherrschers und vielfachen Mörders sowie die öffentliche Verhöhnung des persischen Volkes bedeuten. Schah Mohammed Reza Pahlewi ist nicht der legitime Repräsentant des Iran. Für eine legitime Regierung, die tatsächlich die Interessen des persischen Volkes vertritt, können daher alle mit dem Schah abgeschlossenen Verträge nicht bindend sein.

Im Interesse der Völker beider Länder bitten wir Sie, Herr Bundespräsident, die Einladung an Schah M. R. Pahlewi rückgängig zu machen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

**Der Vorstand der Konföderation Iranischer Studenten
(Alam, Khosrovi, Massali, Nirumand, Pahlevan)**

Presseerklärung der Konföderation Iranischer Studenten (CISNU)

Seit gestern befinden sich etwa 150 iranische Studenten aus mehreren deutschen Universitäten in einem Hungerstreik.

Dieser Streik ist eine von zahlreichen politischen Aktionen, die die CISNU zur Entlarvung des Schah-Regimes und zur Verteidigung der politischen Häftlinge im Iran durchführt. Die besondere Verschärfung der Terrorakte des iranischen Regimes in den letzten Monaten in Persien und unsere entgegengesetzten Aktivitäten zeigen die Notwendigkeit des gegenwärtigen Hungerstreiks.

Am 4.8.1970 besetzten iranische Studenten das persische Generalkonsulat in München, um ihrer Forderung an das Schah-Regime durch einen unbefristeten Hungerstreik Nachdruck zu verleihen, nämlich: eine internationale Beobachtergruppe in Begleitung von Mitgliedern der CISNU zur Untersuchung des Schicksals politischer Gefangener im Iran zuzulassen. Diese Forderung wurde von der iranischen Regierung abgelehnt. Trotzdem beschloss die CISNU, eine solche internationale Delegation in den Iran zu entsenden. Diesen Beschluss teilte sie in einer Presseerklärung vom 7. 8. mit.

Auf Grund der Tatsache, dass die über 20.000 politischen Gefangenen im Iran unter den Foltern des Geheimdienstes SAVAK zu Geständnissen gezwungen und getötet werden und daß sie in geheimen Militärgerichtstribunalen zu langwierigen Freiheits- oder Todestrafen verurteilt werden, entsandte die Amnesty International am 10.10.70 einen Beobachter in den Iran, der sich an Ort und Stelle über das Schicksal der politischen Häftlinge, die in den letzten 8 Monaten eingekerkert wurden, informieren sollte.

Der deutsche Rechtsanwalt Dr. Heldmann und Hossein Rezai, Mitglied der CISNU als Heldmanns Dolmetscher, wurden von der Amnesty International beauftragt, mit Hilfe der von der CISNU

veröffentlichten Informationen und Dokumente sich über das Schicksal der politischen Häftlinge zu erkundigen.

Dr. Heldmann wurde nach 10-tätigem Aufenthalt kurzerhand des Landes verwiesen. Rezai wurde von SAVAK-Beamten auf der Straße gekidnappt.

Mit der Ausweisung des Amnesty-Beauftragten Heldmann und der Verhaftung Rezais – was in der Geschichte von Amnesty International erstmalig ist – hat das Schah-Regime unsere Feststellungen hinsichtlich der Polizeistaats-Maßnahmen seiner Regierung selbst bestätigt.

Kurz nach der Verhaftung Rezai und Ausweisung Heldmanns hat sich der britische Unterhausabgeordnete William Wilson bereit erklärt, in den Iran zu reisen, um den Auftrag Heldmanns fortzuführen sowie über das Schicksal Rezai Näheres zu erfahren. Das Teheraner Regime hat Wilson das Einreisevisum verweigert.

Diese Vorfälle, obwohl Beispiele von zunehmender Skrupellosigkeit und Willkür des Schah-Regimes, sollten Aufmerksamkeit nicht von den neuen Verhaftungen, Verurteilungen und Folterungen ablenken.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, sind in den letzten Wochen mehrere Geheimprozesse gegen politische Häftlinge mit hohen Zuchthausstrafen abgeschlossen worden. Derzeit läuft in Teheran ein ebenfalls geheimer Prozess vor einem Militärtribunal, in dem für die folgenden namentlichen bekannten Personen die Todesstrafe vom Staatsanwalt gefordert wurde:

Schokrollah Paknedjad

Massud Bathai

Nasser Rahimkhani

Ahmed Saburi

Für die folgenden Personen wurden Zuchthausstrafen zwischen 10 Jahren und lebenslänglich gefordert:

Nasser-Kakhsaz Nasser

Bahram Shalguni

Dawud Solhdust

Mohammad Reza Shalguni

Moghadam

Farhad Ashrafi

Soltan –Zadeh

Salamat Ranjbar

Iradsch Taghighi

Angesichts der Gefahr, die diesen Gefangenen und Hossein Rezai droht, halten wir es für umso notwendiger, weiterhin an unserer Forderung, unternationale Delegationen von Beobachtern nach Persien zu entsenden, festzuhalten. Diese Delegationen sollen, wie schon erwähnt, die CISNU-Informationen an Ort und Stelle nachprüfen.

Wir fordern die iranische Regierung auf, binnen 48 Stunden die Einreiseerlaubnis für einen juristischen Beobachter in Begleitung eines Dolmetschers zu gewähren und ihnen freies Geleit zu garantieren. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, setzen wir den Hungerstreik fort.

MAI 1967

CONFÖDERATION IRANISCHER STUDENTEN (CISNU)

Eine kurze Bilanz der Terrorherrschaft des Schah-Regimes nach dem Putsch von 1953

- 1) Prozess gegen Dr. Mossadegh und seine Mitarbeiter vor dem gesetzeswidrigen Militärtribunal. (1953)
- 2) Erschießung von Mossadeghs Außenminister Dr. Hossein Fatemi. (1953)
- 3) Verbrennung von Karimpur Schirazi, dem Chefredakteur der Tageszeitung "Schuresch". (1953)
- 4) Ermordung von Leutnant Sakhaie, einem Mossadegh-Anhänger in Kerman.
- 5) Erschießung von 30 Armeeeoffizieren nach gesetzwidrigen Urteilen; darunter Rusbeh, Siamak, Mobaschari. (1953)
- 6) Sturm auf die Universität Teheran und Erschießung der drei Studenten Ghandtschi, Bozorgnia und Schariat-Razawi am 7.12.1953.
- 7) Einsatz von Fallschirmjägern auf die Universität Teheran im Jahre 1954.
- 8) Aufhebung der Blockfreiheitspolitik und Eintritt in den Bagdad-Pakt 1955. (später CENTO-Pakt)
- 9) Ratifizierung mehrerer Erdölkonzessionen – zunächst mit internationalem Konsortium, später mit Tochtergesellschaften – ohne Information der Öffentlichkeit. (August 1954)
- 10) Angriff des Militärs auf demonstrierende Oberschüler am 10.1.1959. Niederschlagung einer Demonstration von Lehrern. Ein Todesopfer – Dr. Khanali.
- 11) Abschluss eines bilateralen Militärpaktes mit den USA.
- 12) Referendum ohne Gewährung geringster Freiheit für die Opposition am 26.1.1963.
- 13) Folterung und Niederschlagung von Schülern und Studenten der Theologiehochschule Ghom am 22.4.1963.
- 14) Sturm von in Zivilkleidung getarnten Soldaten auf die Universität Teheran am 24.1.1963.
- 15) Nochmaliger Sturm zivilgekleideter Soldaten auf die Theologiehochschule in Ghom am 24.4.1963.

16) Massenmord am 15. Khordad (4.-6.6.1963). Nach Einsatz von Militärs 4.000 Tote.

17) 5.6.1963: 70 Studenten werden nachts von Soldaten abgeführt und sind bis heute verschwunden.

18) Bombardierung wehrloser Bergstämme in Fars (Schiras)

19) Demonstration von Oberschülern und Erschießung eines Oberschülers am 23.1.1962.

20) Befreiung der amerikanischen Behördenfamilien von der Strafverfolgung der iranischen Justiz (Kapitulation).

21) Militär und Polizei stürmen die Universität Teheran 21.1.1972 – 800 Verletzte.

Namen der politischen Gefangenen im Iran; soweit es uns bekannt ist seit dem 19.8.1953 (CIA-Putsch) von den über 20.000 politischen Häftlingen.

- 1) Dr. Mohammad Mossadegh – Premierminister – bis zu seinem Tod.
- 2) Mehdi Barzagan – Professor an der T.H. Universität Teheran (10 Jahre Einzelhaft).
- 3) Eminenz Taleghani – Professor an der Theologischen Fakultät Universität Teheran (10 Jahre Einzelhaft).
- 4) Dr. Yadollah Sehabi – Dozent der Universität Teheran (4 Jahre Einzelhaft).
- 5) Dr. Abass Scheibani (6 Jahre Einzelhaft).
- 6) Ali Babaie – Student (6 Jahre).
- 7) Ing. Esatollah Sahabi (4 Jahre).
- 8) Abolfasl Hakimi (4 Jahre).
- 9) Mehdi Djafari (4 Jahre).
- 10) Abass Radnia (2 Jahre).
- 11) Mostafa Mofidi (5 Jahre).
- 12) Mohamad Bastenegar (4 Jahre).
- 13) Parwiz Edalatmanesch (1 Jahr).
- 14) Dr. Ali Scheikholleslami

- 15) Barelian – Student
- 16) Naraghi – Student
- 17) Meradji – Student
- 18) Moghadas-sadeh – Student
- 19) Fareidon Eftakhari (Mediziner aus Maschhad)
- 20) Schamlu
- 21) Siaie (Juristische Fakultät Universität Teheran)
- 22) Sarabie – Student
- 23) Mofidi (Med. Fakultät Universität Teheran)
- 24) Hadi-Seieddjawadi (Naturwissenschaftliche Fakultät Uni. Teheran)
- 25) Niksafat (Naturwissenschaftliche Fakultät Uni Teheran)
- 26) Namasi (Politechnikum Uni. Teheran)
- 27) Jussofi – Student
- 28) Ghanadian (Pharmakologische Fakultät)
- 29) Ansari (TH). Aus der Uni. obligatorisch exmatrikuliert und in die Wehrmacht gezwungen.
- 30) Philsur (TH)
- 31) Angoshtari (Med. Fak. Uni Teheran)
- 32) Taghizadeh (Med. Fak. Uni Teheran)
- 33) Kongatie (Naturwiss. Fak. Uni Teheran)
- 34) ArfaaSadeh (Architekt. Fak. Uni Teheran)
- 35) Paknagad (Jur. Fak. Uni Teheran)
- 36) Jaghubi (Landwirtschaftl. Fak. Uni Teheran)
- 37) Sigari (Landwirtschaftl. Fak. Uni Teheran)
- 38) Askari (Landwirtschaftl. Fak. Uni Teheran)
- 39) Aftabi (Landwirtschaftl. Fak. Uni Teheran)
 - Weiter im Gefängnis:
- 40) Mostafa Malas (Med. 6 Monate)
- 41) Bahman Purschariatie (Lit. Fak. Teheran 10 Monate)
- 42) BiganDjasnie (Lit. Fak. Teheran 9 Monate)
- 43) Mahmud Sadr (TH 6 Monate)
- 44) Darejusch Mohagheghzadeh (Nat. Wiss. Teheran 9 Monate)
- 45) Manutscheh Taghawibajat (landwirtschaftl. Teheran 9 Monate)
- 46) Manutscheh Taghawibajat (landwirtschaftl. Teheran 9 Monate)

- 47) Frl. Schirin Suresrafil (2 Monate)
- 48) Oberst a.D. Ali Asgar Massoudi (s. Bericht Dr. Wandschneider)
- 49) Major a.D. Azizollah Amir Rahimi (s. Bericht Dr. Wandschneider)
- 50) Major a.D. Ali Akbar Djafari (s. Bericht Dr. Wandschneider)
- 51) Major a.D. Dr. Esmail Elmijeh (s. Bericht Dr. Wandschneider)
- 52) Darjusch Foruhar, Rechtsanwalt (s. Bericht Dr. Wandschneider)
- 53) Khalil Maleki
- 54) Hossein Sarschar
- 55) Alidjan Schanssi
- 56) Dr. Hossein Razi (2 Jahre)
- 57) Dr. Samie (2 Jahre)
- 58) Dr. Mardjaie (2 Jahre)
- 59) Habibollah Peimann (2 Jahre)
- 60) Rossul Zarghdijuy (1 Jahr)
- 61) Hossein Zada Issa (1 Jahr)
- 62) Seied Haschem Monfared (1 Jahr)
- 63) Zia Barri (1 Jahr)
- 64) Messbah Talghini (1 Jahr)
- 65) Taher Khoschkholgh (1 Jahr)
- 66) Mojtaba Mofidi, Oberschüler (3 Jahre)
- 67) Mehdi Schamlu (Jur. Fak. Teheran 2 Jahre)
- 68) Reza Khamssi – Oberschüler – 16 Jahre alt (2 Jahre)
- 69) Djalil Zarabi (Med. Fakultät 2 Jahre)
- 70) Hadj Mahmud Moghadam (1 Jahr)
- 71) Tahgi Nilforuschan (Pharm. Fakultät Uni. Teheran 1 Jahr)
- 72) Mehdi Khamssi – Lehrer (2 Jahre)
- 73) Manutschehr Schodja (Jur. Fakultät)
- 74) Jussof Huschang (Todesurteil dann Lebenslänglich)
- 75) Mohamad Bagher Amirhadjebi (8 Jahre mit Zwangsarbeit)
- 76) Hossein Kamali (3 Jahre mit Zwangsarbeit)
- 77) Frl. Bahar Rahgu (1 Jahr)
- 78) Ing. Parwis Nikkah (10 Jahre)

- 79) Ing. Ahmad Manssuri (Todesurteil dann Lebenslänglich)
 - 80) Ahmad Kamrani
 - 81) Manssur Purkaschani (8 Jahre)
 - 82) Firuz Schirvanlu (5 Jahre)
 - 83) Hassan Scharif (3 Jahre)
 - 84) Bahman Farahwaschi (3 Jahre)
 - 85) Mohsen Rossuli (3 Jahre)
 - 86) Manutschehr Moghadam-Salini (3 Jahre)
 - 87) Hassan Akbarniaje Tehrani
 - 88) Parwiz Wakili
 - 89) Djawad Scheikhzeinaldin
 - 90) Esfandiar Nawaie
 - 91) Madjid Kianzad
 - 92) Manouchehr Moghadam Salimi
 - 93) Mohamad-Kazem Mussawi Bodjnurdi (Todesurteil dann Lebenslänglich)
 - 94) Seied Mohamad Mir Mahmud Ghomi (Lehrer, Lebenslänglich)
 - 95) Hassan Hamed Azissi (Lehrer, Lebenslänglich)
 - 96) Mohamed Piran (Lebenslänglich)
 - 97) Abas Ali Mazaheri Emrani (Student, Lebenslänglich)
 - 98) Abolghassem Sarhadizadeh (Lebenslänglich)
 - 99) Mohamad Mir. Mohammad Sadeghi (Abiturient, Lebenslänglich)
 - 100) Alis Nur Sadeghi (Student Politechnikum, Lebenslänglich)
- Von hier bis Nr. 150 Urteile zwischen 6 Monaten bis 10 Jahren
- 101) Mohamad Sadegh Abassi
 - 102) Mohamad Ali Djamalian
 - 103) Hosein Rawanpak
 - 104) Mohamad Babaie
 - 105) Alireza Sapahie
 - 106) Djawad Manssuri
 - 107) Mohamad Bagher Sanobari
 - 108) Abasagha Naraghi
 - 109) Abas Dusdusaie
 - 110) Seiedasghar Ghoreischi
 - 111) Alidkbar Salahmand

- 112) Nasser Naraghi
- 113) Seied Fakhraldin Pischwaie
- 114) Ahmad Ahmad
- 115) Seied Djamal Nikughadam
- 116) Mortasy Hadji
- 117) Hadi Schams Haeri
- 118) Ahmad Manssuri
- 119) Hosein Sarhadizadeh
- 120) Mohamad Taghi Schaltschi
- 121) Ali Asghar Ahl Kasb
- 122) Ahmad Taghawi
- 123) Mohamad Bagher Abassi
- 124) Hosein Tabatabaie
- 125) Mohamad Kazem Seifian
- 126) Ehsanollah Modjarab
- 127) Dawud Rassaie Bosorg
- 128) Abas Saidie
- 129) Mohsen Hadjmehdi
- 130) Ramasan Soltanie
- 131) Resa AbolhassanieAkhawan
- 132) Ahmad Ruhie
- 133) Mohamad Hosein Ebne Reza
- 134) Reza Egian
- 135) Mohamad Hosein Schahri
- 136) Hamid Khane Mohamad
- 137) Ahmadagha Samanie
- 138) Aliakbar Rostamie
- 139) Mohamad Sadegh Raiss Danaie
- 140) Ahamd Schirinie
- 141) Mohamad Saghafizadeh
- 142) Kaiwan Mahschid
- 143) Nehsen Rahimpur
- 144) Jussof Raschidie

- 145) Mohamad Djawad Hodjatie Kermanie
- 146) Akbar Oramie
- 147) AbolhasanFalahatie
- 148) Ali Mohamadie
- 149) Parwis Hekmatdju (Todesurteil dann Lebenslänglich)
- 150) Ali Khawari
- 151) Sohrab Khan Bahadori Ghaschghaie
- 152) Manutschehr Khan Ghaschghaie
- 153) Tahmureß Kaschkulie
- 154) Hosein Khan ScheschBakuli
- 155) Ebrahim Khan Ghahremanie
- 156) Ahamd Khan Kaschkulie
- 157) Fathollah Khan Kaschkulie
- 158) Nasrollah Kaschkulie
- 159) Djahanpur Kaschkulie
- 160) Hosein Pascha Kaschkulie
- 161) Manutschehr Ghahremanie
- 162) Azizollah Bostan
- 163) Schokrollah Bostan
- 164) Amrollah Bostan
- 165) Mohamad Hosein Kaikha
- 166) Mohamad Hasan Kaikha
- 167) Amrolah Rahimlu
- 168) Taherkhan Djameh-Bosorgie
- 169) Mehdi Mirzagholi Djameh-Bosorgie
- 170) Mahmud EmamgholiBäie
- 171) Djawad Bäie
- 172) Fathollah Kaikha Bällu
- 173) Akbar
- 174) Lolaie
- 175) Djalalie
- 176) Kazem Musa Khan
- 177) Araghie
- 178) Nazarie
- 179) Karimie

- 180) 4 Gebrüder Ebrahimie
- 181) Offizier Wassegh
- 182) Offizier Hadjarie
- 183) Offizier Baghiie
- 184) Offizier Zollghadr
- 185) Offizier Forutan
- 186) Leutnant Keimanesch
- 187) Leutnant Moschkuri
- 188) Leutnant Ghanun
- 189) Leutnant Bagherzadeh
- 190) Leutnant Ghorbannegad
- 191) Leutnant Nikain
- 192) Rezazadeh – Luftwaffenoffizier
- 193) Leutnant Wahabzadeh
- 194) Leutnant Schaltukie
- 195) Leutnant Amuie
- 196) Liaghatrawesch Unteroffizier d. Luftwaffe
- 197) Zarandie - Student
- 198) Leutnant Ing. Tamadon
- 199) Sabsewarie
 - Die 15 Unteroffiziere der Gendarmerie wurden seit 1966 zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt:
- 200) Akbar Mohamadpur
- 201) Jdolh Aschrafi
- 202) Siefalah Zare
- 203) Golamhosein Noruzi
- 204) Fazlolah Nazari
- 205) Heidar Barzegar
- 206) Hassan Musawi
- 207) Ali Taghilu
- 208) Safar Pischghadam
- 209) Aliakbar Akrami
- 210) Heschmat Sochanwar

166

- 211) Darab Diwargar
- 212) Haschem Daraie
- 213) Nuralah Pjiruzi
- 214) Hassan Ghani

SERIE

„Wie eine tote Ratte aus dem Land geworfen“

Die Rolle amerikanischer Diplomaten und Militärs beim Sturz des Schahs von Persien

Er teilte der Welt ihren wichtigsten Rohstoff zu, er kommandierte eine der stärksten Armeen der Erde, sein Wüstenstaat sollte eines der fünf mächtigsten Länder werden: Schah Reza Pahlawi – bis zu seinem jähen Sturz Anfang 1979. Vor allem die Rolle Amerikas, des

wichtigsten Verbündeten, blieb dabei bis heute rätselhaft. Nun bricht der Mann das Schweigen, dem Washington in letzter Minute nach Teheran schickte, um mit Hilfe der Militärs für die USA zu retten, was noch zu retten war: der General Robert E. Huyser.



Schah Reza beim Abschied in Teheran 1979: „Wohin soll ich denn?“

Die Botschaft seiner Regierung, die der Diplomat dem absoluten Herrscher über 35 Millionen Menschen zu überbringen hatte, war höchst ungewöhnlich. Washington, so suchte Botschafter William H. Sullivan dem Schah Reza Pahlawi „so höflich wie möglich“ beizubringen, halte es im Interesse des Iran und des Kaisers für das Beste, wenn der Schah sein Land verlasse. Der Schah, schreibt der Diplomat in seinem

Erinnerungen „Mission to Iran“, breitete seine Arme aus und fragte „Ist freudlich?“, „Ja, aber wohin soll ich denn gehen?“

Das wusste Sullivan auch nicht. Seine Instruktionen sagten nichts zu diesem Problem. Er erinnerte den Kaiser daran, daß er ein Haus in der Schweiz habe. Dort sei es ihm nicht sicher genug, so wie die der Schah ab- und: „Wir haben auch ein Haus in England, aber das ist das

Weniger so schlecht.“ Dann schwiegen sich Kaiser und Botschafter an. Bis Sullivan mehr aus Verlegenheit fragte: „Soll ich mich für Sie um eine Einladung nach Amerika bemühen?“

„Oh, würden Sie das tun?“ freute sich der Schah. Binnen 24 Stunden stimmte Washington zu. Der kaiserliche Emigrant sei auf dem Landplatz des früheren US-Botschafters Walter Annenberg in Kalifornien willkommen – freilich nur „temporarily“, für eine begrenzte Zeit.

Das war Anfang Januar 1979. Zwei Wochen später war der Schah außer Landes, allerdings nicht in Amerika, sondern bei Freund Sadat in Ägypten. In die USA, wo er im Juli 1980 starb, kam die entthronte Majestät erst viele Monate später und löste damit eine der schlimmsten Krisen amerikanischer Außenpolitik aus: die über 14 Monate andauernde Geiselnahme von 52 Angehörigen der US-Botschaft in dem längst zum Gottesstaat des Ajatollah Chomeini umgedrehten Iran.

Die Geschichte vom jähen Sturz des Perserkaisers nach 37 Herrscherjahren durch die Wortgewalt eines greisen skandinavischen unbewaffneten Volkstrossen ist immer noch voller Rätsel. Während unheimlich schön die Unbücksamkeit und Doppelzüngigkeit der Weltmacht Amerika in dem Drama um ihren wichtigsten Verbündeten in Asien, der eine mit modernsten Waffen hochgerüstete 415 000 Mann-Armee kommandierte.

Nicht nur konnte Washington, dessen Geheimdienst CIA dem Schah 1953 noch den Thron mit Leichtigkeit gestreift hatte, dem Potentaten nun nicht mehr helfen. Amerika erlebte mit der Geiselnahme seiner Diplomaten auch eine der verheerendsten Demütigungen seiner Geschichte, die Präsident Jimmy Carter die Wiederwahl verdarb.

Der Iran, einst Wachposten Amerikas am Öl-Golf und an der Südgrenze der Sowjet-Union, wurde zur gefährlichsten Bedrohung der US-Interessen und setzte den seit sechs Jahren wütenden Golfkrieg – zum internationalen Krisenherd. Die geopolitische Weltkarte veränderte sich. Amerika wanderte sich

Der Schah musste die Regierungsmacht an Khomeini übergeben und wie eine „tote Ratte“ Iran verlassen. Sehr enttäuscht von der US-Regierung verlässt er Iran 1979.

Kapitel 7

Die Rolle der USA, Großbritanniens, Israels, Saudi-Arabiens und des Schahs im Nahen Osten

Hier präsentiere ich einige wissenschaftliche Forschungsarbeiten über die Rolle dieser Regierungen in der Region:

Seminar: „Die US-Politik der arabischen Staaten“
Wintersemester 1986/87

Leiter: Dr. Issa

Referent: Hassan Massali (Universität Frankfurt/M)
„Nah-Ost-Konflikt und USA-Imperialismus“

Gliederung:

Einleitung

- I. Die USA-Führungsrolle in der Nahost-Region
- II. Destabilisierungsfaktoren in der Nahost-Region:
 - 1 Nationalisierung des Erdöls unter Führung Dr. Mossadegh im Iran
 - 2 Militärputsch in Ägypten und Nationalisierung des Suez-Kanals
 - 3 Entstehung der Republik Jemen
 - 4 Die Entstehung der „Bewegung Arabische Nationalisten“ und der V.R.J.
 - 5 Militärputsch in Irak und Beendigung der Monarchie
 - 6 Die Gründung der FATAH und PLO
 - 7 Die Entstehung der „Nationalen Libanesischen Bewegung“
 - 8 Junikrieg 1967

- 9 Oktoberkrieg 1973
- 10 Erdöl als „Waffe“ gegen Imperialisten und Zionisten
- 11 Iranische Revolution 1979
- 12 Widerstandsbewegungen der „Ethnischen Minderheiten“

III. Stabilisierungsfaktoren:

- 1 Die Gründung des Staates Israel 1948
- 2 Bagdad-Pakt und CENTO-Pakt
- 3 Das Schah-Regime als „Region-Polizist“
- 4 Camp-David Abkommen und Ausstieg Ägyptens aus ... Konfrontationen

IV. Die Beziehungen der arabischen Staaten zur PLO

- 1 Jordanien, September 1970-1971
- 2 Syrische Invasion in Libanon 1976
- 3 Kuwait 1976
- 4 Israelische Invasion in Beirut und die arabischen Staaten

V. Zusammenfassung

Einleitung:

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts hat die Nahost-Region eine bedeutende Rolle in der Weltpolitik eingenommen.

Die Briten, Franzosen und Rußen waren bestrebt den Nahen Osten durch direkte Militärinterventionen unter ihrer Kontrolle zu halten und ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen zu sichern.

Großbritannien war hauptimperialistische Kolonialmacht in der Region. Großbritannien versuchte durch Stationierung seiner Streitkräfte in der Region die Garantie für freie Schifffahrt zu bekommen und ihren „vitalen-Interessen“ in Indien, Persien und arabischen Staaten zu sichern.

Nach der Entstehung der „Anglo-Persian Oil Company“ 1901, verfügte England durch die Knox DARCY-Konzession über den Zugang zum Erdöl sowie über wichtige Minen-Monopole im Iran. Nach der Entdeckung des Erdöls in dieser Region, haben die wirtschaftliche, politische und ideologische Bedeutung der Region allmählich zugenommen. Großbritannien hat sogar 1911 mehrere hundert indische Soldaten in Südpersien stationiert (South Persian Rifles), um Handelswege im Persischen Golf für G.Br. zu sichern.

Schon 1897 waren die Zionisten unter der Führung von Herzl bestrebt, mit Hilfe der Briten einen jüdischen Staat in Palästina zu gründen. Nach der Bolschewistischen Revolution in Russland 1917, versuchte Großbritannien die Juden in Russland, welche Konfrontationen mit der Revolutionsführung hatten, zu instrumentalisieren und als Verbündete für die Revolution zu gewinnen.

1917 beginnen die Juden, mit der „Balfour-Erklärung“, eine neue Initiative, um einen Jüdischen Staat zu errichten.

Nach dem 2. Weltkrieg, am 15. Mai 1948, wurde der Staat Israel offiziell in Palästina gegründet. Für die Gründung des Staates Israel hat auch die Sowjetunion unter der Stalin-Herrschaft in der UNO ihre Zustimmung gegeben. Stalin führte gegen die Westmächte einen „Kalten-Krieg“ aber für die Interessen der UdSSR war er bereit, kooperativ zu sein.

I. USA-Führungsrolle in der Nahost-Region:

Nach dem zweiten Weltkrieg hat die USA die imperialistische Führungs-Rolle in der Welt eingenommen. Die militärische Überlegenheit und der finanzielle Aufschwung der USA, die Kapitulation Deutschlands, Italiens und Japans und finanzielle Schwierigkeiten der Großbritanniens haben den Weg für den Einfluss der USA in der Welt ermöglicht. Aber bis 1950 waren fast die gesamten Nahost-Staaten von britischen Marionetten Regierungen beherrscht.

Nach dem zweiten Weltkrieg ist allmählich dem Nahen Osten wegen folgenden Faktoren ein politisches Vakuum aufgetreten:

1. Großbritannien war ökonomisch und militärisch geschwächt
2. Alle europäischen Staaten waren mit ihren internen sozioökonomischen Aufbau beschäftigt
3. Die UdSSR und die Westmächte als Siegermächte haben ihre Konfrontationen kurz beiseitegelegt.

Deswegen konnte sich die Bevölkerung im Nahen Osten für nationale und demokratische Rechte organisieren und für ihre politischen Mitbestimmungsrechte kämpfen. Nationale und progressive Widerstandsbewegungen haben sich formiert und aktive am politischen Prozess in der Region teilgenommen. Die Briten haben allmählich ihre Hegemonialmacht in der Region verloren.

Ein Destabilisierungsprozess hat stattgefunden.

II. Destabilisierungsfaktoren in der Nahost-Region:

1. 1949 wurde die „Iranische Nationale Front“ unter der Führung von Dr. M. Mossadegh in Iran gegründet, welche einen anti-imperialistischen Kampf in Iran führte.

Am 1. Mai wurde das Öl im ganzen Iran nationalisiert und dadurch die britische Herrschaft in Iran beendet. Dann übernahm Dr. Mossadegh die Macht. Die Freiheit und Anti-Imperialistische Bewegung in Iran hat ihren Einfluss im Nahen Osten erweitert. Großbritannien drohte mit Militär-Intervention und versuchte mit Hilfe des Schahs die Mossadegh-Regierung zu stürzen und durch die UNO und andere internationalen Organisationen die Nationalisierung des Erdöls in Iran zu verhindern, doch die iranische Bevölkerung unter Mossadegh konnte ihr Ziel durchsetzen.

2. In Ägypten haben die Nationalisten unter der Führung der Nadjib-Nassers die reaktionäre monarchistische Regierung und König Faruk gestützt und die Macht übernommen.

Präsident Nasser hat dann den Suez-Kanal am 26. Juli 1956 nationalisiert. Trotz militärischer Intervention von Großbritannien, Frankreich, USA und Israel hat die ägyptische Bevölkerung unter Präsident Nasser ihren Willen durchgesetzt. Die Sowjetunion hat Ägypten unterstützt.

3. Mit Hilfe Nassers und durch die ägyptische Militärintervention wurde der Imam im Nordjemen gestürzt und im September 1962 eine Republik in Nord-Jemen gegründet. Auch versuchte Nasser hierdurch, die Monarchie Saudi-Arabien zu schwächen.
4. 1952 wurde die „Bewegung Arabische Nationalisten“ durch aktive Mitwirkung der revolutionären arabischen Intellektuellen wie: Dr. Georg Habasch, Dr. Wadi Haddad, Dr. Ahmed Al-Khatib und Salem Rubai Ali gegründet. Diese Organisation war überall in den arabischen Staaten politisch aktiv und hat eine große Rolle in der Widerstandsbewegung in Süd-Jemen gegen die Kolonialherrschaft von Großbritannien gespielt und schließlich die Macht in Süd-Jemen übernommen.

Aus dieser Bewegung wurden die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFPL) und die „Demokratische Front für die Befreiung Palästinas“ (DFLP) gebildet.

Diese Bewegung war anfangs Pro-Nasser und Panarabisch eingestellt, aber allmählich wurden marxistische Ideen in das Programm aufgenommen.

5. 1958 hat General A. Ghassem durch einen Militärputsch das langjährige britische Marionetten-Regime in Irak unter König Feissal-Nuri Said beendet. Ghassem hat eine Landreform durchgeführt.
6. 1958/59 wurde die FATAH (Bewegung zur Befreiung Palästina) in Kuwait gegründet. Jasser Arafat (Abu Ammar), Khalil Wazir (Abu Jihad), Abbas Khalaf (Abu Iyad), Khalid al-Hassan und Abu Ali Iyad waren die Gründer dieser Organisation.

Seit der „Al-Kerame“ Operation, hat die FATAH eine große Rolle in der palästinensischen Widerstandsbewegung übernommen und die Führungsrolle in der PLO inne gehabt. Die PLO hat bis jetzt eine große Destabilisierungsrolle in der Region gegen die US-Politik gespielt und die arabisch-israelischen Konfrontationen auch in der Öffentlichkeit eskalieren lassen.

7. Seit 1970 wurde eine „Libanesische Bewegung“ ins Leben berufen, die stark an der Seite der PLO an politischen und militärischen Aktivitäten teilgenommen hat.
8. Im Junikrieg 1967 versuchte Präsident Nasser durch einen Krieg gegen Israel und durch seine USA-Politik im Nahen Osten, die Araber zu einigen und den arabischen

Nationalismus in anti-imperialistische Politik umzusetzen und die arabischen reaktionären Kräfte zu isolieren.

9. Nach dem Tode Präsident Nassers, versuchte Anwar Al-Sadat mit einer Politik: „weder Krieg, noch Frieden“ seine Machtposition in Ägypten zu festigen, aber durch den Druck der revolutionären Bewegungen der arabischen Bevölkerung war er gezwungen, gegen Israel Krieg zu führen.

Der Oktoberkrieg 1973 sollte zeigen, dass der Nahost-Konflikt ein weltweites Problem bleibt, solange das Palästina-Problem nicht gelöst ist.

10. Zum ersten Male wurde das Öl als „Waffe“ während des Oktoberkrieges 1973 gegen Israel und die Westmächte angewendet. An dieser Aktion haben auch die arabischen konservativen Staaten teilgenommen.
11. 1979 wurde das Schah-Regime im Iran durch eine Revolution gestürzt und die langjährige Rolle des Schah-Regimes als „Regions-Polizist“ beendet. Wie wir sehen, ist es den USA nicht gelungen, ihre Interessen zu sichern.
12. Die ethnischen Minderheiten im Nahen Osten sind weitere Faktoren für politische Unruhen in der Region, wie Kurden und Schiiten.
13. In diesem Zusammenhang sind die kurdischen Widerstandsbewegungen im Iran, Irak und der Türkei am bedeutendsten.

III. **Stabilisierungsfaktoren:**

1. Die Gründung des Staates Israel in Palästina ist ein großer Erfolg für die Imperialisten und Zionisten. Seit 1948 hat Israel die Rolle als „Regions-Polizist“ sehr geschickt und mit Erfolg ausgeführt. Die politische, wirtschaftliche und ideologische Rolle des Staates Israel im Nahen Osten ist für

die Imperialisten lebenswichtig. Die gesamten Westmächte-Interessen sind durch die Existenz Israels kristallisierbar geworden.

Der Staat Israel ist ein wichtiger Stabilisierungsfaktor für die „Vital-Interessen“ der Westmächte in der Region. Keine andere reaktionäre Regional-Regierung wäre fähig den Platz Israels zu ersetzen. Israel ist ein wichtiger Partner der USA geworden. Eine Konfrontation mit Israel wird automatisch eine Herausforderung an die USA bedeuten.

2. Baghdad-Pakt und CENTO-Pakt: Großbritannien und USA versuchten neben Israel auch durch aktive Mitwirkung der reaktionären Regierungen einen Militär-Pakt in der Region zu gründen. 1955 wurde der „Baghdad-Pakt“ mit der Beteiligung Iraks, Irans und der Türkei als Regional-Macht gegründet. Nach der irakischen Revolution (Militärputsch) von 1958 unter Führung General A. Ghassem wurde der Baghdad-Pakt aufgelöst und später durch den CENTO-Pakt unter der Beteiligung der Türkei Irans und Pakistans ersetzt.
3. Das Schah-Regime als „Regionen-Polizist“:

Nach der Nixon-Doktrin sollte das Schah-Regime die stärkste Regional-Macht werden, um die imperialistischen Interessen ökonomisch, politisch, ideologisch und militärisch zu garantieren.

Der Schah hat mit der Zustimmung der USA-Regierung den Öl-Preis erhöht, und mit dem Petrodollar hat er ein starkes Militär aufgebaut, das mit modernen Waffen ausgerüstet war.

Der Chef der US-Militärmission in Teheran war General Elias Williamson.

Des Weiteren waren über 50 000 Militärberater bis 1979 im Iran tätig und der EX-CIA Chef, Richard Helms, war der US-Beauftragte in Teheran. Teheran war bis 1979 wichtiger Treffpunkt und Beratungsstelle der amerikanischen Diplomaten und CIA-Agenten.

Ende der sechziger Jahre war das Schah-Regime in der Lage seine Aufgabe als „Region-Polizist“ und „Sub-Imperialist“ auszuführen.

1971 eroberte das Schah-Regime durch eine blitzartige Aktion drei Inseln im Persischen Golf, um die Wasserstraße von Hormoz zu sichern.

Der Schah schickte Militäreinheiten nach Oman, die eine große Rolle bei der Bekämpfung der revolutionären Bewegung in Dhoffar (Zoffar) spielten.

Das Schah-Regime hat eng mit Israel, Sultan Qabus (Gabus), König Hussein (Jordanien), Anwar Sadat (Ägypten), den Golf-Staaten und den Phalangisten im Libanon zusammengearbeitet.

Pier Gemayel und Camille Chamun waren mit dem Schah befreundet und bekamen militärische und politische Unterstützung während des Bürgerkrieges im Libanon. (Die Zeitschrift Bakhtar Emroz, Nr. 66, 1975, Organ Iranische Nationale Front)

SAVAK, der Geheimdienst des Schah-Regimes war in allen arabischen Staaten tätig und lieferte Informationen an Israel, USA, und andere Nato-Staaten.

Die Baath-Partei im Irak versuchte mit Panarabischen Parolen gegen den Schah, seinem Einfluss in den arabischen Staaten Widerstand zu leisten. Die Antwort des Schahs war klar. Er hat am 19. April 1969 einseitig den Vertrag von 1937

annulliert, und versuchte durch einen Militärputsch das Baath-Regime, das 1968 an die Macht gekommen war, zu stürzen. Der Schah instrumentalisierte die kurdische Widerstandsbewegung unter Barezani gegen die irakische Regierung. Auf diese Weise zwang er die irakische Regierung zur Anerkennung seines Machtanspruchs im Golf. (Der Iranisch-Irakische Krieg, Mir. A. Ferdowsi, Seite 100)

4. Das Camp-David Abkommen und Ausstieg Ägyptens aus der arabisch-israelischen Konfrontation:

Ägypten hatte aufgrund seiner kulturellen Ausstrahlung, seiner militärischen Stärke und wirtschaftlichen Macht und insbesondere aufgrund seines politischen Einflusses während der Nasser-Ära eine Führungsrolle unter den arabischen Staaten und im arabisch-israelischen Konflikt inne.

Die Niederlage im Junikrieg 1967 gegen Israel bedeutete für die arabischen Staaten v.a. für Ägypten die Zerstörung ihres Militärpotentials. Die Niederlage im Junikrieg war auch ein großer Prestigeverlust für Präsident Nasser.

Nach der Niederlage in Juni 1967, trafen sich die arabischen Staatschefs in Khartum. Ende August 1967 auf der 4. Arabischen Gipfelkonferenz in Khartum beschloss die Mehrheit gegen den Protest Syriens, Algeriens und der Palästinenser, dass der militärische Kampf vorerst zurückgestellt und eine politische Lösung des Konfliktes nicht prinzipiell ausgeschlossen werden sollte.

Nach dem Tode Nassers im September 1970 und der Machtübernahme durch Sadat, änderten sich die innen- und außenpolitischen Verhältnisse in Ägypten zugunsten der USA und Israel.

Innenpolitisch verfolgte er eine „wirtschaftliche Öffnung“ zum internationalen Kapitalismus. Außenpolitisch wandte er sich von der Sowjetunion ab und wies alle sowjetischen Berater aus Ägypten aus. Damit schuf Sadat die Grundlage für eine engere Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien, dem Schah-Regime und allen reaktionären Kräfte in der Region, die schließlich zum Camp-David Abkommen mit Israel führte. Die Unterzeichnung des Abkommens von Camp-David im September 1978 und die Unterzeichnung des Friedensvertrages am 26. März 1979 durch Ägypten hat die politische und militärische Lage in der Region geändert. Das Resultat:

- a) Die Grundlage zur Anerkennung des Staates Israel von anderen arabischen Staaten ist geschaffen worden.
- b) Die arabischen Staaten und Palästinenser sind nicht mehr in der Lage, ohne Beteiligung Ägyptens, eine militärische Entscheidung zu treffen.
- c) Die Sowjetunion ist auch nicht interessiert, einen Krieg gegen Israel bzw. gegen die USA in der Region zu führen, sondern bestrebt, eine politische Lösung zu finden.

Die politischen und militärischen Auseinandersetzungen innerhalb der arabischen Staaten gegen die Palästinenser beweisen, dass die arabischen Staaten immer versuchen, die palästinensischen Organisationen für ihre innen- und außenpolitischen Zwecke und Ziele zu instrumentalisieren. Die arabischen Regierungen versuchen, die PLO und die „Ablehnungsfront“ unter ihrer Kontrolle zu halten, um regional und international zu „handeln“.

Als die Palästinenser versuchten, sich unabhängig und frei zu bewegen, wurden sie durch verschiedene arabische Staaten niedergeschlagen.

IV. Die Beziehung der arabischen Staaten zur PLO:

Auf Anregung der 1. Gipfelkonferenz der Arabischen Liga Anfang 1964 in Kairo wurde die PLO unter dem Vorsitz des von Nasser favorisierten Ahmed El-Schugheiri gegründet. Danach wurde die „Palästina-Liberation Armee“ in Ägypten und Syrien ausgebildet. Präsident Nasser hatte großen Einfluss auf diese Organisation.

Als die FATAH in Kuwait von dort lebenden und arbeitenden Palästinensern 1958/59 gegründet werden konnte, wurde sie von Kuwait und später von Saudi-Arabien finanziert mit der Bedingung, dass sie sich nicht dort politisch betätigen.

Khalid El-Hassan war der Hauptkontaktmann in finanziellen Beziehungen. Kuwait und Saudi-Arabien, dann Irak, Libyen und Syrien versuchten, durch finanzielle Unterstützung und Infiltration die PLO zu beeinflussen. Sogar im Irak und Syrien sind unter der Führung der Baath-Partei paramilitärische palästinensische Organisationen geschaffen worden.

Die Mehrheit der arabischen Staaten ist reaktionär-konservativ und politisch, ökonomisch und ideologisch von den US-Imperialisten abhängig. Die radikalen Kleinbürgertums-Staaten sind selbst Opfer der „kooperativen Konkurrenz-Politik“ der Großmächte geworden und versuchen auch den Palästinensern zu schaden.

Alle arabischen Staaten versuchen das "Palästina-Problem" als ein Mittel für ihre eigenen innen- und außenpolitischen Ziele zu benutzen. Dadurch wurden die Palästinenser immer wieder Opfer der arabisch/US-amerikanischen-Beziehungen:

1. Jordanien: In den Kämpfen im September 1970(Schwarzer September) und im Juni 1971 konnte König Hussein einen ersten Erfolg gegen den Palästinensischen Widerstand erzielen. Die Palästinenser mussten geschlagen aus Jordanien abziehen. Keiner der arabischen Staaten unternahm 1970/71 etwas gegen König Hussein (nur Syrien unter Präsident Atassi versuchte indirekt die Palästinenser zu unterstützen). Die Beduinentruppen von König Hussein richteten sich nicht nur gegen Widerstandskämpfer sondern massakrierten auch die zivile Bevölkerung. (Meine persönliche Beobachtung und Erfahrung).

König Hussein versuchte dadurch den USA und Israel zu versichern, dass er die Kontrolle in der Hand hat.

2. Ähnlich verhielten sich die anderen arabischen Staaten beim syrischen Einmarsch im Libanon 1976. Die syrische Regierung hat 30.000 Militäreinheiten nach Libanon geschickt und gegen die PLO und die libanesische Nationalbewegung gekämpft und dadurch die „Phalangisten“ unterstützt, um die syrische Machtposition in Libanon zu garantieren. In diesen Auseinandersetzungen hat sich ein Teil der libanesischen Armee unter Führung von Leutnant Ahmed- El-Khatib abgespalten, um ihre Sympathie zur PLO zu bezeugen. Die syrische Regierung hat A.Kahtib verhaftet und die meuternden Soldaten niedergeschlagen.
3. Als im Sommer 1976 arabisch-nationalistische Parlamentsabgeordnete die kuwaitische Regierung unter

Dr. Ahmed El-Khatib zum Eingreifen im Libanon gegen den syrischen Einmarsch aufforderten, wurde das Parlament aufgelöst und in diesem Zusammenhang auch der kuwaitischen Presse, die weitgehend von Palästinensern geprägt war, verschärfte Kontrollen und Beschränkungen auferlegt. Nachher wurde deutlich, dass sich Saudi-Arabien über die Radikalität der kuwaitischen Presse und deren Kritik an den konservativen arabischen Staaten und ihrer Politik beschwert hatte.

Die Zeitschrift Al-Talia unterstützte die Palästinenser und die progressiven Kräfte in der Region.

4. Beim israelischen Krieg 1982 gegen die PLO im Libanon, rührte sich ebenfalls keine arabische Regierung. Die israelische Armee besetzte Beirut, massakrierte tausende Palästinenser und zwang die gesamte PLO zum Abzug aus dem Libanon, aber keiner der arabischen Staaten, u.a. Syrien die sich „kompromisslos“ gegenüber Israel erklärten, unternahm etwas gegen Israel.

V. Zusammenfassung:

Der Nahost-Konflikt besteht aus politischen, sozio-ökonomischen und ideologischen Faktoren.

Palästina ist das politische Problem Nr. 1. Seit der Gründung des Staates Israel eskalierte die Konfrontation zwischen der arabischen Bevölkerung gegenüber der US-Politik im Nahen Osten.

Israel hat nach dem Junikrieg 1967 und Oktoberkrieg 1973 Gebiete des arabischen Territoriums besetzt und versucht, die arabischen Staaten in der Defensive zu halten.

Israel ist bereit mit einzelnen arabischen Staaten parallele Gespräche über eine Normalisierung der Beziehungen zu führen, ist jedoch nicht bereit mit arabischen Staaten über die demokratische Rechte der Palästinenser und über die grundsätzlichen Probleme eines Palästina-Staates zu diskutieren.

Das Öl ist ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor, das auch als „Waffe“ in politischen und militärischen Auseinandersetzungen verwendet wird. Das Öl ist für Westmächte lebenswichtig

Der Nahost-Konflikt ist auch ein ideologischer Kampf zwischen Armen und Reichen, zwischen der unterdrückten und ausgebeuteten Bevölkerung einerseits und den reaktionären Kräften und ihren weltimperialistischen Partnern andererseits. Es ist ein Kampf für die Freiheit und Sozialgerechtigkeit, der lange dauern wird.

Die Geschichte der Ereignisse in der Region hat gezeigt, dass alle drei Faktoren (Politik, Wirtschaft, Ideologie), sich in einem Kampf vereinen und gleichzeitig durchgeführt werden, aber überwiegend politisch-diplomatische Mittel benutzt werden.

Die Imperialisten unter der Führung der USA und Israels sind bemüht, einen arabisch-israelischen Friedensvertrag zu unterzeichnen und den Nahost-Konflikt auf diese Weise zu „lösen“, aber solange diese gegensätzlichen Ziele existieren, dass die Probleme auf eine andere Ebene verlagert werden, bleibt die Möglichkeit einer Umwälzung der Ereignisse bestehen.

Literaturhinweise:

- 1) „ Die Golfstaaten“, (Hrsg.) Fred Scholz, Georg Westermann Verlag GmbH 1985.

- a. „Ägypten“, Stütze oder Gefahr für die arabischen Golfstaaten, Thomas Koszinowski, Seite 52-56
 - b. „Der Nahost-Konflikt und die Golfstaaten“, Friedemann Büttner, Helga Baumgarten, Seite 68-73
- 2) Die Zeitschrift „Bakhtar Emroz“ Nr. 47, 1973
(Organ Iranische Nationale Front)
 - 3) Die Zeitschrift „Bakhtar Emroz“, Nr. 66, 1975
(„ „ „)
 - 4) Die Zeitschrift „Sicherheit und Frieden, Nr. 2, 1986, Mir A. Ferdosi, Seite 100-102

Die Rolle von Saudi-Arabien und der PLO in der Region

"Der Nahostkonflikt und die Rolle der PLO"

Wintersemester 1987/88

Leiter: Dr. Nasser

Thema: "Die Rolle von Saudi-Arabien in der Region"

Referent: Hassan Massali (Universität Frankfurt/M.)

Literaturhinweise :

- "Bericht des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien".
- "Gemäßigte Araber zwischen den Großmächten", Gerd Linde, 19-1982."
- "Die Golfstaaten", Fred Scholz (Hrsg.), Braunschweig, Westermann 1985.

Einleitung:

Saudi-Arabien ist ein großes Land mit einer Bevölkerung von ca. 8 Millionen Menschen. Saudi-Arabien verstärkte seine Beziehungen zu den USA nach den ägyptischen Interventionen im jemenitischen Bürgerkrieg im Jahre 1962. Vorher war die Beziehung mehr auf die Ölgesellschaft ARAMCO begrenzt.

Nach dem Sechstage-Krieg in Juni 1967 und dem Tode von Präsident J. A. Nasser war Saudi-Arabien in der Lage, eine wichtige Rolle in der Region und in den internationalen Beziehungen zu übernehmen.

Angeblich hatte ein Putschversuch im Jahre 1969 König Feisal freie Hand gegeben sehr hart gegen die Opposition im Lande vorzugehen.

Am 25.3.1975 wurde König Feisal von einem seinem Neffen ermordet. Nachfolger Feisals wurde sein Bruder Khalid, der seinen Bruder Fahad zum neuen Kronprinzen ernannte.

Obwohl Khalid der König war, spielte der Kronprinz Fahad eine entscheidende Rolle in der Regierung.

Am 13.6.1982 starb König Khalid und sein Nachfolger Fahad ernannte Abdullah zum Kronprinzen.

Maßnahmen gegen inneren und äußeren Bedrohungen

Durch die Ölpreiserhöhungen der OPEC in den siebziger Jahren konnte Saudi-Arabien Petro-Dollar-Überschüsse in Milliarden Höhe einstreichen.

Saudi-Arabien besaß zwar viel Geld, fühlte sich aber durch den arabischen Radikalismus, marxistische Tendenzen sowie vom zionistischen Israel bedroht und fürchtete eine Instabilität im Lande und in Region.

Um eine politische und militärische Sicherheit zu schaffen, verstärkte die Regierung ihren Sicherheitskorps von 10.000 Mann im Jahre 1960 auf 41.000 Mann im Jahre 1978.

1968 importierte Saudi-Arabien Waffen im Wert von 171 Millionen Dollar, 1978 betrug die Summe 13.170 Millionen Dollar. Damit ist der saudische Rüstungshaushalt dreimal so groß wie der ägyptische.

1982 vereinbarte Saudi-Arabien mit USA die Bildung eines gemeinsamen Militärkomitees. Außerdem wurde an die USA die Konstruktion von vier Luftbasen, zwei Marine- und drei Meeresstützpunkten übertragen, dazu der Bau einer Militär-Akademie. 62 Düsen-Kampfflugzeuge F-15 "Eagle" und fünf AWACS wurden (später) geliefert!! Insgesamt sind Waffen für 8,5 Milliarden Dollar bestellt. (vgl. G. Linde).

Die Verteidigungsminister von Saudi-Arabien und der USA trafen sich am 18. Januar 1982 in Riad, um Sicherheitsprobleme im

Bereich des (Persischen) Golfs zu erörtern. Hier wurde u.a. die Einführung eines gemeinsamen Radar-Warnsystem ähnlich dem der NATO beschlossen, sowie erste Schritte zur Waffenstandardisierung. (vgl. G. Linde).

"Besorgnis vor den anti-monarchistischen Schiiten im Iran...aber auch Zweifel am Versprechen der USA führten im Februar 1981 zur Schaffung des Golfstaates für Zusammenarbeit (Gulf Cooperation Council-GCC), der aus Saudi-Arabien, Bahrain, Oman, Katar, Kuwait und den Vereinigten Arabischen Emiraten gebildet wurde."(vgl. G. Linde).

Außerdem, "Saudi-Arabien bot Bahrain, Katar und Oman Finanzhilfe an. Daneben schloss Saudi-Arabien bilaterale Verteidigungsabkommen mit Bahrain und Katar ab."(vgl. e. da).

Am 21.11.1979 wurde die heilige Moschee von Mekka von ca. 500 bewaffneten Männern besetzt. Die Besetzer waren von der islamischen und anti-monarchistischen Bewegung im Iran beeinflusst. Sie kritisierten die königliche Familie und forderten ihren Sturz. Mit Hilfe einer französischen Spezialeinheit zur Terroristenbekämpfung gelang es, die Moschee-Besetzer zu fassen!!

Nach der Revolution im Iran verbesserte Saudi-Arabien seine Beziehungen zum Irak entscheidend und der saudische Innenminister Emir Najef betonte sogar im Dezember 1981 der Irak führe einen Krieg zur Verteidigung der gesamten arabischen Nation. (vgl. G. Linde).

Der Friedensplan des Emirs Fahad

Ein sehr wichtiger politischer Schritt, den Saudi-Arabien in Zusammenhang des Nahostkonfliktes unternahm, war der "Friedensplan des Emirs Fahad", der ein Echo in der Region und in den internationalen Beziehungen hervorrief.

Der Friedensplan des Emirs Fahad lautet wie folgt:

"Es war im August 1980, als der saudische Regierungschef Emir Fahad ibn Abd-el-Aziz anlässlich der formellen israelischen Annexion Ost-Jerusalems zum " Jihad" (Heiligen Krieg) aufrief. Aufrufe dieser Art sind aus Riad hinlänglich bekannt, aber auch, dass Saudi-Arabien an einer direkten Beteiligung an einem Krieg auffallend desinteressiert ist. Genau ein Jahr später versuchte er auf die entgegengesetzte Weise, arabische Ansprüche durchzusetzen; er legte einen Acht-Punkte-Friedensplan vor.

Der am 7.August 1981 von Prinz Fahad erstmals bekanntgegebene und am 5.Oktober von Außenminister Saud Ben Feisal vor der UN-Vollversammlung wiederholte Friedensplan für den Nahen Osten umfasst folgende Punkte:

1-Rückzug Israels aus allen im Jahren 1967 besetzten arabischen Gebieten einschließlich Ost-Jerusalem;

2-Beseitigung aller seit 1967 von Israel in den arabischen Gebieten errichteten Wohnsiedlungen;

3-Gewährleistung der Glaubens- und Kulturfreiheit für alle Religionsgemeinschaft an den Heiligen Stätten;

4-Anerkennung des Rechtes des Palästinensischen Volks auf Rückkehr in die Heimat und auf Entschädigung für diejenigen, die auf die Heimkehr verzichten;

5-Unterstellung des West-Jordanlands und des Gaza-Streifens unter UN-Kontrolle für eine Übergangszeit von wenigen Monaten;

6-Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaat mit der Hauptstadt Jerusalem;

7-Anerkennung des Rechtes aller Staaten der Region auf ein Leben in Frieden;

8-Gewährleistung der Implementierung dieser Prinzipien seitens der UN oder einiger ihrer Mitglieder. (vgl. G. Linde).

Fahads Friedensplan hatte zu verschiedenen Auswirkungen und Reaktionen geführt, z.B.:

"In Moskau wurden im Fahd-Plan, „positive Aspekte“ entdeckt. (Die Welt, 9.11.1981).

"Präsident Reagan hatte in einer ersten Stellungnahme den Plan ein 'Hoffnungsvolles Zeichen' genannt."

"In Teheran verlangte die Propagandamaschinerie des Ayatollah Khomeini unverzüglich die Hinrichtung des Emirs Fahad als Verräter an der islamischen Sache, und der vor kurzer Zeit noch hochwillkommene Arafat wurde als amerikanischer Agent 'entlarvt'." (Int. Herald Tribune, 21.11.81).

Innerhalb der arabischen Staaten hatte lediglich Libyen direkt gegen den Plan Stellung genommen. Die "Front der Standhaftigkeit", die im November 1981 in Aden tagte, ließ keine gemeinsame Beurteilung erkennen.(vgl. G. Linde).

Innerhalb der PLO und anderen palästinensischen Organisationen wurde der Plan unterschiedlich interpretiert.

Die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und der PLO

Als die FATAH in Kuwait von den dort lebenden und arbeitenden Palästinensern 1958/59 gegründet werden konnte,wurde sie von Kuwait und später von Saudi-Arabien unter der einen Bedingung finanziert,dass sie sich dort nicht politisch betätigte.

Khalid El-Hassan war der Hauptkontaktmann in finanziellen Beziehungen.

Saudi-Arabien hat immer versucht, durch finanzielle Unterstützungen die PLO-Politik zu beeinflussen, sowie auch durch andere arabischen Staaten, insbesondere durch die "Arabischen Golfstaaten" ihre Politik zu bestimmen. (vgl. Die Golfstaaten, F. Scholz).

Im Oktober 1981 versuchte Präsident Reagan die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien im Repräsentantenhaus zu legitimieren. Er sagte u.a. "eine Stärkung Saudi-Arabiens bedeutet mehr Einfluss auf die PLO. Eine weitere Isolierung Syriens und schließlich die Reduzierung des syrischen Einfluss im Libanon."

"Der Senat stimmte schließlich mit 52:48 Stimmen für die Lieferung. Reagan konnte auch die jüdischen Senatoren Cohen und Rudman auf seine Seite ziehen." (International Herald Tribune, 1.11.1981; Generalanzeiger, Bonn 30.10.1981; FAZ 22.12.81, vgl. G.Linde).

Saudi-Arabien und Israel

Nach Fahads Friedensplan, erfolgten mehrere Grenzverletzungen durch israelische Kampfmaschinen im Nordwesten Saudi-Arabiens, aber die saudische Regierung reagierte nicht öffentlich oder traf (keine) Gegenmaßnahmen.

„Unter Berufung auf US-Quellen heißt es, es handele sich nicht um ein einmaliges Vorkommnis, sondern der Nordwesten Saudi-Arabiens, das Gebiet südlich der jordanischen Grenze am Golf von Eliat, mit dem Militärstützpunkt Tabuk, werde schon jahrelang routinemäßig von israelischen Kampfmaschinen überflogen. Man müsste fragen, wie viel sicherer der saudische Luftraum durch die im Lande stationierten AWACS-Maschinen würde, die von den USA geflogen werden.“

Der Schluss läge nahe, die Aufklärungsflugzeuge wären nicht zum Schutz Saudi-Arabiens, sondern lediglich zur Vorbereitung von Aggressionsplänen des amerikanischen Imperialismus stationiert worden.

Erinnert wird auch daran, dass die AWACS das Überfliegen saudischen Luftraums beim israelischen Angriff auf den irakischen Kernreaktor nicht gemeldet hätten.“ (vgl. G. Linde).

Was hat die PLO erreicht?

(Stern, 28.05.2014, Seiten 30-31)

(Text und Recherche: Steffen Gassel; Infografik: Bettina Müller und Andrew Timmins)

Vor 50 Jahre schlossen sich mehrere politische Gruppierungen zur „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ zusammen. Es war der Beginn eines jahrzehntelangen, oft blutigen Kampfs.

1. Gründung der PLO

Nach der israelischen Staatsgründung 1948 wird die Hälfte der Palästinenser aus ihren Wohnorten vertrieben. Am 28. Mai 1964 bildet sich in Kairo die PLO, eine ihrer einflussreichsten Fraktionen ist Yassir Arafats Fatah („Eroberung“). Das Ziel der PLO: die Zerstörung Israels.

2. Jordanien und Libanon

Israel hält nach dem Sechstagekrieg 1967 das Westjordanland und den Gazastreifen besetzt. Unter dem Vorsitz Arafats radikalisiert sich in den 70er Jahren die PLO. Erst von Jordanien, später vom Libanon aus führt sie einen Guerillakrieg gegen Israel. Splittergruppen verüben blutige Attentate in Europa: 1972 tötet ein Kommando elf israelische Olympioniken in München. 1977 folgt die Entführung der „Landshut“.

3. Tunesien

1982 marschiert Israel in den Libanon ein, um die PLO zu zerschlagen. Nach monatelangem Bombardement Beiruts vermitteln die USA die Ausreise von Arafat und Tausenden seiner Kämpfer. Doch viele Palästinenser bleiben zurück. Die PLO errichtet in Tunis ihr Hauptquartier. Kurz darauf töten mit Israel verbündete Milizen im Libanon rund 800 Menschen in den Flüchtlingslagern Sabra und Schatila.

4. Erste Intifada

Das PLO-Hauptquartier in Tunis verliert an Einfluss. In der Heimat setzen sich 1987 Jüngere an die Spitze eines Aufstands, der Intifada („Erhebung“). Auch die neuen islamistischen Gruppen Hamas und Islamischer Dschihad gefährden Arafats Macht. 1988 ruft die Exil-PLO den „Staat Palästina“ aus und erkennt gleichzeitig indirekt das Existenzrecht Israels an.

5. Oslo-Prozess

„Land gegen Frieden“: Nach Verhandlungen in Norwegen schließt die PLO 1993 ein Abkommen mit Israel. Arafat, Yitzhak Rabin und Schimon Peres erhalten den Friedensnobelpreis. 1996 wird Arafat Präsident der neuen Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah. Aber: 60 Prozent des Westjordanlands bleiben unter Israels Kontrolle. Die Zahl der jüdischen Siedler wächst rasant.

6. Zweite Intifada

Die Spannungen nehmen wieder zu, 2000 bricht eine zweite Intifada aus. Eine Serie von Terroranschlägen und Vergeltungsaktionen folgt. Premier Ariel Scharon stellt Arafat unter Hausarrest. 2004 stirbt Arafat. Die Todesursache wird nie abschließend geklärt.

7. Politische Spannungen

2005 räumt Israel seine Siedlungen in Gaza. 2007 übernimmt die Hamas dort endgültig die Macht. Um sich im Westjordanland zu behaupten, kooperiert Arafats Nachfolger Mahmud Abbas eng mit Israel und den USA. Israel hat inzwischen begonnen, mit einer

Sperranlage Teile des Westjordanlands seinem Staatsgebiet anzugliedern. 2014 scheitert die jüngste Friedensinitiative der USA.

Siedlungsbau

Mehr als 550.000 jüdische Siedler wohnen in den Palästinensergebieten. Der Bau ihrer Ortschaften ist nach internationalem Recht illegal. Im Westjordanland hat sich ihre Zahl seit Beginn des Oslo-Prozesses mehr als verdreifacht.

Eine Graphik auf S. 31 verdeutlicht, dass vor Beginn des Oslo-Prozesses im Westjordanland 101.100, im Gazastreifen 4300 und in Ostjerusalem 141.000 israelische Siedler wohnten. Seit Beginn des Oslo-Prozesses stieg die Zahl der israelischen Siedler im Westjordanland auf 367.000, in Ostjerusalem auf 200.000, während im Gazastreifen keine Siedler zu verzeichnen sind.

Das umkämpfte Land

Ein Schaubild auf S. 31 zeigt die Situation in der Region: Hunderte palästinensische Dörfer wurden auf dem Staatsgebiet Israels seit 1948 zerstört, die Einwohner vertrieben. Diejenigen, die nicht ins Ausland flohen, gingen in den Gazastreifen oder nach Ostjerusalem.

Zwischenbilanz

Wie weit sind die Palästinenser auf dem Weg zum eigenen Staat?

Kleine Errungenschaften...

- Autonomie im Gazastreifen; Autonomie in 18 Prozent (Area A); Teilautonomie in 22 Prozent (Area B) des Westjordanlands – verteilt auf 227 Enklaven, die meisten kleiner als zwei Quadratkilometer;
- 2012 wurde Palästina von der UN-Vollversammlung als „Beobachter ohne Mitgliedsstatus“ aufgenommen; es ist Mitglieder der UNESCO;
- mehr als 130 Staaten haben Palästina als unabhängigen Staat anerkannt

... und große ungelöste Fragen

- Jerusalem: Wird der Ostteil der Stadt irgendwann Hauptstadt der Palästinenser oder bleibt er von Israel annektiert?
- Siedlungen: Ist Israel bereit, für Frieden Siedlungen im Westjordanland zu räumen?
- Grenzen: Wo genau soll die Grenze des Palästinenserstaats verlaufen – und wer kontrolliert sie?
- Flüchtlinge: Was wird aus den rund fünf Millionen Palästinensern im Exil?



SEHEN UND VERSTEHEN

Was hat die PLO erreicht?

Vor 50 Jahren schlossen sich mehrere politische Gruppierungen zur „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ zusammen. Es war der Beginn eines Jahrzehntelangen, oft blutigen Kampfs

1. Gründung der PLO



Nach der israelischen Staatsgründung 1948 wird die Hälfte der Palästinenser aus ihren Wohnorten vertrieben. Am **18. Mai 1964** bilden sich in Kairo die PLO, eine ihrer einflussreichsten Fraktionen ist Yassir Arafats Fatah („Erlöserung“). Das Ziel der PLO: die Befreiung Israels.

2. Jordanien und Libanon



Israel hält nach dem Sechstagekrieg **1967** das Westjordanland und den Gazastreifen besetzt. Unter dem Vorsitz Arafats installiert sich **in den 70er Jahren** die PLO. Erst von Jordanien, später von Libanon aus führt sie einen Guerillakrieg gegen Israel. Splintergruppen verüben blutige Anschläge in Europa. **1972** über ein Kommando off israelische Olympispieler in München. **1977** folgt die Einführung der „Lebenshilfe“.

4. Erste Intifada



Das PLO-Hauptquartier in Tunesien verliert an Einfluss. In der Heimat setzen sich **1987** Jüngere an die Spitze eines Aufstands, der Intifada („Erlebung“). Auch die neuen islamistischen Gruppen Hamas und Islamischer Dachverband geführten Arafats Macht. **1988** rührt die Exil-PLO dem „Zweit Palästina“ aus und erklärt gleichzeitig, in Israel das Existenzrecht Israels zu

5. Oslo-Prozess



Kampf gegen Frieden: Nach Verhandlungen in Norwegen schließt die PLO **1993** ein Abkommen mit Israel. Arafat, Itzhak Rabin und Schimon Peres erhalten den Friedensnobelpreis. **1996** wird Arafat Präsident der neuen Palästinensischen Autonomiebehörde in Ramallah. Aber: 40 Prozent des Westjordanlands bleiben unter israelischer Kontrolle. Die Zahl der jüdischen Siedler wächst rasend.

6. Zweite Intifada



Die Spannungen nehmen wieder zu. **2000** bricht eine zweite Intifada aus. Eine Serie von Terroranschlägen und Vergewaltigungen folgt. Premier Ariel Scharon stellt Arafat unter Hausarrest. **2004** wird Arafat. Die Todesursache wird nie abschließend geklärt.

7. Politische Spaltung



2008 kauft Israel seine Siedlungen in Gaza. **2017** übernimmt die Hamas dort endgültig die Macht. Um sich im Westjordanland zu behaupten, kooperiert Arafats Nachfolger Mahmud Abbas eng mit Israel und den USA. Israel hat inzwischen begonnen, mit einer Sperranlage Teil des Westjordanlands seinem Siedlergebiet anzuschließen. **2014** scheitert die dritte Friedensinitiative der USA.

Siedlungsbau

Mehr als 500.000 jüdische Siedler wohnen in den Palästinensergebieten. Der Bau von Ortschaften ist nach internationalem Recht illegal. Im Westjordanland hat sich ihre Zahl seit Beginn des Oslo-Friedens nicht als vermindert.



Kapitel 8

Solidarität mit den unterdrückten Völkern im Nahen Osten

Zur Solidarität mit der palästinensischen Befreiungsbewegung und in Zusammenhang der Widerstandsbewegung im Iran, hatte ich im Jahre 1964 mit einigen PLO-Mitgliedern, wie Abu Hani und Hamshahri, in Europa Kontakte hergestellt, um Informationen und Erfahrungen über Guerilla-Kriege und den bewaffneten Kampf zu erhalten. Ich reiste auch nach Syrien, um den Führer und Gründer von Al-Fatah, Valid-Ahmad Namer (Abu Ali Ayad) in seinem geheimen Haus zu treffen, der mich sehr freundlich empfing und alle notwendigen Mittel zur Verfügung stellte. Nach einiger Zeit lernte ich auch Khalil Vazir (Abu Jihad), Yasser Arafat (Abu Ammar), George Habash und viele andere Führer der palästinensischen Bewegung und politische Aktivisten im Nahen Osten kennen. Während wir uns in Beirut, Libanon, aufhielten, hat uns Abu Yahya, der ein enger Ratgeber der PLO-Führung im Libanon war, gut beraten. Wir gingen in den Untergrund und lernten, in der Nacht die Irak-Iranische Grenze zu überqueren, um geheime Kontakte zu iranischen Guerillaorganisationen herzustellen.

Publizistisch waren wir auch tätig, indem wir die Zeitschrift Bakhtare-Emrooz und eine Zeitschrift in arabischer Sprache im Nahen Osten herausgaben.

Während des Schah-Regimes arbeiteten wir mit den Gründern der Fedai-Organisation und der Volksmudjahedin zusammen und richteten einen Radiosender gegen das Schah-Regime ein.

In Solidarität mit der unterdrückten Bevölkerung in Zoffar im Süd-Oman am Persischen Golf und Omman, leisteten wir medizinische

und soziale Hilfe, und nahmen auch an bewaffneten Aktionen gegen militärische Invasionen des Schahs in der Region teil. Wir standen jedoch den Theorien und der Politik der UDSSR und Chinas eher ablehnend gegenüber. So veröffentlichten wir mehrere kritische Artikel zu den Theorien von Lenin und Mao, während wir die Theorien von Marx, Engels und Rosa Luxemburg unterstützten.



Hassan Massali und Yasser Arafat
bei einer Solidaritäts-Konferenz



حسن ماسالی در سال 1964 برای آموزش نظامی
با ایشان دیدار کرد. اومی گفت که مصدق ملل شرق را
بیدار کرد.

احمد نمر (ابوعلی ایاد)، بنیانگذار "الفتح"

در سپتامبر 1970 بدست رژیم ملک حسین بقتل رسید.

Abu Ali Ayad



Khosrawi Ardebili (dadashi) von der Fedai Organisation hat am Kampf gegen die militärischen Invasionen des Schahs in Zoffar teilgenommen

Mossad ist eine terroristische Organisation

Ich habe durch meine Aktivitäten und Forschungen erfahren, dass Mossad und die CIA bei der Entstehung und Formierung der SAVAK (Geheimdienst des Schahs) und bei der Unterdrückung der demokratischen Bewegung im Iran stark mitgearbeitet haben. Sowohl Mossad als auch CIA-Agenten haben die Schah-Agenten ausgebildet. Gemeinsam haben sie auf dem Dach eines Hotels in Teheran die Aufstellung der Geräte zur Überwachung der Telefongespräche im Iran organisiert und mit der SAVAK zur Unterdrückung und Folterungen der Freiheitskämpfer zusammen gearbeitet.

Ich bin darüber informiert, dass damals Mossad-Agenten die Pässe von US-Bürgern und denjenigen der Europäischen Länder für ihre terroristischen Aktivitäten nutzen durften und es ihnen weiterhin zurzeit erlaubt sie zu nutzen.

Mossad hat viele palästinensische Friedenskämpfer wie Mahmud Hamshahri durch Zusammenarbeit mit Agenten einiger europäischer Länder in Paris umgebracht.

Mein Onkel Mahmud, seit 40 Jahren in meinem Gedächtnis

Von Rana Abdullah

Quelle: <http://www.palestinechronicle.com/i-knew-a-hero-once-my-uncle-mahmoud-in-my-memory-40-years-on/#.VCCSD5RsW9s> (Übers. aus dem Engl.)

Es gibt keine Helden in dem Land meiner Geburt. Helden bringen sich selbst in Gefahr, um dann zu siegen. Wenn jede wache Stunde eine Entscheidung auf Leben oder Tod sein kann, während die Welt kollektiv die Augen gegenüber diesem Verbrechen verschließt und ihre Schande hinter einem Berg von Plattitüden verbirgt, dann gibt es keine Helden, da in meinem Land Gefahr zur Normalität gehört. Wenn Heldentum eine Schätzung von Werten im Angesicht der erdrückenden Schwierigkeiten ist, dann können kein Beifall, keine Medaillen oder Empfehlungen jemals reichen, um den Menschen von Palästina zu genügen.

Diebstahl, Beleidigungen, Verunglimpfungen und Tod, die Hinterlassenschaft eines Krieges, den wir nicht begonnen haben, eine Kolonisation, die wir nicht gesucht haben, das Falsche, das für uns nicht das Richtige ist, und die Entschädigung der Welt für ein Verbrechen, das wir nicht begangen haben gegen ein Volk, das wir kaum kennen. Es gibt keine Helden im Land meiner Geburt, weil Helden bewundert werden.

Generationen werden kommen und gehen; Nationen werden ihre Söhne und Töchter auszeichnen für Taten, die weit weniger sind als die, die wir erlitten haben, und doch werden die Nationen uns nicht für gleichwertig erachten. In den kommenden Jahren werden Herzen bluten, Weltanschauungen von Siegern werden durchkreuzt, Föderationen heroisiert und der Ruhm von einer Nation für sich beansprucht werden. Dennoch ist meinem Land eine Verteidigung verboten. In den kommenden Jahren werden die Menschen sagen,

„Ich kannte einst ein Land, ein Land, das nach und nach zerstört wurde und ein Volk, das zu unbedeutend für die Anerkennung auf Völkermord war.“

Mein Onkel

Ich kannte einmal einen Helden. Er war Palästinenser. Niemand hat sich je genug darum gekümmert, ihm eine Nadel auf die Brust zu heften und trotzdem war er ein Held. Er war ein Mann von Würde, Standhaftigkeit, Mut und weil er geboren war, den Weg von Diebstahl, Verunglimpfung und Tod zu beschreiten, war auch ich von seinem Beispiel inspiriert. Dass ich für die Sache geboren war, war seine einfachste Lektion, und dass ich dazu geboren war, mich der Besetzung meines Heimatlandes zu widersetzen war weniger eine Aufgabe als ein Daseinszustand.

Mein Onkel Mahmoud Hamshari, „khali“ auf Arabisch, musste mir nicht erzählen, dass mein Land seit 65 Jahren besetzt war, und dass die Besatzer jede internationale Verordnung und jedes Gesuch auf Beendigung der Besetzung mit bloßer Verachtung behandelt, und faktisch genau in der entgegengesetzten Weise weitergemacht haben. Das ist der Grund, warum ich und viele meiner Landsleute Aktivisten sind. Wir haben keine andere Wahl, da wir nicht einfach wegschmelzen können, wie es die Welt gerne hätte, wir müssen widerstehen mit allem was wir können.

Onkel Mahmoud war ein brillanter, vollkommener Mann. Er war ein Anführer, hochintelligent und sehr entschlossen. Jede Aufgabe, die ausgeführt wurde, wurde nicht aus Liebe sondern aus Notwendigkeit ausgeführt. Als Student in Frankreich erlangte er seinen Dokortitel, wurde Ehemann und Vater, wie es sich die meisten Männer wünschen, aber anders als den meisten Männern, war es ihm nicht vergönnt, dies zu genießen. Heute möchte ich sowohl dem Andenken

an meinen Onkel als auch dem Andenken an all die anderen Palästinenser, die wie er gegen das Böse und die Schlechtigkeit gekämpft haben und denjenigen, die das größte Opfer im Namen dieser einzigartigen Sache gegeben haben, Tribut zollen. Ich möchte diese Geschichte teilen, so dass die Menschen dieses schlimme Verbrechen verstehen können und um die Erinnerung an die Gefallenen aufrecht zu halten.

Als Palästinenser, wie alle Palästinenser, war Mahmoud ein Ziel der israelischen Premierministerin Golda Meir, ein nicht mehr als gewähltes Instrument des Terrors, die einmal sagte: „Wir werden die Palästinenser kriegen, wo immer sie auch sind.“ Es sollte keine Überraschung sein, dass Mahmoud, ein Mann der Wissenschaften, entschlossen in seiner Sache, von Meir als Terrorist angesehen wurde. Als ein Vertreter der PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation), als deren Vertreter in Frankreich und als Mitglied von Yasser Arafats Fatah Bewegung, waren die Israelis der Ansicht, dass er der Führer des Schwarzen Septembers in Frankreich sei und bombardierten sein Haus in Paris am 8. Dezember 1972 – ein Akt des Terrorismus, das von der Mossad ausgeführt wurde, obwohl wenige so weit gehen würden, es so zu nennen. Israel ist das einzige Land in der Welt, dem es erlaubt ist, solche Handlungen auszuführen, ohne ernsthaften Tadel zu riskieren.

Wurde irgendjemand wegen der Ermordung von Mahmoud Al-Mabbouh in Dubai am 1. März 2010 zur Rechenschaft gezogen? Ich glaube nicht. Die einzige echte Entgegnung gegen diese staatlich geförderte Ermordung von Al-Mabbouh war eine geschmacklose Beschwerde der britischen Regierung, weil israelische Agenten die Identität britischer Staatsbürger benutzt hatten, als sie die Tat ausführten. Da war nichts über Unmoral oder Illegalität eines solchen verwerflichen Akts zu hören. Hätten Palästinenser ein solches Verbrechen verübt, hätte es eine unerbittliche internationale Verfolgung der Mörder gegeben, die als Terroristen bezeichnet worden wären. Ein solches Verhalten irgendeiner anderen Nation

würde vollkommen verurteilt werden, aber Israel wurde großes Unrecht angetan und deshalb ist es Israel erlaubt, großes Unrecht zu tun. Das ist sicher eine Logik der Verzweiflung.

Die Ermordung meines Onkels ist ein typisches Beispiel für die Missachtung des internationalen Gesetzes durch Israel. Ein Mossad-Agent, der sich als italienischer Journalist ausgab, lockte Mahmoud aus seiner Pariser Wohnung, um einem Sprengteam den Zutritt zur Wohnung zu ermöglichen und dort eine Bombe unter dem Telefon zu platzieren. An diesem verhängnisvollen Tag im Jahr 1972 wurde Mahmoud in seiner Wohnung angerufen, um seinen Aufenthalt zu bestätigen; ein Signal wurde die Telefonleitung hinabgeleitet, welche die Bombe zündete. Mahmoud wurde schwer verletzt, blieb aber lange genug bei Bewusstsein, um den Pariser Detektiven zu berichten, was passiert war. Mein Onkel Mahmoud verlor ein Bein und starb schließlich am 9. Januar 1973 an seinen Verletzungen im Krankenhaus. Aahron Yariv, der damalige Informationsminister, eine Position, die es offensichtlich mit sich bringt, die Hände tief in palästinischem Blut zu haben, überwachte den Einsatz. Wäre er kein Israeli, würde er als Terrorist bezeichnet werden, aber er ist Israeli und die ganze Welt ist froh, ihn etwas anderes zu nennen.

Trotzdem war Mahmouds Tod, wie der so vieler anderer Palästinenser, die von Israel ermordet wurden, nicht umsonst, da durch jeden Mord viele mehr radikalisiert und durch ihr Gewissen auf die Spuren des Aktivismus getrieben wurden. Ein Aktivist zu sein und was das bedeutet, ist, als würde Mahmoud sagen, „deine Taten sollen deinen Worten entsprechen und den Mut deiner Überzeugungen haben“. Er verkörperte den Geist eines unleugbaren Mutes und zögerte nie seine unabdingbaren Rechte durchzusetzen.

Fünfundsechzig Jahre sind vergangen und alles was sich in dieser Zeit geändert hat, ist der räuberische Erwerb immer mehr

palästinischen Landes durch Israel. So genannte Männer des Friedens sind gekommen und gegangen, doch keiner hatte den Mut, Israel entgegen zu treten; niemand hatte den Mut zu sagen, was gesagt werden sollte: "Wir haben eure Fassade eines vorgespilten Wunsches auf einen gerechten Frieden durchschaut, eure wirkliche Absicht ist ein ungerechter Friede und die Entfernung Palästinas von allen Landkarten." Bevor nicht ein Individuum kommt, mit der Entschlossenheit, die dringende Initiative zu ergreifen, wird sich nichts ändern, aber ändern müssen sie sich. Fünfundsechzig Jahre von Israels systematischer Demontage des palästinensischen Staates, vorsätzliche Aktionen von ganzheitlicher Unterdrückung welche Leiden und Trauer und Tod verursacht haben. Fünfundsechzig Jahre des Ausschlusses aus meiner eigenen Heimat! Durch das Beispiel meines Onkels Mahmoud konnte ich nur eine Aktivistin werden und für mein Geburtsrecht kämpfen.

Eine Aktivistin zu sein – und gegenüber etwas gerecht zu werden, was dein Herz und deine Seele besitzt – bedeutet, zu versuchen, die Geschichte zu verändern. Wegen meines Onkels Mahmoud verstehe ich es und hoffentlich verstehen es andere auch.

Mein Onkel Mahmoud Al-Hamshari war einer der Helden meiner Jugend. Ich werde ständig an die Geschenke erinnert, die mir über die Jahre von diesem außergewöhnlichen ehrwürdigen Mann zuteilwurden. Er erzählte die Geschichte, wie wir 1948 enteignet, vertrieben und einen Flüchtlingsstatus in unserem eigenen Heimatland durch kurzsichtige, achtlose westliche Regierungen erhalten haben. Diese tiefgehende Ungerechtigkeit hat zu lange überdauert und die Palästinenser zu sehr geprägt. Wir werden als die Enteigneten ohne Recht auf Rückkehr angesehen.

Wenige Stunden nach den Anschlägen von 9/11 verurteilte der britische Premierminister Tony Blair in einer Rede den Terrorismus, aber noch in derselben Rede sagte er: „Palästina muss Gerechtigkeit widerfahren.“ Selbst in diesem frühen Stadium, genau in diesem Moment wusste er, dass es eine offenkundige Ungerechtigkeit war,

was Grund genug war. Dennoch, niemand kann 9/11 billigen. Solche Gewalttaten können nicht gebilligt werden. Wie auch immer, die einzigen Terroristen, die in dieser Welt vorankommen, sind staatlich gesponserte. Deshalb hatte ich keine andere Wahl als mich der Sache meiner Nation anzunehmen und wurde eine Aktivistin. Eine Aktivistin zu sein, bedeutet, an etwas zu glauben und dementsprechend zu handeln, denn diese Art des Geistes zu besitzen, gepaart mit der Strenge des Herzens und der Seele, ist der einzige Weg, die Geschichte zu ändern. Mahmoud lehrte mich, den Mut und die Beharrlichkeit zu haben, zu sagen: „Nein; wir werden das nicht länger akzeptieren, wir werden einen lebensfähigen palästinischen Staat haben, auch wenn wir jeden frei denkenden, gerechtigkeitsliebenden Menschen auf der ganzen Welt mobilisieren müssen.“

„Wrath of God“ (Der Zorn Gottes)

An diesem Tag, in Erinnerung an seinen Tod, kämpfe ich damit, wie ich meinem Onkel genügend Anerkennung zuteilwerden zu lassen kann. Die einzige echte Anerkennung für alle, die gekämpft, widerstanden und ihr Leben gelassen haben, wäre ein freies Palästina. Ich fühle mich verpflichtet, ihre Geschichte mit anderen zu teilen und die terroristischen Aktionen aufzuzeigen, die auf sie zielten. Eine unter vielen Aktionen war die Ermordung von Abad al-Chir am 24. Januar 1973. Er wurde von einer israelischen Bombe getötet, die in seinem Hotelzimmer in Nikosia, Zypern, versteckt wurde. Dr. Basil al-Kubaisi wurde am 6. April, kaum zwei Monate später, auf offener Straße in Paris erschossen. Auch in Paris, am 28. Juni 1973, kam Mohammed Boudia, als er sein Fahrzeug starten wollte, durch eine Autobombe ums Leben. Das waren die Anschläge, die die Palästinenser ertragen mussten, ausgeübt durch die Hände derjenigen, die unser Land gestohlen hatten. Diese Männer verloren ihr Leben bei gezielten Anschlägen und bis heute wurden ihre

Mörder nicht zur Rechenschaft gezogen. Das ist ein gutes Beispiel für den Unterschied zwischen staatlich gefördertem Terrorismus und Aktionen von Idealisten mit einem gerechtfertigten Grund. Eine Gruppe kann sich leicht hinter dem Staatsapparat verstecken und andere Regierungen drücken ein Auge zu.

Die Ermordungen waren Teil der israelischen Operation „Wrath of God“, welche ins Leben gerufen wurde, nachdem 11 israelische Athleten und Trainer während der Olympischen Spiele in München am 5. September 1972 als Geiseln genommen und getötet wurden. Acht Mitglieder der palästinensischen Organisation „Schwarzer September“ überwand die Sicherheitsvorkehrungen und nahmen die Athleten als Geiseln. Die Geiselnnehmer verlangten die Freilassung von Palästinensern aus israelischen und deutschen Gefängnissen sowie ein Flugzeug, um sie nach Ägypten zu fliegen. Während die Palästinenser mit den Geiseln an Bord des Flugzeugs gingen, startete die deutsche Polizei eine Befreiungsaktion, bei der alle Geiseln und fünf Geiselnnehmer getötet wurden. Drei Tage später startete Israel einen Luftangriff mit ungefähr 75 Flugzeugen, den längsten Angriff seit dem arabisch-israelischen Krieg von 1967. Jagdbomber trafen Ziele im Libanon und Syrien, töteten dabei 66 Menschen, darunter auch Frauen und Kinder und ließen Hunderte Verletzte zurück.

Am 10. April 1973 startete Israel die Operation „Spring of Youth“ in Beirut. Diese Operation beinhaltete die Teilnahme von vierzig Elitekommandos. Als es vorbei war, waren hunderte Palästinenser, darunter wieder Frauen und Kinder, getötet, Hunderte waren verletzt. Im selben Jahr wurde ein Unschuldiger, der aus Marokko stammende Kellner, Ahmed Bouchiki, in Lillehammer, Norwegen, erschossen. Er war offensichtlich mit einem Terroristen verwechselt worden. Der norwegischen Polizei gelang es, die israelischen Attentäter zu stellen. Fünf wurden zu Haftstrafen zwischen zwei und fünfzehn Jahren verurteilt. Trotz der Verwerflichkeit des Verbrechens entließen die norwegischen Behörden alle im Laufe der nächsten

zweiundzwanzig Monate. Im Januar 1974 wurden drei weitere unschuldige Araber für Terroristen gehalten und von Israelis in einer Kirche in der Schweiz niedergeschossen. Die Mörder wurden niemals gefasst.

Durch die Ausnutzung des vollen Propaganda-Apparats und mit der Hilfe freundlich gesonnener westlicher Staaten – von denen es eine Menge gibt, wie man an den lächerlich milden Urteilen israelischer Mörder nach den Attentaten an unschuldigen Männern ablesen kann – überdauerte der Mythos, dass Mossad-Agenten effektive und einfallsreiche Killer seien. Doch nichts könnte von der Wahrheit weiter entfernt sein. Abgesehen von der immensen Feuerkraft, die oft angewandt wurde, um willkürliche Bestrafungen an weitgehend unbewaffneten Palästinensern auszuführen, ist die Bilanz israelischer Geheimattentate ziemlich kümmerlich. Nach dem Buch von Aaron J. Klein, „Striking Back: the 1972 Munich Olympics Massacre and Israel's Deadly Reponse“, konnte nur ein Mann, Atef Bseiso, der erst 1992 in Paris erschossen wurde, mit der Münchener Geiselnahme und den Morden direkt in Verbindung gebracht werden.

Der Journalist Klein, dessen Buch auf Interviews mit ehemaligen Mossad-Offizieren die in dieser Zeit Schlüsselpositionen inne hatten, beruht, legt nahe, dass „Wrath of God“ viel eher eine Racheaktion wegen der Münchener Morde war, als mit der tatsächlichen Schuldhaftigkeit ihrer Ziele tun hatte. Mahmoud Al-Hamshari, Abad al-Chir, Dr. Basil al-Kubaisi und Mohammed Boudia hatten nichts mit den Vorkommen in München zu tun und wurden viel eher ermordet, weil sie einfache Ziele waren, indem sie öffentlich in westlichen europäischen Städten lebten. Ein damaliger israelischer Chefagent gab zu: „Unser Blut kochte. Wenn es Informationen darüber gab, dass jemand verwickelt gewesen sein könnte, haben wir dies nicht mehr weiter unter die Lupe genommen“. Ohne Frage wollten die Israelis die wahren Täter der Münchener Morde finden,

aber diese versteckten sich an geheimen Orten in arabischen Ländern oder in Ländern des Ostblocks, aus diesem Grund töteten sie einfach die Palästinenser, an die sie herankamen, egal, ob sie unschuldig waren oder nicht.

Ein Vorhaben wie der Zionismus diskriminiert notwendigerweise, aber das basiert nicht auf der Religion, denn Religionen kann man ändern, aber es ist unmöglich ein Zionist zu werden, wenn man nicht jüdisch ist. Demzufolge war das politische Ziel des Zionismus eine Bevölkerungsverschiebung von einer Minderheit zu einer Mehrheit zu erreichen. Das Wesentliche des Zionismus kann nicht die Realität verdrängen, dass, wenn alle Juden nach Israel zurückkehren würden, dies notwendigerweise zu einer Ausbreitung in Nachbarstaaten führen würde. Der Zionismus verschließt die Augen vor dieser Tatsache, oder falls es den Juden doch klar ist, dann bedeutet es eine kriminelle Arroganz oder eine Großverschwörung. Das Verbrechen ist natürlich nichts anderes als der Diebstahl des ganzen palästinensischen Landes. Der Zionismus verlangt, dass alle Juden nach Israel zurückkehren sollen, obwohl sie wissen, dass, wenn dies geschehen würde, es einfach nicht genügend Land für die Aufnahme aller gibt. Das Ziel des Zionismus ist aus diesem Grund die komplette Auflösung von Palästina und jede Gegendarstellungen sind große Lügen.

Für Zionisten waren die Palästinenser immer unsichtbar oder gar abwesend. Grundlegende Menschenrechte und politische Rechte wurden den Palästinensern während der Gründung von Israel abgesprochen da das zionistische Vorhaben Exklusivität verlangt. Zwei Jahre nach dem Tod meines Onkels, verkündeten die UN, dass der Zionismus eine Art des Rassismus darstellt. Israel war damals und ist heute eine Nation, die ausschließlich für Juden aufgebaut wurde. Die große Ironie kann vielen nicht verborgen bleiben; dass ein Volk, das unter der abscheulichsten Episode des Rassismus in der Geschichte der Menschheit gelitten hat, nun selbst mit rassistischen Taten und Politik weitermacht: das ist ein Schandfleck

für die Menschlichkeit. Es ist tatsächlich ein Fleck auf einem Fleck, der spätere ist der größere, da er mit der vollen Kenntnis des ersten ausgeführt wurde. Wenn wir es erlauben, dass Böses auf Böses folgt, dann gibt es keine Hoffnung mehr. Es steht außer Frage, dass Israel Gefahr läuft, ein lebender Affront zu werden für alles, was der menschlichen Natur heilig ist, wenn es nicht bereits die Linie überschritten hat.

Eine typisch palästinische Geschichte

Als ich die Nachricht vom Tod meines Onkels hörte, weinte ich mich in den Schlaf. Es dauerte Monate bis ich wieder normal funktionieren konnte. Ich hatte seine Arbeit für Palästina bewundert. Für mich war er eine überlebensgroße Figur. Er verfocht das Recht der Palästinenser auf Rückkehr in ihr Heimatland. Dies war ein vereinigter, demokratischer Staat für Muslime, Juden und Christen. Nun ist es ein Fanal ethnischer Säuberung, ein Beispiel für alles, was widerlich und hässlich ist in der menschlichen Natur.

Mahmoud erzählte mir, dass er mit einer Aufgabe geboren sei, die sich weiter entwickelte, der Weg der Resistenz war für ihn vorgegeben. In vielerlei Hinsicht hatte er keine andere Wahl. 1948, im Alter von zehn Jahren, wurde er aus seiner Heimatstadt Um-Khalid, die von Israel in Netayna umbenannt wurde, vertrieben und wurde ein Flüchtling. Er lebte in Kuwait, dann Algerien, später in Frankreich und sein Heimatland wurde immer ferner, und doch war er weiterhin damit verbunden und besuchte es jeden Tag in seinen Träumen. Er sagte mir, er würde bis zum Tod für unser geliebtes Land kämpfen. Das glückliche Leben endete dann und die Familiengeschichte meines Onkels ist die wahre Geschichte von jedem in der Diaspora lebenden Palästinenser, Eltern entwurzelt und Familien verstreut.

Als mein Onkel schließlich realisierte, dass passiver Widerstand gegen eine solch aggressive Regierung nutzlos war, war er ein starker Befürworter von aktiven, nicht-gewalttätigen Protesten. Er glaubte, dass das Palästinische Problem nicht isoliert von der sozialen und politischen Situation der arabischen Welt gelöst werden könne, welche sich gegenwärtig zum besseren entwickelt. Ich nahm gerne an politischen Zusammenkünften teil, denen er vorsah und hörte aufmerksam allem zu, was er sagte als er Kuwait besuchte. Er sprach auch oft privat zu mir über die Fortsetzung der großen Arbeit der Befreiung Palästinas. Mahmoud versprach mir, mich mit nach Paris zu nehmen, sobald ich meine Oberschule abgeschlossen hätte, um mit ihm zu arbeiten. Er sprach gründlich mit mir über die Bewegung Schwarzer September, welche nach der Vertreibung der Palästinenser aus Jordanien gegründet wurde. Nachdem König Hussein von Jordanien im September 1970 Kriegsrecht verkündet hatte, ordnete er die gewaltsame Vertreibung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und Yasser Arafats Fatah an. Schwarzer September wurde zu einer Splittergruppe der PLO während dieser Zeit. Die jordanischen militärischen Angriffe auf Palästinenser dauerten bis Juli 1971 an, mit dem Ergebnis von Toten oder Vertriebenen von Tausenden von Palästinensern aus Jordanien.

Angesichts dieser fürchterlichen Ereignisse fragte ich meinen Onkel, „Warum müssen Palästinenser leiden?“ Er war fasziniert von meinen Fragen, auch weil ich zu der Zeit erst zehn Jahre alt war. Ich war noch nicht wirklich alt genug, um gänzlich die Wurzeln des Konflikts zu verstehen und reagierte nur auf das, was ich um mich herum sah. Er erklärte mir die Nakba-Tragödie, die eine ähnliche Bedeutung wie der Holocaust hat. Er erzählte mir, dass 1948 nahezu 94 Prozent des Landes, was jetzt Israel ist, Eigentum der Araber war. Seit damals haben Juden systematisch das arabische Land konfisziert und es in einen Nationalen Jüdischen Fond übergeben, mit der Erklärung, dass dieses Land israelisch sei. Mein Onkel sagte mir, dass dieses Land, das seit tausenden von Jahren Arabern gehörte hatte, gewaltsam von der israelischen Regierung gestohlen wurde, in

dem sie Araber mit der Gewehrspitze am Anschlag von mehr als 350 Städten und Dörfern körperlich entfernten, dann ihre Häuser mit Bulldozern dem Erdboden gleichmachten. Sogar alte arabische Friedhöfe wurden auf diese Weise zerstört.

Mein Onkel erzählte mir auch vom Angriff des amerikanischen Schiffes USS Liberty im Jahr 1967 zu Beginn des Sechs-Tage-Krieges. Der Liberty-Vorfall ist beispielhaft dafür, wie Israel seine eigenen Interessen bis hin zur kaltblütigen Ermordung von Staatsbürgern von mutmaßlichen Alliierten verfolgt. Über Jahre gab es Ansprüche, Gegenforderungen, Möglichkeiten, Wahrscheinlichkeiten; regelrechte Lügen wurden über den israelischen Angriff auf die Liberty geschrieben und gesagt. Dass das amerikanische Überwachungsschiff unschuldig in ruhigen internationalen Gewässern bei vollem Tageslicht vor der israelischen Küste segelte und nicht hätte von irgendjemanden angegriffen werden dürfen, ist dabei die einzige Sache, die nicht zur Diskussion steht.

Jahre kommen und gehen und der Name meines Onkels ist nicht vergessen, weil ich entschlossen bin, ihn nicht verklingen zu lassen. Seine beständige Vision welche beispielhaft für politische Klarheit und Entschlusskraft zur Erlangung von Freiheit steht, mit der Verpflichtung, der palästinischen Stimme Gehör zu verschaffen, lebt weiter. Onkel Mahmoud lehnte es ab, in Bedeutungslosigkeit getaucht zu werden, er war immer darauf bedacht, unsere große Geschichte weiterzugeben und unsere fortwährende Menschlichkeit. Wenn Leute im Westen an Palästinenser denken, dann denken sie an Terroristen, was eine Propaganda ist, da die Dinge, bevor unser Land gestohlen wurde, anders lagen.

Zu Ehren von Mahmoud Hamshari wurde 1973 der „prix Palestine-Mahmoud Hamshari“ von der „Association de Solidarité Franco

Arabe et la revue France Pays Arabe“ ins Leben gerufen. Ein Buch, das dieses Jahr auf Französisch publiziert wurde, wurde mit dem Preis ausgezeichnet. Es sollte entweder Palästina oder eine Person, deren Taten für die palästinische Sache spricht zum Thema haben. Ich war seit über 25 Jahren eine hart arbeitende Kanadierin und fühlte mich verpflichtet, meinen Kollegen, Nachbarn, Freunden und Gefährten, denen die Wahrheit verworren vorkam, die längere Geschichte zu erzählen. Die Medien verdrehen die Fakten und sind üblicherweise voreingenommen. Ich war nicht überrascht, aber erschreckt über die Art und Weise, wie das Bild der Palästinenser von den westlichen Medien so verdreht dargestellt wurde – erschreckt über die Art und Weise, wie die Welt geblendet wurde gegenüber den historischen Ungerechtigkeiten am palästinensischen Volk. Ich erhalte Palästina lebendig, wo immer ich bin und spreche und warte nicht erst darauf, dass eine Krise passiert. Ich engagierte mich mit friedlichen und demokratischen Mitteln für den Kampf, die Zionsation unseres Heimatlandes zu beenden und spreche mich für die Geburt eines existenzfähigen palästinischen Staates aus.

Ich werde niemals diejenigen vergessen, die wie mein Onkel ihr Leben gelassen haben in dem Versuch, meine unterdrückten Brüdern und Schwestern zu befreien. Größtenteils ohne die Unterstützung von Regierungen von unfähigen, korrupten und unterdrückerischen arabischen Nationen. Irgendetwas lief schief, als mein Onkel und die anderen getötet wurden und Israel macht weiter, seine Verbrechen und Massaker zu verschleiern, indem Geschichten erfunden werden und Wahrheit verdreht wird.

„Der Wunsch eines vertriebenen Volkes nach einem Heimatland kann nur Mitgefühl hervorbringen, auch bei denen ohne [palästinensische] Wurzeln, noch kann irgendein mitfühlender Mann oder eine Frau nicht mitfühlen bei den unzähligen Geschichten von Selbstopferung in den Jahren sowohl vor als auch nach der Gründung Israels.“

Dieses Zitat stammt vom US Diplomaten George W. Ball aus dem Jahr 1977 und ist absichtlich nicht korrekt wiedergegeben. Ich habe absichtlich das Wort in Klammern von „jüdisch“ in „palästinensisch“ geändert, um zu zeigen, dass „by the image of my cause I see the portraiture of his“. Wie es den Israelis damals erging, so geht es den Palästinensern heute. Ball, der die amerikanischen Beziehungen zu Israel kritisch sah, sagte weiterhin: „Die Besetzung der West Bank und Gaza hat Israel zwangsläufig verändert und sich beständig in seine moralische Faser hineingefressen“.

Es ist keine Frage, dass die westlichen Staaten Israel als eine westliche Nation ansehen, die die Fackel trägt und die Werte einer zivilisierten Welt hochhält, in der Mitte von kaum mehr als barbarisch aggressiven Nachbarn. Diese Sichtweise entschuldigte Israels oft inhumane Übergriffe. Eine scheinbar unbewusste inoffizielle jüdisch-christliche Allianz fast seit der Einführung Israels, gepaart mit der ständigen Schuld wegen des Versagens der Alliierten, nicht mehr für die Juden während des zweiten Weltkrieges getan zu haben, verwandelt die Fehler zu Tugenden. Diese Voreingenommenheit, ob bewusst oder unbewusst, verurteilt jeden einzelnen Palästinenser zu einem Leben in Unterdrückung, ausgearbeitet von Idealen und Umständen, auf die sie kaum Einfluss oder gar Ahnung hatten und schon gar nicht dafür zur Verantwortung gezogen werden könnten. Dass sie auf diese Weise weiter leiden sollten, ist nicht nur ein Schandfleck für Israel sondern tatsächlich ein Schandfleck für uns alle.

Amerika sagt, dass es nicht mit Hamas spricht, weil Hamas nicht den Staat Israel anerkennt, dagegen sagt der gegenwärtige israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu, er erkenne einen palästinensischen Staat nicht an, trotzdem sprechen die Amerikaner mit ihm. Die Amerikaner sagen, Hamas müsse sich von der Gewalt

distanzieren, auf der anderen Seite wurde noch kein Israeli darum gebeten, sich von Gewalt zu distanzieren.

Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass unsere Politiker versagt haben. Sie haben es erlaubt, dass sich diese Situation entwickeln konnte und unvermindert so weiter geht. Gerade zu diesem Zeitpunkt stiehlt Israel palästinensisches Land und baut israelische Häuser darauf. Dies muss aufhören und aufgehoben werden.

Onkel Mahmoud, ich weiß, Du bist zu Allah zurückgekehrt und hast ein Loch im Leben derer hinterlassen, die Dich geliebt haben. Du bist im Himmel, in Gottes großem Garten und Du wirst für immer in unseren Herzen sein.

- Rana Abdullah ist eine palästinensisch-kanadische Schriftstellerin und Aktivistin. Sie kommt ursprünglich aus dem palästinensischen Dorf Balaa nahe Tulkarem. Sie ist eine Anwältin für die Rechte von Vertriebenen; kanadische Medien haben ihre Arbeit gewürdigt. Sie steuerte diesen Artikel für PalestineChronicle.com bei.

Persönliche Informationen, Erfahrungen und Beobachtungen im Nahen Osten und dem Iran 1953 – 1965



PLO-Chef Yasser Arafat und Yitzhak Rabin, der Premierminister von Israel, haben ein Friedensabkommen unterzeichnet.

USA-Präsident Clinton begrüßt die beiden.

Ich habe das Friedensabkommen auch begrüßt.

Mein Gratulationsbrief an Yitzhak Rabin, Premierminister von Israel:

**His Excellency Yitzhak Rabin
Prime Minister of the State of Israel
September 13, 1993**

Your Excellency,

On behalf of our members, as well as all democrate and peace-loving Iranians who due to the present circumstances in our country, and the adoption of the most unsuitable and irresponsible political approach by the current regime, are unable to express their true feelings the National Movement of Iranian Resistance (NAMIR), would like to congratulate the historic event of signing the agreement between the State of Israel and the Palestine Liberation Organization.

This historic accord will put an end to a volatile and explosive situation, which has been threatening the future of the two people, as well as peace and stability of the era and the whole world. The agreement represents the beginning of a new era, and paves the way for the ultimate solution to the existing problems and realization of the aspirations of the two Nations and thereby return of peace and stability to one of the most important and sensitive parts of the world.

Your Excellency:

The efforts by you for bringing about this historic accord, and thereby opening a new chapter in the history of the Middle East, illustrates the fact that no matter how deep and complicated the differences are, there will be always solutions for, as long as nations enjoy the privilege of having men of vision and courage as leaders.

For the National Movement of Iranian Resistance, this extraordinary event brings back the memory of our late leader and founder of the movement Dr. Shapoor Bakhtiar. A man of vision, who throughout his political life and besides his campaign for restoration of democracy in Iran, was always firm believer in and an advocate for the right of the Israeli nation to live within secured and recognized borders, and the right of the palestinians to have their home and the right to self-determination. Unfortunately he is no longer among us to share the worldwide satisfaction and delight as a results of this remarkable development.

Whishing peace, happiness and prosperity for Israeli and Palestinian people.

The National Movement of the Iranian Resistance

On be half of the Executive Committee

Hassan Massali

Secretary for International Relations

Das Sekretariat von Yitzhak Rabin hat meinen Brief beantwortet und den Dank Yitzhak Rabins bekundet. Hier das Dokument:

Prime Minister's Bureau

הממשלה

יועץ ראש הממשלה ומנהל הלשכה
Head of the Prime Minister's Bureau

September 29, 1993
GZ.100

Mr. Hassan Massali
National Movement of Iranian Resistance
2 Place Jean Girardoux
94000 Créteil
France

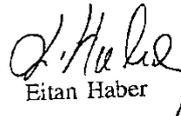
Dear Mr. Massali,

On behalf of the Prime Minister, Mr. Yitzhak Rabin, thank you for your Fax of September 13, 1993. Your message of support for the Declaration of Principles and the Agreement of Mutual Recognition signed between Israel and the Palestinians is truly appreciated.

Israel has taken considerable risks upon itself in order to create an opportunity for peace and to put an end to violence and war. It is our wish to open a new chapter in the history of the Middle East - a chapter of mutual recognition, of good neighborliness, of mutual respect, and of understanding. We hope we have begun a new era in relations between peoples everywhere.

From Jerusalem, the eternal capital of Israel and the Jewish people, and in the language of the Bible: "Peace, peace to him who is afar and to him who is near."

Sincerely yours,


Eitan Haber

Mein Gratulationsbrief an Yasser Arafat:

His Excellency Yasser Arafat

Chairman of the Palestine Liberation Organization

September 13, 1993

Your Excellency,

On behalf of our members, as well as all democrats and peace-loving Iranians who due to the present circumstances in our country, and the adoption of the most unsuitable and irresponsible political approach by the current regime, are unable to express their true feelings the National Movement of Iranian Resistance (NAMIR), would like to congratulate the historic event of signing the agreement between the State of the Palestine Liberation Organization and Israel.

This historic accord will put an end to a volatile and explosive situation, which has been threatening the future of the two people, as well as peace and stability of the era and the whole world. The agreement represents the beginning of a new era, and paves the way for the ultimate solution to the existing problems and realization of the aspirations of the two Nations and thereby return of peace and stability to one of the most important and sensitive parts of the world.

Your Excellency;

The efforts by you for bringing about this historic accord, and thereby opening a new chapter in the history of the Middle East, illustrates the fact that no matter how deep and complicated the differences are, there will be always solutions for, as long as

nations enjoy the privilege of having men of vision and courage as leaders.

For the National Movement of Iranian Resistance, this extraordinary event brings back the memory of our late leader and founder of the movement Dr. Shapoor Bakhtiar. A man of vision, who throughout his political life and besides his campaign for restoration of democracy in Iran, was always firm believer in, and an advocate for the right of the Palestina to have their country and the right to self-determination, and for the Israelis to live within secured and recognized borders. Unfortunately he is no longer among us to share satisfaction and delight within the world community as a results of this remarkable development.

Whishing peace, happiness and prosperity for Palestinian and Israeli nations.

The National Movement of the Iranian Resistance

On be half of the Executive Committee

Hassan Massali

Secretary for International Relations

Hier muss ich betonen, dass sich nach der Ermordung von Yitzhak Rabin Terrorismus und Rassismus in Israel verbreitet haben. Die Regierung Netanyahu hat Schulen und Krankenhäuser bombardiert, Städte zerstört und die Zivilbevölkerung getötet. Die Koalitionspartner von Netanyahu haben sich öffentlich rassistisch geäußert (Next head of ‚Civil Administrations‘ sagte: „Palestinians are sub-human,,), Mai 2015

(<http://www.thetruthseeker.co.uk/?p=115468>)

Kapitel 9

Die Rolle der USA bei der Formierung und Entstehung des Khomeini-Regimes und des Terrorismus

Bei der Entstehung und Formierung des Khomeini Regimes, haben sowohl die US-Administration als auch viele US-Politiker, wie Zbignew Brzezinski, eine wichtige Rolle gespielt.

Die USA als auch Großbritannien haben jahrelang den Schah als Marionette im Nahen Osten benutzt. Sobald sie aber durch die CIA erfuhren, dass der Schah bald an einer Krebserkrankung sterben würde, beschlossen die USA und ihre europäischen Partner während der „Guadeloupe-Konferenz“, eine islamisch-extremistische Regierung unter Führung von Khomeini im Iran an die Macht zu bringen.

Die Krankheit des Schahs wurde lange geheim gehalten – er starb im Juli 1980 in Ägypten. Aber erst am 30. April 2006 wurde in der Zeitung New York Times darüber berichtet, dass Dr. Jean Bernard, ein französischer Hämatologe, sich bereits früher über die Krankheit des Schahs geäußert hatte.

(www.NYTimes.com)

Die USA hatten geplant, Khomeini aus seinem iraker Exil nach Paris zu bringen. Dr. Ebrahim Yazdi, Sadegh Ghotbzadeh und Hassan Habibi waren die Kontaktpersonen zwischen den USA und Khomeini. Wegen der von Paris aus geführten Bewegung zwischen August 1978 und Januar 1979, war Mohammad Resa Schah Pahlewi zum Verlassen des Landes gezwungen (16.01.1979). Die US-Regierung gestattete dem Schah auch nicht für eine medizinische Behandlung in die USA zu reisen. Im Februar 1979 kehrte Khomeini aus dem Pariser Exil zurück. Am 30.3.1979 wurde in einer

Volksabstimmung die von Khomeini verkündete Islamische Republik angenommen und Herr Abolhassan Banisadr wurde zum ersten Präsident der Islamischen Republik gewählt. Die latente Bürgerkriegssituation in Iran war gekennzeichnet durch zahlreiche Anschläge auch gegen hohe Repräsentanten des Staates und die rücksichtslose Verfolgung der Opposition bis zu Hinrichtungen. Als Folge der angespannten Wirtschaftslage, v. a. verschärft durch den Krieg mit Irak (1. Golfkrieg), wurde im Januar 1983 das staatliche Außenhandelsmonopol aufgegeben. Nachdem der Iran mehrere Niederlagen im Golfkrieg hatte hinnehmen müssen, ernannte Khomeini den Parlamentspräsidenten Ayatollah Ali Akbar Hashemi Rafsandjani zum neuen Oberbefehlshaber der Streitkräfte. 1988 konnte Iran unter Vermittlung des UN-Generalsekretärs eine Waffenruhe mit Irak vereinbaren.

Erst als Folge der Besetzung Kuwaits durch den Irak kam es im September 1990 zu einem Gefangenenaustausch und der irakischen Anerkennung der Grenze zu Iran in der Mitte des Schatt-el Arab. Nach dem Tod von Khomeini (1989) wurde Staatspräsident H. A. Khamenei zum Nachfolger gewählt; neuer Staatspräsident wurde Parlamentspräsident Rafsandjani (zuletzt 1993 bestätigt), der eine vorsichtige Öffnung des Landes einleitete. Im 2. Golfkrieg (1991) bemühte sich der Iran um Neutralität. Nach der irakischen Niederlage strebte der Iran verstärkt nach einer Vormachtrolle im Gebiet des Persischen Golfs und in Konkurrenz zur Türkei nach Einfluss in den unabhängig gewordenen zentralasiatischen Republiken der ehem. UdSSR. Bei den Präsidentschaftswahlen 1997 setzte sich der als gemäßigt geltende Mohammed Khatami durch.

Iran

Die ermordete Freiheit

Von Ladan Borumand

Mehr als zwei Monate sind vergangen seit jenem Donnerstag, 18. April, als mich am Telephon die aufgeregte Stimme meines Bruders benachrichtigte: „Komme sofort, es hat ein Attentat gegen Papa gegeben; er liegt auf dem Boden in seinem Blut ... Schnell, beeile Dich!“ flehte er mich an, bevor er den Hörer auflegte: Mein Vater ist soeben ermordet worden.

In meiner Verwirrung fragte ich mich unaufhörlich, welches Interesse der turbantragende Staat an der Ermordung eines friedlichen Oppositionellen finden könnte. Mein Vater hatte soeben nach einer längeren Pause seine Aktivitäten an der Spitze der Nationalen Widerstandsbewegung Irans (NAMIR) wieder aufgenommen, deren neue Orientierung er unterstützte: Die NAMIR hatte jegliche Idee des bewaffneten Widerstandes aufgegeben und suchte auf friedliche Weise den scheinbaren Willen des Regimes zur Mäßigung auszunutzen. Als Generalsekretär hatte er Kontakte mit allen oppositionellen Kräften aufgenommen. Sein zähes Beharren auf den Grundsätzen der politischen Freiheiten und Unabhängigkeit für Iran, und die Tatsache, daß er immer an ein Bündnis zwischen den Anhängern der konstitutionellen Monarchie und den Republikanern glaubte, basierend auf einem Minimalprogramm, das die Menschenrechte und die Organisation freier Wahlen beinhaltete, machten aus ihm eine glaubhafte Persönlichkeit für die Sammelbewegung.

Der Mann war loyal und sympathisch: er verstand es zu verhandeln. Er beabsichtigte die NAMIR als Bindeglied zwischen Bakhtiar, einem der konstitutionellen Monarchie günstig gesinnten Sozialdemokraten und den Kräften der linken Opposition zu

benutzen, die infolge der Ereignisse in Osteuropa die Forderung nach Menschenrechten legitim findet Grundsätze, die sie erst vor kurzem als bürgerliche Werte ablehnte, zu benutzen.

Er selbst war sich der Tatsache nicht voll bewußt, daß diese Politik der Einigung und des unbewaffneten Kampfes, ihn in den Augen der Theokraten noch gefährlicher erschienen ließ. Er war nicht mißtrauisch. Diese fatale Unvorsichtigkeit, seine wie unsere, beruhte auf der Tatsache, daß wir wie der Westen an die Komödie der Normalisierung und Mäßigung der (ehemaligen) Theokraten und jetzigen Eigentümer des iranischen Staates glaubten. Am Tag des Begräbnisses war das Motiv des Verbrechens manifest: auf seinem Grab ruhten die Blümen der Republikaner und der Monarchisten nebeneinander. Da begriff ich: Bestien, die sie sind, besitzen die Tyrannen genügend Intelligenz, um zu überleben. Es bleibt uns nur noch das Unbehagen des Westens festzustellen, angesichts des politischen Vakuums, das der Diktator von Bagdad durch die systematische Ausschaltung der gesamten Opposition geschaffen hat. Auf dem gleichen Weg befindet sich auch die islamische Republik: innerhalb einer kurzen Zeitspanne sind Radjavi (OMPI=Volksmodjahedin), Ghassemlou (der hervorragende Kurdenführer), Elahi (monarchistische Organisation „Fahne der Freiheit“) und zuletzt mein Vater in Europa gefallen. Keine oppositionelle Iranische Gruppe ist verschont geblieben.

Am frühen Morgen des 17. April habe ich ihn zum letzten Mal gesehen. Er saß im Eßzimmer am Tisch und übersetzte die Dissertation meiner Schwester über die Ölkrise der 50er Jahre und die iranische nationale Bewegung, deren Führer Mossadegh war. In dessen politischer Schule hatten er und seine Generation den friedlichen Kampf für die Freiheit und Würde ihres Landes und den Widerstand gegen die Unterdrückung gelernt. Beim Weggehen schickte ich ihm einen Kuß – eine kurzer Augenblick – und entdeckte, daß nach sovielen Jahren der Traurigkeit sein Gesicht vor Glück strahlte und sein Blick voller Hoffnung war. Ich dachte an alle

diese Jahre, in denen wir, seine Kinder, die auch seine Mitkämpfer und Freunde geworden waren, verzweifelt versuchten, den Ansatz eines Lächelns der tiefen Melancholie eines Mannes zu beseitigen, der so sehr an die Freiheit geglaubt hat und der in einer „Revolution“ – ein Begriff in den er seine ganze Hoffnung gesetzt hatte – sein teures Land in einen blutigen Abgrund sinken sah.

Grausamer als je hat das Schicksal zugeschlagen, denn mit diesem Mann verliere ich nicht nur einen Vater, sondern auch einen Menge an Liebe und Zuneigung, aus der ich meine Kräfte schöpfte, um die Prüfungen, die meiner Generation durch die Geschichte aufgebürdet worden waren, bestehen zu können; es ist ein Freund, der mich verläßt. Es ist unser Land, das sich entfernt mit dem ganzen Reichtum seiner Kultur: Freundschaft, Loyalität, Mut, Poesie, Gastfreundschaft, Geschichte, Kultur und Freigiebigkeit.

Für ihn ist dieser blutige Epilog die ruhmvolle Krönung eines Lebens voll Kampf für die Freiheit. Aber wir, die der Sacher der Freiheit diesen Tribut bezahlt haben, dürfen nicht dieses Opfer auf dem vermoderten Altar der Staatsinteressen verschwinden lassen.

In Teheran wie in Peking

Deshalb schreie ich diesen grausamen Schmerz heraus, den zigtausende Iraner in schweigsamer Finsternis erlitten haben. Ist der Mord an meinem Vater vielleicht eine „angemessene Danksagung“ in Form seitens der islamischen Republik an die demokratische Regierung Frankreichs für die Freisprechung von Gordji und die Befreiung von Naggach

Frankreich, das sich seit 10 Jahren in vorderster Reihe im Kampf für die Menschenrechte befindet, kann es die Durchsetzung dieser Rechte in Peking fordern und dies gleichzeitig in Teheran vergessen? Geschicht es, um der ganzen Welt zu sagen, die Iraner seien

Untermenschen und nicht geeignet, Anspruch auf diese Rechte zu erheben, um die Durchsetzung der gleichen zu erlangen? Die Tyrannen leben ewig und Frankreich besitzt in Iran ein immenses Sympathie- und Prestigekapital: es wäre schade, dieses einer Horde von wilden Ursurpatoren zu opfern. Jede Art von Normalisierung zwischen einem Rechtsstaat und einer Theokratie, die mit der Verfassung ein ganzes Volk unter Vormundschaft setzt, wäre eine Illusion.

Trotzdem, ich beglückwünsche mich zur Annäherung zwischen zwei großen Völkern. Aber ich bitte Sie darum, könnten wir uns mit Rücksichtnahme auf ein unterdrücktes Volk den Austausch dieser diplomatischer Zärtlichkeit nicht ersparen? Und vor allem, daß sich diese „Normalisierung“ in Form einer Legitimierung eines Regimes manifestiert, unter dem der Iran in eine Anhäufung kleiner tyrannischer Feudalherrschaften umgewandelt worden ist? Und könnte man sich nicht ersparen, daß man irrtümliche Unterscheidungen trifft zwischen den Gemäßigten und den Radikalen des Regimes, denn die Verbrechen, die seit einem Jahr in Europa begangen worden sind, dienen primär den jetzigen Herren in Teheran, auch jenen, mit denen man über die Befreiung der Terroristen verhandelt, diese neuen Freunde, die Frankreich nun sich anschickt zu empfangen. Man wird wohl verstehen, daß das Spektakel dieser unnatürlichen Eheschließung mich empört.

Trotzdem, ich griff nicht zur Feder, um die Außenpolitik Frankreichs zu kommentieren; auch nicht, um nach Haß und Rache zu schreien, die Gefühle, die mein Vater hasste. Wenn auch Abdol-Rahman Boroumand nicht mehr ist, sein Kampf für die Würde und die Menschenrechte geht weiter, ein Kampf, den wir führen nicht nur als Iraner oder als Franzosen, sondern als Menschen. Die Franzosen, ihre Regierung, ihr Staatschef, wissen schon Bescheid, daß die unsrigen einer nach dem anderen durch ein Messer im Rücken verrecken.

Ich verlange Gerechtigkeit von diesem schönen Land, daß uns Asyl gegeben und uns seinen Schutz versprochen hat; daß die Untersuchung bis zum Ende geführt werde; und daß, wenn, woran ich nicht zweifle, die Verantwortung der islamischen Republik für die Ermordung bewiesen wird, Frankreich offiziell bei seinen neuen Freunden protestiert; daß es ernsthaft die Auslieferung der Mörder und die Verurteilung der Mörder meines Vaters verlange!

(Ladan Boroumand war zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Artikels Studentin in Paris)

Über Asylrecht in Frankreich und die Folgen

(Le Monde, Samstag 22. Juni 1991)

Als der Artikel von Ladan Borumand über die Ermordung ihres Vaters in Le Monde am 22. Juni erschien, war Schapur Bakhtiar noch am Leben. Die alarmierenden Warnungen dieses Artikels wurden vom Innen- und Außenministerium Frankreichs überhört. Fünfzehn Tage später wurden Bakhtiar und sein Sekretär mit durchgeschnittener Kehle tot aufgefunden. Absicht oder Fahrlässigkeit? Stillschweigende Abmachung oder diplomatisches Augenschließen?

Die Tatsache, dass alle Warnungen an die französische Regierung, die Urheber von diesen und früheren Attentaten seinen in den Reihen der Verantwortlichen der Islamischen Republik Iran zu suchen mit dem „unbeirraren“ diplomatischen Aktivitäten Dumas und dem Normalisierungseifer seiner Beamten beantwortet wurde, lässt darauf schließen, dass man zumindest die Ermordung der beiden Oppositionellen umgehen wollte, um die Normalisierung der Beziehungen zwischen Iran und Frankreich, und die Freilassung der europäischen Geiseln im Libanon nicht zu gefährden.

Bekannt ist die Tatsache, dass die westlichen Geiseln alle freikamen und die Wirtschaftsverträge mit Iran abgeschlossen wurden, während die leblosen Körper von Dr. Borumand und Schapur Bakhtiar noch warm waren.

Nicht nur in Frankreich, auch in Österreich und der Schweiz ist es nicht anders verlaufen: zuerst ein Attentat gegen einen iranischen Exilpolitiker, dann eine offizielle Reise des Staatsoberhauptes (oder einer Regierungsdelegation) nach Teheran, mit darauffolgenden Wirtschaftsverträgen.

Haben alle in den letzten sechs Jahren ermordeten 22 iranischen Exilpolitiker mit dem Verlust ihres Lebens die Verbesserung und Normalisierung der Beziehungen zwischen Europa und der

islamischen Republik im Iran bezahlen müssen? Dass mit Ausnahme der Festnahme von vier Verdächtigen im Mordfall Bakhtiar, die Mörder von 21 Opfern nicht verhaftet worden sind, ist ein anderer Grund zur Annahme dass hier, in den europäischen Ländern, beabsichtigte Fahrlässigkeit im Spiel gewesen ist. Hatten die europäischen Regierungen in alle diesen Jahren keinen anderen Weg gesehen, „die Normalisierung ihrer Beziehungen“ mit dem Mullah-Regime fortzusetzen?

Wie günstig sind wir abgehandelt worden, bei bilateralen Verträgen als vogelfrei erklärte Asylanten im Westen, fragen sich viele Iraner im Widerstand.

Sind die 22 ermordeten Exiliraner, ein historischer Zufall? Wenn ja, dann ein sehr merkwürdiger, tragischer Zufall. Soviel Zufälle können doch nicht so geordnet einander folgen, oder doch?

Ich habe den Artikel von Ladan Borumand über den Mord an ihrem Vater, einem Gefährten Bakhtiar, noch einmal gelesen. Ihre bitteren Warnungen an die französische Regierung, 15 Tage vor der Ermordung Bakhtiar, klingen jetzt desto tragischer.

Und weiterhin laufen unsere Mörder herum: in einer Hand ihre Diplomatenkoffer, die ein Messer verbergen, und schütteln mit der anderen die Hände ihrer europäischen Kollegen. Wie lange sollen die Beziehungen auf diese Art und Weise normalisiert werden?

Und wie lange müssen wir gespannt auf das nächste Attentat an jemandem in unseren Reihen warten?

Wir Iraner kehren einmal in unsere Heimat zurück, das ist so sicher wie der Tod. Zuhause werden wir dann aber vieles zum Erzählen haben: Über Europa und seinen merkwürdigen Humanismus, seinen

tragischen wie komischen Humanismus. Eine Anekdote wird aber alle anderen übertreffen: Die Anekdote von den real existierenden Menschenrechten. Die westliche Art anständig zu sein, vor allem in der Politik, ist eine eigenartige merkwürdige Anständigkeit.

Wir sind enttäuscht, ähnlich wie viele westliche Linke vom Zerfall des realexistierenden Sozialismus im Osten enttäuscht worden sind. Unsere Enttäuschung ist aber eine andere, sie ist verursacht durch die Begegnung mit den realexistierenden Menschenrechten im Westen.

Ist dies nicht das Zusammenprallen zweier großer historischer Lügen als Folge des Wegfallens der Berliner Mauer: Ich meine die Menschenrechte und den Sozialismus, deren Nichtexistenz jetzt zum Vorschein kommt?

Hamid Sadr, Wien 20. Nov. 1991

DIE ISLAMISCHE REPUBLIK und Gefängnisstrafe, Folter und Hinrichtung politischer Gegner

Im Iran finden weiterhin, trotz der Freilassung vieler politischer Gefangener während des Jahres, schwere Verletzungen der Menschenrechte statt. Amnesty International verzeichnete mehr als 750 Hinrichtungen, politische Gefangene werden in verlängerter „incommunicado“ Haft gehalten und physischer und psychischer Folter ausgesetzt, um sie zu zwingen, Informationen mitzuteilen und Stellungnahmen oder Interviews auf Video abzugeben, in denen sie ihre vergangenen Aktivitäten bereuen. Physische Foltermaßnahmen waren u. a. Verbinden der Augen, Fesselung in gekrümmter Position, schwere Schläge und Schlafentzug.

Politische Gefangene, einschließlich Gefangene aus Gewissensgründen wurden aufgrund ungerechter Prozesse zu Gefängnisstrafen verurteilt, im Verborgenen gehalten und es wurde ihnen Verbindung mit Rechtsanwälten verweigert. Prozesse wurden in Sammelverfahren durchgeführt und dauerten in einigen Fällen nur wenige Minuten. Gefängnisstrafen setzten erst mit dem Tag der Urteilsverkündung ein – die Zeit der Haft vor dem Prozess, die häufig mehr als ein Jahr betrug, wurde vom verhängten Strafausmaß nicht abgezogen. Zurzeit sind unter den Gefangenen aus Gewissensgründen Männer über 70 Jahre die bis zu drei Jahren Gefängnis und 30 Peitschenhieben verurteilt wurden. Einige sind gebrechlich und befinden sich in extrem schlechtem Gesundheitszustand.

Während eine Anzahl politischer Gefangener 1981 freigelassen wurde bleiben noch viele von ihnen physischen Einschränkungen

ausgesetzt und diejenigen die Vorladungen nicht Folge leisten riskieren die Verhaftung ihrer Verwandten.

Amnesty International hat wiederholt die Einführung bzw. Durchsetzung der grundlegenden Garantien für Menschenrechte gefordert wie sie in der Internationalen Vereinbarung für zivile und politische Rechte enthalten sind, der der Iran als Staat angehört.

Dieser Bericht fasst ein 10-Seiten-Dokument (3803 Worte) zusammen. Iran: Gefängnisstrafe, Folter und Hinrichtung politischer Gegner (AI Index MDE 13/01/92), herausgegeben von Amnesty International im Januar 1992. Jeder der weitere Details wünscht oder etwas in dieser Beziehung tun will, sollte das ganze Dokument lesen.

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung
2. Gefangene aus Gewissensgründen
3. Ungerechte Prozesse
4. Folter und schlechte Behandlung politischer Gefangener
5. Entlassungen
6. Hinrichtungen
7. Vermutete außergerichtliche Hinrichtung oppositioneller Aktivisten im Ausland
8. Missbrauch durch politische Oppositionsgruppen

1. Einleitung

Schwere Verletzungen der Menschenrechte fanden weiterhin in der Islamischen Republik Iran während 1991 statt: hunderte politische Verhaftungen, ungerechte Gerichtsverfahren, Folter und mehr als 750 Hinrichtungen. Steigende wirtschaftliche Schwierigkeiten führten zu Demonstrationen und manchmal Zusammenstößen zwischen Polizei und Revolutionswächtern einerseits und Demonstranten in Teheran und anderswo im Land wie in Zandjan,

Isfahan, und Ghazwin andererseits. Diesen folgten hunderte von Festnahmen in der zweiten Hälfte des Jahres. Im Dezember wurde der Militärstaatsanwalt? zitiert, der von über 300 politischen Verhaftungen berichtet habe, u. a. von Mitgliedern monarchistischer Organisationen und der Organisation der Volksmodjahedin.

Es bleibt weiterhin schwierig, detaillierte Informationen über Verletzungen der Menschenrechte in der Islamischen Republik Iran zu erhalten und zu verifizieren. Amnesty International begrüßt die Tatsache, dass der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen zur Situation der Menschenrechte das Land besuchen konnte und dass eine Vereinbarung zustande kam, des Inhalts, dass das Internationale Komitee des Roten Kreuzes Zugang zu Gefangenen hatte. Amnesty International jedoch hat seit zehn Jahren keine Erlaubnis erhalten, das Land zu besuchen, um seine Besorgnis wegen der Menschenrechte zu diskutieren oder diesbezüglich Nachforschungen anzustellen. Es gibt im Iran keine unabhängige Organisation für Menschenrechte oder ähnliches, die zu diesbezüglichen Datenmaterial Zugang hätte oder dieses sammeln könnte oder denjenigen beistehen könnte, deren Rechte verletzt worden sind. Die Medien und Mittel privater Kommunikation sind strengen Kontrollen unterworfen und diejenigen, die Amnesty International und anderen internationalen Menschenrechts-

Organisationen vom Missbrauch von Menschenrechten Mitteilung machen, müssen Repressalien gegen sich selbst und ihre Familien befürchten.

Teile dieses Dokumentes sind aufgrund von Zeugenaussagen aus erster Hand entstanden, die Amnesty International von ehemaligen politischen Gefangenen aus einer Anzahl von oppositionellen Gruppen erhielt. Die Erfahrungen dieser Personen, die beschrieben werden, fanden in verschiedenen Gefängnissen statt, die Übereinstimmung der Behauptungen, die verschieden formuliert

sind, von Individuen mit verschiedenem (sozialem) Hintergrund und Glauben, ergeben den zwingenden Beweis von einem Muster von Folter und Grausamkeit, unmenschlicher und abwertender Behandlung politischer Gefangener im Iran, das bis zum heutigen Tag fortgesetzt wird.

Amnesty International hat zum wiederholten Male ihre Sorge übermittelt und Berichte zur Klärung der Situation sowie Memoranden zum Kommentar und zur Diskussion an die iranischen Behörden übergeben. Es ist bedauerlich, dass die Behörden während vieler Jahre auf die Kommunikation seitens Amnesty Internationales nicht reagiert haben. Während 1991 jedoch, erhielt die Organisation eine Anzahl von Briefen der Behörden mit dem Angebot, einige Klarheit und Information in einigen Fällen zu geben, und es fanden viele Meetings statt zwischen Vertretern von Amnesty International und iranischen Diplomaten, u. a. konnte ein Delegierter von Amnesty International das Land im Mai besuchen und Interviews mit irakischen Schiiten und mit Kurden durchführen, die im Iran Zuflucht gefunden haben. Diese Entwicklung ist positiv und begrüßenswert.

Nichtsdestoweniger glaubt Amnesty International, dass ernsthafte Verletzungen weiterhin stattfinden, dass Einführungen grundlegender Garantien sowohl auf gesetzlicher Basis als auch in Praxis zum Schutz der Menschenrechte bereits seit langem überfällig sind.

2. Gefangene aus Gewissensgründen

Amnesty International hat bei vielen Anlässen bei den iranischen Behörden die Fälle der Gefangenen aus Gewissensgründen zur Sprache, die in der Islamischen Republik Iran im Gefängnis sind und deren unmittelbare und bedingungslose Freilassung gefordert. Unter diesen Gefangenen befindet sich zur Zeit eine Gruppe von Männern, seit Juni 1990 im Gefängnis, offensichtlich im Zusammenhang mit ihren Aktivitäten für die Vereinigung zur Verkündung der Freiheit

und Souveränität der iranischen Nation (ADFSIN), die kurz nach ihrer Verhaftung aufgelöst wurde und in Zusammenhang mit einem kritischen offenen Brief an Präsident Ali Akbar Hashemi Rafsandjani. Die Namen dieser Männer sind: Ali Ardalan¹ Abdolali Bazargan, Habibollah Davaran, Chosro Mansourian, Nezameddin Movahed, Hashem Sabbaghian, Abolfazl Mir Schams Schahschahani, Mohammad Tavassoli Hodjati und Akbar Zarinehbaf. Einige von ihnen waren hohe Beamte in der ersten Regierung der islamischen Republik unter Premierminister Mehdi Bazargan und ein paar von ihnen sind alt und befinden sich in schlechtem Gesundheitszustand.

Andere Gefangene aus Gewissensgründen sind u. a. eine Anzahl von Frauen, die viele Jahre inhaftiert waren wegen ihrer angeblichen Aktivitäten für Organisationen wie Tudeh Partei und Volksfedajin-Organisation Irans. Die Gefängnisstrafen einiger dieser Frauen waren vor ein paar Jahren abgelaufen.

Dazu gehören auch andere, die wegen ihres Glaubens festgehalten werden wie Mehdi Dibaj, der wie bereits berichtet vor vielen Jahren vom Islam zum Christentum konvertierte.

Amnesty International ist vorsichtig bei der Publizierung der Fälle von Gefangenen aus Gewissensgründen und tut dies nur, wenn sie derartige Initiativen für die einzelnen Personen für risikolos hält.

3. Ungerechte Gerichtsverfahren

Mit Interesse verfolgte Amnesty International offizielle Stellungnahmen und Berichte bezüglich der Möglichkeit für Gefangene, mit einem Rechtsanwalt Kontakt aufzunehmen. Vor allem fand die Zusicherung von Ajatollah Yazdi Aufmerksamkeit, zitiert im Bericht vom November 1990 des Sonderbeauftragten der

1. Im November 1991 informierten die iranischen Behörden Amnesty International, dass seine Strafe aufgehoben worden sei.

Vereinten Nationen über die Situation der Menschenrechten in der Islamischen Republik Iran²: „Jedermann hat das Recht auf einen Rechtsanwalt und wenn der Angeklagte selbst nicht in der Lage war, sich einen zu verschaffen, dann stellte der Gerichtshof solchen zur Verfügung“. In einem darauffolgenden Bericht³ zitierten Brief an den Sonderbevollmächtigten, datiert 16. Januar 1991 stellte die Regierung fest, dass vom iranischen Parlament Bestimmungen erlassen worden seien bezüglich des Rechts auf juristische Beratung. Dieses Gesetz sei am 31. Dezember 1991 von der Beratenden Versammlung verabschiedet worden. Späteren Berichten zufolge jedoch sei das Gesetz vom Rat der Revolutionsgard nicht genehmigt worden und daher nicht in Kraft getreten.

Amnesty International schrieb am 26 März 1991 und am 12. Juli 1991 an die iranischen Regierungsbehörden, um Klarheit über den Status dieses Gesetzes zu erhalten sowie mit der Bitte um Kopie des Textes. Am 9. Oktober 1991 erhielt Amnesty International eine Antwort von der Botschaft der Islamischen Republik Iran in London, in der u. a. folgendes zu lesen war:

„Am 19. September 1991 wurde ein parlamentarisches Gesetz von der Islamischen Republik in der Iranischen Rat-gebenden Versammlung ratifiziert, dass die Notwendigkeit der Ernennung von Rechtsanwälten in allen juristischen Verfahren betonte.“

Der endgültige genehmigte Text laute folgendermaßen:

Artikel 1 – Die Parteien in einem Prozess haben das Recht, einen Rechtsanwalt zu bestimmen und alle Gerichtshöfe müssen den Anwalt in allen Stufen der Befragung und gerichtlichen Verfahren empfangen.

Unterartikel 1 – Die Parteien in einem Prozess des Sondergerichtshofes des Klerus haben das Recht einen Rechtsanwalt

2. UN-Dokument A/45/697 datiert 6. November 1990, § 202.

3. UN-Dokument E/CN.4/1991/35 datiert 13. Februar 1991 § 148.

zu ernennen. Der Gerichtshof wird eine Anzahl qualifizierter Mitglieder des Klerus als Anwälte zur Verfügung stellen; der Angeklagte wird seinen Anwalt unter ihnen auswählen.

Unterartikel 2 – Nichtbeachtung der Bestimmungen des obigen Artikels soll beim ersten Mal nach dem 3. Grad der Disziplinarstrafe und beim 2. Mal mit Entlassung aus der gerichtlichen Position bestraft werden. Wenn ein Gericht einer Partei das Recht einen Beistand zu ernennen verweigert und ohne Anwesenheit des letzteren seinen Urteilspruch fällt, soll dieser null und nichtig sein.

Unterartikel 3 – Ein Rechtsanwalt in seiner Position als Verteidiger in einem Fall genieße alle Ehren und Privilegien die andere Angehörigen des Gerichts zustehen.

Bis zum Dezember 1991 hatte Amnesty International keine Information erreicht über Fälle, in denen politische Gefangene wegen ihrer Verteidigung mit Rechtsanwälten Verbindung aufnehmen konnten. Die Organisation ist v. a. daran interessiert zu wissen, bis zu welchem Ausmaß Unterartikel 2 auf gegenwärtige politische Gefangene angewendet wird, deren Verhandlung und Verurteilung alle in Abwesenheit eines Rechtsanwaltes stattfanden und deren Prozesse deshalb als „null und nichtig“ betrachtet werden sollten.

Zuverlässigen Informationen zufolge, die Amnesty International erhielt, hatten die neun Gefangenen aus Gewissensgründen, die oben erwähnt sind und seit Juni 1990 in Zusammenhang mit ihren Aktivitäten für die ADFSIN und einem Brief an Herrn Rafsandjani inhaftiert sind keinen gerechten Prozess im Mai und Juni 1991.

In seinem Bericht vom November 1990 stellt der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen fest, dass „der Prozess dieser Leute ein Testfall sein werde für die Anwendung der Regeln für einen richtiges

Verfahren“⁴. Leider unterschied sich dieser Prozess nicht von den Berichten über politische Prozesse die Amnesty International seit Jahren erhält: Die Angeklagten waren zuerst einer verlängerten „incomunicado“ Haft ausgesetzt, während der sie physischen und/oder psychischen Zwangsmaßnahmen ausgesetzt waren, damit sie Zugeständnisse machten oder Informationen gäben. Sie wurden nicht sofort über die Anklage oder das Beweismaterial gegen sie informiert, hatten in keinem Stadium Zugang zu einem Rechtsanwalt trotz ihrer Forderung und es wurden ihnen weder Zeit gewährt noch Gelegenheit gegeben, ihre Verteidigung vorzubereiten. Anhörungen durch das Gericht fanden im Geheimen statt, im Gefängnis, und die Prozesse als Sammelprozesse. Es wurde ihnen nicht gestattet, Zeugen einzubringen. Andere Leute waren während des Prozesses anwesend, saßen aber hinter den Angeklagten und konnten von ihnen nicht gesehen werden und ihre Identität wurde vom Gericht nicht bekannt gegeben. Nichtsdestoweniger brachten – Berichten zufolge – dieser Personen Anklagen gegen sie vor, auf welche die Angeklagten reagieren mussten.

Monate nach ihrem Prozess wurde den neun gesagt, dass sie bis zu drei Jahren Gefängnis und 30 Peitschenhieben verurteilt worden sind. Ihre Haftstrafen begannen mit dem Tage der Urteilsverkündung, sodass die 15monatige Haft vorher nicht von ihrer Strafe abgezogen worden ist. Das Urteil zu Hieben ist bis Dezember 1991 nicht ausgeführt worden.

Bereits am 14. August 1990 hatte Amnesty International die Behörden gebeten, sie über das Prozessdatum zu informieren, sodass sie einen Delegierten als Beobachter hinschicken könnte. Diese Bitte und Vorschlag wurden in einem 2. Brief vom 2. März 1991 wiederholt und die Angelegenheit wurde auch bei direkten Gesprächen mit den Behörden im Mai 1991 zur Sprache gebracht. Nachdem Amnesty International die Information erhalten hatte, dass die Prozesse stattgefunden hätten, schrieb die Organisation im

4. UN-Dokument A/45/697 datiert 6. November 1990, § 284.

September 1991 an die iranischen Behörden und schlug vor, einen Delegierten zu einem eventuellen Berufungsverfahren zu senden. Im November informierten iranische Beamte Amnesty International, dass das Urteil von Ali Ardalan, der ungefähr 76 Jahre alt ist, aufgehoben worden sei, nachdem er schwer krank und ins Spital zur dringenden Behandlung gebracht worden sei. In der Folge kamen Berichte, dass die Berufung der Gefangenen gegen ihre Überführung und ihr Urteil abgelehnt worden sei und in einigen Fällen wurden offensichtlich neue Anklagepunkte hinzugefügt. Alle Verfahren fanden in ihrer Abwesenheit statt und zu keinem Zeitpunkt hatten sie Zugang zu einem Rechtsanwalt.

Andere politische Gefangen, die sich momentan in Haft befinden, sind u. a. Mitglieder von FORGAN, PMOI und Rah Kargar sowie Anhänger von Ayatollah Shariati, Mitglieder von Kurdischen und Belutschi-Organisationen, die verschiedene Autonomiereformen streben. Einige waren bereits viele Jahre im Gefängnis und sind zu lebenslanger Haft verurteilt.

4. Folter und schlechte Behandlung politischer Gefangener

Amnesty International interviewte viele ehemalige politische Gefangen, die physischer und psychischer Folter ausgesetzt waren. Einige von ihnen waren 1991 freigelassen worden. Sie tragen noch immer physische und geistige Narben dieser Behandlung und informierten, während sie von ihren eigenen Leiden berichteten Amnesty International darüber, dass eine Anzahl politischer Gefangener im Gefängnis aufgrund ihrer Behandlung Selbstmord verübt hätte.

Während man Folterungen weiter fortsetzte waren 1991 die grundlegenden Schutzmaßnahmen zum Schutze von Gefangenen noch immer nicht in Kraft, obwohl Iran Mitgliedsstaat des Internationalen Vertrages für zivile und politische Rechte ist, der die Folter verbietet. Irans Verfassung besagt:

„Jede Art der Folter zum Zwecke der Erzwingung von Geständnissen oder Informationen ist verboten. Es ist nichtgestattet, Personen zu zwingen, Zeugenaussagen zu machen, Geständnisse abzulegen, Eide zu schwören, und jede Zeugenaussage, jedes Geständnis oder Eid, die auf diese Art erhalten werden, sind wertlos und ungültig. Strafen für die Vertretungen solcher Prinzipien werden durch Gesetze entschieden.“

Politische Gefangen werden üblicherweise in der Zeit unmittelbar nach ihrer Haft gefoltert, können aber zu jeder Zeit ihrer Inhaftierung der Folter ausgesetzt werden, sowohl vor als auch nach ihrem Prozess, v.a. wenn andere Mitglieder ihrer Gruppe verhaftet werden, die mehr Informationen über ihre politischen Aktivitäten oder Namen von anderen Aktivisten bekanntgeben. Folter oder andere Formen schlechter physischer oder psychischer Behandlung werden nicht nur angewendet, um Informationen zu erhalten, sondern auch um Stellungnahmen zu erpressen, manchmal gefilmt, in denen der Gefangene die Organisation der er oder sie angehörte verurteilt, die früheren politischen Anschauungen und Aktivitäten bereut und Unterstützung für die islamische Republik gelobt. Informationen, die Amnesty International erhalten hat, deuten an, dass aufgrund solcher Maßnahmen einige von den im Juni 1990 in Zusammenhang mit ADFSIN und dem offenen Brief an Präsident Rafsandjani Verhafteten zustimmten, Fernsehinterviews zu geben oder Stellungnahmen zu unterschreiben.

Übliche Methoden der physischen Folter, sind u.a. Fesselung in gekrümmter Position über langen Zeit, Brandmale mit Zigaretten und am häufigsten schwere und wiederholte Schläge mit Kabeln oder anderen Instrumenten auf dem Rücken oder die Fußsohlen.

Die meisten politischen Gefangenen, die von Amnesty International interviewt wurden, berichteten davon, dass sie häufig auf den Rücken oder die Fußsohlen geschlagen worden seien, hauptsächlich mit Kabeln. Die Schläge wurden auch stundenlang durchgeführt, wobei sich die Wachen, die diese ausführten, abwechselten.

Manchmal wird dem Opfer eine Decke oder ein Stück Stoff in den Mund gesteckt, um sie vom Schreien abzuhalten, was das Atmen erschwerte. Üblicherweise wurden den Opfern die Augen verbunden, sie wurden an eine Bettvorrichtung gebunden oder von einer auf ihnen sitzenden Wache niedergehalten.

Gefangene beschrieben wie ihre Beine geschwollen waren und ihre Kleider blutgefleckt waren von den Füßen bis zu den Schenkeln aufgrund solcher Schläge. Einige konnten nach den Schlägen überhaupt nicht gehen und mussten sich am Fußboden entlang zu ihren Zellen schleppen. Einige haben noch immer Narben auf ihren Füßen, Jahre nachdem sie die Schläge erhalten haben. Schläge auf den Rücken hatten oft schwere Nierenleiden zur Folge.

Ein Gefangener, der im Oktober 1991 freigelassen wurde, berichtete Amnesty International, wie ihm die Augen verbunden wurden und er sehr lange in gekrümmter Position gefesselt war und zwar mit gekreuzten Armen, was eine Verrenkung des Schlüsselbeins zur Folge hatte. Eine Frau beschrieb wütend wie sie in solcher Position geschlagen wurde:

„Die Position meiner Arme war unheimlich ermüdend, das wirkte auf das gesamte Nervensystem. Auch wenn man dich nicht stark schlägt, fühlst du es intensiv. Wenn sie dich mit einem Bleistift antippen, glaubst du es sei ein Hammer.“

Amnesty International erhielt ähnliche Berichte über die Folterung politischer Gefangener auch im Jahre 1991.

Stress und Unsicherheit üben auf politische Gefangen im Iran ständig Druck aus. Gefangene wurden stunden- oder tagelang die Augen verbunden, sodass sie desorientiert und unsicher wurden. Folter und willkürliche Bestrafung können jederzeit stattfinden, ohne Warnung. Unsicherheit gilt für die Zukunft wie für die Gegenwart. Gefangen wissen nicht, wie lange sie im Gefängnis bleiben müssen.

Diejenigen, die einen Prozess hatten, werden über ihr Urteil erst Wochen oder Monaten später informiert. Die Strafe ist erst ab dem Tag des Urteils gültig und so werden lange Perioden der Haft vor dem Prozess nicht abgezogen von der Gefängnisstrafe. Sogar nach Ablauf der Haft werden Gefangen festgehalten, wenn sie nicht bereuen.

Andere willkürliche Strafen sind u.a. Schläge und Kniffe, langes Stehen ohne sich bewegen zu können. Streichung der Familienbesuche oder Kürzung der Essensration.

Versuchen von Gefangenen Gruppenaktivitäten zu organisieren führten zu schweren Bestrafungen. Diese wurden nicht nur angewendet gegen Aktionen wie Proteste gegen die Haftbedingungen, sondern auch, wenn eine Studien- oder Theatergruppe organisiert wurde.

Etlliche ehemalige Gefangene, die von Amnesty International interviewt wurden, beschrieben, wie sie das Massaker an politischen Gefangenen von 1988 überlebten. Das erste, was eine Gruppe Gefangener vom Schicksal ihrer Gefährte zuerst erfuhr war, als sie sah, dass ein Haufen Plastiksandalen im Hof lag, die die Gefangenen getragen hatten. Gefangene aus dieser Zeit erzählten, wie sie von geistlichen Geschworenen über ihren Glauben und die Ausführung ihrer Gebete befragt worden seien, offensichtlich, nachdem eine Fatwa ausgesprochen worden war, die die Hinrichtung derer sanktionierte, die ihre Pflichten nicht erfüllten. Nachdem die ersten Massenexekutionen in Gohardascht stattgefunden hatten, konnten die Gefangenen in einem Block Botschaften an andere Gefangene über die Befragungen weitergeben, die Identität der Geschworenen, die gestellten Fragen und die Hinrichtungen durch eine Serie von Morsesignalen, was mit großem Risiko verbunden war, indem sie die Schalter für das elektrische Licht betätigten. Ein anderer von Amnesty International befragter Gefangener sagte, dass er diesen Morsesignalen sein Leben verdanke.

Einige weibliche politische Gefangene, die sich 1988 weigerten, ihre Gebete durchzuführen, bekamen zu jeder Gebetsstunde 5 Hiebe (das sind 25 Hiebe täglich); man sagte ihnen, dass dies solange fortgesetzt würde, bis sie sterben oder mit dem Beten einverstanden wären. Eine ehemalige weibliche Gefangene berichtete Amnesty International:

„Wir wussten Bescheid über die Massaker an den männlichen Gefangenen und nahmen an, dass die weiblichen Gefangenen der Modjahedin auch hingerichtet worden seien. Wir diskutierten dies untereinander und entschlossen uns, es bis zum Ende durchzustehen... Wir konnten die Zukunft nicht klar sehen. Damals dachten wir, dass wir in einer Welt des Todes seien. Es gab keinen Kontakt mit der Welt der Lebenden...“

Amnesty International hat wiederholt detaillierte Empfehlungen an die Behörden gegeben für Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Folter, u.a. den Gefangenen regelmäßigen Zugang zu Verwandten, Rechtsanwälten und Ärzten zu gewähren, Verfahren einzurichten, für die Gefangenen, um sich beschweren zu können, Absicherung, dass diese Beschwerden genau untersucht werden und dass jeder der für Ausübung der Folter verantwortlich befunden wird vor Gericht gestellt werde. Amnesty International weiß von keinen Schritten, die die iranischen Behörden unternommen haben, um der Folter ein Ende zu setzen und sie für die Zukunft zu verhindern.

5. Entlassungen

Amnesty International begrüßt die Entlassung vieler politischer Gefangener im Jahre 1991 und die Tatsache, dass eine zunehmende Anzahl dieser Gefangenen Urlaub für verschiedene Zeiträume erhalten haben. Die Organisation fordert jedoch weiterhin die unmittelbare und bedingungslose Freilassung aller Gefangenen aus Gewissensgründen sowie die Freilassung jener politischer Gefangener, deren Gefängnisstrafe bereits abgelaufen ist und deren

Freilassung abhängig ist von ihrer Zustimmung, eine Stellungnahme der Reue abzugeben.

Einige politische Gefangen wurden erst freigelassen, nachdem sie zugestimmt hatten, auf Video Interviews zu geben, die manchmal einige Stunden dauert und in denen sie ausführlich ihre schlechten Taten „beichteten“, ihre politische Organisation verrieten und Unterstützung für die islamische Republik gelobten. Diese „Beichten“ können dann im Fernsehen gesendet werden. In anderen Fällen wird von den Gefangenen verlangt, Stellungnahmen zu unterschreiben, in denen ihre Organisation verurteilt wird und in denen gelobt wird, dass sie in Zukunft nicht an politischen Aktivitäten teilnehmen werden. In fast allen Fällen müssen sie Eigentum verpfänden und ein Verwandter muss als Bürge für sie eintreten. Sollte der Gefangene auf Aufforderung nicht erscheinen, könnte der Bürge an seiner statt als Ersatz inhaftiert werden. Es kann auch vorkommen, dass Gefangene Stellungnahmen unterzeichnen müsse, dass sie zu niemandem über ihre Erfahrungen während der Inhaftierung sprechen werden.

Erst kürzlich, im Oktober 91 erfuhr Amnesty International von der Verhaftung von drei Verwandten eines politischen Gefangenen, der sich auf Urlaub befand, nachdem er mehr als sieben Jahre im Gefängnis war, und der nach Aufforderung bei den Behörden nicht vorstellig geworden ist. Die Mutter, Schwester und der Bruder des Gefangenen wurden nacheinander freigelassen, aber mit Wiederverhaftung bedroht, falls sich der Gefangene innerhalb einer bestimmten Frist nicht meldet.

Eine im Zunehmen begriffene Praxis ist, politischen Gefangenen, einschließlich Gefangenen aus Gewissensgründen, zu erlauben, auf Urlaub nach Hause zu gehen. Während des Urlaubs müssen sich die Gefangenen bei bestimmten islamischen Revolutionskomitees melden und müssen mit den Gefängnisbehörden in Kontakt bleiben. Solche Urlaube können eine bestimmte Zahl von Tagen, Wochen oder Monaten dauern oder auf unbestimmte Zeit sein. Jedoch wird

niemand in Zweifel darüber gelassen, auch wenn es auf Urlaub für unbestimmte Zeit ist, dass seine Akten im Gefängnis offenbleiben, dass er noch immer als Gefangener angesehen wird, und dass er jederzeit wieder ins Gefängnis kommen könnte, entweder zur Befragung oder um sein Strafausmaß zu vollenden.

6. Hinrichtungen

Amnesty International hat wiederholt ihr Besorgnis Ausdruck verliehen über die vielen tausenden Hinrichtungen, die in der Islamischen Republik Iran während der letzten zehn Jahre stattgefunden haben und bleibt sehr besorgt über die fortgesetzte Zahl von Hinrichtungen.

Die iranischen Behörden haben niemals auf die wiederholten Appelle reagiert, Rechenschaft abzulegen über das Schicksal von tausenden politischen Gefangenen, die während der zweiten Hälfte 1988 hingerichtet worden waren und es gibt keine Schutzmaßnahmen, die verhindern könnten, dass weitere Massentötungen stattfinden.

1991 verzeichnete Amnesty International mehr als 750 Hinrichtungen. Im Iran veröffentlichten Presseberichten zufolge wurde die Mehrzahl dieser Todesurteile wegen Drogenschmuggel delikte ausgesprochen, obwohl die Erfahrung zeigt, dass die Todesstrafe keine abschreckende Wirkung in solche Fällen hat. Andere Quellen berichteten von der Hinrichtung von ungefähr 50 Personen wegen ihrer politischen Aktivitäten.

Amnesty International glaubt, dass minimale Richtlinien für gerechte Prozesse in allen obigen Fällen nicht zum Tragen kamen.

7. Vermutliche außergerichtliche Hinrichtung oppositioneller Aktivisten im Ausland

Amnesty International ist bedingungslos gegen jede außergerichtliche Hinrichtung von Personen aus politischen Gründen durch Regierungen. Die jüngsten Opfer in einer Serie solcher Morde an oppositionellen Aktivisten waren Dr. Abdolrahman Boroumand in Paris im April 1991 und Schapur Bakhtiar und sein persönlicher Sekretär in Sure/Sense, Frankreich im August 1991. Die Untersuchungen in diesen Mordfällen laufen noch. Jedoch hat Berichten zufolge zumindest einer der Verdächtigen die direkte Verwicklung Teheraner Behörden im Falle Schapur Bakhtians angegeben.

In bestimmten Fälle außergerichtlicher Hinrichtungen kamen Tatsachen ans Licht, die die direkte Verwicklung einer oder mehrerer Beamter des Iranischen Geheimdienstes anzeigten, so v.a. bei der Ermordung von Dr. Abdolrahman Ghassemlu, Führer der Kurdischen Demokratischen Partei Irans und zweier seiner Gefährten in Wien am 13. Juni 1989 und im Falle von Dr. Kazem Rdjavi, Vertreter des Nationalen Widerstandsrates, der in Genf im April 1990 ermordet wurde. In beiden Fällen enthüllten Polizeiuntersuchungen Tatsachen, die auf die Verwicklung der Regierung der Islamischen Republik Iran hinweisen.

Amnesty International hat bei den zuständigen Behörden immer wieder gedrängt, die Praxis der außergerichtlichen Hinrichtung öffentlich zu verurteilen und bei der Identifizierung jener mitzuarbeiten, die solche Taten verübt haben, während sie bei allen Regierungsbeamten und Vertretern im Iran und im Ausland klargestellt hat, dass solche Morde nicht toleriert werden.

8. Missbrauch der politischen oppositionellen Gruppen

Bis September 1991 war Amnesty Internationaler Politik in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen durch politische Oppositionsgruppen beschränkt auf die Verurteilung von Folter oder Ermordung von Gefangenen. Dies wurde jedoch durch das Meeting des Internationalen Rates im September 1991 ausgedehnt u.a. auf die

absichtliche und willkürliche Ermordung durch oppositionelle Gruppen. Solche Verletzungen wurden in der Vergangenheit durch politische Oppositionsbewegungen innerhalb Irans begangen. Amnesty International hat keine neuen Informationen, dass ähnliche Fälle von solchen Gruppen innerhalb Irans begangen worden sind, ruft aber alle iranischen Oppositionsgruppen auf, grundlegende humanitäre Richtlinien zu respektieren und anzuwenden.

Ein weiteres Dokument über die Beziehung Österreichs zum Khomeini-Regime:

Einschreiben
Das Auswärtige Amt
Hassan Massali , Corneliusstr. 20 , 6000 Frankfurt/M. 1, B.R.D.

Der Republik Österreich
Wien
Österreich
5. Sept. 1987

Sehr geehrter Herr Außenminister

Ich habe Anfang August 1987 beim Österreichischen Konsulat in Paris ein Visum beantragt, um meine Freunde, die in Österreich leben, zu besuchen. Es wurde verlangt:

- zwei Formulare auszufüllen,**
- ein Photo beizulegen,**
- die Residenzkarte in Frankreich zu zeigen,**
- die Fahrkarte Paris-Wien-Paris zu kaufen und vorzulegen,**
- das Einkommen in Frankreich nachzuweisen,**
- die Anschrift in Wien anzugeben.**

Ich habe alle Dokumente vorgelegt und die Anschrift von meinem Freund, der als angesehener Arzt in Wien tätig ist, auch angegeben.

Ich habe ein Visum für den Zeitraum 6.Aug.1987 bis 30.Aug.1987 erhalten. In dieser Zeit mußte meine Frau wegen einer Studienreise nach Canada fliegen und ich mußte wegen einiger Besprechungen nach Frankfurt/M. in der B.R.D. fahren. Deswegen habe ich meine Reise nach Wien in den Sept. 1987 verschoben.

Am 24. Aug. 1987 bin ich nochmal zum österreichischen Konsulat in Paris gegangen und habe gebeten, mein Visum bis 20. Sept. 87 zu verlängern. Sie haben verlangt, dass ich nochmal alle Dokumente bringen soll. Ich habe alles vorgelegt; nur die Fahrkarte hatte ich mit Geldverlust geändert, weil ich erst nach Frankfurt/M. fahren wollte und von dort aus nach Wien und wieder nach Frankfurt/M. zurückkehren möchte, weil ich mein Studium in Frankfurt/M. fortsetze. Und meine Dissertationsarbeit schreibe usw. Ich habe meinen Studentenausweis von der Uni. Frankfurt/M. und die Aufenthaltserlaubnis der B.R.D., und außerdem die Kreditkarte und Eurocheckkarte von der Deutschen Bank gezeigt und Ihre diplomatische Vertreterin höflich gebeten, sie solle sich logisch und nicht hysterisch gegenüber „Ausländern“ verhalten.

Sie verlangte, dass ich unbedingt nochmal die Fahrkarte Paris-Wien-Paris kaufen müsse, obwohl ihr klar war, daß ich nicht diese Strecke fahren werde! Da hat sie das ausgestellte Visum ungültig gemacht.

Hiermit möchte ich gegen dieses unlogische Verhalten und diese Ausländerfeindlichkeit protestieren und bitten, ihrer diplomatischen Vertreterin klar zu machen, daß ich als Iraner und oppositioneller Politiker jegliche Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit verurteile.

Hochachtungsvoll

Hassan Massali

Kapitel 10

Die sog. Reformisten in der „Islamischen Republik“

Volkskämpfe, die Rolle der opportunistischen „Eliten“ und das verführerische Phänomen namens Khatami

Das von der Religion geleitete Regime, das im Iran herrscht, konnte mit Erfolg jahrelang den religiösen Glauben der Menschen, opportunistische Berufspolitiker und die geistige und politische Zerstretheit und Zerrissenheit der rechtlichen Institutionen des Landes ausnutzen, um eine Despotie- und Terrorherrschaft im Iran zu etablieren. Wirtschaftlicher Ruin, einige hunderttausend Kriegesopfer, Ermordung von Gegnern des Regimes, einige Millionen Flüchtlinge und Emigranten, Beraubung der einfachsten Bürger- und Menschenrechte, Grausamkeiten und Ausbreitung von Terror auf internationaler Ebene usw., sind nur ein Teil der verheerenden und schmerzhaften Erfahrungen der Menschen im ganzen Land.

Die Iraner, die in dieser Zeit mit eigener Haut, eigenem Fleisch und Knochen die verbrecherische Natur des religiösen Regimes im Iran gespürt haben, sind in der Arbeit und im alltäglichen Leben darauf aufmerksam geworden, dass die betrogen wurden. Die leidgeprüften Menschen haben, ohne dass sie sich einer eigentlich erforderlichen Organisation bedienen können oder passende Führer haben, im Laufe der Zeit unter den Umständen des Terrors und der Unterdrückung (durch das Regime) Widerstand und Kampf gelernt. Ihre Protestbewegung hat sich im ganzen Land verbreitet. Dabei war die Rolle der Frauen und der Jugend sehr bedeutend und sehr lobenswert.

Die Eskalation des Widerstandes und des Kampfes der Menschen rief eine Krise hervor, die die Herrschaftsmacht und die internen Beziehungen der Mullahs erschütterte. Eine Anzahl von Führern und schiitischen Geistlichen nahm die Gefahr wahr, die ihre Zukunft

bedrohte, deshalb distanzierten sie sich von den Regierenden. Danach zogen die verschiedenen Flügel der Schiiten, die sich im Laufe der Revolution um der Macht und des Vermögens willen miteinander geeinigt hatten, wieder in die Schlacht – wie Mafiabanden, die miteinander wetteifern und Feindseligkeiten austragen. Die Eskalation des Protestes und des Kampfes der Menschen veranlasste die verschiedenen Flügel aus dem Innern des Regimes, ihre frühere Gestalt wieder anzunehmen. Jede Fraktion betrat die Bühne mit ihrer speziellen Auslegung des „Islam“, damit sie die Menschen, die sie früher betrogen hatten, nochmals betrügen.

Ein Teil der Iraner, die auf Grund ihres Glaubens in der Vergangenheit, noch bevor sie den Charakter des Regimes erkannt und Erfahrungen gesammelt hatten, glaubte, durch die Unterstützung des Regimes der Gerechtigkeit zu dienen, bemerkte jedoch später, dass das Regime auf irreführenden Grundlagen basierte. Deshalb befreiten sie sich von ihren früheren Vorstellungen. Dass ein Teil dieser Menschen die Realität erfahren hat, bedeutet nicht, dass einige von ihnen nicht Gefahr laufen, wieder in die Netze des Regimes zu geraten.

Die Geschichte der politischen Entwicklungen des Irans seit der konstitutionellen Revolution bis heute zeigt, dass die Menschen sich immer für Freiheit, Demokratie, Volksherrschaft, soziale Gerechtigkeit und gegen Ausbeutung, Religionsherrschaft und Kolonialismus erheben. Einige Faktoren, auf die ich in den Schlussfolgerungen dieser Untersuchung hinweisen werde, treten immer wieder erneut auf, es zeigen sich ähnliche Verhältnisse und gleiche Arten der Machtausübung, aber mit anderen Ausschmückungen.

Die Rolle des Aliakbar Hashimi Rafsandjani

Bevor Khatami die Bühne betrat und bekannt wurde, hatte sich Herr Hashimi Rafsandjani durch List und Schlauheit als jemand gezeigt,

der bereit war, verschiedene Positionen zu akzeptieren und gemäßigt aufzutreten, damit er seine Pläne durchführen konnte, um die folgenden Ziele zu erreichen:

1. die internationalen Kreise zu betrügen, um damit die Islamische Republik aus ihrer Isolation befreien zu können inländische Kapitalinhaber und weltliche Technokraten zufriedenzustellen, damit die Verwaltung des Landes läuft und die wirtschaftliche Lage relativ besser wird.
2. sich zwischen den Fraktionen der Geistlichen durchzulavieren, um den Schutz aller Fraktionen genießen zu können.
3. Ein Teil der unzufriedenen Menschen wurde durch den Anschein, Reformen einzuleiten und gemäßigt zu handeln, betrogen.

Durch diese Politik wurden die ausländischen diplomatischen Kreise für einige Zeit beschäftigt und ein Teil der unzufriedenen Massen um Lande durch Versprechungen beruhigt.

Es ist erwähnenswert, dass sich einige aus den Kreisen der opportunistischen Politiker und einige sich als Intellektuelle bezeichnende Personen aus den Reihen der iranischen Opposition im In- und Ausland an dieser Politik und an den Betrügereien des Hashimi Rafsandjani beteiligten. Diese rechtfertigten ihre opportunistische Haltung damit, dass sie angeblich die Theorie der „Umwandlung“ im Lande unterstützten. Letztlich hat das Regime sich nicht geändert. Aber diese Personen und Kreise haben ihre Glaubwürdigkeit als „freiheitsliebende Opposition“ verloren, da sie sich dem Regime näherten und sich damit unmöglich gemacht haben. Dabei sind einige naive Menschen Opfer ihrer Anführer geworden. Rafsandjani und einige seiner Räuberbande, die „Anwälte des Wiederaufbaus“ genannt werden, ist es letztendlich nicht gelungen, die internationalen Kreise und die Menschen im Lande zu betrügen. Diese Bande lud Schande auf sich wegen Geldunterschlagung, Diebstahl, Korruption und Bestechung im Inland. Auch die Anschläge und die Verbreitung von Terrorismus im

Ausland hatten Konsequenzen für das Regime, zum Beispiel hat das Urteil im „Mykonos-Prozess“ Das Regime mit einer einzigartigen Krise konfrontiert. Rafsandjani war dabei, sich den Weg zu ebnet, um „lebenslänglicher“ Präsident der Republik zu werden, und er versuchte, dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen durch eine Änderung der Verfassung zu schaffen. Einige Fraktionen unterstützten seine Wiederwahl nicht, weil sie die Gefahr, die für sie dahinter steckte, spürten. Herr Babak Rad, ein Journalist der Zeitung „Salam“ (Frieden), schreibt in seinem Buch mit dem Titel „Hundert Tage mit Khatami“, dass „die Konservativen bis jetzt aber keine Verhandlungen mit ihnen (*gemeint sind die „Anwälte des Wiederaufbaus“ unter Führung von Rafsandjani*) geführt haben. Auch die Bemühungen der Anhänger Rafsandjanis, Dr. Hassan Habibi, Dr. Hassan Rouhani und Dr. Ali Akbar Welayati für die Unterstützung ihres Kandidaten zu gewinnen, sind erfolglos geblieben (S. 55).

Die Rolle des Seyed Muhammad Khatami

In der letzten Amtsperiode des Staatspräsidenten, Herrn Hashimi Rafsandjani, haben einige Personen aus dem radikalen Lager, die die „Linie des Imams“ und die Verstaatlichung der Wirtschaft nach dem Muster der ehemaligen Union der Sowjetrepubliken unterstützten, z.B. die Anhänger von Khoeni, Muhtashimi, Behzad Nawabei, Karobi und andere – jede Gruppe verfügte über Anhängerschaft unter den Geistlichen und unter den Angehörigen der Streitkräfte – die Gefahr erkannt, die aus der Krise des Regimes entstehen und die alle Fraktionen treffen könnte.

Dieser Flügel, der nebenbei Selbstkritik gegen einige seiner früheren Handlungen geübt hatte, suchte mit Sorgen nach einem Weg, um sich und die islamische Regierung retten zu können. Dieser Flügel, der als Anhänger Khatamis bekannt wurde, bestand aus schiitisch-islamistischen Personen, Kreisen und Fraktionen aus dem „Rat der

geistlichen Kämpfer“ und der „Organisation der islamischen Revolution“, die sich im Laufe der Ereignisse organisierten und Macht in ihren Organisationen ausübten.

Bezüglich der Wahlen des Staatspräsidenten beschloss dieser Flügel, gegen den Rechtsflügel, nämlich gegen die Konservativen und islamischen Fundamentalisten, einen eigenen Kandidaten für die Wahl des Staatspräsidenten zu benennen, um den anderen Konkurrenz zu machen. Sie überredeten Herrn Khatami, für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren. Diesbezüglich sagte Herr Karroubi am 24. Farwadin 1476 (April 1997) in seiner Antwort auf eine Frage, die ihm gestellt wurde: „Wir haben Herrn Khatami überreden können, an den Wahlen (als Kandidat) teilzunehmen. Wir haben dem Staatspräsidenten und dem hochgeachteten Führungsrat mitgeteilt, dass wir ihn als einen sehen, der die Würde und die Persönlichkeit zur Besetzung dieses Amtes hat, und dass wir im Falle eines Angriffs auf ihn bereit sind, ihn unvermeidlich in Schutz zu nehmen“ (Hundert Tage mit Khatami, S. 95).

Die Konservativen, Rechten und die schiitischen Fundamentalisten, die praktisch an Khamanei gebunden sind, und die er als Wali-Fagih vertritt, haben Vollzugsmacht, da sie kraft ihrer religiösen Stellung über gesetzgebende und rechtliche Kompetenzen verfügen. Zu ihrer Verfügung stehen auch finanzielle Mittel und Terrorbanden. Ihre mächtigsten und aktivsten Organe sind der „Rat der islamischen Koalition“ und „Die kämpfende Geistlichkeit“. Der Flügel, der Herrn Muhammad Khatami als Kandidaten zur Wahl des Staatspräsidenten entsandte, hatte nicht allzu große Hoffnungen auf einen Sieg ihres Kandidaten. Die Krise des Regimes nahm dieser Flügel zum Vorwand, um sich an den Wahlen mit einem eigenen Kandidaten zu beteiligen und sich somit vom Regime zu distanzieren. Dieser Flügel hat mit der Parole „Kampf für den Untergang der Welayat-e faqih (Regentschaft der Rechtsgelehrten)“ – also nicht gegen die Religionsherrschaft – versucht, einige Geistliche und Islamisten, als ersten Ayatullah Montazari, die gegen damaligen Monopolisten

waren, und einige unzufriedene Personen an sich zu ziehen. Sie bemühten sich durch solche Parolen, die Welle der Unzufriedenheit von sich zu abzulenken. Andererseits versuchte dieser Flügel durch Gespräche mit westlichen Kreisen, vor allem mit Amerika, sich seine Zukunft zu sichern. Herr Babak Rad, der im Wahlkampfstab des Khatami tätig war, schreibt in seinem Buch über die Position Khatamis des folgende: „Ende Bahman 1375 (Februar 1997) war der Wahlkampfstab des Herrn Khatami mit der Mobilisierung von Menschen und Bereitstellung von Möglichkeiten beschäftigt. Es waren mehrere Personen, die seine Position auf der Wahlbühne analysierten und sich auf mehrere Gruppen verteilten. Alle diese Gruppe waren sich aber bezüglich seiner Stellung im Wahlkampf darin einig, dass Herr Khatami überhaupt keine Stimmen gewinnen werde und dass seine Kandidatur höchstens zum Anheizen des Wahlklimas beitragen werde“ (Hundert Tage mit Khatami, S. 21).

Die geistigen (oder theoretischen: Anm. des Übers.) Grundlagen des Herrn Said Muhammad Khatami

Herr Muhammad Khatami hatte vor der Revolution die Verantwortung für die Moschee in Hamburg getragen. Während der Revolution schloss er sich Khomeini an und leitete einige Zeit die Keyhan-Direktion für die Beschlagnahme von Zeitungen. Er war Minister für islamische Belehrung und später Leiter der Nationalbibliothek. Nach der Revolution hielt er auch Vorlesungen an der Universität. Deswegen beschränkten sich das Konzept und die geistigen Grundlagen des Herrn Khatami nicht nur auf den Bereich „Aufklärung der Sachen“, sondern er hat Informationen über fortschrittliche Welt und kennt sich aus in Bereichen der Politik und der Philosophie. Darüber hinaus gilt er als fleißiger Gelehrter und als vernünftiger und starker Mensch. Im Gegensatz zu seinen Genossen, die nur wie Botschafter des Todes und der Trauer aussehen, lächelt er auch manchmal.

Lasst uns aber betrachten, wozu sein Konzept, seine Vernunft und sein Lächeln dienen und zu welchen Wegen sie hinführen. Die geistlichen und politischen Grundlagen des Herrn Khatami sind in den Büchern „Furcht vor der Welle“ und „Von der Welt der Stadt zu Stadt der Welt“ veröffentlicht worden. Die Themen, die im Buch „Furcht vor der Welle“ behandelt werden, sind eigentlich Fragen, die er an der Universität in Form von Vorlesungen und Seminaren behandelt hatte. Deshalb kann man diese Themen als das „politische Manifest“ des Herrn Khatami bezeichnen. In dem anderen Buch möchte er zeigen, dass er sich in den philosophischen Grundlagen des Westens und des Ostens auskennt und belesen ist. Er teilt die Welt in zwei Lager, die christliche Welt des Westens und die islamische Welt, und vergleicht sie miteinander. Er vergisst jedoch dabei den großen geistigen und kulturellen Unterschied zwischen Osteuropa und Westeuropa. Es gibt auch Unterschiede zwischen Europa und Nordamerika, obwohl beide christlich sind. Es gibt andererseits auch grundsätzliche Unterschiede in den geistigen und politischen Auffassungen der christlichen Gesellschaft Südamerikas (Lateinamerika) auf der einen Seite und Europa und Amerika auf der anderen Seite.

Khatami ist ein vernünftiger Mensch. Er möchte die Welt nicht nur im Hinblick auf die Religionen Christentum und Islam teilen und dadurch einen bestimmten Personenkreis ansprechen. Er erwähnt absichtlich nicht, dass es auch Staaten wie Indien, China und Japan gibt, die jeweils zur Entwicklung von Kultur, Kunst, Philosophie und Wissenschaft in der Welt beigetragen haben. Er möchte schlau die politisch Mächtigen der heutigen Welt ansprechen und mit der neuen Weltordnung unter Führung Amerikas in Dialog treten. Deshalb stellt er seine Untersuchungsthemen in seinen Büchern in der Weise dar, dass seine Themen Interesse erfahren und damit er die Stabilität seiner islamischen Regierung sichern kann. Herrn Khatami bezeichnet die iranischen Denker und Philosophen immer als „islamische“ Denker und Philosophen und vergisst absichtlich, dass

das Land Iran auch vor dem Islam ein entwickeltes geistiges und politisches System und entwickelte Regierungsinstitutionen besaß.

Fazit: Der Plan Khatamis und seiner Fraktion hat das Ziel, vor allem das Fundament des Regimes vor den Folgen der Welle des Aufbruchs der Menschen im Iran zu retten.

In seinem Buch „Furcht vor der Welle“ gibt er zu, das die islamische Regierung im Iran eine geschichtlich unzeitgemäße Erscheinung ist, er sagt nämlich: „Wir müssen uns vollständig bewusst sein: Zu welcher Zeit rufen wir welche Menschen mit was für Erfahrungen und mit welchem historischen Geist zur Freiheit und Gerechtigkeit auf?“ (Furcht vor der Welle, S. 59). Er äußert sich über die Krise und die Begegnung mit ihr wie folgt: „Vorher habe ich gesagt, dass wir uns in einer geistigen Krise befinden. Es ist auch notwendig, diesen Punkt zu betonen, damit wir besonnen mit der Krise umgehen können; denn die Krise ist aus der islamischen Revolution entstanden und führt zur Gestaltung einer Neuordnung“ (gleiche Quelle, S. 76).

Die unzeitgemäße islamische Revolution und die Religionsherrschaft im Iran, die Rückschrittlichkeit, die Geschäfte mit der religiösen Überzeugung, der grobe religiöse Despotismus und die Zerstörung im Iran führten dazu, dass die öffentliche Empörung gegen die Führer des Regimes und gegen ihren Glauben steigt. Aus diesem Grund bemühen sich Khatami und seine Anhänger bis zum letzten Grad, ihren „liebsten Islam“, ihre „zwölfte Schia“ und ihre islamische Regierung zu retten. Diese Personen möchten den Leuten sagen, dass diese Verbrechen, Grobheit, Zerstörung und Rückschrittlichkeit, die im Iran herrschten, nicht Folgen des „wahren Islam“ seien. Dieser Flügel verspricht den Menschen, ihnen schnell den einzig wahren Islam zu schenken. Sie glauben, dass die Menschen vergessen haben, dass sie selbst diejenigen Herren sind, die früher schon an der Spitze der Macht waren und den Islam von

Khamanei als den „richtigen Islam“ hochlobten. Sie glauben, dass man vergessen hat, wie sie die Iraner und das Land in den Ruin stürzten. Gibt es überhaupt heute noch Personen und Kreise, die glauben, dass dieser Flügel und vor allem ihr Anführer Khatami etwas über den „Islam“ zu sagen haben? Herr Khatami erklärt, dass Khomeini und sein Islam die Erlösung für ihn und die Gesellschaft verkörpern. Er sagt nämlich: „Der Islam, zu dem der Imam aufrief und auf dessen Grundlage die Revolution ausbrach, ist der selbe Islam, der in der Lage sein kann, das Schicksal der Muslime in dieser Welt, die voller Stürme und Wellenschläge ist, auf den richtigen Kurs zu steuern. Welcher Islam ist dieser?“ (Furcht vor der Welle, S. 28). Danach stellt Herr Khatami seinen wahren „Islam“ wie folgt vor, als ob die Iraner keine Bekanntschaft und Erfahrung damit hätten: „... die wirklichen Anhänger der Revolution und diejenigen, die an den wahren Geist des islamischen Aufstandes glauben, nämlich an die Richtung des Imams und seiner Anhänger des wahren Islam, befinden sich in dieser Zeit in einer schweren und entscheidenden Phase. Diese müssen mit Besinnung, Verstand, Tatkraft, Opferbereitschaft und Wachsamkeit kämpfen, damit sie die Krise im Interesse des erleuchteten islamischen Glaubens, den der Imam und große Persönlichkeiten wie der Märtyrer Mutahari verteidigt haben, bewältigen können“ (gleiche Quelle, S. 54). Wir sehen, dass der „wahre Islam“ von Khatami derselbe zerstörerische Islam von Khomeini und die gleiche Sache ist, mit der die Iraner bereits Bekanntschaft gemacht haben. Herr Khatami fährt bezüglich des Weiterbestehens der islamischen Regierung fort: „ Es ist richtig, dass alle, die an den Islam glauben und sich als Anhänger der islamischen Revolution ansehen, den Islam als Grundlage ihrer Pflichterfüllung betrachten. Die Frage ist aber, welcher Islam und welche Auslegung des Islam hier gemeint ist?“ (selbe Quelle, S. 76). Er fährt fort: „ Wir sind mit drei Formen des Islam konfrontiert, deshalb muss die revolutionäre Gemeinschaft weitab von politischen Spannungen, ohne Lärm und Fraktionsspiele, Stellung gegenüber diesen drei Formen beziehen und die eigene Position klar festlegen (...). Wir sind mit den drei folgenden Formen des Islam konfrontiert:

einer rückschrittlichen, einer selektierenden und einer wahren Form“ (selbe Quelle, S. 159).

Vorher ist es uns klar geworden, dass sich der Islam des Herrn Khatami von den anderen Richtungen unterscheidet. Wir sind auch verwirrt, weil wir den Weg (des Herrn Khatami) nicht kennen, der uns von Unglück, Ausbeutung, Entfremdung usw. befreien soll. Khatami stellt die Grundätze seines „wahren Islam“ wie folgt dar: „Das islamische Recht regelt die Ordnung der individuellen und gemeinschaftlichen Handlungen der Muslime“. Er führt weiter fort: „Auf dieser Ebene leiden wir Mangel, das bedeutet, unser Rechtssystem muss in der Weise entwickelt werden, dass es der Revolution, unseren jetzigen Zielen und unseren heutigen Bedürfnissen angepasst wird“ (selbe Quelle, S. 142). Dann formuliert er die theoretischen Grundsätze seines „wahren Islam“, die eine Antwort auf die politischen, wirtschaftlichen und technologischen Bedürfnisse der heutigen Welt sein sollen: „Wir streben nach einer Welt, die auf der Grundlage von Enthaltbarkeit, Selbstbeherrschung und Stärkung der Moralität, die durch Anstrengungen erreicht werden, aufgebaut ist“ (selbe Quelle, S. 137).

Wir fragen die Anhänger des Herrn Khatami, ob sie nicht wissen, dass die anderen Flügel auch solches Geschwätz äußern? Wir fragen sie, welches die neuen Vorschläge sind, die Herr Khatami zur Lösung der sozialen Probleme der Menschen gemacht hat? Einige haltlose und opportunistische Anhänger Khatamis bezeichnen ihn sogar als „Mussadegh“ oder „Gorbatschow“ der Zeit. Wir lassen die theoretischen und politischen Kommentare der opportunistischen Intellektuellen bezüglich der „großen Persönlichkeit“ des Herrn Khatami beiseite und schauen, welche Ratschläge der selbst im Hinblick auf die Zukunft erteilt: „Wir, die dabei sind, auf der Grundlage der Revolution eine neue Ordnung zur Verwaltung unseres Lebens und zur Konfrontierung der heutigen Welt mit der

Realität zu etablieren, leiden an einem theoretischen Mangel“ (selbe Quelle, S. 139). Dann setzt er fort: „ Wenn wir heute den Islam, abgesehen von der Herrschaft und vom Gemeinschaftsleben, als Grundlage zur Lebensführung nehmen, dann werden wir mit einem Problem konfrontiert, mit einem Vakuum, das wir nur durch Rückkehr zu den wahren Quellen des Islam und durch Ermittlung der Handlungskriterien und –normen auf Grundlage des Islam füllen können“ (selbe Quelle, S. 140). „Es gibt Menschen, denen es an jeglicher politischer Perspektive zur Verwaltung des Landes fehlt und die die grundsätzlichen Bedürfnisse des Menschen nicht erfüllen können, jedoch mit krankhafter Selbstüberschätzung tönen: Sozialismus, Liberalismus und Säkularismus. Sie behaupten sogar, dass die nationalen Bewegungen der Welt Rückschritte machen oder dass diese von Anfang an durch den Kolonialismus gebildet und verbreitet worden seien (...) weshalb sie die Interessen der Völker nicht wahren könnten (...), selbst aber nach dem ersten Angriff der Kolonialisten fallen“ (selbe Quelle, S. 25). Herr Khatami ist der „Don Quichotte“ unserer Zeit, da er als ein machtloser Staatspräsident, der mit einem rückschrittlichen Religionsregime regiert und bis jetzt in einer ungelösten Krise mit Händen und Füßen herumfuchtelt, jedoch behauptet, ein außergewöhnlicher Weitsichtiger zu sein: „ Wir haben eine religiöse Regierung und möchten die Gesellschaft auf der Grundlage des Islam lenken. Wir wollen nicht nur den Iran auf dieser Grundlage gut führen, sondern wir beabsichtigen zu zeigen, dass unser Weg der beste und angemessenste zur Führung der (ganzen) Welt ist“ (selbe Quelle, S. 75).

Khatami und die „Zivilgesellschaft“

Herr Khatami spricht oft in seinen Vorträgen und in Interviews über „die Freiheit und die Aktivitäten der Andersdenkenden“ und „die Zivilisationsgesellschaft“. Wenn wir aber genauer zuhören, stellen wir fest, dass er immer im Allgemeinen spricht und niemals seine Vorstellungen bezüglich dieser Begriffe darstellt. Warum? Weil nach

seiner Sicht im Iran nur die Schiiten besondere Rechte in Anspruch nehmen können. Nicht nur die Angehörigen aller anderen religiösen Minderheiten, sondern auch die sunnitischen Muslime gelten im Iran als Menschen zweiter Klasse. Er spricht von der Freiheit. Finden Sie aber einen einzigen Satz über die Freiheit der Personen, der Parteien, der Gruppen oder der Presse, die sich für die Trennung von Staat und Religion einsetzen? Oder wenigstens Passagen, die nur theoretisch die Wahrung der demokratischen Rechte dieser Personen ausdrücken? Er spricht von der „Zivilgesellschaft“. Ich frage nur, ob in der Zivilgesellschaft die Frauen die gleichen Rechte haben wie heute in der Islamischen Republik? Ob in der Zivilgesellschaft Platz für eine religiöse und ideologische Regierung ist? Ob es in der Zivilgesellschaft Eingriffe in die persönliche Sphäre der Menschen gibt? Ob in der Zivilgesellschaft unwissende Personen (gemeint die Geistlichen; Anm. d. Übers.) über den anderen Menschen stehen und Sonderrechte genießen dürfen? Wichtiger ist die Frage, warum er nur von der „Zivilgesellschaft“ spricht, aber nicht von der „zivilisierten Regierung“. Herr Khatami ist der Staatspräsident eines unmenschlichen und unzivilisierten Regimes, in dem die Sicherheitsbehörden öffentlich ihre Verantwortung für die Ermordung von politischen Kämpfern und Intellektuellen eingestehen. Herr Khatami, der friedliebende Staatschef, gibt die Namen der Mörder nicht preis, damit das verbrecherische Regime nicht gefährdet wird. Im Iran herrschen relativ fortschrittliche, zivilisierte und menschliche Verhältnisse, sowohl auf der Gesellschaftsebene als auch unter den einzelnen Menschen trotz der dort herrschenden Diktatoren, trotz der Kriege und des Blutvergießens der Machtsüchtigen, denn die verschiedenen Völker und Religionen mit ihren vielfältigen Kulturen und Traditionen leben zusammen und betrachten die gegenseitige Hilfe und Unterstützung als ihre heilige Aufgabe. Diese Verhältnisse herrschten im Iran in einer Zeit, in der in Europa die gesellschaftlichen Entwicklungen und die zivilisierten Lebensverhältnisse noch nicht begonnen hatten, in

einer Zeit, in der der Islam des Herrn Khatami auch noch nicht entstanden war. Und nun ist das, wessen heute die Menschen und unsere Gesellschaft am meisten beraubt sind, eine „zivilisierte Regierung“ und eine auf Interessen der Menschen gestützte Gesetzgebung, weil dort teilweise barbarische Zustände herrschen und die Bürgerechte der Mehrheit der Gesellschaft von unwissenden Menschen mit Füßen getreten werden. Diese barbarischen Verhältnisse werden durch ideologische, religiöse und politische Aufhetzung, die von den despotischen Regierungen und rückschrittlichen Geistlichen betrieben wurden, geschürt. Jene, die zwar, von der „Zivilgesellschaft“ sprechen, aber in Wahrheit ein despotisches Religionsregime führen und Verbrecher freisprechen, sind die eigentlichen Feinde der „Zivilgesellschaft“ und der menschlichen Beziehungen.

Die Beschützer Khatamis und die Rolle der opportunistischen „Eliten“

Die Beschützer und Anhänger Khatamis lassen sich auf Grund ihrer Motive und Ziele, die sie verfolgen, in folgende Gruppen einteilen:

1. Ein Teil der Iraner hat wegen der Entwurzelung, unter der man wegen des Fehlens von Organisationen und passenden politischen Anführern leidet, keine anderen Alternativen als zwischen einem Schlechten und einem Schlechteren zu wählen.
2. Islamisch-reformistische Personen und Gruppen teilen aufgrund ihrer politischen und religiösen Einstellungen mit Khatami dieselbe Anschauung.
3. Die opportunistischen „Eliten“ erdichten um ihrer persönlichen und gemeinschaftlichen Interessen willen Theorien, die das Ziel haben, Khatami leben zu lassen und ihn hochzuschätzen.

Wir haben vorher erwähnt, welche unmenschlichen Personen Khatami in seiner Kandidatur unterstützen und dass auch diese nicht fest an seinen Sieg glaubten.

In einer Gesellschaft, in der den Menschen wegen der Unterdrückung, der Grobheit, der unglaublichen Teuerung, der Missachtung der einfachsten Bürgerrechte und der demokratischen Freiheiten ihre Seelen bis zu ihren Lippen gestiegen sind, genießen sie überhaupt kein Recht, können weder frei die Form ihres persönlichen Lebens noch die Gestaltung der zukünftigen Lage ihres Landes bestimmen. Bei den Wahlen mussten diese Menschen sich für einen von vier Kandidaten zum Amt des Staatspräsidenten entscheiden und wählen, damit sie einen Stempel in ihren Ausweisen erhalten, der bestätigt, dass sie gewählt haben. Die Menschen befürchteten Nachteile bei der Erledigung ihrer alltäglichen Angelegenheiten, der Aufnahme an der Universität, bei der Arbeitsaufnahme usw., wenn sie keinen solchen Stempel in ihren Ausweisen hätten. In dieser traurigen und diskriminierenden Gesellschaft tat Khatami lächelnd mit seinen allgemeinen Aussagen über die Freiheit, die Achtung der Andersdenkenden und die Zivilgesellschaft auf die Wahlbühne, damit er nach seiner Vorstellung sich nach vorne drängen und das Regime aus der Krise retten kann. Dagegen versuchten die radikaleren, rückschrittlichen Fraktionen durch eine Einschüchterungskampagne gegenüber den Menschen, durch Schmähungen von Khatami und durch das Schüren von Spannungen das Amt des Staatspräsidenten für sich zu ergattern. (Bezüglich dieses Themas siehe die Ausführungen des Herrn Babak Rad in seinem Buch „Hundert Tage mit Khatami“, gedruckt und verbreitet durch das Ministerium für Kultur und islamische Belehrung, Azar 1377 [Nov./Dez. 1998]). Die Menschen gaben ihre Stimmen Khatami, weil sie der rückschrittlichen Herrschaft einen Denkkzettel verpassen wollten. Alle Kommentatoren und Beobachter aus dem In- und Ausland sind sich einige, dass die Stimme der

Wähler für Khatami gleichzeitig eine Stimme gegen die Islamische Republik war.

Trotzdem gibt es noch Menschen, die sich immer noch einbilden, dass Khatami in Zukunft Schritte zur Verwirklichung der Freiheit und zur Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme unternehmen wird. Es ist nicht Schuld dieser Menschen, an solch eine Phantasterei zu glauben. Der eigentliche Grund für diese Einstellung der Menschen ist vielmehr das Fehlen einer notwendigen politischen Alternative in der Gesellschaft. Es ist aber klar, dass einige Personen und Gruppen der „islamischen Reformisten“, darunter Personen und religiöse Kreise, die Khatami unterstützen, ihn und seinen Weg als gewünschte Alternative betrachten, weil ihre geistigen und politischen Sichten denen des Herrn Khatami ähnlich sind; sie haben daher keine grundlegenden Meinungsverschiedenheiten miteinander.

Es gibt auch einige Intellektuelle und politisch aktive Personen von der Linken bis zu den Monarchisten, die zwar behaupten, sich für die Volksherrschaft, den Säkularismus, die Modernität und die Zivilgesellschaft einzusetzen, die jedoch zunächst mit Hashemi Rafsandjani politisch flirteten und jetzt vollkommen Khatami folgen. Diese haben durch ihre Haltung gezeigt, dass den Menschen die wahren Motive ihres Verhaltens nicht sagen, dass sie opportunistisch sind und sich selbst verleugnen. Wie können Personen, die behaupten, Befürworter des Säkularismus und der Zivilgesellschaft zu sein, die Politik und die Gedanken eines Herrn Khatami unterstützen? Wichtiger ist die Frage, wenn diese Personen und Gruppen sich als Unterstützer des Staatspräsidenten dieses Regimes verstehen, warum sie dann die Parole, „Gegner des Regimes“ zu sein, ausgeben? Es gibt nur einen einfachen Grund für ihr Verhalten, nämlich dass sie im Namen der „Opposition“ auf der politischen Bühne bleiben wollen, damit sie mehr persönliche Vorteile für sich und für ihre Gruppen mehr Gewinn durch ihre Anpassung an das

Religionsregime und durch ihre Annäherung an die Machthaber erzielen können.

Die Betrachtung der politischen Entwicklung im Iran von der konstitutionellen Revolution bis heute zeigt, dass eine kleine Gruppe von opportunistischen Pseudointellektuellen immer von der Schwäche und Zersplitterung der politischen Kräfte und von der politischen und gesellschaftlichen Verwirrung Nutzen hatte und eine Rolle spielte bei dem Abweichen von Volksbewegungen von ihren Zielen. Die Beispiele für ihre Rolle bei der konstitutionellen Revolution, der Nationalisierung (Verstaatlichung) der Ölindustrie und der letzten Revolution seien erwähnt. Man könnte sogar Namen von Personen und Gruppen nennen, die solch eine Rolle gespielt haben.

Die opportunistischen „Eliten“ und Pseudointellektuellen

Die Personen und Gruppen, die sich in der jetzigen Zeit mit der Macht und der Rückschrittlichkeit des Regimes abgefunden haben, sind folgende:

1. die Reste der Tudeh-Partei und diejenigen, die sich nach der Revolution von ihr abgespalten haben;
2. einige Personen und Gruppierungen der „Fedai-Khalq“, die der Linie der „Aksariat“ (Mehrheit) angehören;
3. einige Personen und Gruppen, die früher innerhalb der Linken oder der Nationalisten aktiv waren. Diese sind heute müde, haben keine klare politische Perspektive mehr und leben eigentlich in und von ihrer Vergangenheit;
4. einige Personen und Kreise der Monarchisten, die keine langfristigen politischen Ziele und Motive haben. Laut Herrn Hadi Kharsandi folgen diese Leute ihren eigenen „Bedürfnissen“.

Hinsichtlich der politischen Orientierung waren die erste und zweite dieser Gruppen nie auf sich selbst gestützt, sondern sie lehnten sich immer an die Machtquellen an, je nachdem, ob die Sowjetunion, der Schah, Khomeini oder Khatami aktuell waren, und somit betrieben sie immer eine von den Machthabern abhängige Politik. Auf diese Weise führten sie dann ihr alltägliches Leben. Wir erinnern uns noch, wie die meisten dieser Gruppierungen die Grobheit Khomeinis verehrten und mit den Terror- und Unterdrückungsorganisationen zusammenarbeiteten. Diese Gruppierungen beabsichtigten nach aller Kritik, ihre „echte Vergangenheit“ wieder herzustellen. Nach unserer Ansicht hat jede Person und jede Gruppe, die einmal gekämpft hat, das Recht, ein normales Leben führen zu dürfen, wenn sie nicht mehr kämpfen möchte. Obwohl die Entscheidung, den politischen Kampf aufzugeben, von einigen Seiten kritisiert wird, ist sie wenigstens ehrenvoller, als wenn jemand hinsichtlich der Politik große Theorien entwickelt, aber praktisch die Demütigungen der Geistlichen hinnimmt und andere Menschen durch diese „Theorien“ manipuliert und mit den Interessen des Volkes und des Landes spielt. Diese verdienen den Rang eines Menschen, ob Politiker oder nicht Politiker, nicht. Aufrichtig raten wir diesen Personen und Gruppen, die aus opportunistischen Beweggründen einerseits über „Säkularismus“, „Zivilgesellschaft“, „Links“ oder „Nationalismus“ sprechen, Aufsätze und Bücher darüber zu verfassen, sich andererseits aber praktisch zu politischen Beratern der Geistlichen gemacht haben, unverzüglich die Reihen der wirklichen iranischen Opposition im In- und Ausland zu verlassen.

Ergebnisse und Zukunftsperspektive

Wegen ihres schlechten Rufs im Inland und auf internationaler Ebene wurde die Islamische Republik in der Gesellschaft im Inland von der Mehrheit abgelehnt und auch auf internationaler Ebene isoliert. Die Menschen im Iran wählten Said Muhammad Khatami, weil sie der Bosheit des rückschrittlichen Flügels und seinem Terror entkommen wollten. Die Wahl Khatamis ist aus der Ausweglosigkeit

der Menschen zustande gekommen. Dies verlängert leider das Leben des Religionsregimes. Die Menschen, die ihre Stimmen Khatami gegeben haben, merken nun, dass die Schwierigkeiten ihres alltäglichen Lebens nicht beseitigt und die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse im Land nicht geändert wurden. Man kann jedoch den armen und geplagten Menschen im Iran ihren taktischen Fehler, Khatami gewählt zu haben, nicht zum Vorwurf machen, weil sie weder eine entsprechende Organisation, die ihre Ziele formulieren konnte, noch passende und tatkräftige Anführer, die eine klare politische Perspektive anbieten konnten, hatten. Unter den jetzigen Umständen führen zwar die überall verstreuten und voneinander getrennten Kämpfe der Studenten, der Frauen und der Mittelschicht der Gesellschaft dazu, dass sich eine allgemeine Missstimmung gegenüber dem Religionsregime ausdehnt. Diese reicht aber nicht, um die politische Macht zu ändern und eine Volksherrschaft zu etablieren. Die Bemühungen der Fraktionen des Regimes konzentrieren sich darauf, der Masse und andere Strömungen außer der Ihrigen keine Gelegenheit zu geben, sich zu erheben. Diese Fraktionen, an ihrer Spitze Khatami, sind bemüht zu zeigen, dass es einen politischen Wettkampf zwischen zwei Fraktionen gibt. Sie beabsichtigen, ein Zweiparteiensystem zu etablieren und die politische und wirtschaftliche Macht unter sich roulierend zu teilen. Durch die Gewährung von einigen oberflächlichen Privilegien versuchen sie, die Unzufriedenheit der Masse zu kontrollieren und zu dämpfen. Unter den Kräften der Opposition gibt es einige, die sich dem Staatspräsidenten angeschlossen haben, und andere, die sich mehrfach gespalten haben und verstreut sind. Darüber hinaus gibt es viele oppositionelle Gruppen, die in ihrer „Vergangenheit“ leben und denen es an jeglicher politischer Perspektive zur Organisierung der Menschen zum Kampf gegen den Betrug der Geistlichen fehlt.

Was soll unter diesen Umständen gemacht werden?

Personen und Gruppen, die nicht in ihrer „Vergangenheit“ leben, sondern die an die Zukunft denken, sollten eine klare Perspektive haben über den Kampf gegen das Religionsregime, über die Form und den Inhalt der kommenden Regierung, über die Aufteilung der politisch-administrativen Macht im Staat, die Sicherung der religiösen und ethnischen Minderheiten, die Sicherung der Rechte der Frauen und der neuen Generation des Landes, vollkommene Verwirklichung der Freiheit und Etablierung der Demokratie, die Volksherrschaft und Einheit des Landes, Konzepte und Pläne zum Wiederaufbau des Iran. Diese Personen und Kreise müssen im In- und Ausland miteinander organisatorisch verbunden sein und eine Grundlage zur Formierung der „Volkseinheit“ und zur Bildung von Organisationen zum Volkskampf in allen Bereichen vorbereiten. Diese müssen bei der politischen Entwicklung im Lande ein aktives Dasein haben, damit sie die Menschen wirklich führen können und nicht zulassen, dass sie durch das Schauspiel der Geistlichen, der opportunistischen „Eliten“ und anderer betrogen werden. Die Kader, die in der ersten Phase dieses Weges den ersten Schritt machen, müssen sich gegenseitig gut kennen, über ein geistiges und politisches Programm, Organisationsvermögen, demokratischen Charakter und gesellschaftliche Anziehungskraft verfügen. Sie müssen auch Ahnung von den Künsten der Massenkämpfe unter Umständen des Terrors und der Unterdrückung, an denen das Regime festhält, haben. Sie müssen im ganzen Land organisiert sein, Präsenz zeigen und die Menschen und die Gesellschaft vor Chaos, Bürgerkrieg und Wiedergeburt der Unterdrückung schützen können.

Hassan Massali , 12. Juni 1999 (22. Khordad 1378)

P.O.Box 4145 65031 Wiesbaden, Germany



Der Mullah Hadi Ghaffari, der an mehreren terroristischen Aktionen und an der Ermordung der Bevölkerung im Iran teilgenommen hat, bezeichnet sich jetzt als „Reformist“ der Islamischen Republik Iran

Kapitel 11

US-Angriffe und Verbrechen in der Welt

Die Entstehung und Formierung der terroristischen Gruppen und jahrelanger Bürgerkrieg in Afghanistan und Pakistan, die Zerstörung dieser Länder und die Verletzung der Menschenrechte, das ist ein "Geschenk" der US-Administration. Viele US-Politiker, wie Zbigniew Brzezinski, haben eine wichtige Rolle bei solchen Aktionen gespielt.

Iran-Irak-Krieg und seine Folgen



Khomeini schickte minderjährige Kinder an Kriegsfronten



Khomeini hat minderjährige Kinder an Kriegsfronten geschickt; mehrere Tausend sind in Minenfeldern zwischen Iran und Irak zerfleischt worden

Was aus den Bush-Kriegern im Nahen Osten wurde

(Von Sebastian Fischer, Washington, Spiegel online vom 22. 03. 2013)

Colin Powell konnte es nicht fassen, hielt das schlichtweg für Wahnsinn. Wieder und wieder diskutierten seine neokonservativen Kabinettskollegen einen Angriff auf den Irak und den Sturz des Diktators – ohne konkreten Anlass. Das war in den ersten Monaten der Regierung, vor dem 11. September.

Irgendwann nahm der US-Außenminister Powell seinen Präsidenten beiseite: „Lassen Sie sich da nicht in irgendwas hineindrängen“, bat er George W. Bush, „nicht bevor Sie bereit sind oder glauben, einen echten Grund dafür zu haben.“ Powell solle sich mal keine Sorgen machen, entgegnete Bush, er habe schließlich keine Eile, sich Ärger einzuhandeln. Tatsächlich aber ließ der Präsident längst für einen Krieg planen. Und die Terroranschläge vom 11. September waren schließlich der Anlass, eineinhalb Jahre später loszuschlagen.

So beschreibt es der Journalist Bob Woodward in seinem Buch „Plan of Attack“. Powell, Bush, die Neokonservativen um Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, dessen Vize Paul Wolfowitz und Vize-Präsident Dick Cheney: Sie stehen für den neunjährigen Krieg, in dessen Verlauf 4422 US-Soldaten und mehr als 100.000 Iraker starben.

Es ist die bittere Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet der kritische Powell als Gesicht dieses Kriegs in Erinnerung bleiben wird. Schließlich war es der Außenminister, der vor der Uno die Beweise für Saddam Husseins angebliche Massenvernichtungswaffen präsentieren musste: Es könne „keinen Zweifel geben“, sagte er. Heute nennt Powell diesen Auftritt einen „Schandfleck“ in seinem Leben.

Ein solches Eingeständnis machte keiner der anderen Bush-Krieger. Schwer angeschlagen sind ihre Images, sie alle haben in den vergangenen Jahren voluminöse Autobiografien vorgelegt. Es sind Rechtfertigungswälzer: Bush (512 Seiten), Rumsfeld (832 Seiten), Cheney (576 Seiten), die frühere nationale Sicherheitsberaterin und spätere Außenministerin Condoleezza Rice (766 Seiten). Selbstkritik? Fehlanzeige. Cheney und Rumsfeld hängen noch immer militärgestützten Demokratisierungsphantasien an, geben weiterhin die Hardliner. Bush hat sich nach Texas zurückgezogen, wo er seiner Leidenschaft für die Malerei nachgeht und am liebsten Hunde porträtiert.

Kriegstribunal befindet Bush, Cheney, Rumsfeld schuldig des Kriegsverbrechens

<http://readersupportednews.org/news-section2/374-bush-administration/11420-war-tribunal...>(Übers. aus dem Engl.)

14. Mai 2012

Der Gerichtshof für Kriegsverbrechen in Kuala Lumpur ordnet Reparationszahlungen für die Folterungsopfer an. Der ehemalige US Präsident George W. Bush, sein Vize-Präsident Dick Cheney und sechs weitere Mitglieder seiner Regierung wurden von einem Gerichtshof in Malaysia Kriegsverbrechen für schuldig erklärt. Der Richter des Gerichtshofs für Kriegsverbrechen in Kuala Lumpur, Tan Sri Lamin Mohd Yunus verlas gestern das Urteil. Es besagte, dass Reparationszahlungen an die klagenden Kriegsverbrechensopfer gezahlt werden sollten. Ihm stimmten Prof. Salleh Buang und Datuk Mohd Sa'ari Yusof zu. Bush, Cheney, Verteidigungsminister Donald Rumsfeld und fünf ihrer Rechtsberater wurden in Abwesenheit am Samstag verurteilt.

Folterungsopfer berichteten einem Gremium von fünf Richtern in Kuala Lumpur von ihrem Leiden durch US-Soldaten und Verbündete in Irak und Afghanistan.

Unter den Zeugen waren der Brite Moazzam Begg, ein ehemaliger Guantanamo-Häftling, der berichtete, geschlagen worden zu sein, dass sein Kopf in eine Kapuze gesteckt worden sei und dass er in Einzelhaft gewesen sei. Die Irakerin Jameelah Abbas Hameedi sagte aus, sie sei im berüchtigten Abu Ghraib-Gefängnis entkleidet und erniedrigt worden.

Abschriften der fünftägigen Gerichtsverhandlung wurden dem obersten Staatsanwalt des Internationalen Gerichtshofs, der Vereinten Nationen und dem Sicherheitsrat zugestellt.

Ein Mitglied der Staatsanwaltschaft, Professor Francis Boyle vom juristischen Institut der Illinois University sagte, er sei

zuversichtlich, dass sich Bush und seine Kollegen bald ähnlichen Verhandlungen weltweit verantworten müssten.

Die acht Angeklagten sind Bush; der ehemalige US Vize-Präsident Richard Cheney, der ehemalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der ehemalige Generalbundesanwalt, Alberto Gonzales, der ehemalige Chefberater des Vize-Präsidenten, David Addington, der ehemalige Chefjustiziar des Verteidigungsministers, William Haynes II., der ehemalige Staatssekretär General Jay Bybee und der ehemalige beratende Jurist General John Yoo.

Der Präsident des Tribunals, Richter Tan Sri Lamin Mohd Yunus sagte, dass die acht Angeklagten individuell und zusammen verantwortlich für Folterverbrechen gemäß Artikel 6 der Nürnberger Charta seien. „Die Vereinigten Staaten von Amerika sind dem üblichen internationalen Gesetz und den Prinzipien der Nürnberger Charta unterworfen, außergewöhnliche Umstände wie Kriege, Instabilität und öffentliche Notlage können keine Entschuldigung für Folterung sein.“

The Star (Kuala Lumpur, Malaysia) berichtet:

Bush schuldig an Kriegsverbrechen

Kuala Lumpur: das Kriegsverbrechertribunal hat den früheren US Präsidenten George W. Bush und sieben seiner Mitarbeiter aufgrund von Folterungen und inhumaner Behandlung von Kriegsopfern in US Militäreinrichtungen als Kriegsverbrecher überführt.

Da es sich jedoch um einen Gerichtshof des Gewissens handelt, hatte das fünfköpfige Team, dem als Tribunalspräsident Richter Lamin Mohd Yunus vorsah, keine Macht, das Urteil umzusetzen.

„Wir finden, dass die Zeugen, die als Opfer unrechtmäßig von den verurteilten Personen und deren Regierungen festgenommen wurden, Wiedergutmachungszahlungen erhalten sollten“, sagte Lamin während einer öffentlichen Anhörung in der *Kuala Lumpur Foundation to Criminalize War* gestern.

Er fügte hinzu, dass die vom Gerichtshof angesetzten Wiedergutmachungen der Kriegsverbrechens-Kommission unterbreitet werden würde und empfahl den Opfern eine Gerichtsbarkeit aufzusuchen, die das Urteil umsetzen könne.

Das Tribunal werde die Urteilsfindungen und Berichte dem Hauptstaatsanwalt des Internationalen Gerichtshofs und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mitteilen.

Am Donnerstag sagte der führende Staatsanwalt Professor Gurdial Singh Nijar, Bush habe eine Anordnung erteilt, um Kriegsverbrechen in Irak und Afghanistan verüben zu können.

Fünf frühere irakische Gefangene, die während ihrer Inhaftierung in verschiedenen Gefängnissen gefoltert wurden, einschließlich Guantanamo Bay, wurden aufgerufen, ihre Zeugenaussagen vor der Verhandlung des Gerichtshofs, die am 7. Mai begann, zu machen.

The Malaysia Sun berichtete:

Einstimmig wurde am Samstag vom symbolischen malaysischen Kriegsverbrechertribunal, welches zum Teil von einer Initiative des ehemaligen malaysischen Premier Mahatir Mohamed hervorging, der ehemalige US-Präsident des Kriegsverbrechens und des Verbrechens an der Menschlichkeit für schuldig gefunden.

Der ehemalige malaysische Premierminister Mahatir Mohamed sagte über Bush und andere: „Sie sind im Grunde genommen Mörder und sie morden in großem Stil“. Sieben seiner ehemaligen politischen Begleiter, eingeschlossen der frühere Vize-Präsident Dick Cheney

und der frühere Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, wurden ebenfalls für schuldig gefunden des Kriegsverbrechens und der Folterung.

Die Fernsehpresse berichtete, dass dem Gerichtshof Beweise von früheren Gefangenen im Irak und Guantanamo Bay vorliegen, dass dort Foltermethoden durch US-Soldaten in Gefängnissen, die von den US-Kräften betrieben wurden, angewendet wurden.

Ein ehemaliger Insasse berichtete von Elektroschocks, Schlägen und sexuellem Missbrauch über mehrere Monate.

Ein hochrangiger ehemaliger UN-Beamter, der ehemalige humanitäre Koordinator der UN, Denis Halliday, der der Gerichtsverhandlung beiwohnte, sagte später der Presse, dass die Vereinten Nationen während der Regierungszeit von Bush zu schwach gewesen seien, um die Genfer Konventionen umzusetzen.

Er sagte: „Die Vereinten Nationen sind ein schwaches Gremium, korrumpiert durch Mitgliedsstaaten, die den Sicherheitsrat für ihre eigenen Interessen nutzen. Sie respektieren die Charta nicht. Sie respektieren das internationale Recht nicht. Sie respektieren die Genfer Konventionen nicht. Eine überflüssige, vielleicht gefährliche, und sicherlich korrupte Organisation“.

Nach den Anhörungen sagte der frühere malaysische Premier Mahatir über Bush und die anderen: „Sie sind im Grunde genommen Mörder und sie morden in großem Stil“.

Es war das zweite sogenannte Kriegsverbrechertribunal in Malaysia.

Das symbolische Gericht wurde erstmals im November 2011 abgehalten, während dessen Bush und der frühere britische Premierminister Tony Blair schuldig gesprochen wurden, „Verbrechen gegen den Frieden“ während des Irakkrieges begangen zu haben.

<http://readerssupportednews.org/news-section2/374-bush-administration/11420-war-tribunal-finds-bush-cheney-rumsfeld-guilty-of-war-crimes/>

A member of the prosecution team, Professor Francis Boyle of Illinois University's College of Law, said he was hopeful that Bush and his colleagues could soon find themselves facing similar trails elsewhere in the world.

The eight accused are: Bush; former US Vice President Richard Cheney; former US Defence Secretary Donald Rumsfeld; former Counsel to Bush, Alberto Gonzales; former General Counsel to the Vice President, David Addington; former General Counsel to the Defense Secretary, William Haynes II; former Assistant Attorney General Jay Bybee and former Deputy Attorney General John Yoo.

Tribunal president judge Tan Sri Lamin Mohd Yunus said the eight accused were also individually and jointly liable for crimes of torture in accordance with Article 6 of the Nuremberg Charter. "The US is subject to customary international law and to the principles of the Nuremberg Charter and exceptional circumstances such as war, instability and public emergence cannot excuse torture."

The Star (Kuala Lumpur, Malaysia) reports:

A high ranking former US official, former UN Assistant Secretary General, Denis Halliday, who also attended the trial, later told the Press TV that the UN had been too weak during the Bush administration to enforce the Geneva Conventions.

He said: "The UN is a weak body, corrupted by member states, who use the Security Council for their own interests. They don't respect the charter. They don't respect the international law. They don't

respect the Geneva Conventions... A redundant, possibly a dangerous, and certainly corrupted organization.”

Following the hearing, former Malaysian premier Mahatir said of Bush and others: “These are basically murderers and they kill on large scale.”

It was the second so-called war crimes tribunal in Malaysia.

The token court was first held in November 2011 during which Bush and former British Prime Minister Tony Blair were found guilty of committing “Crimes against peace” during the Iraq war.

Cheneys Halliburton verdiente 39,5 Milliarden Dollar am Irak-Krieg

Autor: Angelo Young

<http://readersupportednews.org/news-section2/308-12/16561-focus-cheneys-halliburton-made-395-billion-on-iraq-war.html>

20. März 2013 (Übers. aus dem Engl.)

Der Rechenschaftsbericht der finanziellen Kosten des fast ein Jahrzehnt langen Irakkriegs wird noch Jahre in Anspruch nehmen, aber eine kürzlich veröffentlichte Analyse bringt Licht auf die Firmen, die am Krieg durch Zulieferungen verdienten, da die Privatisierungen früherer US-Militärbetriebe auf ein bisher noch nicht da gewesenes Maß anstiegen.

Private oder börsennotierte Firmen erhielten mindestens 138 Milliarden US-Dollar an Steuergeldern für private Sicherheitsdienste, Gebäudeinfrastruktur und Truppenverpflegung.

Nach einer Analyse der Financial Times, die am Dienstag veröffentlicht wurde, erhielten zehn Vertragsfirmen 52 Prozent der Geldmittel, u. a.:

- Die in Houston ansässige mit Schwerpunkt auf Energieversorgung ausgelegte Bauingenieurs-Gesellschaft KBR, Inc. (NYSE:KBR), welche im Jahre 2007 als Tochterfirma des Ölfeld-Servicelieferanten Halliburton Co. (NYSE:HAL) hervorging.

Die Firma erhielt Irak-relevante Verträge in Höhe von 39.5 Milliarden US-Dollar über den Zeitraum des letzten Jahrzehnts, wobei viele der Aufträge ohne das Mitbieten von Konkurrenzfirmen vergeben wurden, etwa der 568 \$-Vertrag von 2010, über die Verlängerung der Bereitstellung von Unterkunft, Verpflegung, Wasser und Sanitäreinrichtungen für die Soldaten, ein Vertrag, der zu einem Prozess des Justizministeriums über mutmaßliche Bestechung führte, wie Bloomberg berichtete.

- Agility Logistics (KSE:AGLTY) aus Kuwait und die staatliche Kuwaitische Petroleum Corp. Zusammen erhielten diese Firmen Verträge über einen Wert von 13.5 Milliarden US-Dollar.

Da private Unternehmen das Kriegsgebiet auf noch nicht da gewesene Weise betreten, stieg auch der Anteil der Korruption enorm an, auch wenn die Auftragnehmer ihre Aufgaben wie erwartet erfüllten.

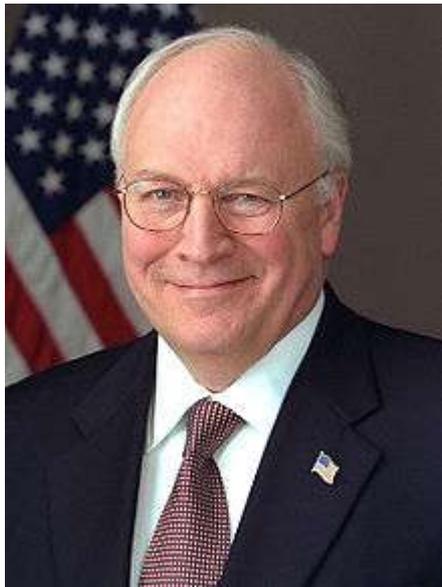
Gemäß einer überparteilichen Kommission zu Verträgen während der Irak- und Afghanistan-Kriege könnte das Maß an Korruption von Verteidigungsunternehmen bei circa 60 Milliarden US-Dollar liegen. Disziplinierte Soldaten, die traditionell viele der Aufgaben übernahmen, wurden durch private und börsennotierte Unternehmen ersetzt.

Selbst ohne Bestechung sind die Kosten für diese Dienste höher als bei staatlich bezahlten Angestellten oder Soldaten, da hier ein Profitstreben mit im Spiel ist. Nicht-Bieter-Verträge, bei denen Firmen ihren Preis ohne Mitbewerber nennen, verringern nicht die gesetzlichen Ausgaben. (Trotz des Versprechens von Präsident Barack Obama diese Angewohnheit zurückzufahren, stieg der Trend staatliche Verträge ohne öffentliche Ausschreibung an bevorzugte Firmen zu vergeben, nach Angaben der Washington Post, letztes Jahr um 9 Prozent an.)

Obwohl das Militär größtenteils aus dem Irak abgezogen ist, verbleiben private Vertragsunternehmer im Land und fahren fort, die Gewinne der Verträge, die ihnen die US-Regierung verschaffte, einzuheimsen. Das US-Außenministerium schätzt zum Beispiel, dass die Steuerzahler 3 Milliarden US-Dollar für private Sicherheitsunternehmen für den ausgedehnten Botschaftsbereich in Bagdad zahlen werden müssen.

Die Zahlungen an die privaten und börsennotierten Kriegsprofiteure erscheinen aber eher klein im Licht der Gesamtrechnung des Krieges.

Das „Costs of War Project“ des *Watson Institute for International Studies* der Brown University, verkündete letzte Woche, dass der Irakkrieg 1.7 Billionen US-Dollar gekostet habe, nicht eingerechnet der 490 Milliarden US-Dollar an derzeitigen Leistungen, die die Veteranen erhalten und die lebenslangen Leistungen, die sie und ihre Nachkommen erhalten werden.



Dick Cheney, Paul Wolfowitz, George W. Bush und Donald Rumsfeld
(Viele solcher Personen können sich trotz ihrer Vergangenheit als
Kriegsverbrecher in den USA frei bewegen und sind fähig, in einer solchen
korrupten Gesellschaft noch einmal die Macht zu ergreifen)

Bush während eines Irakbesuchs mit Schuhen beworfen

http://blog.silive.com/latest_news/print.html?entry=2008/12/shoes_thrown-at_bush-during_ir.html

Author: Eddie DAnna, Dec 14, 2008 (Übers. aus dem Engl.)

Lacuna: [...Photograph of Bush and al-Maliki at Baghdad – Bush ducking a shoe]

In diesem Bild eines APTN Videos, bewirft ein Mann Präsident George W. Bush während einer Pressekonferenz mit dem irakischen Premierminister Nouri al-Maliki in Bagdad mit einem Schuh.

Bei dem geheim gehaltenen und von Unstimmigkeiten überschatteten Irakbesuch, begrüßte Präsident George W. Bush einen Fortschritt in dem Krieg, der seine Präsidentschaft bestimmte und erhielt eine Erinnerung in Größe 10 an seine Unbeliebtheit, als ein Mann zwei Schuhe während einer Pressekonferenz in seine Richtung warf.

„Das ist das Ende!“, schrie der Protestierende, der später als Muntadar al-Zeidi identifiziert wurde, Korrespondent von Al-Baghdadiya Fernsehen, einer in irakischem Besitz befindlichen Fernsehstation in Kairo, Ägypten.

Bush duckte sich vor den Schuhen, als sie über seinen Kopf flogen und mit einem dumpfen Aufschlag gegen die Wand hinter ihm fielen.

„Alles was ich darüber sagen kann,“ scherzte Bush später, „es war Schuhgröße 10.“

Der US-Präsident besuchte die irakische Hauptstadt nur 37 Tage bevor er den Krieg in die Hände des neugewählten Präsidenten Barack Obama legt, welcher versprochen hatte, diesen zu beenden. Der Präsident wollte auf den Rückgang an Gewalt in einer Nation, die immer noch von ethnischen Konflikten geschüttelt ist, hinweisen

und das jüngste amerikanisch-irakische Sicherheitsabkommen feiern, welches den Abzug der US-Truppen bis Ende 2011 vorsieht.

In mancher Hinsicht war der unangekündigte Besuch eine Siegesetappe ohne einen klaren Sieg. Fast 150.000 US-Truppen verbleiben im Irak, um einen Krieg zu kämpfen, der weltweit auf Ablehnung stößt. Mehr als 4.209 Mitglieder des US-Militärs verloren in diesem Konflikt ihr Leben, welcher den US-Steuerzahler seit Kriegsbeginn vor fünf Jahren und neun Monaten 576 Milliarden Dollar gekostet hat.

Umfragen zeigen, dass die meisten Amerikaner glauben, dass die USA irrten als sie in den Irak 2003 einmarschierten. Bush führte die Nation in einen Krieg gegen Saddam Husseins Irak, indem er sich Geheimdienstauskünfte berief, die behaupteten, der Staat im Mittleren Osten horte Massenvernichtungswaffen. Diese Waffen wurden niemals gefunden, der Geheimdienst war diskreditiert, Bushs Glaubwürdigkeit bei den US-Wählern sank tief und Saddam wurde gefangen und hingerichtet.

„Es gibt immer noch viel tun“, sagte Bush nach seinem Treffen mit dem irakischen Premierminister Nouri al-Maliki, hinzufügend, dass das Sicherheitsabkommen Irak auf ein solides Fundament stelle.

„Der Krieg ist nicht vorbei“, sagte Bush, aber „er ist eindeutig auf dem Weg gewonnen zu werden“.

Arbeitsmethoden und Arbeitsmechanismen bei den Waffenlieferungen während des Iran-Irak Kriegs

Viele Regierungen, insbesondere die Regierung der USA haben in der Weltöffentlichkeit gegen den Iran-Irak Krieg Stellung bezogen und haben sogar das Khomeini-Regime als Hauptelement des Weltterrorismus bezeichnet. Aber, wie im „Iran-Contra-Skandal“ bekannt wurde, waren diese Regierungen bestrebt, den Iran-Irak Krieg für ihre wirtschaftspolitischen Interessen in Gang zu halten. Sie haben Waffen und Kriegsmaterialien geheim an Iran, Irak und die Contras geliefert und an vielen kriminellen Aktionen teilgenommen.

Es ist wichtig zu verstehen, mit welchen Mechanismen sie die Bevölkerungen und die Weltöffentlichkeit manipulierten, und durch welchen Mechanismen und Arbeitsmethoden die Rüstungsindustrien und Privatgesellschaften von einer solchen „James Bond-Politik“ profitieren.

Die amerikanische Zeitschrift „NEWSWEEK“ hat in mehreren Artikeln diese Mechanismen dargestellt. Die Zeitschrift berichtet in Bezug auf Informationen von der „Tower Kommission“, dass Präsident Reagan, George Bush, der CIA-Direktor Casey, einige Sicherheitsberater und mehr als 50 Persönlichkeiten im Bereich Politik, Militär und Wirtschaft in den „Iran-Contra-Skandal“ verwickelt waren. (NW., 23. Feb. 87, S. 14)

Die Geheimdiplomatie und das schwarze Waffengeschäft hatten Anfang Mai 85 ihren Höhepunkt erreicht. In dieser Zeit schickte McFarlane eine Delegation unter der Leitung von Michael Ledeen nach Israel, um sich über den Iran zu „informieren“. Premierminister Peres war der Meinung, die USA sollten Kriegsmaterialien an den Iran schicken.

Am 11. Juni 85 erteilte McFarlane eine Petition und warnte die US-Regierung vor den sowjetischen und kommunistischen Gefahren im Iran. Daraufhin lieferte Israel mit Zustimmung der US-Regierung

Ende August 87 508 TOW Anti-Tank-Raketen an den Iran. (NW., 9. März 87, S. 16)

Die CIA und NSC (National Security Council) organisierten eine „Operation Sub-Group“ (OSG), in der O. North und CIA-Mann Duane Clarridge eine wichtige Rolle innehatten. Die OSG arbeitete parallel zur NSC und hatte ein eigenes Büro mit 35 elektronischen IBM-Computer-Systemen. Die OSG hatte die Aufgabe, nach der Reagan-Doktrin, den Kommunismus an allen Fronten zu bekämpfen. (NW., 2. März 87, S. 24-26)

Nach Anweisung von D. Clarridge wurden am November 85 außerdem 18 HAWK-Raketen an den Iran geliefert. (NW., 2. März 87)

Am 1. Feb. 86 schickten die USA noch 1000 TOW Anti-Tank-Raketen nach Iran. Nach Anweisung von Poindexter flog eine amerikanische Delegation unter Leitung von McFarlane im Mai 86 über Israel nach Teheran und lieferte Ersatzteile und HAWK-Raketen an das Khomeini-Regime. Diese Delegation an der O. North teilnahm, blieb zwei Tage in Teheran und verhandelte, um zwei amerikanische Geiseln in Beirut zu befreien. Nach 6 Monaten wurden zwei Amerikaner in Beirut freigelassen, aber kurz danach wurden drei andere Amerikaner wieder in Beirut entführt und als Geiseln genommen. (NW, 9. März 87, S. 17)

General Richard V. Secord, der ein großes Interesse am Waffengeschäft hatte, versuchte O. North mit einem sogenannten „Verwandten“ einem einflussreichen Mann im Iran (Rafsandjani) bekannt zu machen. O. North traf den „Verwandten“ in Frankfurt/M. und übergab ihm eine Bibel, die R. Reagan unterzeichnet hatte als Geschenk für Parlamentspräsident Rafsandjani. O. North versprach ihm in Zukunft noch weitere Kriegsmaterialien an den Iran zu liefern und die verhafteten Pro-Khomeini Terroristen in Kuwait durch den Einfluss der USA zu befreien.

Nach diesem Treffen lieferte die US-Regierung 500 TOW Anti-Tank-Raketen am 29. Oktober 1986 an den Iran (NW, 9. März 87)

Einige Tage danach wurde das geheime Diplomatie- und Waffengeschäft durch Auseinandersetzungen in der islamischen Regierung in einer libanesischen Zeitschrift Al-Shiraa (Al-Shriiaa) an die Öffentlichkeit gebracht. Interessant an dieser Geschichte ist, dass viele Politiker und verantwortliche Offiziere mit Hilfe von Kontaktmännern, unter Deckung verschiedener Firmen und Handelsgesellschaften, mit solchen antikommunistischen Parolen Kriege führten und durch offizielle und geheime Waffengeschäfte finanziell enorm profitierten. So wurde z.B. durch den „Iran-Contra-Skandal“ bekannt, dass General Richard V. Secord mit Hilfe einiger CIA-Männer wie Theodore Shackley, Thomas Clines, Wilson und mit ägyptischen Partnern die Firma EASTCO (Egypt. American Transport & Service Corp.) gegründet hatte. Der General hatte während des Vietnam-Krieges eine „Beraterfunktion“ inne, organisierte später in Thailand Luftangriffe gegen Laos und unterstützte 1975 das Schah-Regime bei der Ausbildung der Luftwaffe. Aufgrund seiner Empfehlungen wurden Modernisierungen für einige Milliarden Dollar durchgeführt.

General R.V. Secord hatte auch eine andere Firma mit Wilson und Albert Hakim mit dem Namen: „Stanford Technology Trading Group International“ gegründet.

Außerdem wurde von ihm mit Hilfe von O. North und A. Hakim ein Schiff namens ERRIA gekauft, das zwischen Europa-Zypern-Iran und Lateinamerika Waffentransporte durchführte. (NW., 9. März 87 und 11. Mai 87)

Die Reagan-Administration versuchte, durch geheime Waffenlieferungen an den Iran, den Golfkrieg für ihre wirtschaftspolitischen Interessen in Gang zu halten und mit den Geldern aus dem Iran die „Contras“ in Nicaragua zu unterstützen

und durch solche reaktionäre und kriminelle Politik der Rüstungsindustrie und dem Waffenhandel zu dienen.

Es wurde bekannt, dass Präsident Reagan von Anfang an über diese Unternehmungen informiert war und versuchte, durch falsche Aussagen die Bevölkerung und die Weltöffentlichkeit abzulenken und weiter zu manipulieren.

Offiziell betreibt Schweden eine neutrale Politik. Der ehemalige Premierminister Olof Palme war gegen die Fortsetzung des Iran-Irak-Krieges und von der UNO beauftragt, eine Lösung zur Beendigung des Krieges zu finden. Trotzdem beteiligte sich auch Schweden an Waffenlieferungen in die Golfregion, wobei besonders Iran mit Robot-70-Raketen sowie Kanonen der Firma „Bofors“ versorgt wurde. Doch wurden diese Waffen nicht auf dem direkten Wege in die kriegsführenden Staaten geschickt, sondern offiziell an Thailand und Singapur geschickt. Von dort aus wurden sie weiter nach Dubai (arab. Emirate) und in den Iran verschifft.

Zitat F.R. v. 9.3.87:

„Thailand erhielt zwischen 1980 und 1983 Bofors-Kanonen. Zumindest 500 weitere Robot-70-Raketen landeten von 1982 bis 1984 in Dubai. Dass sie an die kriegsführenden Länder des Golfkrieges weitergeleitet wurden, ist eine Vermutung. Als erwiesen sieht „Svenska Freds“ hingegen an, dass 200 bis 400 Robot-70 im Juli nach Iran gelangten. Auch das angesehene britische Institut für strategische Studien (IISS) ist vom Einsatz der schwedischen Luftabwehrraketen „in erheblicher Zahl“ auf Seiten der iranischen Kriegsmacht überzeugt.“

„... 304 Luftabwehrraketen waren 1979 und 1980 mit Bofors‘ Wissen via Singapur an den Golf umgeleitet worden. „Svenska Freds“ erstattete Anzeige.“

Inzwischen wurde Ende 1986 gegen die Firma Bofors Anklage erhoben, wobei jedoch einer Hauptaugenzeugen Carl Algernon (Leiter der Kriegsmaterialieninspektion) unter mysteriösen Umständen ums Leben kam. Er fiel am 15.1.87 vor einen fahrenden Zug, wobei Zeugen von einem Mordfall ausgehen, die Polizei jedoch keinen weiteren Untersuchungen nachgeht. (Frankfurter Rundschau, 9. März 87, S. 3)

Die Sowjetunion hat versucht, ihre „sowohl-als-auch“ Politik bei den Waffenlieferungen durch die „befreundeten Staaten“: Nord-Korea, Libyen und Syrien fortzusetzen.

Ungefähr 44 Staaten sind am Golfkrieg durch Waffenexporte und andere Unterstützungen direkt und indirekt beteiligt, wobei besonders Frankreichs Lieferungen an den Irak eine große Rolle spielen.

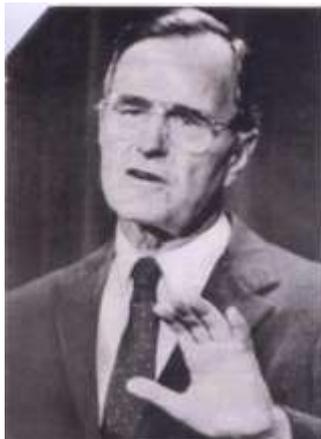
Geheimes Treffen in Genf, Schweiz

Im Zusammenhang mit dem Iran-Irak-Krieg und der „Iran-Contra Affäre“ wird ein geheimes Treffen zwischen CIA, Mossad und Delegierten des Khomeini-Regimes in einem Hotel in Genf, Schweiz, organisiert. Die CIA und Mossad benutzen Prostituierte und geheime Überwachungskameras um ihre Ziele zu erreichen! Dieses Szenario zeigt die freundschaftlichen Beziehungen zwischen CIA, Mossad und den islamischen Fundamentalisten. Diese Foros habe aus einer Quelle erhalten. Rafsanjani und Mohsen Rezaii wussten damals, was geschehen war!

Dieses Szenario zeigt, wie CIA, Mossad und die Islamischen Fundamentalisten politisch und kulturell miteinander umgehen!



Weitere Belege über die Kriegsverbrechen im Nahen Osten und die Rolle der Bush-Administration (Vater und Sohn):



„Staubwürdigkeit erschüttert ist“

tionales Sicherheitsrates, Anhaltspunkte für kriminelle Vergehen gefunden.

Wenn der Sonderstaatsanwalt gerichtlich ernannt ist, wahrscheinlich noch in dieser Woche, muß er vor allem die Grundfragen der Affäre zu klären versuchen:

▷ Wer außer North war innerhalb der Reagan-Administration am Waffengeschäft mit dem Iran und an der Contra-Finanzierung beteiligt, wer wollte davon, etwa doch Donald Regan, allgewaltiger Stabschef im Weißen Haus, oder der mächtige CIA-Boss Casey?

▷ Wie hoch war der tatsächliche Umfang der an den Iran gelieferten Waffen und wie konnte das abgezweigte Geld an die Contras gelangen?

▷ Würden außer dem bis vor zwei Monaten gültigen Verbot von direkter und indirekter Militärhilfe an die Contras noch andere US-Gesetze verletzt?

Dabei trägt das Erschrecken über die Enthüllung, daß in den vergangenen Jahren unter Beteiligung des Weißen Hauses ein offiziell verbotener Krieg gegen Nicaragua geführt wurde, gleichfalls Züge von Heuchelei. Zu deutlich waren die Spuren dieses angeblich geheimen Krieges gewesen, zu deutlich war er von Reagan selbst („Ich bin ein Contra“) ermuntert worden.

Hinter der Aggressivität gegen Nicaragua zeichnet sich eine weitere, eine heimliche Offensive ab: der Kampf der amerikanischen Rechten um die Macht im eigenen Land.

Als die „Washington Times“ im Mai 1985 den „Fonds für die Freiheit Nicaraguas“ ins Leben rief, um 14 Millionen Dollar für die vom Kongreß angeblich im Stich gelassenen Contras zu sammeln, war unverhülltes Lob aus dem Weißen Haus gekommen: Die Organisation, schrieb Reagan, repräsentiere die „edelsten Instinkte Amerikas“.

Das wäre schrecklich für Amerika. Ganz sicher repräsentiert die Gruppe – nur eine von vielen, die den Kampf der Contras zu ihrem eigenen machten – einen Teil der amerikanischen Rechten, der sich so fanatisch noch keiner anderen Sache angenommen hatte. Im Vorstand der Vereinigung war alles vertreten, was bei Amerikas Konservativen Rang, Namen und, unter diesem Präsidenten,

endlich auch politische Macht gewonnen hatte.

Chef der Organisation ist William Simon, Finanzminister unter Nixon und Ford, der als Präsident der Olin-Stiftung Millionen für Anliegen der Rechten verteilt. Die Stiftung versteht sich als Gegenstück zu der angeblich liberalen Ford-Stiftung.

Vertreten ist ebenso Jeane Kirkpatrick, Reagans ehemalige Uno-Botschafterin, die bei der amerikanischen Rechten den Posten einer Chefideologin hält, die Erfinderin jener feinen Unterscheidung zwischen totalitären Regimen, die es – weil mehrheitlich kommunistisch – zu bekämpfen gilt, und autoritären Regimen, die man – weil mehrheitlich amerikafreundlich – beeinflussen und unterstützen soll.

Mitglied des Vorstandes ist ferner Michael Novak, der sich an einer „Theologie des Kapitalismus“ versucht hat. Wie kaum ein anderer hat Novak dazu beigetragen, das American Enterprise Institute zu einem Gegengewicht zu liberalen Think-tanks wie der Brookings Institution zu machen.

Vertreten ist auch die kämpferische Midge Decter von Konkurrenzverein Heritage Foundation. Das Institut ist derzeit der bedeutendste Talent-Pool für stramm rechten Nachwuchs in den Stüben von Kongreß und Administration, und Midge ist Ehefrau des Politologen Norman Podhoretz, der sich als oberste Instanz des Neokonservatismus versteht.

An diesem Fonds für die angebliche Freiheit Nicaraguas sind nicht das gesammelte Geld und seine möglicherweise gesetzeswidrige Verwendung auch für Waffen so wichtig, sondern die Tatsache, daß mit seiner Gründung der Contra-

Ex-Sicherheitsberater McFarlane: „Das ist eine Poika, die Krokodile füttert“



gua, dessen sich die Regierung bedienen konnte, als der Kongreß drohte, den gar nicht so geheimen Krieg gegen die Sandinisten per Beschluß zu beenden.

In diesem Hilfswerk fand Oliver North Ansprechpartner, die ihm in den vergangenen Jahren als Verbindungsleute zwischen den Rebellen und dem Weißen Haus dienten: den pensionierten General John Singlaub etwa, der seine Erfahrungen in subversiver Kriegführung nach dem Zweiten Weltkrieg, nach Korea und Vietnam, nun auch in Nicaragua anwenden durfte. Sein „US-Rat für die Freiheit der Welt“ sammelte Millionenbeträge für die Contras.

Diesem Hilfswerk entstammt auch Tom Posey, dessen Gruppe „Civilian-Military Assistance“ von North vorübergehend mit der Aufgabe betraut worden war, von Costa Rica aus eine Südfront für die Contras aufzubauen.

Posey-Kollege Robert Owen, dessen Beratungsfirma vom State Department 50 000 Dollar für ihre Dienste bei der Übermittlung „humanitärer“ Hilfe an die Contras bekam, hatte von North in Wirklichkeit eine andere Aufgabe erhalten: Als „Prokonsul“ des Oberleutnants, so ein prominenter Contra-Führer, organisierte Owen in Honduras den militärischen Widerstand nicaraguanischer Indianer gegen die Sandinisten.

Mit diesem Hilfswerk, an dessen Aufbau er maßgeblich beteiligt war, konnte North den Contra-Krieg weiterführen, als dem Kongreß die offizielle US-Hilfe zu weit ging.

Nach und nach hatte die Regierung in Washington Nicaraguas nördlichen Nachbarn Honduras zu einer Aufmarschrampe für ein mögliches Eingreifen gegen die Sandinisten ausgebaut. Die Infrastruktur erstellten US-Soldaten in praktisch pausenlosen Manövern in Honduras, die General Paul Gorman, von 1983 bis 1985 Chef des US-Kommandos Süd in Panama, leitete.

Als die CIA schon über 25 Millionen Dollar in den geheimen Krieg investiert hatte, ihre Contra-Schützlinge aber noch keinerlei Landgewinne verbuchen konnten, beschloß der Geheimdienst eine unerhörte Direkt-Operation: Am 10. Oktober 1983 beschossen Soldner von Schnellbooten aus die Öltanks des nicaraguanischen Pazifik-Hafens Corinto, zwölf Millionen Liter Treibstoff verbrannten, 20 000 Einwohner der Stadt mußten evakuiert werden.

Es sollte so aussehen, als hätten Contras den Sabotageangriff unternommen. Tatsächlich hatte sich die CIA einer gemischten lateinamerikanischen Söldnertruppe bedient.

Im Januar 1984 verminen die Söldner von einem außerhalb der nicaraguanischen Hoheitsgewässer ankernden CIA-Schiff aus Nicaraguas Häfen Puerto Cabezas, Corinto, Puerto Sandino und El



Gefangener Hasenlus: US-Waffen ...

Bluff. Kurz darauf liefen Fischerboote der Sandinisten auf Minen, es gab Verletzte. Auch sechs ausländische Schiffe, darunter ein Frachter aus der Sowjet-Union, wurden beschädigt.

Edgar Chamorro, damals für Public Relations der Contras zuständig, beanspruchte die Urheberschaft an der Aktion. Auf hartnäckige Fragen des Kongresses jedoch mußte CIA-Chef William Casey Mitte April 1984 eingestehen, daß seine Leute die Verminung geplant und durchgeführt hatten.

Nach dieser Affäre strich der Kongreß im Mai 1984 jegliche Militärhilfe für die Contras und verpflichtete CIA wie Pentagon, ihre Beziehungen zu den antisandinistischen Kampfverbänden abzubrechen.

Ummittelbar danach jedoch besuchte der damals nur Eingeweihten bekannte Oberleutnant Oliver North die Contraführer in Honduras und versicherte ihnen, die Reagan-Regierung werde sie weiter unterstützen, auch gegen den Kongreßbeschuß.

Während des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes im Herbst 1984 – der Minenskandal war fast schon vergessen – wurde die amerikanische Öffentlichkeit erneut aufgeschreckt: durch ein Handbuch zur psychologischen Kriegführung, 1983 verfaßt im Auftrag der CIA von einem pensionierten US-Major namens John Kirkpatrick.

Die Broschüre enthält regelrechte Mord-Ratschläge für die Contras: Sie sollten Berufsverbrecher anheuern und Zwischenfälle provozieren, bei denen Contras von Sandinisten getötet würden, so daß „Märtyrer für die Sache geschaffen werden“.

Nach dem offiziellen CIA-Rückzug aus den Aktionen gegen Nicaragua blieb Oliver North der Verbindungsstamm zu den Contras, die sein Präsident zunehmend als „Freiheitskämpfer“ verherrlichte. North beriet die Führer politisch



...am Kongreß vorbei: Abgestürzte US-Hubschrauber*

* Bei der gescheiterten Genes-Befreiung im Jahr 1981.

US-Kriegsverbrechen während der Regierungen Bush (Vater & Sohn)
im Nahen Osten

Ich habe an der JWG-Universität in Frankfurt/M. recherchiert, dass über 42 Länder und Regierungen an Waffengeschäften am Golfkrieg beteiligt waren.

Der Weg der schwedischen Raketen in den Golfkrieg

Zwei Firmen aus der Nobel-Gruppe lieferten trotz Verbot, und die Regierung muß es eigentlich gewußt haben

Von Hannes Gamillscheg (Kopenhagen)

Ingvar Bratt hat nicht von Gehäben seine Helden. Er rühmt sich nicht der Entschlossenheit des Oberbefehlshabers aus dem Südschonen Korpsbegriff zum wichtigen Zungen Munden. Waffengeschäfte gemacht haben. Bratt erzählt mit der Ruhe eines Mannes, der weiß, daß er in diesem wichtigen Augenblick die richtige Entscheidung getroffen hat.

Ingvar Bratt ist nicht immer Lehrer gewesen. 15 Jahre lang hatte er einen Weltbesser bezahlt als als Elektronenphysiker in Schwedens größter Waffenfirma, Bofors. Dort arbeitete er als Projektleiter an der Entwicklung der Luftabwehr Rakete Robot-70. Vor ein paar Jahren, sagt Bratt, habe er plötzlich erkannt, daß es falsch sei, eine Waffe zu konstruieren, die dann auf den Schlachtfeldern der Dritten Welt Anwendung finde. Und deshalb zog er wenig später die Konsequenzen und kündigte. Zuvor aber machte er einen Abend Übersetzungen und kopierte geheimtätig Papiere, die bewiesen, daß Bofors-Waffen in Kriegs- und Krisengebiete geliefert werden, obwohl die schwedischen Waffengesetze dies verbieten.

„Svenska Freds“, Schwedens größte Friedensorganisation, hatte damals begonnen, sich für Bofors' Exportstrategie zu interessieren. In mehreren Militärfachzeitschriften waren Hinweise aufgedruckt, daß die Robot-70 in Bahrain und Dubai gesehen worden waren. Bofors und die schwedische Regierung wiesigen ab: Eine Exportlizenz in die Krisenzone am Persischen Golf gebe es nicht, und es müsse eine Verwechslung vorliegen. Ingvar Bratts Papiere bewiesen das Gegenteil. 304 Luftabwehr Raketen waren 1979 und 1980 mit Bofors' Wissen via Singapur an den Golf umgeschickt worden. „Svenska Freds“ ersetzte Anträge.

Das hatte Folgen. Ganz Karikogn hängte von Bofors' Arbeitsplätzen ab, und zwar den Namen der Waffenschmiede beschnitten, braucht nicht mit Symptomen

zu rechnen. Seine alten Arbeitsplätzen scheinen ihn. Anonyme Drohbriefe folgten zu seiner nächsten Post. Doch die Staatsanwaltschaft begann zu ermitteln. Bofors-Direktor Claes-Clark Wenberg mußte den Vorsitz im Arbeitgeberverband aufgeben. Gegen sechs Abteilungsleiter läuft die Vorermittlung wegen des Verdachts, die schwedischen Waffengesetzbestimmungen systematisch unterlaufen zu haben.

Als Ingvar Bratt erzählte, daß die Robot-Lieferung nach Bahrain und Dubai kein Einzelfall gewesen sei, habe nicht einmal er ihn geglaubt, sagt Henrik Westander, der Waffenspezialist bei „Svenska Freds“. Doch Stück für Stück trug der dann die Beweise zusammen, die die einträglichen, aber illegalen Geschäfte bestätigten.

Thailand erhielt zwischen 1980 und 1983 Bofors-Kanonen. Zumindest 500 weitere Robot-70-Raketen landeten von 1982 bis 1984 in Dubai. Daß sie an die kriegsführenden Länder des Golfkrieges weitergeleitet wurden, ist eine Vermutung. Als erwiesen sieht „Svenska Freds“ hingegen an, daß 200 bis 400 Robot-70 im Juni nach Iran gelangten. Auch das ungesicherte britische Institut für strategische Studien (IISS) ist vom Einsatz der schwedischen Luftabwehr Raketen „in erheblicher Zahl“ auf Seiten der iranischen Kriegsmacht überzeugt.

Alle diese Geschäfte waren getarnt. Die Munition war offiziell für Jugoslawien bestimmt. So bekam Nobel Kemi die notwendigen Exportlizenzen. Kriegsmaterialexport ist in Schweden verboten, sagt Carl Johan Aberg, der Staatssekretär im Außenhandelsministerium, „aber die Regierung kann Ausnahmegenehmigungen erteilen“. Das tut sie, wenn das Empfängerland unverzüglich erscheint. Schweden, so lautet die offizielle Haltung, müsse um eine glaubwürdige Neutralität aufrechterhalten zu können, und um Kontakte Waffendindustrie haben, und um Kontakte

günstig produzieren zu können, sei ein gewisser Export notwendig. Bei Bofors betraf der Exportanteil 81 Prozent.

Der Mann, der dem Handel mit Iran vermittelte, bestätigt freilich, daß Nobel Kemi nie im Zweifel war, wo das für Jugoslawien deklarierter Schießpulver in Wirklichkeit landen würde. „Es gibt nur zwei Großabnehmer für Munition und Sprengstoffe, und das sind Iran und Irak“, sagt der Waffenhändler „Karl-Erik Schmitt aus Malmö. Der Vertreter von Nobel Kemi sprach noch davon, wie phantasievoll dieser Markt sei. Dort kauft man die Munition ja nicht gerade, um sie in Lagern zu stapeln.“

Die Waffenproduzenten berufen sich auf zwei Männer, die sich nicht mehr wehren können: auf den schon 1979 verstorbenen Kriegsmaterialinspektor Bengt Rosenius und auf den im Vorjahr ermordeten Olof Palme. Daß Palme geschäftig mit seiner Mitlerrolle im Iran-Irak-Konflikt auch über schwedische Waffenslieferungen nach Iran Bescheid gewußt und 1985 versetzt haben soll, diese zu unterstützen, aber auch schwer zu widerlegenden – Theorie gefährt, das Motiv für seine Ermordung sei in seiner Rolle im Golfkrieg zu suchen.

Ministerpräsident Ingvar Carlsson meint, er könne „ganz entschieden dementieren“, daß die Regierung oder einer ihrer Mitglieder vom illegalen Schmuggel schwedischer Waffen in Kriegszonen gewußt habe. Wenn sie nichts davon wußten, dann sind sie außerordentlich inkompetent“, entgegnete Lars Augustav, der Vorsitzende von „Svenska Freds“. Er nennt als Beispiel jene 49 Schiffskanonen, die Bofors in den achtziger Jahren mit allen notwendigen Genehmigungen an Singapur verkauften. Der Staatsrat hat in den letzten zehn Jahren nur ein neues, mit zwei Kanonen bestücktes Schiff gekauft, und seine übrige Flotte nicht modernisiert. Was sollte er mit 40

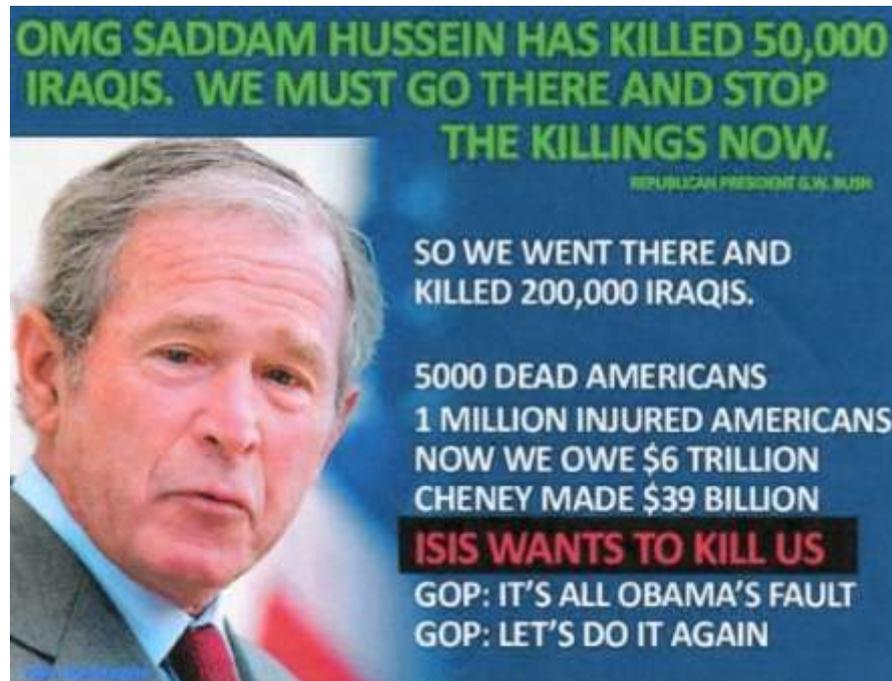
Kanonen? Auch sie dürfen heute im Golfkrieg im Einsatz sein.

Doch, Schweden. Kriegsmaterialinspektion akzeptierte Singapur als Endabnehmer, ohne relevante Fragen zu stellen. „Im Umgang zwischen Ländern pflegt man ja nicht zu betrogen“, erklärt Staatssekretär Aberg. Auch als die Polizei lästigt gegen Bofors ermittelt, inwischen ins Landwirtschaftsministerium versetzte („Svenska Freds“ meint strafversetzt) damalige Außenhandelsminister Mats Hellström im Verteidigungsministerium von Singapur nach. Ein Staatssekretär gab ihm die Auskunft, daß mit den Waffengeschäften alles in besserer Ordnung sei. Daß der Staatssekretär nebenbei Vorstandsvorsitzender der Waffenhändlerfirma Unocorn International war, die den Weitervertrieb des eingekauften Kriegsmaterials organisiert, störte Hellström nicht.

Daß Ingvar Carlsson jetzt die Regierung und Bofors auf diese Handel unterlassen lassen will, findet Augustin „illegitim“. Das des Schmuggels verächtliche Unternehmen und die der Mitarbeiter schätzte verticliche Regierung sollten gemeinsam ihr eigenes Vorgehen durchleuchten.

In Kärze wird gegen acht Nobel-Kemi-Direktoren Anklage erhoben. Die Voruntersuchungen der Polizei gegen die Bofors-Leitung sind nahezu abgeschlossen. Ein Hauptzeuge jedoch kann nicht mehr aussagen. Carl Almqvist, der Leiter der Kriegsmaterialinspektion, der über die Waffenexporte mehr wußte als jeder andere, fiel am 15. Januar in einer Station der Stockholmer Tunnelbahn vor einem einfahrenden Zug. Die Polizei hat die Akte über Almqvists plötzlichen Tod rasch wieder geschlossen. Es war ein Unfall, zeugen, die gesehen haben wollen, daß der Kriegsmaterialinspektor vom Perron gestürzt wurde. hätte sich, meint die Polizei, geirrt.

Waffenlieferungen: z. B. berichtet die Frankfurter Rundschau, Montag, 9. März 1987, Nr. 57 über Waffenlieferungen aus Schweden



George W. Bush ist schuldig des Bürgerkriegs, Völkermords und an der Entstehung von Terrorismus, Korruption und Zerstörungen im Irak

Kapitel 12

Die neue Welt-Ordnung:

Die Entstehung und Bildung des Terrorismus und eines neuen Faschismus in der Welt

Die Welt ist in zwei Hauptzonen geteilt.

Die Großmächte wie USA, Großbritannien, Frankreich haben die alte Kolonialpolitik in neue Formen gebracht. Die Souveränität von vielen Ländern in Afrika, Asien, und Lateinamerika wird missachtet. Die Menschenrechte in diesen Ländern werden mit Füßen getreten, die Wirtschaftsquellen von unterentwickelten Ländern werden durch sogenannte „Big-Power“ ausgebeutet.

Diese neuen Kolonialmächte versuchen folgendermaßen ihre Macht auszudehnen:

- 1- Sie organisieren Putsche (Coup d'Etat) gegen demokratische Regierungen und bringen ihre Marionetten an die Macht (wie 1953 im Iran).
- 2- Unter dem Vorwand „Kampf gegen Terrorismus“, besetzen sie die Länder militärisch (wie in Afghanistan, Pakistan, Irak und Syrien...).
- 3- Finanziell und militärisch unterstützen sie islamische Extremisten, oder hetzen die religiösen und ethnischen Gruppen gegeneinander auf, um einen Anlass für militärische Interventionen (Eingreifen) zu finden. Beispiel: Die USA haben mit Hilfe Saudi-Arabiens die „Taliban“ in Pakistan und Afghanistan gegründet. In diesem Zusammenhang haben die Familien Bin Laden und George Bush eng zusammengearbeitet.

4- Sowohl die USA als auch Großbritannien haben jahrelang den Schah als Marionette im Nahen Osten benutzt. Sobald sie aber erfuhren, dass der Schah bald an einer Krebserkrankung sterben wird, beschlossen die USA und ihre europäischen Partner während der „Guadeloupe Konferenz“, eine islamisch-extremistische Regierung unter Führung von Khomeini im Iran an die Macht zu bringen.

Die Krankheit des Schahs wurde lange geheim gehalten – er starb im Juli 1980 in Ägypten. Aber erst im Jahre 2006 wurde in der Zeitung New York Times (am 30. April, 2006) darüber berichtet, dass Dr. Jean A. Bernard, ein französischer Hämatologe, sich bereits früher über die Krankheit des Schahs geäußert hatte.

5- Die Machthaber und die Staatsapparate in den USA, Großbritannien und Frankreich respektieren die demokratische Rechte der Bevölkerung der unterentwickelten Länder nicht, und die Dokumente zeigen, dass sie immer versuchen, mit Hilfe einiger Agenten die Freiheitsbewegungen in diesen Länder zu infiltrieren, um die politisch-demokratische Bewegungen zu instrumentalisieren. (vgl. The New Yorker, 11. Dezember 1978; und The New Yorker, 6. März 2006).

6- Es gibt Belege, dass ISIS mit Hilfe Saudi-Arabiens, der Türkei, Israels und den USA gegen Syrien und Irak gegründet und politisch, sowohl militärisch als auch finanziell, unterstützt wurde. Diese Extremisten (wie in Afghanistan, Pakistan, Iran) haben sich aber jetzt entschieden, nicht mehr abhängig von ihrem Boss (USA) zu sein und ebenfalls Irak angegriffen und geplant, eine islamisch-extremistische Großmacht im ganzen Nahen Osten zu gründen. Natürlich nahmen die USA, Großbritannien und Frankreich diesen Vorfall zum Anlass, ihre militärischen Interventionen im Nahen Osten zu rechtfertigen und über das Schicksal dieser Länder zu bestimmen.

7- Die USA überwachen und spionieren die Deutschen und andere Europäer aus, aber die meisten Politiker dieser Ländern schweigen und haben keinen Mut, solche Beziehungen zu beenden. Die meisten Politiker in der Bundesrepublik Deutschland verhalten sich gegenüber der US-Außenpolitik opportunistisch; was die US-Regierung macht, wird von der Mehrheit der deutschen Politiker akzeptiert.

8- Russland ist zwar kein Freund der unterdrückten Völker, aber wegen der Rivalität mit den USA versucht Russland sich manchmal gegen die US-Politik zu stellen.

9- Die besten Freunde der Regierungen von USA und Großbritannien in der Region sind Saudi-Arabien und die Türkei. Warum?

10- In Saudi-Arabien herrschen immer noch die barbarischen und mittelalterlichen Gesetze und Gesellschaftsordnungen; Frauen werden als Sexsklaveninnen behandelt. Aber die US-Regierung und fast alle Politiker in Europa schweigen über die Unmenschlichkeit in Saudi-Arabien und versuchen sogar mit Hilfe Saudi-Arabiens die islamischen Terroristen zu unterstützen, um die progressiven und demokratischen Kräfte in der Region zu bekämpfen, die Länder zu besetzen um den Reichtum diese Ländern auszubeuten.

11- Für die USA, Großbritannien und Frankreich sind die Öl- und Gas-Quellen wichtiger als Demokratie und Menschenrechte in diesen Ländern.

12- Die militärische Invasion von USA, Frankreich (Nikolas Sarkozy) und Großbritannien (David Cameron) in Libyen war ein Kriegsverbrechen. Diese Regierungen wollten die Gas- und Öl-Felder besetzen und ausbeuten; aber dadurch haben sie das ganze

Land zerstört, Millionen Menschen umgebracht, und durch islamische Extremisten einen Bürgerkrieg in Libyen verursacht.

13- Die Türkei ist immer eine politische und militärische Basis für die USA und Großbritannien gewesen. Die Großmächte versuchten durch CENTO, und danach durch die NATO, ihre politischen und militärischen Interessen in der Region durch direkte oder geheime Kooperationen mit der türkischen Regierung zu verwirklichen.

14- Die Türkei war am Massaker und Völkermord an den Armeniern von 1915 bis 1917 beteiligt - die türkische Regierung hat Millionen Armenier umgebracht.

15- Die türkische Regierung hat permanent die Kurden unterdrückt und eliminiert.

16- Herr Tayyip Erdoğan, der türkische Präsident, hat offiziell bekannt gegeben, dass Frauen nicht gleichberechtigt sind, weil sie von Natur aus nicht gleich gebaut seien!!!

17- Von der Türkei aus ist eine rassistische Organisation mit dem Namen „Graue Wölfe“ mit Unterstützung des türkischen Geheimdiensts tätig, um in den Nachbarländern ethnische und religiöse Gruppen gegeneinander aufzuhetzen oder versucht, durch Bürgerkrieg die Region zu destabilisieren. Die Großmächte wie die USA und Großbritannien behaupten jedoch, dass sie mit Hilfe Saudi-Arabiens und der Türkei die Demokratie in der Region verwirklichen wollen!!!

18- Es wird täglich darüber berichtet, dass wegen militärischen Interventionen von USA, Großbritannien und Frankreich in Afrika, und dem Nahen Osten Millionen von Menschen aus der

Zivilbevölkerung flüchten und während der Flucht versterben oder in Europa Rassismus ausgesetzt werden.

Die Rolle Israels in der Region

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der Staat Israel durch militärische Unterstützung von Großbritannien in Palästina gegründet.

Einige demokratische Kräfte in der Welt haben gehofft, dass ein jüdischer Staat, der die unterdrückten Juden und Opfer des Holocausts vertrete, das beste Beispiel für die demokratischen Beziehungen in der Region sein würde. Aber ganz im Gegenteil, Israel wurde durch Zionisten und sowohl britische als auch amerikanische Lobby-Gruppen beherrscht und viele Machthaber in Israel haben permanent eine rassistische und kriminelle Politik in der Region ausgeübt.

Beispiele: Der Sechs-Tage Krieg von 1967 unter Führung von Moshe Dayan; die militärische Besetzung des Libanon und die Massaker an den palästinensischen Flüchtlingen durch Ariel Sharon im Jahre 1982 im Libanon darf man als historische Beispiele nennen.

Politiker wie Yitzhak Rabin haben versucht durch Friedensabkommen mit den Palästinensern in Frieden zu leben, aber er wurde durch einen jüdischen Extremisten ermordet und reaktionäre Politiker wie Netanyahu haben anschließend die Macht ergriffen. Netanyahu hat wie ein Verbrecher die Terroraktionen gegen die Palästinenser begonnen. Die Bombardierung der Zivilbevölkerung, der Schulen, Krankenhäuser, und die Zerfleischung von mehreren Hundert Kindern wurden in Palästina fortgesetzt. Und in einer solchen Situation beobachteten die Großmächte wie USA, Großbritannien und Frankreich diese kriminellen Aktionen von Netanyahu, ohne etwas Ernsthaftes zu unternehmen!!!

Ich habe während meiner früheren politischen Aktivitäten einige Persönlichkeiten der palästinensischen Bewegung wie Khalil Al-Vazir (Abu Jihad) und Mahmud Hamshahri kennengelernt. Sie waren keine „Terroristen“, sondern Widerstandskämpfer, die mit den Juden in Frieden leben wollten.

Aber israelische Terroristen haben Abu Jihad und einige andere PLO-Führer und Mitglieder 1988 in Tunis getötet. Hamshahri war PLO-Vertreter in Frankreich. Er war mit einer Französin (Marie Claude) verheiratet. Mossad-Agenten haben in seiner Wohnung in Paris unter dem Telefon eine Bombe platziert und ihn getötet. Es war eindeutig, dass die französische Polizei mit Mossad zusammengearbeitet hat.

Ich bin von verschiedenen Quellen darüber informiert worden, dass sowohl die USA als auch viele europäische Regierungen den Mossad (Israeli)-Agenten erlauben, Ausweise und Reisepässe, ausgestellt von den USA und europäischen Ländern, für ihre terroristischen Aktivitäten zu nutzen.

Während des Iran-Irak Kriegs haben die US-Regierung und die Regierung Israels geplant, Khomeini und Saddam Houssein gegeneinander aufzuhetzen und diese Länder zu zerstören und zersplittern zu lassen. In diesem Zusammenhang haben CIA und Mossad ein geheimes Treffen mit Delegierten des Khomeini-Regimes in Genf, Schweiz, organisiert. Die Vertreter des Khomeini-Regimes waren Mullahs und Revolutionsgarden (Pasdaran).

Im Hintergrund: FR. 77. Jan. 87¹ **FR**

Israels Arm in Libanon

Die arabische Wochenschrift „Al Awdah“ in Ostjerusalem brachte auf dem Titelblatt ihrer jüngsten Ausgabe die Schlagzeile „Will Israel wieder nach Libanon einmarschieren?“ Diese Frage des der PLO nahestehenden Blattes ist in dieser Form zwar überspitzt, aber sie ist nicht aus der Luft gegriffen. Die „Südlbanesische Armee“ (SLA) – ein großer Name für eine kleine Miliz – kontrolliert im Auftrag Israels eine schmale Sicherheitszone in Südlbanon. Sie wird vom militärischen Arm der Hizbollah-Organisation der fundamentalistischen Schiiten, hinter der Teheran steht, hart bedrängt.

Es ist Israels Politik, so wenig wie möglich mit eigenen Truppen im südlbanesischen Raum in Erscheinung zu treten und, wenn nötig, nur mit mobilen Einheiten, die sich schnell wieder über die Grenze absetzen können. Die neuen Ereignisse haben jedoch Zweifel aufkommen lassen, ob die SLA, die aus christlichen und schiitischen Freiwilligen besteht, einer ernsthaften Offensive der Hizbollah standhalten kann. Seit Mai 1985, als die Sicherheitszone abgesteckt wurde, hält die SLA längs der israelischen Grenze eine Reihe von Stützpunkten, die in letzter Zeit zum Angriffsziel der Hizbollah geworden sind. Sieben wurden erobert, zwanzig SLA-Soldaten getötet, zahlreiche verwundet und drei Panzerwagen erbeutet.

Angesichts dieser Verluste macht sich in der SLA eine gewisse Demoralisierung bemerkbar. 250 der etwa 2000 Mann starken Truppen sind desertiert, und ihrem Kommandeur General Antone Lahad fällt es trotz erhöhten Soldes nicht leicht, neue Rekruten zu finden. Wenn er sie wirklich findet, sind sie wegen ihrer schnellen, oberflächlichen Ausbildung den gut trainierten Hizbollah-Kriegern unterlegen.

Jerusalem hat sich bisher gegenüber den Nachschub-Konzentrationen der Hizbollah-Truppen im Bekaa-Tal in Ostlibanon und in der Küstengegend bei Tyrus recht zurückhaltend gezeigt, weil Washington besorgt ist, eine groß angelegte israelische Aktion könnte die letzten Befreiungschancen für die US-Geiseln zunichte machen, die sich in den Händen der Anhänger Khomeinys befinden. Außerdem ist es schwer, gegen ihre Frontlinie vorzugehen, da sich Hizbollah-Einheiten nördlich der Sicherheitszone in Dörfern eingenistet haben und jeder Beschuß die Dorfbewohner in Mitleidenschaft ziehen würde. So können die Hizbollah-Truppen ungestört ihre Überraschungsangriffe vorbereiten, zumal ihr Nachrichtendienst dem der SLA weit überlegen ist.

Linie gebildet, um internen libanesischen Interessen zu dienen, leider angesichts der Zerrissenheit des Landes nicht seinen Gesamtinteressen. Allerdings werden wir alles tun, damit sie diese Mission erfüllen kann,“ sagte er.

Militärexperten in Israel fürchten, daß auch die Artillerie, mit der die SLA vor kurzem ausgestattet wurde, nicht ausreichen dürfte, um die Lage zu konsolidieren, und daß die israelische Armee gezwungen sein wird, ihre Präsenz in Südlbanon zu verstärken. Von einer Invasion kann schon deshalb keine Rede sein, weil dies nicht nur in Washington, sondern auch in Israel inakzeptabel wäre. Eine Rückkehr in den libanesischen „Sumpf“ würde in Israel eine Panik auslösen. Im Notfall, um die Nordgrenze zu schützen, denkt man an kurzfristige Kommando-Unternehmen und Aktionen der Luftwaffe.

Die Situation wird dadurch noch unklarer, daß zwischen der SLA und der UN-Friedenstruppe (UNIFIL) Spannungen bestehen, die nicht selten zu unliebsamen Zwischenfällen geführt haben. Der letzte ging jedoch von einer israelischen Patrouille aus, die auf eine von irischen Truppen gehaltene UNIFIL-Stellung schoß und einen ihrer Soldaten tötete. Jerusalem hat sich zwar entschuldigt, sein Bedauern ausgesprochen und den Irrtum einem jungen, unerfahrenen Offizier angekreidet, dem ein Disziplinarverfahren droht. Es ist aber hinreichend bekannt, daß Israel die UNIFIL-Truppe als ein störendes Element betrachtet, das zur weiteren Verwirrung der Lage wesentlich beiträgt.

Auch die PLO verstärkt auf dem Luft- und Seeweg ihre Positionen in Südlbanon. Obwohl Israel versucht hat, einige dieser Transporte abzufangen, rechnet man hier mit einer neuen PLO-Front in der Gegend von Sidon und Tyrus.

Daß die PLO dabei von den christlichen Maroniten unterstützt wird, den jahrelangen Verbündeten Israels, ist ebenso paradox wie die Tatsache, daß

Eine Schlagzeile der arabischen Zeitschrift „Al Awdah“:
Will Israel noch einmal in Libanon einmarschieren?



Die Süddeutsche Zeitung berichtet über Trauer und Tod im Nahen Osten
(11. Juli. 2014, Nr. 157)

International

The New York Times, Monday, Jan. 26, 2015



The author Amos Oz, a veteran of the 1967 Middle East war, listens for the first time to taped testimony that he gave at the time.

Disillusioned by War, Israeli Soldiers Muted in 1967 Are Given Fuller Voice

By JODI RUBIN

TEL AVIV — A young Israeli soldier, fresh from the front, bluntly recounts the orders from above. "They never said, 'Leave no one alive,' but they said, 'Show no mercy,'" he explains. "The brigade commander said to kill as many as possible."

Another recalls encountering Arabs on rooftops. "They're civilians — should I kill them or not?" he asks himself. "I didn't even think about it. Just kill! Kill everyone you see." And a third makes it personal: "All of us — Avnatan, Zvika, Yitzhak — we're not murderers. In the war, we all became murderers."

The wrenching, taped testimony is not from last summer's bloody battle in the Gaza Strip but from the 1967 war, when Israel started out fighting Egypt, Jordan and Syria for

its very survival and ended up seizing the West Bank, Gaza, the Sinai Peninsula and parts of the Golan Heights. As the International Criminal Court considers a war crimes investigation in the recent conflict, a new documentary film is showcasing previously unaired admissions of brutal behavior by an earlier generation.

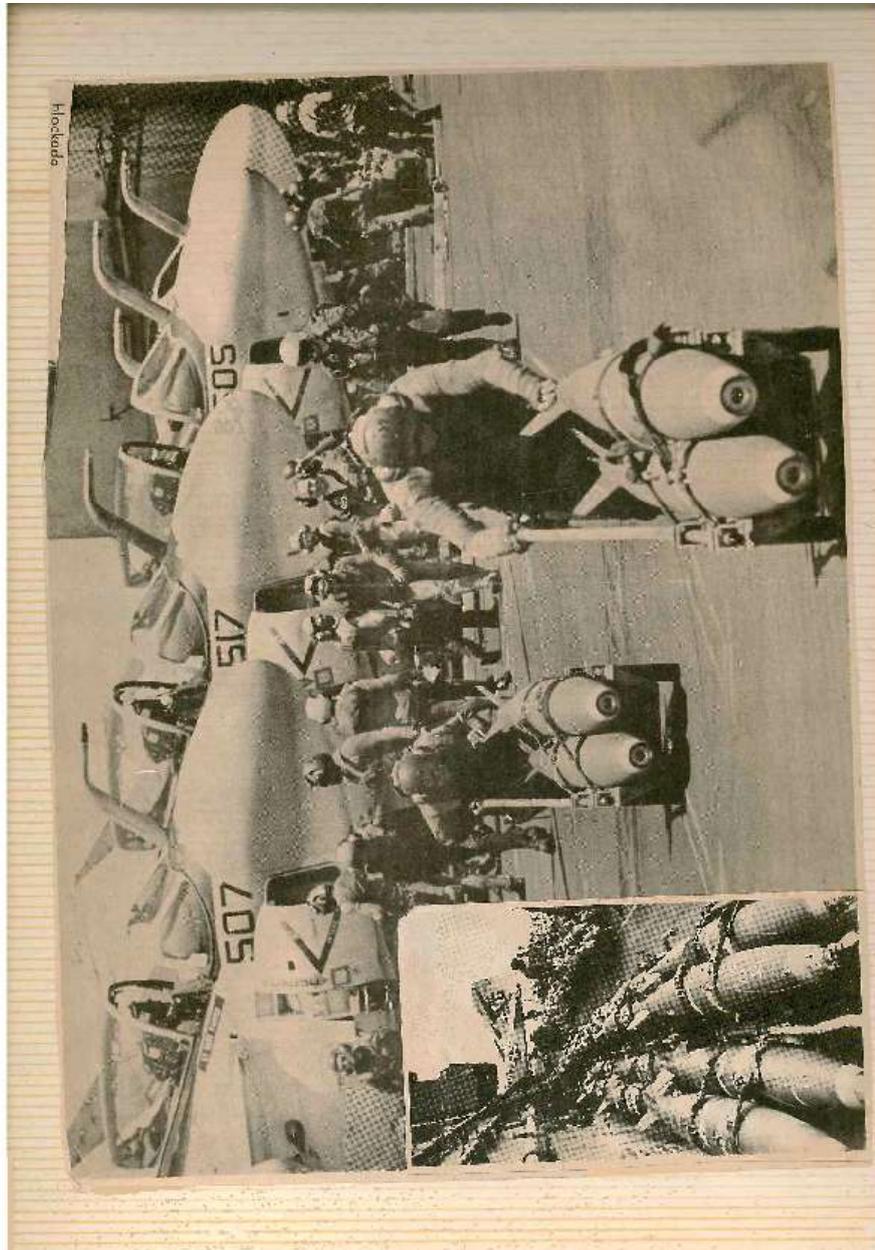
The film, "Censored Voices," premiered at the Sundance Film Festival on Saturday, the latest in a series of movies by leftist Israeli filmmakers who have won awards abroad by presenting harsh looks at their own society. Based on interviews that the military heavily edited at the time, it includes accounts of Israeli soldiers summarily executing prisoners and evacuating Arab villages in a manner that one fighter likened to the Nazis' treatment of European Jews.

The director, Mer Loushy, said in an interview that she was trying to revamp the prevailing Israeli narrative of triumph in 1967 in light of all that has happened since, and that the film "is very relevant for today."

But with Israel increasingly in a defensive crouch on the international stage, the film raises concerns that, viewed without consideration for the existential threat Israel faced at the time, it could become camp for contemporary critics.

"People abroad who don't remember the way we do the circumstances of the Six-Day War will turn this into one more indictment of Israel," said Yossi Klein Kaniel, whose 2013 book, "Like Dreamers," followed the lives of a group of 1967 veterans. "If there were isolated acts of abuse by our soldiers, that should

Continued on Page A1



Die US-Regierung setzte auch chemische Waffen in Vietnam ein und war in kriminelle Machenschaften und an Menschenrechtsverletzungen beteiligt.

Kapitel 13

Zusammenfassung

Die Entstehung und Bildung des Terrorismus und eines neuen Faschismus in der Welt

Nach meinem Abitur in Teheran wollte ich entweder in den USA oder in der BRD studieren. Ich war von der amerikanischen Revolution, die zur Unabhängigkeitserklärung führte, sowie von den politischen Ideen und Taten früherer US-Präsidenten wie George Washington und Abraham Lincoln außerordentlich beeindruckt. Es war die Entscheidung meines Vaters, dass ich in der BRD studieren solle, da er selbst großen Wert auf Fleiß, Pünktlichkeit und Verantwortungsbewusstsein legte und diese Werte am besten in Deutschland vertreten sah.

Mein Vorbild war Dr. Mossadegh; 1958 nahm ich mein Studium in Tübingen (in Süddeutschland) auf, und setzte daneben auch meine politischen Aktivitäten fort. Obwohl es Zeiten gab, in denen ich Probleme mit der deutschen konservativen Regierung hatte, bin ich insgesamt sehr froh, dass mein Vater damals Deutschland als Studienland für mich ausgewählt hatte. Ich bin der Meinung, dass die BRD eine pluralistische Gesellschaft ist, die durch die verschiedenen Parteien ein demokratisches Gleichgewicht in der Machtpolitik erreicht hat. Vergleicht man die Außen- und Innenpolitik der BRD mit derjenigen der USA, und einigen europäischen Ländern, kann man feststellen, dass die BRD in den Bereichen Demokratie, Wirtschaft, Sicherheit und Soziales an der Spitze liegt.

Ich habe die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und bin froh, ein Deutscher zu sein. Aber meine Beobachtungen in letzten Jahren zeigen, dass sich leider zurzeit einige deutsche Politiker opportunistisch zur US-Außenpolitik verhalten und die Friedenspolitik und demokratischen Rechte der unterdrückten Völker missachten.

Aus familiären Gründen besitze ich auch die amerikanische Staatsangehörigkeit. Und als US-Staatsbürger möchte ich ganz offen meine Ansicht über die undemokratischen und kriminellen Verhältnisse, die in den USA herrschen und auch meine Unzufriedenheit in Bezug auf die US-Innen- und Außenpolitik zum Ausdruck bringen.

In den USA leben derzeit mehrere Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze.

In den USA sind mehrere Millionen Menschen obdachlos.

„The Southern Poverty Law Center“(SPLC) berichtet, dass in den USA mehrere hunderte bewaffnete Gangster, kriminelle, und rassistische Gruppen existieren und täglich gibt es Berichte über kriminelle Straftaten auf den Straßen.

In den USA leben einige Millionäre, die durch ihre Lobby-Gruppen über die Innen- und Außenpolitik der USA entscheiden und sogar eine große Rolle bei den Kongress- und Senatswahlen in den USA spielen.

In den USA gibt es Abgeordnete, die mehr als 40–50 Jahre im Senat und Kongress sitzen und es nicht zulassen, dass die jüngere Generation und die Intellektuellen über die Zukunft des Landes entscheiden können.

In den USA darf jeder Bürger Waffen kaufen und tragen. Das ist ein Grund, warum täglich viele Menschen umgebracht werden. Aber

viele US-Politiker mit „Cowboy-Mentalität“ unterstützen das Waffengeschäft und dulden somit eine solche Situation. Eine Mischung von „Cowboy-Mentalität“ und „Rassismus“ herrscht innerhalb der US-Administration und diese politische Kultur spielt eine entscheidende Rolle bei der US-Außenpolitik.

In den USA haben viele Politiker und die zuständigen Verwaltungsmitarbeiter keine VISION, kein langfristiges Programm, für die Außenpolitik. Aus diesem Grund haben sie zunächst mit zahlreichen terroristischen Gruppen in Pakistan, Afghanistan, Iran und Irak zusammengearbeitet und diktatorische und korrupte Regierungen unterstützt. Sie haben sogar so unkultivierten Leuten wie Khomeini an die Macht verholpen, aber anschließend versucht, gegen die von ihnen selbst verursachten Probleme militärisch vorzugehen.

In einem demokratischen Staat sollten alle Abteilungen von Verwaltung und Institutionen demokratisch handeln, die Demokratie schützen und Kriminelle bekämpfen. Aber die CIA, ein wichtiges Organ der US-Administration, ist selbst in viele kriminelle und undemokratische Aktionen weltweit verwickelt. Die CIA verletzt die Menschenrechte, missachtet die Souveränität anderer Staaten und unterstützt Diktatoren. So hat z. B. die CIA die demokratisch gewählten Regierungen in Chile und im Iran gestürzt, die Souveränität dieser Länder und das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht respektiert und Diktatoren unterstützt. In Folge dessen wurden viele Menschen in diesen Ländern umgebracht.

Die US-Regierung hat den Irak durch militärisch besetzt, das Land zerstört und Bürgerkrieg und Hass verbreitet.

Die US-Regierung hat mit Osama Bin Laden und Saudi-Arabien zusammengearbeitet und einige terroristische Gruppen wie die

Taliban und Al-Qaida gegründet und mit ihnen kooperiert, weshalb die terroristischen Aktionen am 11. September in New York passiert sind. Aber George W. Bush versuchte das amerikanische Volk zu manipulieren und verbreitete Parolen wie: „I Am Proud To Be An American“.

Ich möchte jedoch betonen, dass solange solche Personen die USA regieren und solange solche Verbrechen offiziell in der Welt ausgeführt werden, solange soll kein Amerikaner „stolz“ sein.

An dieser Stelle möchte ich hervorheben, dass ich innerhalb der US-Administration auch viele gute Leute kennengelernt habe. Die Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung ist sehr freundlich, aber viele sind mit ihren täglichen Problemen beschäftigt und leider nicht genügend über ihre Rechte und Pflichten unterrichtet.

In den USA existieren einige strukturelle, politische, kulturelle und wirtschaftliche Probleme. Daher erfuhren sowohl die indianische Bevölkerung als auch die Afro-Amerikaner rassistische Übergriffe. Martin Luther King, der sich für die Menschenrechte einsetzte, wurde am 4. April 1968 ermordet. John. F. Kennedy, der mit Hilfe seines Beraters Walt Rostow eine Reformpolitik weltweit durchführen wollte, wurde durch ein Attentat am 22. Nov. 1963 ermordet (Walt Rostow, ein Ökonom, war J. F. Kennedys Berater und Autor des Buches mit dem Titel: „The Stages of Economic Growth: A Non-Communist Manifesto“). Fünf Jahre später wurde sein Bruder Robert Kennedy (Bobby), der die Ideen J. F. Kennedys weiterführen wollte im Jahre 1968 ebenfalls ermordet. Ich glaube, dass hinter den Kulissen die dunkle Mächte (die Ultrakonservativen) des Staats bei diesen Attentaten eine große Rolle gespielt haben.

Deshalb bin ich der Meinung, dass die Machtstruktur in den USA durch eine Volksabstimmung (Referendum) gründlich verändert werden muss, sonst werden die USA das gleiche Schicksal wie die ehemalige UDSSR erleiden (d. h. kollabieren).

Die Vorschläge für die Entstehung und Bildung eines friedlichen und demokratischen Weltsystems

– Schaffung einer offenen Gesellschaft, die geopolitische, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit umfasst –

Seit dem Fall der Sowjetunion und des Warschauer Pakts, haben sich die politischen, ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisse drastisch geändert. Drei starke Zentren der ökonomischen, finanziellen und politischen Macht tauchten in Europa, Ostasien und Amerika auf. Die drei Mächte sind Wettbewerber auf regionalem wirtschaftlichem Niveau, während sie strategische Partnerschaften auf globalem Niveau schließen.

Gründe für die globale Ausbreitung von Terrorismus:

Hintergrund:

- Kommunistische Regierungen, hauptsächlich in der früheren Sowjetunion und China während des Kalten Krieges, fanden bei Menschen in einigen unterentwickelten Ländern mit verarmten sozio-ökonomischen Zuständen, instabilen politischen und rückwärtsgerichteten/veralteten kulturellen Infrastrukturen Zuspruch. In solch einer Situation unterstützten Staatsoberhäupter und Machthaber in den Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreich die extremistische islamische Bewegung und schufen islamische Terroristengruppen (z. B. Bin Ladens Taliban oder das Khomeini-Regime). Diese extremistischen Gruppen erhielten Macht, um ihre destruktiven Taktiken gegen die Sowjetunion auszuüben.

Nach dem Fall der Sowjetunion und des Kommunismus suchten einige politische Bewegungen – hauptsächlich im Mittleren Osten, Zentralasien und Afrika – nach neuen alternativen Ideologien und Quellen der Unterstützung. Dabei entdeckten einige Gruppen erneut die Bedeutung des islamischen Radikalismus und Fundamentalismus. Vielen Regierungen und radikalen Organisationen gelang es, die Religion zu instrumentalisieren, sie wirksam als Vehikel für die Übermittlung ihrer eigenen ideologischen Absichten zu nutzen und Unterstützung für ihre pervertierte destruktive Politik zu erhalten.

Mangel an Freiheit und Demokratie

Viele Staaten im Mittleren Osten, Asien und Afrika wurden von autokratischen und diktatorischen Regimes regiert. Über viele Jahre verfolgten die Vereinigten Staaten und einige europäische Länder (Großbritannien und Frankreich, um einige zu nennen) eine fehlgeleitete Außenpolitik, indem sie repressive und korrupte Regierungen in diesen Regionen unterstützten, währenddessen sie liberale Gesinnungen und demokratische Bestrebungen ganzer Gesellschaften zerstörten.

Korrupte Regierungen verstießen schwerwiegend gegen die Menschenrechte und beschleunigten den ökonomischen und kulturellen Bankrott ihrer Staaten. Religion wurde die politische Alternative für gescheiterte säkulare Regimes. Die extremen politischen Zustände schufen Raum für ideologische Gruppen, um in der Massenkultur aufzublühen. Terroristische fundamentalistische Gruppen fanden Anklang bei neuen Mitgliedern, indem sie die Rettung der ökonomischen und politischen Situation ihrer Staaten mit der Zerstörung und Auslöschung reeller und vermeintlicher Feinde bewarb. Die extremistische Propaganda machte es für moderate liberale Regimes schwerer, die wachsende Anzahl an

islamischen Extremisten abzuschwächen und ihre Ansprüche auf einen fundamentalistischen religiösen Staat zu ignorieren.

Zudem erkannten viele zivile Bevölkerungsteile die Legitimation der moderaten Regierungen nicht an, zum einen wegen anhaltender Arbeitslosigkeit und Armut, zum anderen aus Mangel an demokratischer Gesinnung.

Der Fall Palästina und die schädliche Politik der arabischen und israelischen Führer

Seit vielen Jahrzehnten war das Schicksal der Palästinenser unklar, und ist es auch heute noch. Millionen von Palästinensern leben seit mehr als einem halben Jahrhundert in Flüchtlingslagern im gesamten Mittleren Osten, besonders in Jordanien, Syrien, Irak und im Libanon. Korrupte und schwache arabische Regierungen in ihren unseligen Versuchen, der israelischen Aggressionspolitik zu widerstehen, haben das palästinische Problem verschärft und die Sicherheit in der gesamten Region des Mittleren Ostens verringert. Friedensbemühungen stießen auf Widerstand; 1995, nach Jahren des Chaos, wurde Yitzhak Rabin von der Hand eines jüdischen Extremisten ermordet, als er dabei war, einen aussagekräftigen israelisch-palästinischen Frieden zu erwirken.

Der frühere Ministerpräsident von Israel, Ariel Sharon, ebenso wie der jetzige, Benjamin Netanyahu, haben einen Weg eingeschlagen, der genau die entgegengesetzte Richtung wie der von Yitzhak Rabin einschlägt. Diese Extremisten glaubten, dass die Sicherheit Israels durch militärische Besatzung und Tötung der Zivilbevölkerung oder der Ermordung der palästinensischen politischen Führungskräfte geschützt werden könne. Bis jetzt haben diese Maßnahmen jedoch nichts anderes erreicht, als die Schaffung von neuem Hass, Märtyrern und Selbstmordattentätern.

Extremisten innerhalb Israels haben keine Macht aufgebaut. Das ist in großen Teilen auf spezielle Lobby-Gruppierungen in den Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs zurückzuführen.

Trotz allem sind wir immer noch optimistisch, dass es Hoffnung und Veränderung geben kann. Wir glauben, dass die Schaffung eines palästinischen Staates, eine Zwei-Staaten-Lösung, die Ausbreitung des Terrorismus beenden und die Konflikte zwischen demokratischen Juden und demokratischen Palästinensern abschwächen kann.

Wie können Terrorismus und Extremismus bekämpft werden?

Zahlreiche der sogenannten unterentwickelten Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika besitzen ausgedehnte Reserven natürlicher Ressourcen, welche jedem Land einen wichtigen strategischen Einfluss geben. Internationale Konflikte, Terrorismus, religiöser Fundamentalismus und Existenznot haben jedoch instabile politische, ökonomische und soziale Strukturen geschaffen.

Beispiel: Iran könnte eine wichtige Rolle in der Vernetzung zwischen dem Mittleren Osten und Zentralasien spielen, ebenso wie die Türkei und Israel zur EU falls drei Voraussetzungen gegeben sind:

Erstens, die Ergebnisse der Friedensverhandlungen müssen sich als positiv herausstellen mit einem Fokus auf eine langfristige Stabilität und keine kurzfristigen Vereinbarungen sein.

Zweitens, sollten die politischen Reformen in Iran Wurzeln schlagen, könnten die Ergebnisse zu Änderungen in Fundamentalismus und Radikalismus in der Region führen.

Drittens, umfassende Zusammenarbeit in den Bereichen Frieden und Demokratie zwischen den Vereinigten Staaten, Israel und der EU würde eine Zwei-Staaten-Vorstellung real werden lassen und das lange Leiden der palästinensischen Bevölkerung zu einem Ende bringen.

Um den notwendigen Frieden im Mittleren Osten zu erreichen, sollten alle Verhandlungen auf langfristige Ziele ausgerichtet sein. Für die Schaffung eines demokratischen Wandels im Mittleren Osten wird es zwingend, dass die Vereinigten Staaten, die EU, Israel und Iran eine Vereinbarung auf langfristige Zusammenarbeit treffen, um Demokratie und Frieden zu schaffen.

Die strategische Allianz von USA, EU, Israel und Iran für Demokratie und Frieden im Mittleren Osten wird zu Folgendem führen:

Eine neue Sichtweise der Zusammenarbeit zwischen den drei Hauptmächten. Die globale Entwicklung, der technologische Handel und die politische Angleichung können dazu verhelfen, dass die Länder in der Region zu den globalen Ereignissen beitragen und sie auch mitgestalten.

Die ökonomische und soziale Entwicklung und politische Stabilität durch Schaffung eines demokratischen Prozesses im Mittleren Osten und Zentralasien wird eine Schlüsselrolle für eine Etablierung einer langfristigen Stabilität zukommen.

Umfangreiche Untersuchungen werden immer notwendig sein, um Ideen nutzbar zu machen, die helfen, Lösungen zu diesen Herausforderungen zu finden, ebenso wie die Umsetzung kurzfristiger Maßnahmen. Einige Fragen sollten in der Formulierung des zukünftigen Plans gestellt werden:

- Was sind die Parameter der Friedensverhandlungen im Mittleren Osten?
- Was ist das wahrscheinliche Resultat der Friedensverhandlungen zwischen Israel und Palästina?
- Welche Rolle sollten die Vereinigten Staaten und Europa spielen, um eine aussagekräftige Lösung für den Frieden im Mittleren Osten zu bringen?
- Welche Auswirkungen hätte ein Friedensschluss im Mittleren Osten auf den Rest der Region? Nordafrika? Zentralasien?
- Wie kann die Islamische Republik Iran in eine kooperierende demokratische Macht in der Region umgewandelt werden?
- Wie kann politische Stabilität und Demokratie im Mittleren Osten und Zentralasien erreicht werden?

Einige mögliche Teile des Puzzles:

- Die Einrichtung ökonomischer und sozialer Verbindungen im Mittleren Osten und Zentralasien würde die Ausbreitung von Radikalismus und von zerstörerischem Einfluss in der Region verlangsamen.
- Die Errichtung von Demokratie und Sozialreformen könnten ernsthaft die Islamischen Fundamentalisten unterminieren.
- Die großen Mächte fahren fort, Irans künftige Rolle als starke demokratische Einheit zu fördern, wegen seiner Bedeutung der natürlichen Ressourcen, der finanziellen Macht und der kulturellen und sozialen Beziehungen zum Mittleren Osten und Zentralasien.

- Der Reichtum an natürlichen Ressourcen wie Öl, Gas und Petrochemikalien in Zentralasien und dem Mittleren Osten vergrößert die Wichtigkeit einer Allianz zwischen den zwei Regionen.
- Die Aktivierung von Personal und ausländischen Investitionen führt zu einer Maximierung von ökonomischem Wachstum, Produktion und industrieller Entwicklung.
- Die strategische regionale Angleichung für ökonomische und soziale Entwicklung, politische Stabilität und Demokratie wird den Platz der früheren Umgebung für Diktatur, Chaos, Terrorismus, Fundamentalismus und internen regionalen Konflikten einnehmen.

Die Rolle der demokratischen Parteien und der demokratischen Kräfte im Mittleren Osten und Zentralasien

Die Völker des Mittleren Ostens, Afghanistans, Pakistans, zusammen mit den Staaten Zentralasiens müssen als demokratische Kräfte in dieser Region dienen. Sie benötigen Unterstützung und Solidarität von den fortschrittlichen europäischen politischen Parteien um Demokratie zu fördern und die Menschenrechte zu verteidigen. Der Mangel an Freiheit und Demokratie in einigen Staaten des Mittleren Ostens und Zentralasiens und die fehlgeleitete Außenpolitik der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Israels (welche über viele Jahre repressive und korrupte Regierungen unterstützte und an der Macht erhielt) haben wenige Alternativen für diese Menschen gelassen. Diese schlechte Politik schürte anti-westliche Gefühle welche im Gegenzug durch die islamischen Fundamentalisten weiter für ihre Zwecke genutzt wurden. Um Armut beseitigen, sollte die Demokratie in der Region

unterstützt und eine umweltfreundliche Politik angenommen werden; dies sind die wichtigsten Faktoren, die die progressiven und demokratischen Parteien Europas mit den demokratischen Kräften im Mittleren Osten und in Afrika zusammenbringen.

Fundamentalistische Gruppen sind nicht in der Lage, großangelegte Operationen durchzuführen und können sich deshalb nur ausbreiten und tätig werden, wenn sie von fundamentalistischen und terroristischen Regierungen finanziell und logistisch unterstützt werden. Der vereinzelt Einsatz militärischer Kräfte von Regierungen, um terroristische Organisationen zu bekämpfen, ist kontraproduktiv um die Grundlage dieser Aktivitäten auszurotten. Zudem wird ein Einsatz ausländischer militärischer Kräfte gegen die Zivilbevölkerung nicht nur den Hass gegen den Westen vergrößern, sondern zu einer anwachsenden Teilnahme an Attacken terroristischer Gruppierungen führen. Die Vereinigten Staaten – oder jeder andere Staat, der versucht den Terrorismus zu bekämpfen – sollte zunächst ein Verständnis über die Grundlagen und Ideologien der terroristischen Organisation haben. Erst dann kann eine Lösung erarbeitet werden, die die Ursache des Extremismus angreift und künftige Angriffe verhindert. Wären sie aufzulisten, sollten es sein:

1. Erkennen der Ursachen, die zu einem Extremismus auf globaler Ebene führte und Bekämpfung des Fundamentalismus durch Unterstützung der demokratischen Kräfte in der Region. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Franzosen waren stets geneigt, autoritäre, anti-demokratische Regimes zu unterstützen, die den westlichen ökonomischen und strategischen Interessen kurzfristig dienlich waren. Dies hat jedoch zu entwurzelten, unberechenbaren Bevölkerungen geführt, die sich der fundamentalistischsten Revolution auf langfristige Sicht zugesellen.

2. Identifizierung von terroristischen Gruppierungen und ihrem weltweiten Netzwerk, um in die Reihen dieser Gruppen zur Sammlung von mehr Informationen einzudringen.
3. Identifizierung und Zerstörung der finanziellen und infrastrukturellen Unterstützung extremistischer Gruppen
4. Identifizierung von Unterstützern von Terroristen durch Regierungen, Non-Profit-Organisationen und ideologischen Organisationen in Ländern wie Iran, Libanon, Palästina, Algerien, Türkei, Afghanistan, Pakistan, Zentralasiatische Republiken, Saudi-Arabien, Sudan, Ägypten, Irak, Syrien, Malaysia, Indonesien und den Philippinen.
5. Schaffung einer regionalen Koalition demokratischer Kräfte im Mittleren Osten und Afrika um die internationale Einheit unter demokratischen Verbündeten zu pflegen um die Unterstützung für Staaten wie die Islamische Republik Iran und Saudi-Arabien zu unterbinden, die fundamentalistische terroristische Gruppen in instabilen Ländern wie dem Libanon und Irak fördern, koordinieren und ausbilden. Libanon, Saudi-Arabien, Türkei, Iran und Irak sind zur Zeit Planungs- und Koordinationszentrum für terroristische Gruppen, die im Geheimen von Ländern wie der Islamischen Republik Iran, Irak, Saudi-Arabien und anderen internationalen terroristischen Netzwerken unterstützt werden.
6. Änderungen der amerikanischen, russischen und europäischen Außenpolitik mit dem Ziel, Militäreingriffe und die Zusammenarbeit mit Regierungen, die Terrorismus schaffen und unterstützen, zu stoppen. Ohne Ausnahme sollten die demokratischen Kräfte unterstützt werden und die Menschenrechte, besonders in Afrika, dem Mittleren Osten und Zentralasien aufrechterhalten werden.

7. Weltweite Koordination im Kampf gegen Terrorismus ohne die Menschenrechte, zivilen Freiheit sowie Rassen- und Gendergleichheit in diesen Regionen zu gefährden.
8. Einrichtung einer 24-Stunden Radio-/Fernseh-Station im Mittleren Osten, Zentralasien und Nordafrika, die eine demokratische Alternative verbreitet und Lehrmaterial über unterschiedliche Kulturen und Religionen der ganzen Welt bereitstellt. Diese Radio-/Fernseh-Station sollte von demokratischen Vertretern dieser Länder koordiniert werden, aber unabhängig von Regierungsreglementierungen sein, so dass die demokratische Botschaft die Menschen unzensuriert erreichen kann.
9. Einbindung von demokratischen politischen Aktivisten aus Ländern, die in den Konjunktur- und innenpolitischen Entscheidungsprozess der USA involviert sind. Die Aktivisten wären in der Lage, Ratschläge und Einblicke in die Kultur, Sozialwirtschaft und Religion der Völker zu geben, zu denen die Vereinigten Staaten Beziehungen aufbauen möchten. Die Einrichtung einer dauerhaften Institution und Kommission, wo Ideen und Verständnis zwischen den amerikanischen Wirtschaftsinteressen und den demokratischen Aktivitäten aus afro-asiatischen und latein-amerikanischen Ländern ausgetauscht werden könnte, würde für beide Seiten förderlich sein.
10. Am wichtigsten ist die Einrichtung und Förderung eines wirtschaftlichen Entwicklungsprogramms, ähnlich dem Marshall-Plan, der nach dem zweiten Weltkrieg in Kraft trat. Die Notwendigkeit finanzieller Investitionen in die politische, wirtschaftliche, technologische und ausbildungsfördernde Infrastruktur in diesen Ländern ist von größter Wichtigkeit. Der Mittlere Osten, Zentralasien und Afrika müssen zu Partnern in der Entwicklung mit den Vereinigten Staaten und der EU gemacht werden.
11. Die UNO sollte eine neutrale Organisation sein und bei ihren Abstimmungen von keiner Regierungsmacht beeinflusst

werden. Und alle militärische Intervention in der Welt soll unter Führung und Verantwortung der UNO geführt werden.

12. USA, UK, Frankreich und Russland müssen sofort ihren Truppen von anderen Ländern zurückziehen und Aggressionspolitik beenden.

Dieser Plan wurde von einer Gruppe von Wissenschaftlern aus dem Mittleren Osten ausgearbeitet, die in den USA und Europa leben. Wir stehen entsprechenden Einrichtungen, Institutionen und Regierungsabteilungen, aber auch demokratischen Parteien für weitere Diskussionen gerne zur Verfügung.

Alternative Herangehensweise:

1. Einrichtung eines „Unabhängigen Internationalen Strafgerichtshofs“. Einer, der alle Staatsoberhäupter dazu bringt, sich für die Schaffung der Islamischen Terrorgruppe zu verantworten. Es sind diese wichtigen politischen Persönlichkeiten, einschließlich solcher aus verschiedenen Verwaltungsbehörden der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Israels, Saudi-Arabiens, Irans, der Türkei, um nur einige zu nennen, die in irgendeiner Art in den Aufbau der islamischen terroristischen Gruppen verwickelt sind. Es muss als Kriegsverbrechen gegen die Menschlichkeit gelten, wenn wir fordern, dass sie zur Verantwortung gezogen werden, für das was durch ihre Hände geschehen ist.

2. Einrichtung einer internationalen Solidaritäts-Konferenz mit Vertretern von Friedens- und Menschenrechts-Organisationen mit der Zielsetzung Frieden, Demokratie und Menschenrechte überall auf der Welt zu fördern.

3. Errichtung einer internationalen Koalitions- und Solidaritätsvereinigung in der Welt, die für die Abschaffung der Armut ordnungsgemäß handelt und Terrorismus und Extremismus bekämpft, während Schritte unternommen werden, um das

ausländische Eingreifen in afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Staaten zu beenden.

4. Abschaffung des Veto-Rechts bei den Vereinten Nationen und Förderung gleicher Rechte für alle Mitglieder der Vereinten Nationen.

5. Beendigung der Unterstützung korrupter Regimes und Diktatoren weltweit.

6. Für eine aufrichtige Veränderung der Innen- und Außenpolitik der USA ist es notwendig, eine starke progressive Partei zu schaffen, die fähig ist, den Einfluss der reaktionären und anti-demokratischen Lobby-Gruppen zu beenden. Oder durch eine Volksabstimmung (Referendum) könnten allen korrupten und antidemokratischen Institutionen in den USA, GB und Frankreich abgeschafft werden.

Mit diesen ernsthaften und umfassenden Änderungen könnte die Einrichtung neuer demokratischer und soziopolitischer Strukturen in den USA und in Europa endlich verwirklicht werden.

Hassan Massali, Ph.D.

Januar, 2016

Anhang

Weitere Belege:

Wie Amerika ISIS half

The New York Times, 1. Oktober 2014
Von Andrew Thompson und Jeremi Sure
<http://nyti.ms/1nK5Yo0> (Übers. aus dem Engl.)

Austin, Texas – Die Terroristen des Islamischen Staats, die in Irak und Syrien emporgekommen sind, sind weder neu noch unbekannt. Viele von ihnen verbrachten Jahre in Untersuchungshaftanstalten, die von Amerika und seinen Koalitionspartnern im Irak nach 2003 geführt wurden. Abu Bakr al-Baghdadi, der Führer des Islamischen Staates, verbrachte fast fünf Jahre als Gefangener im Camp Bucca im südlichen Irak. Ein Großteil der anderen Führer des Islamischen Staates waren ebenfalls ehemalige Gefangene, einschließlich: Abu Muslim al-Turkmani, Abu Louay, Abu Kassem, Abu Jurnas, Abu Shema und Abu Suja.

Vor ihrer Inhaftierung waren Herr Al-Baghdadi und andere Mitstreiter gewaltbereite Radikale, die die Absicht hatten, Amerika anzugreifen. Die Zeit im Gefängnis vertiefte ihren Extremismus und gab ihnen die Möglichkeiten die Zahl ihrer Anhänger auszuweiten. In Camp Bucca, zum Beispiel, wurden die meisten radikalen Personen gemeinsam mit weniger bedrohlichen Individuen inhaftiert, unter ihnen einige, die keiner Gewalttat schuldig waren. Vereinigte Gefängnisse wurden zu Anwerbungsstellen und Trainingslagern für die Terroristen, die die USA jetzt bekämpft.

Diese Entwicklung begann als vereinigte Kräfte 2003 in Irak eintrafen und mutmaßliche Terroristen mit wenig Vorbereitung und Übersicht inhaftierten. Obwohl die Soldaten versuchten, die Gründe für die Inhaftierungen der Iraker zu dokumentieren, kam diese Arbeit

unter dem Kampfdruck, dem Fehlen von ausgebildeten Arabisch-Sprechenden und durch den Kriegsnebel zum Erliegen.

Es reichte schlicht ein „verdächtiges Aussehen“ eines Mannes im wehrpflichtigen Alter in der Nähe eines Angriffes, um ihn hinter Gitter zu bringen. Es gab mehr als 26.000 Inhaftierte auf dem Höhepunkt des Krieges und über 100.000 Personen gingen durch die Tore der Camps Bucca, Cropper und Taji. Einige waren gefährliche Aufständische, viele andere waren unschuldig.

Kleinkriminelle, gewalttätige Terroristen und unbekannte Persönlichkeiten wurden nur anhand religiöser Linien voneinander getrennt. Dies gab den Terroristen Raum, um ihre Botschaft zu verbreiten. Diejenigen unter den Inhaftierten, die den Radikalen in ihren Zellen ablehnend gegenüberstanden, sahen sich der Rache durch „Scharia-Gerichte“ der anderen Gefangenen ausgesetzt, die die Einrichtungen durchdrangen.

Die Radikalisierung der Gefängnisinsassen war für jeden, der aufmerksam war, deutlich zu bemerken. Unglücklicherweise waren nur wenige Militärführer aufmerksam.

In Camp Bucca zwangen die Extremisten die moderaten Gefangenen, den Geistlichen, die den Jihad predigten, zuzuhören. Die Gefangenen waren größtenteils Analphabeten und deshalb besonders beeinflussbar. Gefangene lehnten oft medizinische Behandlung und eine Berufsausbildung ab, aus Angst gegen religiöse Vorschriften zu verstoßen. Die Gefängnisse wurden praktisch Terroristen-Universitäten: Die hartgesottenen Radikalen waren die Professoren, die anderen Inhaftierten die Studenten und die Gefängnisverwaltung spielte die Rolle des abwesenden Kustos.

Die Strategien änderten sich 2007, als amerikanische Militärführer mehr Wert auf das Verständnis mit den Inhaftierten legte. Wo möglich, versuchte das Militär die Hardliner unter den Terroristen von den gemäßigten zu trennen. Gefangene erhielten verstärkt

Zugang zu Programmen, die ihnen eine Berufsausbildung, Alphabetisierungsmaßnahmen sowie eine gemäßigte Version des Islam boten.

Einige dieser Reformen waren erfolgreich, aber der Schaden war schon angerichtet. Die Terroristen hatten vier Jahre lang die Möglichkeit sich mit Tausenden von Gefangenen zu vernetzen, sie anzuwerben und ihre extreme Form des Islam zu verbreiten.

Einer von uns diente im Camp Cropper 2009 als geheimer Verbindungsoffizier des Verbandes mit der Aufgabe, Informationen über die Gefangenen zu sammeln und ihre extremistischen Aktivitäten zu unterbinden. Die erste Aufgabe zu erfüllen war ziemlich einfach; die zweite nahezu unmöglich.

Die „Emire“ des Verbundes kontrollierten die inhaftierte Bevölkerung. Gefangene lehnten es zum Beispiel ab, fernzusehen oder Tischtennis zu spielen, um sich nicht dem Urteil der Scharia-Gerichte aussetzen zu müssen. Gemäßigte Gefangene litten wiederholt unter physischen Übergriffen der Radikalen. Wenn sie zurückschlügen, wurden sie von der Gefängnisaufsicht bestraft.

Aufständische, denen eine erdrückende Beweislage nachgewiesen werden konnte, wurden wegen der Inkompetenz des irakischen Gerichtssystem freigelassen und weil die Amerikaner es ablehnten, geheim eingestufte Beweise mitzuteilen. Bemühungen um Zweckdienlichkeit trieben beide Taktiken an, und die Fehler vermischten sich miteinander.

Seit Dezember 2009 verblieben nur noch ein paar Tausend Gefangene in den Gefängnissen und Camp Bucca wurde geschlossen. Obwohl die amerikanischen Soldaten, unterstützt von ihren Geheimdiensten, versuchten, die gewaltbereitesten Gefangenen zu identifizieren, waren diese Bemühungen zum Scheitern verurteilt.

Schlechte Buchführung, begrenzte Sprachkenntnisse, Verschleierung von Gefangenen und der Kostendruck verbaten es, eine effektive Auswertung der Gefangenenendaten zu erlangen.

Die extremsten Radikalen sollten niemals freigelassen werden. Eine Anzahl von ihnen war bereits zu Tode verurteilt und wartete auf die Überführung an die irakische Justiz. Aber nach dem Rückzug der Vereinigten Staaten, fanden sich diese Inhaftierten in irakischem Gewahrsam. Für den Islamischen Staat war es eine Priorität, diese Extremisten zu befreien, als sie große Teile Iraks im letzten Sommer eroberten. Mit diesem Neustart ins Leben sind diese ehemaligen Gefangenen nun einige der engagiertesten Kämpfer des Islamischen Staates.

Die USA sollte sich diese Lektion zu Herzen nehmen, da sie eine erneute Anti-Terrorismus-Kampagne in Irak und Syrien beginnt. Große Gefangenenanlagen schaffen die Voraussetzung für weitere Radikalisierung und Gewalt. Es gibt überzeugende Beweise, dass die von den Regierungen von Irak und Syrien geleiteten Gefängnisse bereits diesen Effekt haben.

Die Vereinigten Staaten sollten ihre regionalen Partner überzeugen, Radikale und Gemäßigte nicht zu mischen und für Kleinkriminelle alternative Gefängnisse anzubieten. Wenn wir die Geschichte der Masseninhaftierung im Mittleren Osten wieder erneut durchspielen, werden wir in einem Kreislauf stecken bleiben, wo unser Kampf gegen den Terrorismus immer wieder neue Terroristen hervorbringt.

Andrew Thompson, ein Veteran der Operation Irakische Freiheit, diente acht Jahre dem Militär der Vereinigten Staaten. Jeremi Sure, Professor an der Universität von Texas in Austin, ist der Autor von „Liberty’s Surest Guardian: American National-Building from the Founders to Obama“.

Zudem decken NSA Dokumente auf: ISIS Führer Abu Bakr Al-Baghdadi wurde von der israelischen Mossad trainiert: (*Gulf Daily News, 16. Juli 2014*)

Der ehemalige Angestellte der US National Security Agency (NSA), Edward Snowden, hat aufgedeckt, dass britische und amerikanische Geheimdienste sowie die Mossad zusammen an der Schaffung des Islamischen Staates von Irak und Syrien (ISIS) beteiligt waren.

Snowdon sagte, dass Geheimdienste dreier Staaten eine terroristische Organisation geschaffen hätten, die fähig sei, alle Extremisten der Welt an einem Ort zu versammeln, indem eine Strategie angewandt wurde, die als „Hornissennest“ bezeichnet wird.

Die NSA-Dokumente decken die jüngste Anwendung der Strategie des Hornissennests auf, das die zionistische Gemeinschaft schützen solle, indem religiöse und islamische Slogans erfunden werden.

Nach den von Snowden herausgegebenen Dokumenten sei die einzige Lösung den jüdischen Staat zu schützen, eine Erschaffung eines Feindes nahe seiner Grenzen.

Die Enthüllungen zeigen auf, dass der ISIS-Anführer und Geistliche Abu Bakr Al-Baghdadi ein intensives, ein Jahr dauerndes militärisches Training unter der Aufsicht der Mossad absolvierte; daneben nahm er auch an Kursen in Theologie und Rhetorik teil.

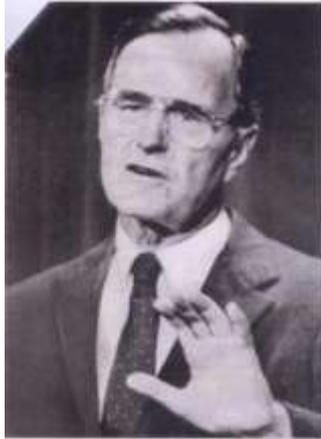


Präsident Reagan bei einem Treffen mit dem islamischen Extremisten
M.Y.Khaless (1983)



President Reagan bei einem Treffen mit dem islamischen Extremisten
Borhan-Eldin Rabbani (1983)

**Weitere Dokumente über Kriegsverbrechen im Nahen Osten
und die Rolle der Bush-Administration (Vater und Sohn):**



Glaubwürdigkeit erschüttert ist"

timalen Sicherheitsrates, Anhaltspunkte für kriminelle Vergehen gefunden.

Wenn der Sonderstaatsanwalt gerichtlich ernannt ist, wahrscheinlich noch in dieser Woche, muß er vor allem die Grundfragen der Affäre zu klären versuchen:

- ▷ Wer außer North war innerhalb der Reagan-Administration am Waffengeschäft mit dem Iran und an der Contra-Finanzierung beteiligt, wer wußte davon, etwa doch Donald Regan, allgewaltiger Stabschef im Weißen Haus, oder der mächtige CIA-Boss Casey?

- ▷ Wie hoch war der tatsächliche Umfang der an den Iran gelieferten Waffen und wie konnte das abgezweigte Geld an die Contras gelangen?

- ▷ Wurden außer dem bis vor zwei Monaten gültigen Verbot von direkter und indirekter Militärhilfe an die Contras noch andere US-Gesetze verletzt?

Dabei trägt das Erschrecken über die Enttüllung, daß in den vergangenen Jahren unter Beteiligung des Weißen Hauses ein offiziell verbotener Krieg gegen Nicaragua geführt wurde, gleichfalls Züge von Heuchelei. Zu deutlich waren die Spuren dieses angeblich geheimen Krieges gewesen, zu deutlich war er von Reagan selbst („Ich bin ein Contra“) ermüdet worden.

Hinter der Aggressivität gegen Nicaragua zeichnet sich eine weitere, eine heimliche Offensive ab: der Kampf der amerikanischen Rechten um die Macht im eigenen Land.

Als die „Washington Times“ im Mai 1985 den „Fonds für die Freiheit Nicaraguas“ ins Leben rief, um 14 Millionen Dollar für die vom Kongreß angeblich im Stich gelassenen Contras zu sammeln, war unverhülltes Lob aus dem Weißen Haus gekommen: Die Organisation, schrieb Reagan, repräsentiere die „edelsten Instinkte Amerikas“.

Das wäre schrecklich für Amerika. Ganz sicher repräsentiert die Gruppe – nur eine von vielen, die den Kampf der Contras zu ihrem eigenen machten – einen Teil der amerikanischen Rechten, der sich so fanatisch noch keiner anderen Sache angenommen hatte. Im Vorstand der Vereinigung war alles vertreten, was bei Amerikas Konservativen Rang, Namen und, unter diesem Präsidenten,

endlich auch politische Macht gewonnen hatte.

Chef der Organisation ist William Simon, Finanzminister unter Nixon und Ford, der als Präsident der Olin-Stiftung Millionen für Anliegen der Rechten verteilt. Die Stiftung versteht sich als Gegenstück zu der angeblich liberalen Ford-Stiftung.

Vertreten ist ebenso Jeane Kirkpatrick, Reagans ehemalige Uno-Botschafterin, die bei der amerikanischen Rechten den Posten einer Chefideologin hält, die Erfinderin jener feinen Unterscheidung zwischen totalitären Regimen, die es – weil mehrheitlich kommunistisch – zu bekämpfen gilt, und autoritären Regimen, die man – weil mehrheitlich amerikafreundlich – beeinflussen und unterstützen soll.

Mitglied des Vorstandes ist ferner Michael Novak, der sich an einer „Theologie des Kapitalismus“ versucht hat. Wie kaum ein anderer hat Novak dazu beigetragen, das American Enterprise Institute zu einem Gegengewicht zu liberalen Think-tanks wie der Brookings Institution zu machen.

Vertreten ist auch die kämpferische Midge Decter von Konkurrenzverein Heritage Foundation. Das Institut ist derzeit der bedeutendste Talent-Pool für stramm rechten Nachwuchs in den Stäben von Kongreß und Administration, und Midge ist Ehefrau des Politologen Norman Podhoretz, der sich als oberste Instanz des Neokonservatismus versteht.

An diesem Fonds für die angebliche Freiheit Nicaraguas sind nicht das gesammelte Geld und seine möglicherweise gesetzeswidrige Verwendung auch für Waffen so wichtig, sondern die Tatsache, daß mit seiner Gründung der Contra-

Ex-Sicherheitsberater McFarlane: „Das ist eine Politik, die Krokodile füttert“



gua, dessen sich die Regierung bedienen konnte, als der Kongress drohte, den gar nicht so geheimen Krieg gegen die Sandinisten per Beschluß zu beenden.

In diesem Hilfswerk fand Oliver North Ansprechpartner, die ihm in den vergangenen Jahren als Verbindungsleute zwischen den Rebellen und dem Weißen Haus dienten: den pensionierten General John Singlaub etwa, der seine Erfahrungen in subversiver Kriegführung nach dem Zweiten Weltkrieg, nach Korea und Vietnam, nun auch in Nicaragua anwenden durfte. Sein „US-Rat für die Freiheit der Welt“ sammelte Millionenbeträge für die Contras.

Diesem Hilfswerk entstammt auch Tom Posey, dessen Gruppe „Civilian-Military Assistance“ von North vorübergehend mit der Aufgabe betraut worden war, von Costa Rica aus eine Südfront für die Contras aufzubauen.

Posey-Kollege Robert Owen, dessen Beratungsfirma vom State Department 50 000 Dollar für ihre Dienste bei der Übermittlung „humanitärer“ Hilfe an die Contras bekam, hatte von North in Wirklichkeit eine andere Aufgabe erhalten: Als „Prokonsul“ des Oberleutnants, so ein prominenter Contra-Führer, organisierte Owen in Honduras den militärischen Widerstand nicaraguanischer Indianer gegen die Sandinisten.

Mit diesem Hilfswerk, an dessen Aufbau er maßgeblich beteiligt war, konnte North den Contra-Krieg weiterführen, als dem Kongress die offizielle US-Hilfe zu weit ging.

Nach und nach hatte die Regierung in Washington Nicaraguas nördlichen Nachbarn Honduras zu einer Aufmarschrampe für ein mögliches Eingreifen gegen die Sandinisten ausgebaut. Die Infrastruktur erstellten US-Soldaten in praktisch pausenlosen Manövern in Honduras, die General Paul Gorman, von 1983 bis 1985 Chef des US-Kommandos Süd in Panama, leitete.

Als die CIA schon über 25 Millionen Dollar in den geheimen Krieg investiert hatte, ihre Contra-Schützlinge aber noch keinerlei Landgewinne verbuchen konnten, beschloß der Geheimdienst eine unerhörte Direkt-Operation: Am 10. Oktober 1983 beschossen Soldner von Schnellbooten aus die Öltanks des nicaraguanischen Pazifik-Hafens Corinto, zwölf Millionen Liter Treibstoff verbrannten, 20 000 Einwohner der Stadt mußten evakuiert werden.

Es sollte so aussehen, als hätten Contras den Sabotageangriff unternommen. Tatsächlich hatte sich die CIA einer gemischten lateinamerikanischen Söldnertruppe bedient.

Im Januar 1984 verminen die Soldner von einem außerhalb der nicaraguanischen Hoheitsgewässer ankernden CIA-Schiff aus Nicaraguas Häfen Puerto Cabezas, Corinto, Puerto Sandino und El



Gefangener Hasenlus: US-Waffen ...

Bluff. Kurz darauf liefen Fischerboote der Sandinisten auf Minen, es gab Verletzte. Auch sechs ausländische Schiffe, darunter ein Frachter aus der Sowjet-Union, wurden beschädigt.

Edgar Chamorro, damals für Public Relations der Contras zuständig, beanspruchte die Urheberschaft an der Aktion. Auf hartnäckige Fragen des Kongresses jedoch mußte CIA-Chef William Casey Mitte April 1984 eingestehen, daß seine Leute die Verminung geplant und durchgeführt hatten.

Nach dieser Affäre strich der Kongress im Mai 1984 jegliche Militärhilfe für die Contras und verpflichtete CIA wie Pentagon, ihre Beziehungen zu den antisandinistischen Kampfverbänden abzubrechen.

Ummittelbar danach jedoch besuchte der damals nur Eingeweihten bekannte Oberleutnant Oliver North die Contraführer in Honduras und versicherte ihnen, die Reagan-Regierung werde sie weiter unterstützen, auch gegen den Kongressbeschluss.

Während des amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes im Herbst 1984 – der Minenskandal war fast schon vergessen – wurde die amerikanische Öffentlichkeit erneut aufgeschreckt: durch ein Handbuch zur psychologischen Kriegführung, 1983 verfaßt im Auftrag der CIA von einem pensionierten US-Major namens John Kirkpatrick.

Die Broschüre enthält regelrechte Mord-Ratschläge für die Contras: Sie sollten Berufsverbrecher anheuern und Zwischenfälle provozieren, bei denen Contras von Sandinisten getötet würden, so daß „Märtyrer für die Sache geschaffen werden“.

Nach dem offiziellen CIA-Rückzug aus den Aktionen gegen Nicaragua blieb Oliver North der Verbindungsstamm zu den Contras, die sein Präsident zunehmend als „Freiheitskämpfer“ verherrlichte. North beriet die Führer politisch



...am Kongreß vorbei: Abgestürzte US-Hubschrauber*

* Bei der gescheiterten Genes-Befreiung im Juni 1981.

Frankfurter Rundschau, Montag, 9. März 1987, Nr. 57 (untere Seitenhälfte) berichtet über Waffenlieferungen, z. B. aus Schweden.

Ich habe an der JWG-Uni, Ffm. recherchiert, dass über 42 Länder und Regierungen (auch Schweden), an Waffengeschäften während des Golfkriegs (Iran-Irak) beteiligt waren.

Der Weg der schwedischen Raketen in den Golfkrieg

Zwei Firmen aus der Nobel-Gruppe lieferten trotz Verbot, und die Regierung muß es eigentlich gewußt haben

Von Hannes Gamillscheg (Kopenhagen)

Ingvar Bratt hat nichts vom Gehabten eines Helden. Er schämt sich nicht der Entschuldigungen, die den Oberstleutnant aus dem Städtchen Korkkoga zum wichtigsten Zeugen dunkler Waffengeschäfte gemacht haben. Bratt erzählt mit der Ruhe eines Mannes, der weiß, daß er in einem wichtigen Augenblick die richtige Entscheidung getroffen hat.

Ingvar Bratt ist nicht immer Lehrer gewesen. 15 Jahre lang hatte er einen weit besser bezahlten Job als Elektroingenieur in Schwedens größter Waffenfabrik, Bofors. Dort arbeitete er als Projektleiter an der Entwicklung der Luftabwehrakete Robot-70. Vor ein paar Jahren, sagt Bratt, habe er plötzlich erkannt, daß es falsch sei, eine Waffe zu konstruieren, die dann auf den Schlachtfeldern der Dritten Welt Anwendung finde. Und deshalb zog er wenig später die Konsequenzen und kündigte. Zuvor aber machte er einen Abend Überstunden und kopierte geschweizte Papiere, die bewiesen, daß Bofors-Waffen in Kriegs- und Krisengebiete geliefert werden, obwohl die schwedischen Waffengesetze dies verbieten.

„Svenska Freds“, Schwedens größte Friedensorganisation, hatte damals begonnen, sich für Bofors' Exporte zu interessieren. In mehreren Ministerialschriften waren Hinweise aufgetaucht, daß die Robot-70 in Bahrain und Dubai gesehen worden waren. Bofors und die schwedische Regierung wogelten ab. Eine Exportlizenz in die Krisenzone am Persischen Golf gebe es nicht, und es müsse eine Verweigerung vorliegen. Ingvar Bratts Papiere bewiesen das Gegenteil. 304 Luftabwehraketen waren 1979 an den Golf umgepackt worden. „Svenska Freds“ ersann eine Anzettelung.

Das hatte Folgen. Ganz Karisoga hung von Bofors' Arbeitsplätzen ab, und wer den Namen der Waffenschmiede benennete, brauchte nicht mit Sympathien

zu rechnen. Seine alten Arbeitskollegen schämten sich. Anonyme Drohbriefe forderten zu seiner sofortigen Entlassung. Die Staatsanwaltschaft begann zu ermitteln. Bofors-Direktor Claes-Otto Winberg machte im Voratz im Arbeitsvertragsbuch aufgeben. Gegen sechs Abteilungsleiter läuft die Veruntersuchung wegen des Verdachts, die schwedischen Waffengesetzbestimmungen systematisch unterlaufen zu haben.

Als Ingvar Bratt erfuhr, daß die Robot-Lieferung nach Bahrain und Dubai kein Einzelfall gewesen sei, habe nicht einmal er ihm geglaubt, sagt Henrik Westander, der Waffenspezerte bei „Svenska Freds“. Doch Stück für Stück fragte er dann die Beweise zusammen, die die einträglichen, aber illegalen Geschäfte bestätigten.

Thailand erhielt zwischen 1969 und 1983 Bofors-Kanonen. Zumindest 500 weitere Robot-70-Raketen landeten von 1982 bis 1984 in Dubai. Daß sie zu die kriegsführenden Länder des Golfkrieges weitergeleitet wurden, ist eine Vermutung. Als erwiesen steht „Svenska Freds“ hingegen an, daß 200 bis 400 Robot-70 im Juli nach Iran gelangten. Auch das angegebene britische Institut für strategische Studien (IISS) ist vom Einsatz der schwedischen Luftabwehraketen „in erheblicher Zahl“ auf Seiten der iranischen Kriegsmacht überzeugt.

Alle diese Geschäfte waren getarnt. Die Munition war offiziell für Jugoslawien bestimmt. So bekam Nobel-Kemi die notwendigen Exportlizenzen. „Kriegsmaterialien“ port ist in Schweden verboten“, sagt Carl Johan Aberg, der Staatssekretär im Außenhandelsministerium, „aber die Regierung kann Ausnahmegenehmigungen erteilen“. Das tut sie, wenn das Empfängerland unverdächtig erscheint. Schweden, um eine glaubwürdige Neutralität aufrechterhalten zu können, eine eigene Waffenindustrie haben, und um kontin-

günstig positionieren zu können, ist ein Exportverbot nicht zu unterschätzen. Bei Bofors beträgt der Exportanteil 30 Prozent.

Der Mann der dem Handel mit Iran unvermeidlich begegnen mußte, war das für Nobel-Kemi nie im Zweifel war, von dem für beide Seiten die besten Beziehungen in Wirklichkeit landeten würde. Es gibt nur zwei Großkonzernen für Munition und Sprengstoffe, und das sind Iran und Irak, sagt der Waffenhändler Karl-Erik Schmitt aus Malmö. Der Vertreter von Nobel-Kemi sprach noch davon, wie phantastisch dieser Markt sei. Dort läuft man die Munition ja nicht gerade, um sie in Lagern zu stapeln.

Die Waffenzulassungen beruhen sich auf zwei Männern, die sich nicht mehr wahren können: auf den schon 1979 verstorbenen Kriegsmaterialinspektor Bengt Rosenius und auf den im Vorjahr ermordeten Oud Palme. Daß Palme gleichzeitig mit seiner Mittlerrolle im Iran-Irak-Konflikt auch über schwedische Waffenslieferungen nach Iran Bescheid gewußt und 1985 versichert haben soll, diese zu unterstützen, hat zuletzt gar zu der – nicht zu übersehen – Theorie geführt, das Motiv für seine Ermordung sei in seiner Rolle im Golfkrieg zu suchen.

Ministerpräsident Ingvar Carlsson meint, er könne „ganz entschieden dementieren“, daß die Regierung oder einer ihrer Mitglieder vom illegalen Schmuggel schwedischer Waffen in Kriegszone gewußt habe. Wenn sie nichts davon wüßte, dann sind sie außerordentlich inkompetent“, entgegnete Lars Ångström, der Vorsitzende von „Svenska Freds“. Er nennt als Beispiel „eine 49 Schiffskanonen, die Bofors in den sechziger Jahren mit allen notwendigen Genehmigungen an Singapur verkaufte. Der Staatsrat hat in den letzten zehn Jahren nur ein neues, mit zwei Kanonen bestücktes Schiff gekauft und seine übrige Flotte nicht modernisiert. Was sollte er mit 40

Kanonen? Auch sie dürfen heute im Golfkrieg im Einsatz sein.“

Doch Schwedens Kriegsmaterialinspektion abgelehnt. Singapur als Endziel ist im Umkreis schwedischer Unternehmen man ja sich zu betrug“, erklärt Staatssekretär Aberg. Auch als die Polizei lässt weiter, Bofors, ermittelte, inwieweit ins Landesverfassungsinstitut versetzt (Svenska Freds) meint strafversetzt) damalige Außenhandelsminister Mats Hellström im Verteidigungsministerium von Singapur nach. Ein Staatssekretär gab ihm die Auskunft, daß mit den Waffengeschäften alles in besser Ordnung sei. Daß der Staatssekretär nebenbei Vorstandsvorsitzender der Waffenhändlerfirma Unicorn International war, die den Weitervertrieb des eingekauften Kriegsmaterials organisiert, stürzte Hellström nicht.

Daß Ingvar Carlsson jetzt die Regierung und Bofors auf diese Handel unterrichten lassen will, findet Ångström „illegitim“. Das des Schmuggels verdächtige Unternehmen und die der Minister-schaft verdächtige Regierung sollten getrennt in ihrem eigenen Vorgehen durchleuchten.

In Kürze wird gegen acht Nobel-Kanzeldirektoren Anklage erhoben. Die Voruntersuchungen der Polizei gegen die Bofors-Leitung sind nahezu abgeschlossen. Ein Hauptzeuge jedoch kann nicht mehr aussagen. Carl Ångström, der Leiter der Kriegsmaterialinspektion, der über die Waffenexporte mehr wußte als jeder andere, fiel am 13. Januar in einer Station der Stockholmer Tunnelbahn vor einen einfallenden Zug. Die Polizei hat einen einfahrenden Zug. Die Polizei hat rasch wieder geschlossen. Es war ein Unfall. Zeugen, die gesehen haben wollen, daß der Kriegsmaterialinspektor vom Perron gestoben wurde, hätten sich nicht die Polizei, geirrt.

R/S

VOL. CLXII, No. 56,121

Karzai's Office Gets Bags Full Of C.I.A. Cash

A Decade of Paying for Afghan Influence

By MATTHEW ROSENBERG

KABUL, Afghanistan — For more than a decade, wads of American dollars packed into briefcases, backpacks and, on occasion, plastic shopping bags have been dropped off every month or so at the offices of Afghanistan's president — courtesy of the Central Intelligence Agency.

All told, tens of millions of dollars have flowed from the C.I.A. to the office of President Hamid Karzai, according to current and former advisers to the Afghan leader.

"We called it 'ghost money,'" said Khalid Karim, who served as Mr. Karzai's chief of staff from 2002 until 2005. "It came in secret, and it left in secret."

The C.I.A., which declined to comment for this article, has long been known to support some relatives and close aides of Mr. Karzai. But the new accounts of off-the-books cash delivered directly to his office show payments on a wider scale, and with a far greater impact on everyday governing.

Moreover, there is little evidence that the payments bought the influence the C.I.A. sought. Instead, some American officials said, the cash has fueled corruption and empowered warlords, undermining Washington's anti-terror strategy from Afghanistan.

"The biggest source of corruption in Afghanistan," one American official said, "was the United States."

The United States was not

Terrorist Regime in Iran & Corrupt Institution in USA

Sending cash money to Corrupt Regime in Afghanistan

THE NEW YORK TIMES INTERNATIONAL MONDAY, APRIL 29, 2013

Karzai's Office Gets Bags Full of Cash From C.I.A.

Front Page A1

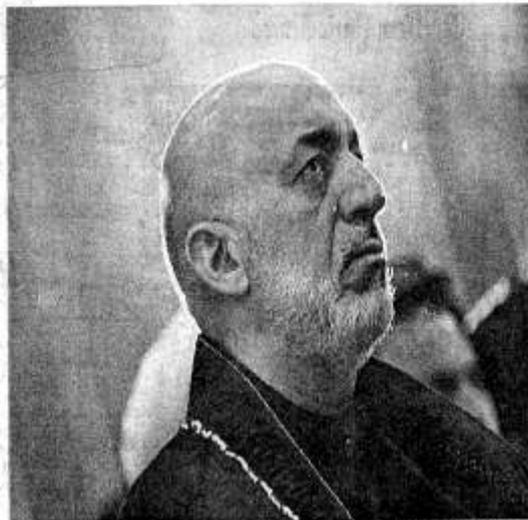
and poison Afghanistan's relations with the United States. What they did not say was that the C.I.A. was also plying the presidential palace with cash — and so, like the Iranians, it still is.

American and Afghan officials familiar with the payments said the agency's main goal in providing the cash has been to maintain access to Mr. Karzai and his inner circle and to guarantee the agency's influence at the presidential palace, which wields tremendous power in Afghanistan's highly centralized government. The officials spoke about the money only on the condition of anonymity.

It is not clear that the United States is getting what it pays for. Mr. Karzai's willingness to defy the United States — and the Iranians, for that matter — on an array of issues seems to have only grown as the cash has piled up. Instead of securing his good graces, the payments may well illustrate the opposite: Mr. Karzai is seemingly unable to be bought.

Over Iran's objections, he signed a strategic partnership deal with the United States last year, directly leading the Iranians to halt their payments, two senior Afghan officials said. Now Mr. Karzai is seeking control over the Afghan militias raised by the C.I.A. to target operatives of Al Qaeda and insurgent commanders, potentially spending a critical part of the Obama administration's plans for fighting militants as conventional military forces pull back this year.

But the C.I.A. has continued to pay, believing it needs Mr. Kar-



Off-the-books cash delivered directly to President Karzai's office shows payments on a vast scale.

late American law. Handing out cash has been standard procedure for the C.I.A. in Afghanistan since the start of the war. During the 2001 invasion, agency cash bought the services of numerous warlords, including Muhammad Qasim Fakhri, the current first vice president. "We paid them to overthrow the Taliban," the American official said.

The C.I.A. then kept paying the Afghans to keep fighting. For in-

by the warlords' loyalty, a former adviser to Mr. Karzai said. Then, in December 2002, Iranians showed up at the palace in a sport utility vehicle packed with cash, the former adviser said.

The C.I.A. began dropping off cash at the palace the following month, and the sums grew from there, Afghan officials said.

Payments ordinarily range from hundreds of thousands to millions of dollars, the officials said, though some could provide

handled with greater transparency than the dollars from the C.I.A., Afghan officials said. The Iranian payments were routed through Mr. Karzai's chief of staff. Some of the money was deposited in an account in the president's name at a state-run bank, and some was kept at the palace. The sums delivered would then be announced at the next cabinet meeting. The Iranians gave \$1 million to sell over \$16 million a year, Afghan officials said. When word of the Iranian cash

Korrupte Institutionen (wie die CIA) und die terroristische Regierung im Iran schicken Bargeld an das korrupte Regime von Hamid Karzai in Afghanistan (NYT-International, 29. April. 2013)

TERRORIST NAMES SAUDIS AS PATRONS
From Prison, Mousawi Implicates Princes
 By SCOTT HANEY
 WASHINGTON — In highly unusual testimony given the last week of September, a former operative for al Qaeda has described procedures consistent of Saudi Arabia's royal family as they draw up terror contracts in the late 1980s and claimed that he discussed a plot to shoot down Air Force One with a single prince until a staff member of the Saudi Embassy in Washington.

The Qaeda leader, Zuhair Mousawi, spoke last year in Judge George E. Strain's of Central District Court for the Southern District of New York, who is presiding over a lawsuit filed against Saudi Arabia by relatives of those killed in the Sept. 11, 2001, terrorist attacks. He said he wanted to testify in the case, and after lengthy negotiations with Justice Department officials and the federal Bureau of Prisons, a team of lawyers was permitted to enter the prison and question him for two days last October.

In a statement Monday after the Saudi Embassy said that the witness kept it secret, he had expected allegations that the family government or Saudi officials had funded al Qaeda.

"Mousawi" is a damaged prisoner whose two lawyers promised evidence that he was "seriously compromised," the statement said. "His words raise the possibility."

Mr. Mousawi named a dozen names of royal family as a perpetrator who worked on his behalf, but he was denied permission to state "that" his "view" changed. He was sentenced to life in prison in 2002.

If the News 's Fit to Print'

The New York Times

XIV... No. 36,767 WEDNESDAY, FEBRUARY 4, 2015

Saudi Princes Aided Qaeda, Terrorist Says From a U.S. Prison

From Page 1

...of Saudi-Arabian relations, says that two weeks after the death of the country's longtime monarch, King Abdullah, and the ascension of his brother, King Salman.

There has since been tension between Saudi leaders and the Obama administration since the Sept. 11 attacks, and the effort to change the regime's ruling system. Mr. Mousawi described meeting in Saudi Arabia with leaders, then the crown prince, and other Saudi royals while discussing their letters from Osama bin Laden.

There had long been evidence that wealthy Saudis provided support for bin Laden, the son of a Saudi construction tycoon, and al Qaeda before the 2001 attacks. Saudi Arabia had worked closely with the United States to finance Islamic military fighting in the 1980s, and al Qaeda drew its members from those military fighters.

But the extent and nature of Saudi involvement in al Qaeda,



"My impression was that he was of completely sound mind in terms of his testimony," said John F. Callan, a Philadelphia lawyer with Lewis & Clark who participated in the deposition on behalf of the plaintiffs. He said that the lawyers wanted to get a detailed description from the "operational administrative structure" that kept these captured terrorists in federal prisons from communicating with outsiders.

The French-born Mr. Mousawi was captured weeks before Sept. 11 and imprisoned in Guantanamo, he said.

Der Prinz von Saudi-Arabien unterstützte al-Qaida; dies berichtete ein Terrorist in einem US-Gefängnis (NYT, 4. Feb. 2015)

itants drove cars into crowds.

That effort to root out jihadist recruitment networks continued Tuesday when French counterterrorism officers arrested eight people in the northern suburbs of Paris and in the area of the city of Lyon. They were suspected of being part of a network recruiting people to fight in Syria, the Interior Ministry said.

The arrests followed those of five people last week in the southern town of Lunel, where counterterrorism forces have been seeking to dismantle a network that has sent young people to Syria and Iraq.

Over the past year, more than 10 young people have left Lunel for Syria to join the Islamic State, and several have died in Syria or Iraq, according to the Interior Ministry.

communicating with outsiders.

The French-born Mr. Moussaoui was detained weeks before Sept. 11 on immigration charges in Minnesota, so he was incarcerated at the time of the attacks. Earlier in 2001, he had taken flying lessons and was wired \$14,000 by a Qaeda cell in Germany, evidence that he might have been preparing to become one of the hijackers.

He said in the prison deposition that he was directed in 1998 or 1999 by Qaeda leaders in Afghanistan to create a digital database of donors to the group. Among those he said he recalled listing in the database were Prince Turki al-Faisal, then the Saudi intelligence chief; Prince Bandar Bin Sultan, the longtime Saudi ambassador to the United States; Prince al-Waleed bin Talal, a prominent billionaire investor; and many of the country's leading clerics.

"Sheikh Osama wanted to keep a record who give money," he said in imperfect English — "who is to be listened to or who contributed to the jihad."

Mr. Moussaoui said he acted as a courier for Bin Laden, carrying personal messages to prominent Saudi princes and clerics. And he described his training in Qaeda camps in Afghanistan.

He helped conduct a trial explosion of a 750-kilogram bomb as a trial run for a planned truck-bomb attack on the American Embassy in London, he said, using the same weapon used in the Qaeda attacks in 1998 on the American Embassies in Kenya and Tanzania. He also studied the possibility of staging attacks with crop-dusting aircraft.

In addition, Mr. Moussaoui said, "We talk about the feasibility of shooting Air Force One."

Specifically, he said, he had met an official of the Islamic Affairs Department of the Saudi Embassy in Washington when the Saudi official visited Kandahar. "I was supposed to go to Washington and go with him" to "find a location where it may be suitable to launch a Stinger attack and then, after, be able to escape," he said.

He said he was arrested before being able to carry out the reconnaissance mission.

Mr. Moussaoui's behavior at his trial in 2006 was sometimes erratic. He tried to fire his own lawyers, who presented evidence that he suffered from serious mental illness. But Judge Leonie M. Brinkema, who presided, declared that she was "fully satisfied that Mr. Moussaoui is completely competent" and called him "an extremely intelligent man."

"He has actually a better understanding of the legal system than some lawyers I've seen in court," she said.

Also filed on Monday in the



From top, Prince Bandar Bin Sultan, Prince Turki al-Faisal and Prince al-Waleed bin Talal of Saudi Arabia were all said by the imprisoned Zacarias Moussaoui, above, to be on a list of donors to Al Qaeda.

Nebraska and the former Navy secretary John Lehman, arguing that more investigation was needed into Saudi ties to the 9/11 plot. Mr. Graham was co-chairman of the Joint Congressional Inquiry into the attacks, and Mr. Kerrey and Mr. Lehman served on the 9/11 Commission.

"I am convinced that there was a direct line between at least some of the terrorists who carried out the Sept. 11 attacks and the government of Saudi Arabia," wrote Mr. Graham, who has long demanded the release of 28 pages of the congressional report on the attacks that explore Saudi connections and remain classified.

Mr. Kerrey said in the affidavit that it was "fundamentally inaccurate and misleading" to argue, as lawyers for Saudi Arabia have, that the 9/11 Commission exonerated the Saudi government.

The three former officials' statements did not address Mr. Moussaoui's testimony.

The 9/11 lawsuit was initially filed in 2002 but has faced years of legal obstacles. It was dismissed in 2005 on the grounds that Saudi Arabia enjoyed "sovereign immunity," and the dismissal was upheld on appeal to the United States Court of Appeals for the Second Circuit.

But the same appellate court later reversed itself, ordering that the lawsuit be reinstated. The Saudi government appealed to the Supreme Court, but it declined to hear the case, so it was sent back to Federal District Court in Manhattan. The filing on Monday was in opposition to the latest motion by Saudi Arabia to have the case dismissed.

Mr. Carter, the plaintiffs' lawyer, said that he and his colleagues hoped to return to the Colorado prison to conduct additional questioning of Mr. Moussaoui and that they had been told by prison officials that they

Der Prinz von Saudi-Arabien unterstützte al-Qaida; dies berichtete ein Terrorist in einem US-Gefängnis (NYT, 4. Feb. 2015)



Bericht des „Southern Poverty Law Centers“ (SPLC) über die kriminellen und rassistischen Zustände in den USA

Der Bericht des SPLC beweist, dass im Jahr 2014 784 bewaffnete kriminelle und rassistische Gruppen in den USA aktiv waren.
(Ausgabe 157, Frühjahr 2015)

Wofür kämpfen die USA und die Alliierten in Afghanistan?

Für Menschenrecht, für Demokratie?

Nein, für wirtschaftliches Interesse und für Ausbeutung!!!

Hier ein Bericht: (Le Monde diplomatique, Deutsche Ausgabe, Oktober 2014, 10/20 Jahrgang)

Die Reichtümer Afghanistans

von Thomas Ruttig

Für die Zeit nach dem Abzug westlicher Truppen sucht die Kabuler Regierung eine ökonomische Perspektive für das bettelarme Land. Sie setzt dabei auf die Nutzung der riesigen Rohstoffvorkommen. Doch die Projekte chinesischer und anderer Investoren stoßen auf viele Hindernisse.

Die Kampftruppen der Nato und ihrer Verbündeten werden nach fast 13-jährigem Einsatz in Afghanistan bis Ende des Jahres abgezogen sein. Bereits am 29. September endete mit der Vereidigung von Aschraf Ghani die Ära des ersten Präsidenten Hamid Karsai, der zunächst als Protegé des Westens angetreten war. Nach drei Jahren als Interimsstaatschef (2001 bis 2004) und zwei Amtsperioden als regulärer Präsident (2004 bis 2014) durfte der Paschtune aus Kandahar bei den Wahlen am 5. April nicht mehr antreten. In der Stichwahl vom 14. Juni setzte sich mit Ghani wiederum ein Paschtune durch.

Doch das Ergebnis stand erst nach einer mehr als drei Monate andauernden politischen Krise um gefälschte Stimmen und Neuauszählungen fest. Um eine weitere Eskalation zu vermeiden, einigten sich Ghani und sein Gegner Abdullah Abdullah im September auf die Bildung einer "Regierung der nationalen Einheit"

und eine Teilung der Macht. Am 30. September wurden im Beisein beider schon lange vorliegende Abkommen mit den USA und der Nato - Karsai hatte die Unterschrift verweigert - unterschrieben, die den Verbleib von einigen Tausend westlichen Ausbildern sowie von Spezialeinheiten zur Aufstands- und Terrorismusbekämpfung auch nach 2014 im Lande ermöglichen. Dabei wird der Kampf gegen die Taliban schon heute von den afghanischen Streitkräften weitgehend allein bestritten. Sie benötigen aber weiterhin finanzielle und logistische Unterstützung aus dem Ausland.

Allerdings steht in den Sternen, wie die derzeit 352 000 Mann starken Kräfte von Armee, Polizei und dem Geheimdienst NDS - der eigene Kampfeinheiten unterhält - und die 25 000 paramilitärischen Hilfspolizisten der sogenannten Afghan Local Police (ALP) mittelfristig bezahlt werden sollen. Zwar haben die USA und andere Länder auf dem Nato-Gipfel in Wales im September die jährliche Militärhilfe noch einmal auf 5 Milliarden Dollar erhöht, aber nur bis 2017. Insgesamt hat das Interesse an Afghanistan, nicht nur wegen der neueren Konflikte in Syrien, im Irak und in der Ukraine, in den meisten Hauptstädten der Welt erheblich nachgelassen. Fraglich bleibt auch, ob die jeweiligen Parlamente die vorgesehenen Ausgaben tatsächlich auf längere Sicht bewilligen.

Das Militär kostet dreimal so viel, wie der Staat einnimmt

Deshalb soll die afghanische Regierung die Stärke ihrer Streitkräfte in den kommenden dreieinhalb Jahren wieder auf 228.500 Mann reduzieren. Darin sehen viele Afghanistan-Experten, angesichts der wieder selbstbewusster operierenden Aufständischen, ein Sicherheitsrisiko. "Selbst wenn die afghanische Regierung sämtliche eigenen Einnahmen in die Streitkräfte stecken würde, könnte sie nur ein Drittel der jährlichen Kosten von 5 bis 6 Milliarden Dollar abdecken", twitterte Anfang August der Sondergeneralinspektor für den Wiederaufbau Afghanistans (Sigar) in Washington.¹

So gerechnet bliebe kein müder Afghani für Bildung und Gesundheitsversorgung übrig - für die Bereiche also, die westliche Politiker als - wenn auch meist geschönte - afghanische Erfolgsgeschichte darstellen. Hier zeigt sich in aller Schärfe das Fehlen nachhaltiger Lösungen für ein Land, das lange nach der von den USA angeführten Intervention immer noch zu den ärmsten der Welt gehört.(2) Um die Finanzierungslücke zu schließen und das Land längerfristig eigenständiger zu machen, befürworten die US-Regierung und die Technokraten in der Kabuler Regierung die Nutzung der erheblichen Rohstoffvorkommen.

Vor vier Jahren hatte der afghanische Rohstoffreichtum erstmals für Sensationsmeldungen gesorgt. Der Geologische Erkundungsdienst der USA und die "Task Force für Geschäfts- und Stabilitätsoperationen" des Pentagon - die interessanterweise für den Wiederaufbau Afghanistans verantwortlich ist - hatten die Resultate sowjetischer und französischer Prospektionen aus der Vorkriegszeit ausgegraben und mit modernsten Methoden der Luftaufklärung überprüft. Die ließen auf Rohstoffvorkommen im Wert von 908 Milliarden Dollar schließen: Kupfer und Gold, Eisen und Kohle, Öl, Gas, Kobalt, Chrom und sogar seltene Erden. In der Zeitschrift *Science* war deshalb von "24 potenziellen Blockbuster-Vorkommen" die Rede.

Der Informationsdienst Oil Price sah Afghanistan Anfang des Jahres schon als "ein Saudi-Arabien für Lithium" und spekulierte, das Land könnte bei diesem begehrten Rohstoff für Handy- und Computerbatterien womöglich Bolivien als Weltmarktführer ablösen.(3) Karsais Bergbauminister Wahidullah Schahrani, ein alerter anglofonen Technokrat, legte bei seinen Verkaufstouren durch die reichen Industrienationen noch einiges drauf und sprach von einem Potenzial von 3 000 Milliarden Dollar.

Als flankierende Infrastruktur soll eine "neue Seidenstraße" entstehen: ein System von Straßen, Eisenbahnlinien und Pipelines, das Afghanistan mit der Region und der Welt verbindet. Die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton machte das Projekt 2011 zur offiziellen Regierungspolitik.⁽⁴⁾ Die afghanische Regierung stellt sich vor, dass der Bergbausektor - einschließlich Erdöl und Erdgas - ab 2016 jährliche Einnahmen von 300 Millionen Dollar und bis 2024 die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts generieren soll - und damit 150 000 Arbeitsplätze.

Diese Pläne könnten auch unter dem Titel "Kupfer und Eisen für Kanonen" stehen. Denn es sind vor allem zwei Megabergwerke, deren Erträge die afghanische Finanzierungslücke schließen sollen. Das erste ist die zweitgrößte offene Kupfermine der Welt (nach Chuquibambilla in Chile); sie liegt bei Mes Ainak in der Provinz Logar, knapp 50 Kilometer Luftlinie südöstlich von Kabul. Die Ausbeutungsrechte auf 30 Jahre wurden im Mai 2008 an die China Metallurgical Group (CMG) vergeben, ein Konglomerat aus mehreren chinesischen Staatskonzernen. Die CMG zahlte bei Vertragsabschluss 808 Millionen Dollar und sagte Investitionen in Höhe von mehr als 3 Milliarden zu.

Das zweite Megaprojekt ist der Abbau der gewaltigen Eisenerzlager von Hadschigak in Zentralafghanistan. Die Lizenz ging an ein indisches Konsortium aus sieben staatlichen und Privatfirmen unter Führung der Steel Authority of India Ltd. (SAIL).

In Logar wollen die Chinesen ein Kraftwerk bauen, das die Erzschnmelze an der Mine betreiben und zugleich Energie für einen örtlichen Industriepark liefern soll. Für die örtliche Bevölkerung sind weitere Investitionen in die soziale Infrastruktur vorgesehen. Zu-dem hat sich CMG verpflichtet, innerhalb von acht Jahren bis zu 90 Prozent der in Aussicht gestellten 3 500 bis 4 000 Jobs an Afghanen zu vergeben. Nach Angaben der afghanischen Regierung hat sich der Konzern auch verpflichtet, eine Eisenbahnlinie zum Khaiberpass an der Grenze zu Pakistan zu bauen, von wo das produzierte Kupfer

über Karatschi nach China verschifft werden soll. Allerdings lässt sich diese Zusage nicht überprüfen, weil die Regierung den Vertrag unter Verschluss hält. Nicht einmal das Parlament wurde informiert, behauptet Qurban Kohestani, der im parlamentarischen Ausschuss für mineralische und natürliche Ressourcen sitzt.

Nach Berechnungen der Weltbank könnte die Mine bei voller Produktion einen Jahresgewinn von 250 Millionen Dollar abwerfen und über 70 000 weitere Arbeitsplätze bei Zulieferern und Dienstleistungsunternehmen schaffen.

Die beiden Megavorhaben sind allerdings schon im Verzug, bevor sie richtig in Gang gekommen sind. Die Kupferförderung in Ainak sollte binnen fünf Jahren beginnen, doch dieser Zeitpunkt ist bereits mehr als ein Jahr überschritten. Die Ainak-Khaiber-Eisenbahnlinie ist zwar projektiert, für ihren Bau wurde aber noch kein einziger Stein bewegt. Den Beschwerden der afghanischen Regierung hält die CMG entgegen, diese habe nicht, wie vertraglich zugesichert, bestimmte Chemikalien für die Erzgewinnung geliefert. Und Ersatz aus China würden die Kosten nach oben treiben. Das Konsortium will deshalb neu verhandeln, während Kabul die Chinesen drängt, den Vertrag trotz der Verzögerungen einzuhalten.

Anders verhält sich die Regierung beim Hadschigak-Projekt: Sie hat dem indischen Konsortium zugesagt, die nötige Bahnverbindung selbst zu schaffen, entweder als 900 Kilometer lange Bahnlinie nach Zahedan in den Iran oder als Verbindung nach Kabul, womit der Anschluss an die Ainak-Bahn hergestellt wäre. Aber auch diese beiden Projekte stehen bislang nur auf dem Papier.

Bauarbeiten unter Kriegsbedingungen

Die Inder haben bereits eine Senkung des geplanten Investitionsvolumens von ursprünglich 10,8 Milliarden auf zunächst 1 Milliarde Dollar ausgehandelt. Und ein geplantes Stahlwerk, das

mit Energie aus den örtlichen Kohlevorkommen betrieben werden soll, ist nur noch auf 1,2 Millionen statt 6 Millionen Tonnen Stahl pro Jahr ausgelegt. Bis beide Minen wirklich produzieren und die afghanische Staatskasse füllen können, werden ganz sicher noch viele Jahre vergehen.

Die Verzögerungen haben mit einer Vielzahl von Hindernissen zu tun, die von Rechts- und Sicherheitsfragen bis zu ökologischen und sozialen Bedenken reichen. Das erste Hindernis besteht darin, dass Afghanistan nicht einmal ein gültiges Bergbaugesetz hat. Erst vor wenigen Wochen wurde es im Unterhaus verabschiedet und bedarf nun noch der Zustimmung des Senats. Es garantiert Unternehmen wie GMC oder dem Sail-Konsortium, die in die Prospektion und Erschließung von Rohstoffen investieren, dass sie die Vorkommen dann auch selbst ausbeuten dürfen.

Das zweite Hindernis: In Ainak wie entlang der geplanten Bahnlinien liegen Landminen aus mehr als 30 Jahren Bürgerkrieg. Ihre Räumung muss ebenso wie der Bau der Eisenbahn unter Kriegsbedingungen stattfinden. Die Trasse zum Khaiberpass führt zwischen Kabul und Dschalalabad zum Teil durch enge Gebirgsschluchten, die kaum ausreichend Platz für die bestehende Fernstraße bietet. Für die Bahn müssen enorme Höhenunterschiede überwunden und zahlreiche Haarnadelkehren bewältigt werden. Für die Strecke zwischen der indischen Mine in Hadschigak und Kabul werden 7,5 Milliarden Dollar veranschlagt, die Route zum Khaiberpass dürfte kaum billiger werden. Im Übrigen stellen die zu bauenden Tunnel natürlich attraktive Anschlagziele dar.

In der Umgebung von Ainak und entlang der geplanten Bahntrassen sind bewaffnete Aufständische aktiv. Schon zur Zeit des Vertragsabschlusses zählte das US-Verteidigungsministerium die zentrale Provinz Logar zu den acht unsichersten in Afghanistan. Der Distrikt um die Hauptstadt Pul-i-Alam gehört zu den zehn unsichersten der über 400 Distrikte. Bereits 2012 meinte ein örtlicher Stammesführer, 80 Prozent der Provinz würden von den Taliban

beherrscht. Nafisa Hedschran, die dem gewählten Provinzrat angehört, berichtet, dass die Provinzräte die Gebiete, die sie repräsentieren, gar nicht mehr aufsuchen können. Im Übrigen waren schon die Sowjets, die die Mine während ihrer fast zehnjährigen Besatzung (Dezember 1979 bis Februar 1989) erschließen wollten, an den örtlichen Mudschaheddin gescheitert.

Deren Nachfolger haben sich inzwischen den Taliban angeschlossen. Die griffen bereits 2008 eine erste Gruppe Chinesen in Ainak an. Im Juni 2012 wurde in der Umgebung erstmals ein Minenräumtrupp attackiert. Und nach mehrfachem Raketenbeschuss und einem Taliban-Überfall, der 15 afghanische Polizisten das Leben kostete, mussten die chinesischen Ingenieure und Techniker vorübergehend ihr streng bewachtes Containerlager aufgeben. Auch am Shibar-Pass, einer Engstelle der geplanten Hadschigak-Bahn, haben sich Aufständische festgesetzt.

Im Sommer 2013 intervenierte Peking direkt bei Präsident Karsai und forderte, die Sicherheitsmaßnahmen in Ainak nochmals zu verstärken. Die Provinzregierung von Logar richtete daraufhin 20 zusätzliche Polizeiposten ein. Sie sollen den um die Mine gezogenen Sicherheitskordon verdichten und die bereits stationierte Polizeisondereinheit verstärken, die zusammen mit der Local Police und den regulären Soldaten 1 700 Leute zählt. Die chinesische Betreibergesellschaft soll außerdem einen eigenen Sicherheitsdienst betreiben. Doch seither hat sich die Lage in der Umgebung noch weiter verschlechtert. Am 27. September, gleich nach Ende des Fastenmonats Ramadan, überfielen Taliban-Kämpfer am helllichten Tage eine Klinik in Mohammed Agha und töteten einen Patienten und zwei Angestellte. Wenige Tage zuvor waren zwei junge Männer während des Abendgebets aus einer örtlichen Moschee entführt und als angebliche Spione der Regierung hingerichtet worden. Ein örtlicher Stammesführer berichtet, die Mitarbeiter der

Provinzverwaltung würden sich nur noch "die eigenen Taschen füllen", da sie eine Machtübernahme der Taliban befürchteten.

Mohammed Agha ist der Hauptort des Distrikts, zu dem auch Ainak gehört. Er liegt an der Route, auf der die Aufständischen von ihrem Rückzugsgebiet in der Kurram Agency in Pakistan in Richtung Kabul vordringen können. Mehrere Dörfer der Umgebung, die wir noch vor einem Jahr besucht haben, können wegen der Taliban-Aktivitäten zurzeit nicht mehr betreten werden.

Ein Taliban-Sprecher begründete die Angriffe mit der Korruption der afghanischen Regierung, deretwegen die Erträge der Minen "nicht unserer Nation" zugutekämen. Die chinesischen Minenbetreiber sollten stattdessen mit den Aufständischen über eine Betreiberlizenz und Schutzmaßnahmen verhandeln. Damit wollen die Taliban zwei Vögel mit einem Stein treffen, wie ein afghanisches Sprichwort sagt: Sie wollen als die wahre Regierung des Landes auftreten und sich die Einnahmen aus dem Bergbau selbst aneignen. Darauf dürften sich die Chinesen allerdings kaum einlassen, obwohl sie über ihren Verbündeten in Pakistan Kontakte zu den Taliban unterhalten.

Zusätzlich verzögert wird die Erschließung der Kupfermine durch Funde von Überresten einer buddhistischen Klostersiedlung, die ihre Blütezeit vor 1 500 Jahren hatte.(5) Inzwischen sind die chinesischen Vertragspartner über diese Verzögerung vielleicht gar nicht mehr so unglücklich. Die CMG schreibt wegen der sinkenden Kupferpreise auf dem Weltmarkt seit Jahren rote Zahlen. Und die Investitionsblase, die für die chinesische Volkswirtschaft zunehmend bedrohlich wird, rührt unter anderem daher, dass Staatskonzerne, darunter auch die CMG, offenbar zu hohe staatliche Kredite aufgenommen haben, deren Rückzahlung sich verzögert. Das Unternehmen hat sich jedenfalls damit einverstanden erklärt, dass afghanische und französische Archäologen diese Kunstschatze bergen.(6)

Die zügellose Begeisterung, mit der die Kabuler Regierung und ihre internationalen Verbündeten die Rohstoffvorkommen des Landes auf den globalen Markt werfen, wirft für die Afghanen die Frage auf, was die Ausbeutung der Minen in Ainak und Hadschigak eigentlich für die eigene Volkswirtschaft und vor allem für die örtliche Bevölkerung bringt. Beispiele aus anderen Ländern des Südens wirken eher abschreckend: Man denke etwa an die Ölförderung im Nigerdelta und im Süden des Tschad oder an den Erzabbau im indonesisch annektierten Westpapua, die Umweltzerstörung, massive Menschenrechtsverletzungen, bewaffnete Konflikte und Militarisierung mit sich brachten.

Für die negativen Folgen solcher Projekte hat sich der Begriff "Rohstofffluch" eingebürgert. Besonders fatal sind seine Wirkungen in Staaten mit schwachen Regierungsinstitutionen, vor allem nach oder inmitten bewaffneter Konflikte oder halbdemokratischer Verhältnisse. Beides trifft für Afghanistan zu. Diesen warnenden Begriff benutzt auch Integrity Watch Afghanistan (IWA), eine örtliche NGO, die sich auf extraktive Industrien spezialisiert hat. IWA würdigt zwar das Potenzial der Minen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, als Katalysator für eine Industrialisierung des Landes und die Verminderung von Armut. Aber sie kritisiert auch, Kabul habe den Auftrag für Ainak vergeben, "als die Staatsinstitutionen schwach und der gesetzliche Rahmen unzulänglich waren und zugleich die Korruption boomte". Auch sei der Vertrag immer noch geheim, und Informationen über die Projektfortschritte würden vom zuständigen Ministerium wie vom chinesischen Auftragnehmer "strikt abgeschirmt". Diese Aussagen, die der jüngste IWA-Bericht(7) enthält, stammen von Beamten, die offensichtlich Zweifel am positiven Gang der Dinge haben und denen Anonymität zugesichert werden musste.

Die Bergbauexperten Andong Peng und Richard Ghiasy gehen noch einen Schritt weiter als die IWA. Sie werfen der afghanischen

Regierung zwei schwere Managementfehler vor: Sie habe erstens bislang keine Angaben über die genaue Verwendung der Bergbaueinnahmen gemacht und zweitens nichts getan, um eigene Kapazitäten in diesem Wirtschaftssektor aufzubauen. Als Konsequenz empfehlen sie die Schaffung einer nationalen Bergbaugesellschaft.(8)

Auch wichtige Umweltfragen sind unbeantwortet geblieben. Womit sollen die Bauern um Ainak ihre Felder bewässern, wenn der Kupferabbau Unmengen an Wasser verbraucht? Womit werden die örtlichen Bauern heizen, wenn die Hadschigak-Kohle für die Erzverhüttung verfeuert wird? In Kabul versucht man zu beruhigen. Der Vizechef der staatlichen Umweltschutzagentur (Nepa) Ghulam Muhammad versichert uns, dass jede Firma bei ihrer Bewerbung eine Umweltrisikoprüfung und einen Entschädigungsplan für eventuelle Unfälle vorlegen sowie auch eigene Energiequellen erschließen müsse.

Nicht genug Wasser für den Bergbau

Für Ainak fehlt allerdings ein solches Dokument bis heute. Auch der Standort für die Lagerung des teilweise toxischem Abraums ist umstritten, weil Wasserquellen gefährdet sind. Deshalb hat die Nepa die Lizenz zum Betreiben der Mine verweigert, will das offiziell aber nicht zugeben, da sie offenbar von anderen Regierungsbehörden überstimmt worden ist. Laut Umweltamt darf CMG in Ainak vor Ort kein Wasser entnehmen, sondern muss es von anderswo heranzupumpen. Aber keine afghanische Region hat Wasserüberschuss. Und das Flüsschen Logar, in dessen Nähe Ainak liegt, ist nicht nur für den örtlichen Bewässerungsbedarf lebenswichtig, sondern auch Haupteinspeiser von Grundwasser für die nahe gelegene und überfüllte Hauptstadt. Ohnehin ist der Fluss in den vergangenen Sommern regelmäßig ausgetrocknet, was nicht einmal am Bergbau liegt, sondern am globalen Klimawandel, den auch Afghanistan schwer zu spüren bekommt. Im Sommer können die Einheimischen ihre Felder nicht mehr bewässern,

berichtet Fahimullah, der in Kabul arbeitet, aber etwas Land in Logar besitzt. "In den Tiefbrunnen gibt es noch welches, aber das brauchen wir zum Trinken und Kochen."

Das Problem der Energieversorgung lässt sich in der Provinz Bamian studieren. Hier hat die afghanische Regierung 2012 die zuvor halblegal betriebenen Kohleminen geschlossen, deren Ausbeutung jetzt die CMG übernommen hat, um Energie für Ainak zu erzeugen. Doch die versprochenen Ersatzjobs für die Bergleute blieben aus, und die armen Gemeinden können keine Arbeitslosen versorgen. Viele von ihnen waren Kämpfer in vergangenen Bürgerkriegen und bestreiten heute ihren Lebensunterhalt wieder mit der Waffe - als Banditen oder sogar in den Reihen der Taliban.(9)

Ein besonders schlagendes Beispiel für die Unfähigkeit der Kabuler Regierung, die Interessen der örtlichen Bevölkerung zu schützen, ist die Umsiedlungspolitik um Ainak. Sieben Dörfer mussten in der ersten Phase der Erschließung der Mine weichen, ursprünglich war sogar von elf Dörfern mit insgesamt 1 200 Familien die Rede. Die Regierung verfügt über die rechtlichen Mittel, Boden für "nationale Belange" zu enteignen. Allerdings muss sie den Betroffenen entweder Entschädigungen zahlen oder neues Land zuweisen.

Zu diesem Zwecke wurde in der Nähe des Hauptorts Mohammed Agha Land für eine Siedlung namens Ashab Baba bereitgestellt. Als die kaum informierten Bewohner der sieben Dörfer 2010 wegziehen sollten, stellten sie fest, dass das als Ersatz zugeteilte Land teilweise schon von anderen Flüchtlingen besetzt war.(10)Daraufhin beschlossen sie, ihre Dörfer nicht zu verlassen. Die Regierung reagierte mit einer "nichtkonsensuellen Umsiedlung", wie es in einem IWA-Bericht bürokratisch formuliert wird. Im Klartext: Der Staat schickte die Polizei zur Zwangsräumung.

Entschädigungen haben laut IWA bisher nur die Bewohner von zwei Dörfern erhalten. Aber selbst in diesen Fällen ist das Verfahren

umstritten. Entschädigt wird nur, wer Dokumente vorlegen kann. Das können die örtlichen Nomaden nicht, die sich bei Ainak niedergelassen haben, nachdem ihnen ihre alten Wanderrouten durch Kriegshandlungen versperrt waren. Kompliziert wird es zudem durch konkurrierende Ansprüche, die aus Vertreibungen und gewaltsamen Inbesitznahmen in früheren Phasen des Bürgerkriegs entstanden sind. Die Politiker verkündeten unterschiedliche prozentuale Entschädigungen und produzierten damit ein Durcheinander, das es ihnen ermöglichte, Entschädigungsgelder zu unterschlagen und sich Land unter den Nagel zu reißen. Die Profiteure waren nach Auskunft der Dorfbewohner nicht nur Beamte der Distrikt- und Provinzverwaltung oder des Provinzrats, sondern auch Regierungsbürokraten aus Kabul.

Auch in den fünf anderen betroffenen Dörfern regten sich Proteste gegen die Korruption. Doch die verliefen im Sande, als die Regierung einen Parlamentsabgeordneten, der sich für die Zwangsvertriebenen eingesetzt hatte, mit einem lukrativen Straßenbauvertrag in der Gegend von Ainak zum Schweigen brachte. Der Bau von Ashab Baba, der Siedlung für die Zwangsenteigneten, kommt seit 2012 gar nicht mehr voran. Der Provinzgouverneur von Logar hat viermal gewechselt, der Bürgermeister der Provinzhauptstadt wurde ermordet. Der neue Distriktgouverneur in Mohammed Agha erklärte, er werde nichts tun, bis in Kabul die neue Regierung im Amt ist.

Kampf um Rohstoffe wie im Kongo

So stehen die Neubauten halbfertig herum, fertiggestellt sind nur Moschee und Schule. Kein Mensch lebt oder arbeitet in Ashab Baba. Die Einheimischen nennen es "eine Wüste". Die Ausgesiedelten leben bei Verwandten oder in Moscheen. Wer etwas Geld besaß, hat inzwischen neues Land gekauft und ohne Hilfe der Regierung gebaut. Ihr Sprecher Aref Khan meint, der Bau von Ashab Baba sei zur "Fantasie" geworden. Laut Integrity Watch hat all das dazu geführt, dass die Einstellung der örtlichen Bevölkerung zu dem

ganzen Ainak-Projekt gekippt ist, das auch deshalb negativ gesehen wird, weil die Regierung die örtlichen Proteste als "regierungsfeindlich" abgetan hat. Zudem bleibt völlig unklar, wie die Enteignung des für den Eisenbahnbau benötigten Landes von statten gehen soll.

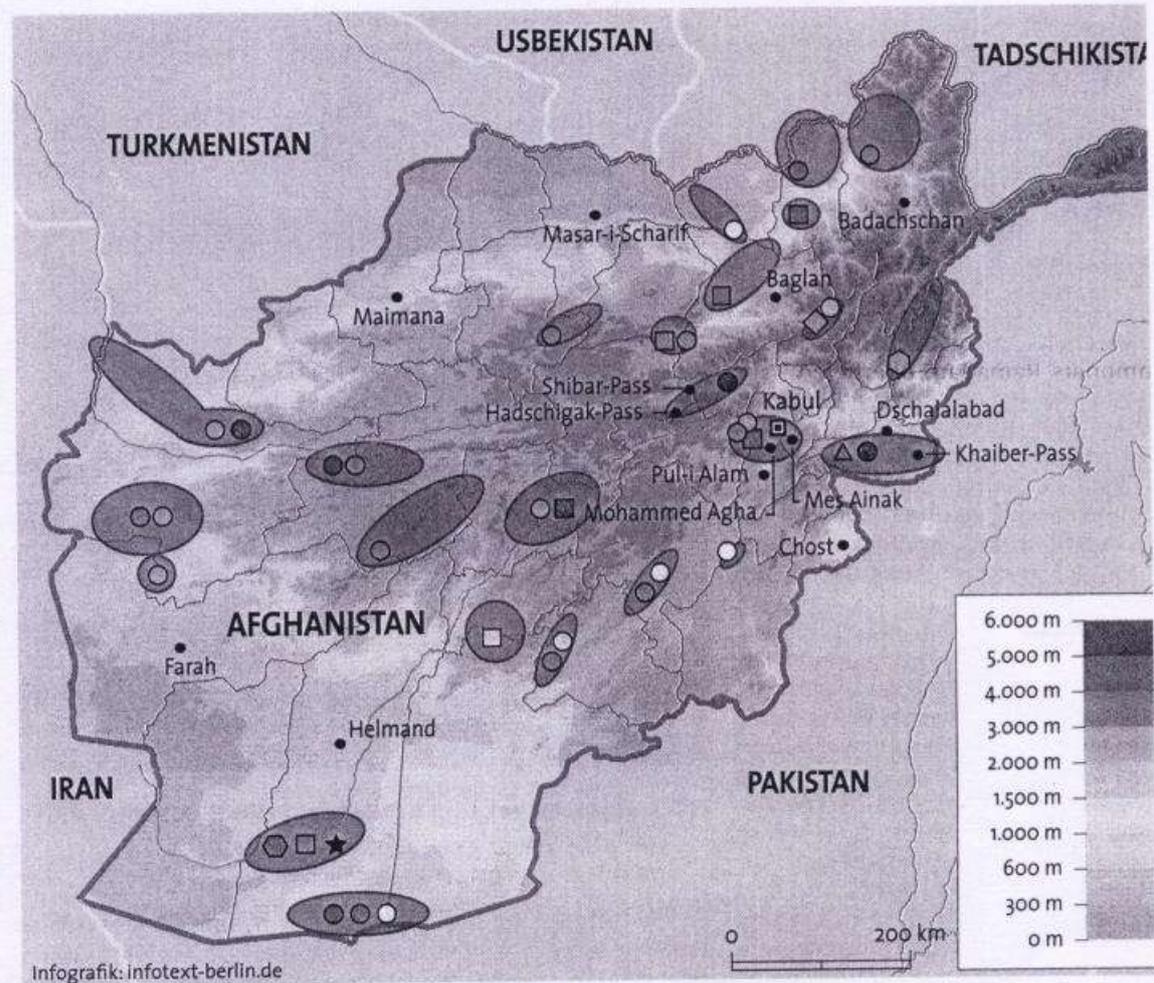
Was im Umfeld der Projekte Ainak und Hadschigak geschieht, ist nur die Spitze des Eisbergs. Viele der mineralischen Rohstoffe Afghanistans werden schon heute ausgebeutet, zumeist unter vorindustriellen Bedingungen. 80 Prozent der etwa 1 400 Abbaustätten sind nicht unter der Kontrolle der Zentralregierung, sondern gehören entweder regionalen Warlords oder den Taliban.

So beherrscht der afghano-usbekische General Abdurraschid Dostam, seit kurzem Vizepräsident des Landes, die Gas- und Ölfelder in Nordafghanistan. Andere Kommandeure, die dem früheren Vizepräsidenten Qasim Fahim nahestanden, kontrollieren die Edelsteinminen in Badachschan und im Pandschschir-Tal. Die Taliban beuten die Marmorlagerstätten von Helmand aus, die mit ihnen verbündete Haqqani-Familie die Bauxitgruben von Chost, von wo aus täglich illegale Transporte über die Grenze nach Pakistan gehen.

Die Warlords sind durch die Gesetze des schwachen afghanischen Staats kaum zu beeindrucken. Und da viele von ihnen eigene - oft auch als Sicherheitsfirmen getarnte - Milizen unterhalten, werden sie an der Bewachung ihrer eigenen Minen auch dann festhalten, wenn diese nominell von der Regierung übernommen werden sollten. Das gilt zum Beispiel für die Goldmine in der Nordprovinz Baglan, die jetzt offiziell vom israelitischen Milizenführer Sayed Mansur Naderi und dem US-Bankhaus JP Morgan Chase betrieben wird. Die beiden ungleichen Partner verfügen über "keinerlei Erfahrung im Bergbausektor", wie der IWA-Bericht süffisant anmerkt. "Es gibt einen Schattenstaat im Staate, der die Wirtschaft, die militärische

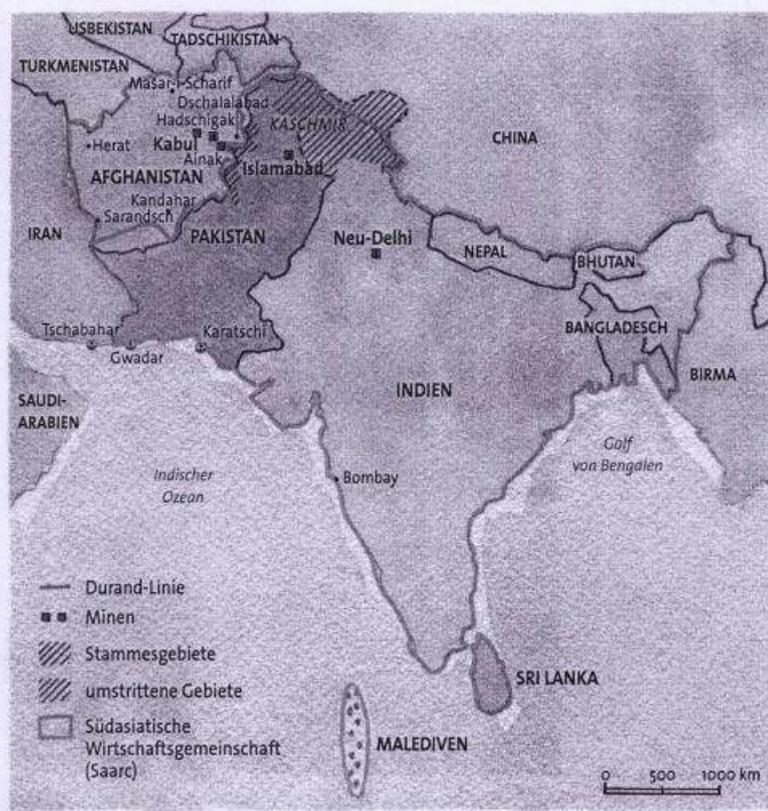
und die politische Macht und deren soziale Basis vereinnahmt", meint Jawed Noorani, Chefrechercheur bei IWA: "Wir befinden uns im Übergang von einem militärischen zu einem Ressourcenkonflikt. Es wird hier werden wie im Kongo."

Wenn die größten Stücke aus dem afghanischen Rohstoffkuchen unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen versteigert werden, profitieren davon nur die bewaffneten Neooligarchen im Umfeld der Kabuler Regierung. Aber es könnte noch schlimmer kommen: Sollten sich die Machtkämpfe zwischen verschiedenen Fraktionen dieser Oligarchie zuspitzen, wird der Reichtum des Landes für die Bevölkerungsmehrheit in der Tat zum Fluch werden.



Infografik: infotext-berlin.de

- | | | | | |
|-------------|---------------|-------------|---------------------|--------------|
| ● Blei | ● Kalkstein | ○ Silber | ■ Ton | ▲ Kalk |
| ● Chromit | ● Kupfer | ● Travertin | ■ Wolfram | ● Karbonitat |
| ○ Coelestin | ● Goldader | ○ Zinn | □ Fluorit | ● Pegmatiten |
| ● Eisen | ● Magnesit | ● Zink | ■ Industrieminerale | ◇ Smaragde |
| ● Gips | ● Quecksilber | ■ Barium | ■ Kobalt | ★ Uran |
| ○ Gold | ● Waschgold | ■ Evaporite | ■ seltene Erden | |



Was wann geschah

1950 Indisch-afghanischer Freundschaftsvertrag.

1971 Indisch-sowjetischer Freundschafts- und Kooperationsvertrag.

1978 Machtübernahme der Kommunisten in Kabul.

Dezember 1979 Sowjetischer Einmarsch in Afghanistan auf Bitten der Regierung.

Januar 1980 Die indische Premierministerin Indira Gandhi kritisiert in Bezug auf Afghanistan die „Einmischungen von außen“ (gemeint sind die UdSSR, die USA und Pakistan).

1989 Rückzug der Sowjets. Beginn des von Pakistan unterstützten Aufstands im indischen Kaschmir.

1990–1992 Diskrete Unterstützung Indiens für die Nordallianz von Ahmed Schah Massud gegen die von Pakistan geförderten Paschtunen.

1996 Einmarsch der Taliban in Kabul mit Hilfe Pakistans.

2001 Unterstützung Indiens für die US-Intervention in Afghanistan.

2002–2014 Vertiefung der indisch-afghanischen Beziehungen unter der Regierung Karsai.

2008/2009 Attentate gegen die indische Botschaft in Kabul und zwei Konsulate.

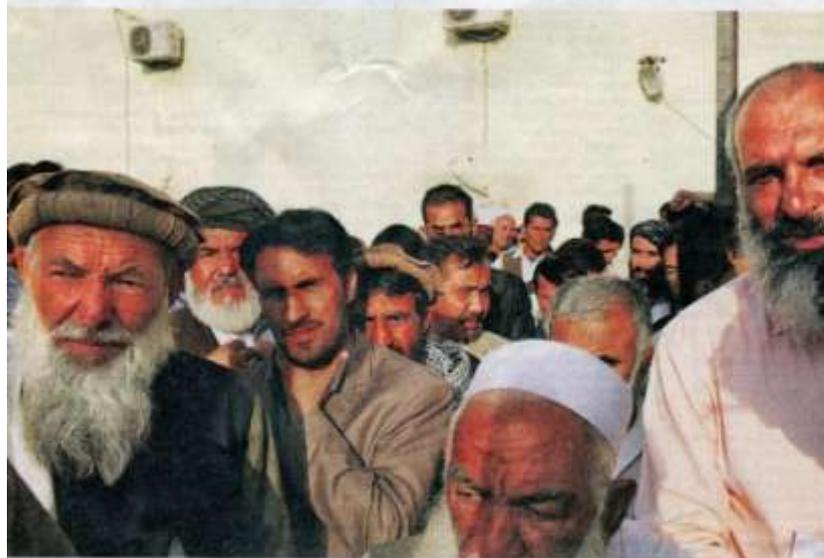
2011 Strategisches Partnerschaftsabkommen zwischen Kabul und Neu-Delhi.

AGNÈS STIENNE

The Washington Post

THURSDAY, AUGUST 13, 2015

The plight of forced returnees and would-be migrants reflects the country's woes



5,000 Afghans visit the passport office every day, according to officials at the Interior Ministry.

Only 2,000 of them receive new passports, the most that can be produced daily.

Idled in Afghanistan

BY PAMELA CONSTABLE

KABUL — In a dusty corner of the Afghan capital, stinking of sewage and crisscrossed with makeshift dwellings, families arrive every day in cargo trucks that dump their possessions in a heap. They are among 92,000 unregistered Afghan refugees who have been pushed out of neighboring Pakistan since January — along with about 150,000 workers deported from Iran over the same period — and many have come home to nothing.



to her food. "They should be in school, but we must depend on them finding Pepsi cans," Malik said. "If we could afford to go back to Pakistan tomorrow, we would."

At the other end of the city, hundreds of glum, anxious men start lining up after midnight outside the government passport office, clutching documents in plastic folders. By 7 each morning, when the agency opens, the line of passport applicants has grown to more than 1,000. Many are unemployed and say they are determined to

True drive mig deb

AN IMMIGRATION

Ideas on traction

BY DAVID J. JEON AND MARY

The issue of the edge of confined to the hope falls on the problem, truly is necessary. I wanted to see they try to establish a

Now, as I been embraced the front can can president loved up we about illegal call for an

On Monday was already the GOP field Gov. Scott. We call for a wall border, when demand. With tion barrier the Pentagon that the cost

Walker as "Trump is a citizen" provision that to anyone in After a report citizenship

Fußnoten:

(2) Auf dem Human Development Index (HDI) der UN hat sich Afghanistan von 2001 bis 2012 mit einem Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 9 Prozent von Platz 186 auf Platz 175 vorgearbeitet. Die soziale Kluft hat sich vergrößert: 36 Prozent der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze, mehr als 30 Prozent sind akut von Unterernährung bedroht. Der UN-Gleichstellungsindex, der die Diskriminierung der Frauen misst, führt Afghanistan auf dem sechst letzten Platz.

(3) Richard Stone, "Spoils of war", *Science*, 15. August 2014; James Burgess, "Eyes on Afghanistan as Next Lithium Motherload", *Oil Price*, 24. März 2014.

(4) Joshua Kucera, "The New Silk Road", *The Diplomat*, 11. November 2011.

(5) Die Anlage ist ähnlich bedeutend wie die von Bamian, wo die Taliban Anfang 2001 zwei riesige Buddhasstatuen sprengten.

(6) Der unsensible Umgang der Chinesen mit dem Kulturerbe rief US-Lobbyisten auf den Plan, die es auf die wertvollen Minen abgesehen hatten. Siehe()Alexander Benard und Eli Sugerman, "Why is the Pentagon handing over Afghanistan's riches to the Chinese?" *Foreign Policy*, 4. Oktober 2011.

(7) Javed Noorani, "Aynak: A Concession for 'Change'", IWA Kabul, November 2013.

(8) Andong Peng und Richard Ghiasy, "Wealthy But Unprepared", *The Diplomat*, 13. Juli 2014.

(9) Jalil Benish, "Cure or Curse? Implications of the Kilij mine closure for Bamyán's security situation", Afghanistan Analysts Network, 15. März 2014.

(10) Thomas Ruttig, Obaid Ali, "The Many Owners of Ashab Baba: Land conflict at the Ainak copper mine", Afghanistan Analysts Network, 10. März 2012.

Thomas Ruttig ist Kodirektor des Afghanistan Analysts Network, Kabul/Berlin. Obaid Ali (Kabul/Ashab Baba) hat an diesem Artikel mitgearbeitet.

© "Le Monde diplomatique, Berlin



Mehrere tausend Afghanen sind arbeitslos und Millionen sind unzufrieden.
Täglich beantragen über 5000 Afghanen einen Reisepass, um zu emigrieren

Osama Bin Laden – Biographie

Kindheit, Schulzeit und Heirat

Osama Bin Laden wurde 1957 geboren. Seine Mutter war Syrerin. Als siebzehnter von 52 Stiefbrüdern und –schwestern, lernte bin Laden schon früh für sich selbst zu sorgen.

Sein Vater, Mohamed Awad bin Laden, zog um 1930 von Süd-Yemen zum Seehafen von Dschidda. Zunächst verbrachte Awad bin Laden sein neues Leben in Saudi-Arabien als verarmter Träger (Ladungsträger).

Dann jedoch, nach erfolgreichem Aufbau einer Baufirma und Ausführung von Billigaufträgen für zahlreiche Paläste des regierenden Königs Saud, wurde Awad bin Laden Minister für öffentliche Bauarbeiten des Königreiches – was seine Familie an die zweitreichste Stelle des Landes stellte. Osama und seine Geschwister wurden von ihrem hingebungsvollen muslimischen Vater alle gleich behandelt.

Im Alter von 13 Jahren verlor Osama seinen Vater bei einem Flugzeugabsturz. Im Alter von 17 Jahren verheiratete er sich mit einer syrischen Frau. Während er noch in der Stadt Dschidda bei seiner Familie lebte, schloss er seine Schulausbildung und eine universitäre Ausbildung ab. 1979 erhielt er einen Abschluss in Bauingenieurwesen von der Universität Dschidda.

Erster Afghanistan Konflikt

Der Einmarsch der sowjetischen Truppen 1978 in Afghanistan motivierte bin Laden, die verteidigenden Mudschahedin (Freiheitskämpfer) zu unterstützen. Er besuchte zunächst Pakistan, um hohe Beamte, Flüchtlinge und Bürger zu treffen, um dann Freiheitskämpfer zu rekrutieren.

Nachdem er einen Eindruck davon gewonnen hatte, was die Russen vorhatten, kehrte bin Laden in das saudische Königreich zurück, um viele seiner Brüder, Freunde und andere Verwandte um Rat zu fragen.

1982 entschloss sich bin Laden nach Afghanistan zu gehen und die Mudschahedin mit umfangreicher finanzieller Hilfe zu unterstützen. Während er in Afghanistan war, knüpfte er eine enge Beziehung zu dem Anführer der Mudschahedin, Scheich Abdullah Azzam.

Afghanische Trainingscamps

1984 hatte bin Laden einen Sammelpunkt angelegt, um seine Präsenz in Afghanistan zu stärken. Kurz vor der afghanischen Front, in Peshawar, Pakistan, diente bin Ladens Sammelpunkt (auch bekannt als „das Gästehaus“) als erste Station für frisch gebackene Mudschahedin, bevor sie an die Front gingen.

1986 gelang es bin Laden seine Präsenz in Afghanistan aufzubauen und hatte seit 1988 mehr als sechs Intensiv-Trainingscamps errichtet. Manche wurden mehr als einmal mobil gemacht. In diesem Jahr entschloss sich Osama Kämpfe unter seiner eigenen Führung durchzuführen – was schließlich zu einem Bruch mit Scheich Abdullah Azzam führte. Er stellte seine eigene Armee auf, al-Qaida (was auf arabisch „die Basis“ bedeutet).

Präsident Reagan unterzeichnete eine geheime Freigabe von finanzieller Unterstützung, High-end-Bewaffnung, und Entsendung von CIA-Spezialisten an bin Laden, Azzam und die Mudschahedin. Diese amerikanische Unterstützung half den Abzug der Sowjets aus Afghanistan 1989 zu erzwingen.

Zurück in Saudi-Arabien

Ende 1989, gerade als die Sowjetunion den Rückzug aus Afghanistan zu Ende führte, kehrte bin Laden nach Hause zurück, mit der Erwartung, herzlich aufgenommen zu werden. Gegen ihn

wurde hingegen ein Reiseverbot verhängt. Wegen zahlreicher aufheizenden Reden, welche er vor seiner Rückkehr gegeben hatte, die Aufstände befürworteten, wurde es ihm nicht gestattet, Saudi-Arabien zu verlassen.

Bin Laden plante tatsächlich einen neuen Dschihad in Süd-Yemen. Zudem hatten seine Reden und Vorträge eine mögliche Invasion von Saddam Husseins Truppen in Yemen vorhergesehen. Dem saudischen Regime missfiel seine Haltung wegen der engen Verbindung mit Irak.

Am 2. August 1990 marschierten irakische Truppen in Kuwait ein, und kurz darauf trafen amerikanischen und alliierte Truppen zur Verteidigung Kuwaits ein. Die Operation „Desert Storm“ war nun im Gange und das änderte bin Ladens Haltung vollständig. Er plante nun eine Initiative gegen die USA.

Indem er religiöse Führer und muslimische Aktivisten beeinflusste, gelang es bin Laden eine Fatwa von einem der älteren Geistlichen zu erreichen, dass militärisches Training und Bereitschaft zum Kampf zur religiösen Pflicht erklärt wurde. Er verbreitete sofort diese Fatwa und überzeugte potentielle Kämpfer, dass sie ihr Training in Afghanistan bekommen sollten.

Es wurde geschätzt, dass aufgrund dieser Fatwa 4.000 Männer zu den afghanischen Trainingscamps aufbrachen. Das saudische Regime war über die Aktivitäten bin Ladens nicht erfreut, so dass es seine Bewegungsfreiheit auf Dschidda begrenzte. Doch das hielt ihn nicht auf. Bin Laden verließ seine Heimat und ging schließlich in das vom Krieg geschüttelte Afghanistan zurück.

Zurück in Afghanistan

Bevor er nach Afghanistan reiste, traf sich bin Laden mit verschiedenen „Geschäftspartnern“ in Pakistan, die er um

Unterstützung seines neuen Terror-Regimes bat. Ihm war jedoch auch bewusst, dass, wenn er zu lange in Pakistan bleiben würde, die Regierung ihn ergreifen und zurück in das Königreich bringen würde, das er nun verachtete.

Osama realisierte sehr schnell, dass er sich durch einen längeren Aufenthalt in Pakistan in Gefahr bringen könnte. Mit seiner Terrormission im Auge, steuerte er deshalb direkt die afghanischen Camps an.

Während bin Ladens Aufenthalts in Afghanistan, genauso wie während seiner kurzen Anwesenheit in Pakistan, versuchten ihn die Saudis, gemeinsam mit dem pakistanischen Geheimdienst, zu kidnappen oder zu ermorden. Doch zum Glück für bin Laden verhalfen ihm seine engen Beziehungen zu hohen Beamten sowohl in Pakistan als auch in Saudi-Arabien, auf der Höhe der Zeit mit den Geheimdiensten zu sein und ihm genug Zeit zum Entkommen zu geben.

Im Jahr 1991, nachdem er es müde geworden war, sich zu verstecken, entschloss sich bin Laden Afghanistan zu verlassen und in das Land zu gehen, das ihm als einzige mögliche Alternative vorkam: Sudan.

Im Sudan

Osamas Wahl für den Sudan hatte wenig mit dem heiligen Krieg oder Terrorismus zu tun. Er war einzig durch das neue Regime davon angezogen. Er wollte sowohl einen sicheren Rückzugsort als auch der Regierung bei Bauvorhaben helfen.

Während er sich im Sudan aufhielt, entging er erneut einem Attentatsversuch des saudischen Geheimdienstes. Die Saudis verkündeten 1994 öffentlich, dass ihm die Staatsbürgerschaft entzogen worden war. 1996, nachdem politischer Druck im Sudan gegen bin Laden aufkam, plante er insgeheim eine Reise nach Jalalabad, Afghanistan.

Verbindungen mit den Taliban

Innerhalb weniger Monate nach seiner Ankunft in Afghanistan veröffentlichte bin Laden seine erste anti-amerikanische Botschaft, eine Ankündigung des Dschihads gegen die Supermacht. Zu dieser Zeit war bin Ladens Erklärung eines Dschihads auf die Ausweisung der amerikanischen Truppen von der arabischen Halbinsel beschränkt.

Ende 1996 übernahmen die Taliban ohne Schwierigkeiten Jalalabad und bin Laden geriet unter ihre Kontrolle. Er hoffte, dass sie ihm Schutz gewähren würden, war sich dessen aber unsicher. Er war deshalb überrascht, dass ihn eine von Mullah Omer, dem Anführer, gesandte Abordnung aufsuchte, um ihm zu versichern, dass er unter den Taliban sicher sei.

Osama wurde bewusst, dass die Hauptantriebskraft der Taliban die Ulema (religiöse Wissenschaftler) waren. Er verstand es schnell, Verbindungen zu ihnen aufzubauen und sie von einer Befreiung der arabischen Halbinsel von den amerikanischen Truppen zu überzeugen. Ihm gelang es, die Ulema für sich zu gewinnen und eine von 40 Wissenschaftlern unterzeichnete Fatwa zu erreichen, die eine Vertreibung der amerikanischen Truppen mit allen Mitteln befürwortete.

Er zog Kaschmiris, Pakistanis, Inder und Muslime aus den Sowjet-Republiken in seinen Bann. Zu diesem Zeitpunkt dachte er, er könne eine internationale Allianz gegen den USA aufbauen.

Bin Ladens Zorn

Im Juli 1998 schlugen Bomben in den US-Botschaften von Kenya und Tansania ein und die Medien machten keinen anderen als bin Laden dafür verantwortlich. Hunderte Menschen starben, viele mehr waren durch die Terrorattacken verwundet worden.

Als Vergeltung für diese Attentate bombardierten die Amerikaner ein al-Qaida Camp in Khost, Afghanistan. Bin Laden war Hunderte von Kilometern davon entfernt und die Kämpfer waren an der nördlichen Front.

Nach den Bombardements der Amerikaner wurde bin Laden unter höchstem Schutz gestellt und wurde durch den Talibanführer Abdullah Jan Wahedi angewiesen, sich versteckt zu halten. Bin Laden und die Taliban waren gezwungen, sich gegen die vereinte Front des anti-Taliban Militärs und der Mudschaheddin unter dem Kommando von Ahmad Shah Massoud zu verteidigen.

Ladens Gefolgsleute verteidigten die Front in Kabul und drängten die Truppen von Massoud zurück.

11. September 2001

Bin Laden hielt sich für fast drei Jahre im Untergrund auf. Am 11. September 2001 wurden vier amerikanische Flugzeuge von Mitgliedern von bin Ladens militanter islamistischer Gruppe, al-Qaida, entführt. Das Ergebnis war erschütternd. Zwei Flugzeuge wurden von den Terroristen absichtlich in die Zwillingtürme des World Trade Centers in New York City gelenkt, ein anderes krachte auf das Pentagon in Washington, D.C., während das vierte, kurz vor seinem Ziel, in Pennsylvani, abstürzte. Durch diese terroristischen Selbstmordattaken verloren fast 2.800 Amerikaner ihr Leben – einschließlich vieler New Yorker Feuerwehrleuten und Polizisten.

Als Resultat dieser Gewaltaktionen, verkündete Präsident George W. Bush seinen eigenen Dschihad gegen die Terroristen, insbesondere gegen Osama bin Laden. Wenige Monate später vernichteten die Vereinigten Staaten die Taliban in Afghanistan und versuchten bin Laden aufzustöbern.

Während die amerikanischen Truppen in Afghanistan eindringen, war bin Laden damit beschäftigt, terroristische Videos an geheim gehaltenen Orten in ganz Afghanistan aufzunehmen. Indem die

Aufnahmen angeblich dazu genutzt wurden, um sich für die Attentate vom 11. September zu bekennen, waren sie aber für bin Laden in Wirklichkeit ein Mittel um seine terroristische Propaganda zu verbreiten.

Ab 2005 war der Aufenthaltsort Osama bin Ladens unbekannt, aber Gerüchten zufolge sollte er sich in der gebirgigen Grenzregion zwischen Pakistan und Afghanistan befinden. Er war der am meisten gesuchte Terrorist der Welt und das FBI bot 25 Millionen US-Dollar Belohnung für Informationen, die zu seiner Ergreifung führen konnten.

In den frühen Morgenstunden des 2. Mai 2011, drang eine Truppe der American SEALs in ein Haus in Abatabad, Pakistan, ein, wo sich Osama bin Laden seit Monaten, vielleicht sogar Jahren aufgehalten hatte. Im Zuge dieses Überfalls wurde bin Laden durch Schüsse in den Kopf und die Brust getötet. Nachdem er identifiziert worden war, wurde sein Leichnam im Meer bestattet.

Iran-Contra-Affäre

Nach: http://en.wikipedia.org/wiki/Iran%E2%80%93Contra_affair und [wikipedia.de](http://de.wikipedia.org/wiki/Iran-Contra-Aff%C3%A4re) (Auszüge übers. aus dem Engl.)

Die Iran-Contra-Affäre, in Anlehnung an die Watergate-Affäre Irangate genannt, war ein politischer Skandal während der zweiten Amtszeit von US-Präsident Ronald Reagan. Hohe Regierungsbeamte ermöglichten heimliche Waffenverkäufe an den Iran, obwohl ein Waffenembargo verhängt worden war. Einige US-Beamte hofften mit dem Verkauf der Waffen die Freilassung einiger Geiseln zu erreichen und zudem die Contras in Nicaragua finanziell zu unterstützen, was jedoch durch das Boland-Amendment durch den Kongress nicht gestattet war.

Von der Reagan-Regierung wurden Einnahmen aus geheimen Waffenverkäufen an den Iran an die rechtsgerichtete Guerilla-Bewegung der Contras in Nicaragua weitergeleitet, um sie bei dem Contra-Krieg gegen die sandinistische Regierung zu unterstützen. Zum einen war die Unterstützung der Contras ein klarer Verstoß gegen einen entsprechenden US-Kongressbeschluss (Boland-Amendment), zum anderen war das Geld ursprünglich zum Freikauf von sieben US-amerikanischen Geiseln, die von einer libanesischen Gruppe mit Verbindungen in den Iran im Libanon festgehalten wurden, vorgesehen. Die iranischen Waffen-Empfänger versprachen alles in ihrer Macht mögliche zu tun, um die Freilassung der Geiseln zu erreichen. Der Plan geriet zu einem „Waffen-für-Geiseln“-Geschäft. Dies war auch deshalb in mehrerer Hinsicht innen- und geopolitisch problematisch, weil der Iran seit der mehr als einjährigen Geiselnahme 52 amerikanischer Bürger während der Revolution 1979 als mit den USA verfeindeter Staat galt. Gleichzeitig führte er Krieg gegen den Irak, bei dem die USA tendenziell, wenn auch nicht offiziell, eher den Irak unter Saddam Hussein unterstützten.

Wichtige Änderungen wurden unter Leutnant Colonel Oliver North vom National Security Council Ende 1985 durchgeführt, wobei ein Teil der Einnahmen der Waffengeschäfte genutzt wurden, um die anti-sandinistischen und anti-kommunistischen Rebellen, die Contras, in Nicaragua zu unterstützen.

Während Präsident Reagan ein Unterstützer der Contra-Angelegenheit war, gilt es immer noch als unsicher, ob er auch die Verteilung des Geldes aus den Waffenverkäufen an den Iran an die Contras beauftragt hatte. Handschriftliche Notizen des Verteidigungsministers Caspar Weinberger vom 7. Dezember 1985, lassen darauf schließen, dass Reagan von einem möglichen Geiseltransfer mit Iran wusste, ebenso darüber informiert war, dass Hawk und TOW-Waffen an „gemäßigte Elemente“ innerhalb dieses Landes verkauft wurden. Nachdem der Waffenhandel im November 1986 aufgedeckt worden war, bestätigte Reagan in einem Fernsehauftritt, dass Waffengeschäfte tatsächlich stattgefunden hätten, aber dass die Vereinigten Staaten keine Waffen gegen Geiseln getauscht hätten.

Hintergrund

In Honduras ansässige Contra-Kämpfer, wagten einen Guerillakrieg, um die revolutionäre Regierung der Sandinistische Freiheitsfront (FSLN) in Nicaragua zu stürzen. Direkte US-Finanzierung war durch das Boland Amendment verboten (der Name stammt von drei Gesetzes-Amendements aus den Jahren 1982-1984 mit dem Ziel die Unterstützung der Contras durch die US-Regierung zu begrenzen). Die Unterstützung der Contras lief im Juli 1984 aus und ab Oktober war ein vollständiges Verbot in Kraft. Trotzdem fuhren einige höhere Beamter der Reagan-Regierung fort, die Contras heimlich zu bewaffnen und zu trainieren und Waffen an den Iran zu liefern – ein Unternehmen, das „Enterprise“ genannt wurde.

Ironischerweise wurde militärische Hilfe an die Contras mit Zustimmung des Kongresses im Oktober 1986 wieder gestattet, ein Monat bevor der Skandal bekannt wurde.

Waffenlieferungen an den Iran

Michael Leeden, ein Berater des National Security Beraters Robert McFarlane ersuchte den israelischen Premierminister Shimon Peres um Hilfe bei den Waffenverkäufen an den Iran. Nachdem der Iran seit Januar 1984 als Befürworter von Terrorismus galt und sich mitten im Krieg gegen den Irak befand, waren nur wenige westliche Staaten dazu bereit, ihn mit Waffen zu versorgen. Die Idee hinter dem Plan war, dass Israel durch einen Mittelsmann (der als Manucher Ghorbanifar identifiziert wurde) militärische Hilfe an eine mutmaßlich gemäßigte, politisch einflussreiche Fraktion innerhalb der Regierung Ayatollah Khomeini's erhalten sollte, die eine Annäherung an die USA anstreben wollte. Nach der Transaktion wollte die USA Israel mit denselben Waffen entschädigen, während sie finanzielle Zuwendungen erhalten sollten. Israel stimmte dem Handel zu.

Israel ersuchte daraufhin die USA um Erlaubnis, eine Reihe von TOW Panzerabwehrraketen an den Iran zu liefern und behauptete, dass dies die gemäßigte iranische Fraktion helfen würde. Man verwies auf bereits bestehende Verbindungen dieser gemäßigten Gruppe zu hochstehenden US-Beamten. Zunächst wies Reagan den Plan zurück bis er von Israel Informationen erhielt, dass die „Gemäßigten“ dem Terrorismus entgegenstünden und sogar gegen ihn gekämpft hätten. Daraufhin unterstützte Reagan die Transaktion zwischen Israel und den „Gemäßigten“ im Iran und einer Entschädigung der USA an Israel.

[...]

Am 7. Januar 1986 schlug John Poindexter dem Präsidenten eine Änderung des Plans vor: anstelle mit der „gemäßigten“ iranischen Gruppe, sollte man mit „moderaten“ Mitgliedern der iranischen

Regierung verhandeln. Poindexter sagte Reagan, dass Ghorbanifar wichtige Verbindungen zur iranischen Regierung habe; mit Aussicht auf Freilassung der Geiseln, stimmte Reagan diesem Plan zu.

[...]

Im Zeitraum vom 20. August 1985 bis zum 28. Oktober 1986 wurden insgesamt 2.515 TOW-Systeme sowie 258 HAWK-Systeme bzw. deren Teile, auch via Israel, an den Iran geliefert.[1] Die Transporte wurden überwiegend von zivilen Fluggesellschaften, wie beispielsweise Southern Air Transport oder St. Lucia Airways, ausgeführt.[2]

Nachwirkungen

Die USA wurden vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen militärischer und paramilitärischer Aktivitäten in und gegen Nicaragua schuldig gesprochen. In einer Resolution forderte die UN-Generalversammlung die USA auf, das Gerichtsurteil anzuerkennen. Nur die USA, Israel und El-Salvador stimmten gegen die Resolution. Nachdem die Regierung Nicaraguas 1990 abgewählt worden war und die USA drohten, Hilfszahlungen an das Land einzustellen, gab die Nachfolge-Regierung alle Ansprüche aus dem Urteil auf.

Resultate der Untersuchung

Inwieweit Präsident Reagan und Vizepräsident George H. W. Bush in die Iran-Contra-Affäre verwickelt waren, konnte durch die beauftragte Untersuchungskommission nie ganz geklärt werden. Reagan selbst machte keine Aussagen dazu und erklärte immer, er könne sich an nichts erinnern. Donald Rumsfeld war zu Zeiten der Affäre spezieller Beauftragter für den Nahen Osten. Eine Schlüsselrolle spielte der damalige CIA-Direktor William Joseph Casey. Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustands kam es nie

zu einer Verurteilung Caseys. Casey starb am 6. Mai 1987 in New York.

Die offizielle Verantwortung für die illegalen Aktivitäten in der Affäre wurde dem bis dahin eher unbedeutenden Colonel Oliver North zugeschrieben, der im Weißen Haus als Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats für die Koordination verdeckter Operationen zuständig war. Trotz offensichtlicher Lügen vor dem Untersuchungsausschuss und nachgewiesener schwerer Vergehen – u. a. hatte er versucht, sämtliche belastenden E-Mails der Reagan-Regierung zu löschen[3] – gelang es North, die Affäre trotz gerichtlicher Verurteilung wegen eines juristischen Verfahrensfehlers als freier Mann zu überstehen. Er gewann in der Folge eine Art Kult-Status bei den amerikanischen Konservativen und ist heute Vortragssprecher und Autor zahlreicher Bücher. Sechs der hochrangigen Beteiligten, darunter der ehemalige Verteidigungsminister Caspar Weinberger und der ehemalige Sicherheitsberater Robert McFarlane wurden von Präsident George Bush sen. begnadigt. Kritische Stimmen in der US-Öffentlichkeit vermuteten, dass damit weitere Untersuchungen, auch über Bushs eigene Rolle als Vizepräsident der Regierung Reagan, verhindert werden sollten.

Andere wichtige Personen, die in den Skandal verwickelt waren, sind Otto Reich, John Pointdexter, David M. Abshire, Akbar Hashemi Rafsanjani, Manucher Ghorbanifar, Adnan Chaschuqdschi, Manuel Noriega.

Übersicht über die wichtigsten Personen

Caspar Weinberger, Verteidigungsminister, wurde von George Bush sen. begnadigt.

William Casey, Chef der CIA. Es wird vermutet, dass er den Plan konzipiert hatte. Erkrankte kurz bevor er aussagen konnte. Reporter Bob Woodward sagte, dass Casey von dem Plan wusste und ihn befürwortete.

Der Nationale Sicherheitsberater *Robert McFarlane*, bekannte sich schuldig. Er wurde zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt und zweihundert Stunden gemeinnütziger Arbeit und einer Strafe von 20.000 US-Dollar.[4] Er wurde von George Bush sen. begnadigt.

Elliot Abrams, bekannte sich schuldig. Er wurde zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt und einhundert Stunden gemeinnütziger Arbeit. 1992 wurde er von George Bush sen. zusammen mit fünf anderen Verurteilten der Iran-Contra-Affäre begnadigt. [4]

Alan D. Fiers war Chef der Central American Task Force des Central Intelligence Agency. 1991 wurde er angeklagt, Information dem Kongress aktiv vorenthalten zu haben. Er wurde zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt und einhundert Stunden gemeinnütziger Arbeit. Er wurde von George Bush Sen. begnadigt. [4][5]

Clair George, Chef der Division of Covert Operations der Central Intelligence Agency unter Präsident Reagan. George wurde für schuldig befunden 1986 zweimal Untersuchungsausschüsse des Kongresses belogen zu haben. Er wurde von George Bush Sen. begnadigt. [4][5][7]

Oliver North, Mitglied des National Security Council wurde wegen Bestechlichkeit, Behinderung einer Kongressuntersuchung und Aktenvernichtung angeklagt. Der Richterspruch wurde jedoch verworfen, da ihm Immunität zustanden wurde. [4][11]

Fawn Hall, Oliver Norths Sekretärin, wurde im Gegenzug mit ihrer Aussage Immunität zugesichert.

Jonathan Scott Royster, Lebenspartner von Oliver North, wurde im Gegenzug zu seiner Aussage Immunität gewährt.

John Poindexter, Reagans Nationaler Sicherheitsberater, wurde wegen Verschwörung, Falschaussage vor dem Kongress, Behinderung der Justiz und zwei weiterer Anklagepunkte für

schuldig befunden. Wegen Verfahrensfehler wurde das Verfahren eingestellt[4][10]

Thomas G. Clines, Mitarbeiter der CIA. Er wurde für schuldig befunden, illegale Zahlungen vorgenommen zu haben. Er wurde zu 16 Monaten Haft und 40.000 Dollar Geldstrafe verurteilt. er war der einzige, der seine Haft absaß[9]

Duane R .Clarridge, ehemaliger Senior Operations Officer der United States Central Intelligence Agency wurde 1991 wegen Falschaussage bezüglich der Versendung von Waffen an den Iran im Jahr 1985 angeklagt; von George Bush Sen. vor Prozessbeginn begnadigt.

Richard Secord, ehemaliger Generalmajor der Air Force, der die Waffenverkäufe an den Iran und die Hilfe für die Contras organisiert hatte, wurde wegen neun Kapitalverbrechen angeklagt, unter anderem dass er 1989 den Kongress angelogen habe. Er plädierte auf schuldig.[4][8]

Albert Hakim, Geschäftsmann, plädierte im November 1989 auf schuldig, die zusätzliche Gehaltszahlungen an North veranlasst zu haben, indem er für 13.800 US-Dollar Zäune für North für „The Enterprise“ kaufte. „The Enterprise“ war eine Reihe ausländischer Firmen, die Hakim für Iran-Contra genutzt hatte. Zusätzlich plädierte die Schweizer Firma Lake Resources Inc. auf schuldig, Regierungsgelder veruntreut zu haben, indem sie Gelder vom Waffenhandel an den Iran zur Weiterleitung an die Contras aufbewahrt hatte.

Zitate

„Es existiert eine Schattenregierung mit ihrer eigenen Luftwaffe, ihrer eigenen Marine, ihren eigenen Geldbeschaffungsmechanismen sowie der Möglichkeit, ihre eigene Vorstellung nationaler Interessen durchzusetzen, frei von allen Kontrollen und frei vom Gesetz selbst.“

– US-Senator (Dem.) Daniel Inouye während der Senatsanhörungen zur Iran-Contra-Affäre[12]

„Unser Land machte sich zum Komplizen im Drogenhandel, zur selben Zeit in der wir unzählige Dollars dafür ausgaben, die durch Drogen verursachten Probleme in den Griff zu bekommen - es ist einfach unglaublich.“

– US-Senator (Dem.) John Kerry in den Senatsanhörungen zur Rolle der CIA im Drogenschmuggel der Contras[13]

„Bei Gott, die Geheimdienste dieses Landes sollten in dem Krieg [gegen die Drogenhändler] mithelfen, anstatt mit diesem Abschaum der Erde auch noch zusammenzuarbeiten – denn das haben sie getan.“

– US-Senator (Rep.) Al D’Amato[14]

„Wir haben nie – ich wiederhole – wir haben nie Waffen oder irgendetwas Anderes gegen Geiseln eingetauscht, noch werden wir dies tun.“

– US-Präsident Reagan in einer Rede an die Nation zu Beginn der Affäre[15]

Einzelnachweise:

1 IRAN-CONTRA REPORT; Arms, Hostages and Contras: How a Secret Foreign Policy Unraveled. In: The New York Times. 19. November 1987 (nytimes.com, abgerufen am 14. Oktober 2008).

2 The Arms Flyers: Commercial Aviation, Human Rights and the Business of War and Arms, Peter Danssaert & Sergio Finardi (PDF)

3 Bush Regierung muss Mailarchiv möglichst komplett übergeben - Januar 2009

4abcdefghi Walsh Iran / Contra Report – Summary Prosecutions

5ab Walsh Iran / Contra Report – Chapter 15 William J. Casey

6ab Walsh Iran / Contra Report – Chapter 13 Private Fundraising: The Guilty Pleas of Channell and Miller

7 Walsh Iran / Contra Report – Chapter 17 United States v. Clair E. George

8 Walsh Iran / Contra Report – Chapter 9 United States v. Richard V. Secord

9 Walsh Iran / Contra Report – Chapter 11 United States v. Thomas G. Clines, a.k.a “C.Tea”

10 Walsh Iran / Contra Report – Chapter 3 United States v. John M. Poindexter

11 Walsh Iran / Contra Report – Chapter 1 United States v. Robert C. McFarlane

12 SeymourHersh: Daniel Inouye’s Conscience. Nachruf auf Inouye, The New Yorker, 18. December 2012

13 Crack The CIA. Kurz-Dokumentarfilm über CIA-Drogenaktivitäten von www.guerillanewsnetwork.com, Zitat bei 3:00

14 Crack the CIA. Kurz-Dokumentarfilm über CIA-Drogenaktivitäten von www.guerillanewsnetwork.com, Zitat bei 2:00 min

15 Rede von Präsident Reagan an die Nation, 13. Nov. 1986

Literatur

- Peter Dale Scott, Jonathan Marshall: Cocaine Politics. Drugs, Armies, and the CIA in Central America. University of California Press, Los Angeles 1998, ISBN 0-520-21449-8.

Web links

- Das Watergate-Gespenst ist verschwunden (Der Spiegel 30/1987 vom 20. Juli 1987, S. 86–87)
- The Oliver North File (Memos und Tagebücher von Oliver North aus dem National Security Archive, mit umfangreichen Erläuterungen; engl.)
- Iran-Contra: White House e-mail (Memento vom 6. Februar 2005 im Internet Archive) (CNN-Dokumentation von belastenden E-

Mails aus dem Weißen Haus, die zur Aufklärung der Affäre führten; engl.)

- Kerry‘ Contra-Cocaine Chapter (Artikel über die Drogenhandels-Untersuchungskommission von Senator John Kerry; engl.)
- Archives Contra Crack Series (Artikelsammlung zum Kokainschmuggel der Contras; engl.)
- Iran-Contra Investigation Day 23 (Video, 6 Std), 7. Juli 1987, C-SPAN
- Waffen-und Drogenhandel im Dienste der US-Regierung (Heise.de)

Bush begann drei Monate nach 9/11 mit der Kriegsplanung

In einer Publikation wird vertreten, dass der Präsident auf Geheimhaltung pochte

Von William Hamilton

Washington Post, 17. April 2004

<http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A17347-2004Apr16.html>

(Übers. aus dem Engl.)

Seit Ende Dezember 2001 traf sich Präsident Bush mehrfach mit dem Armeegeneral Tommy R. Franks und seinem Kriegskabinett, um den US-Angriff auf den Irak zu planen, obwohl sowohl er als auch sein Regierungssprecher öffentlich daran festhielten, dass man weiterhin eine diplomatische Lösung anstrebe, wie ein neues Buch über die Ursprünge des Krieges berichtet.

Nach dem Buch „Plan of Attack“ von Bob Woodward, entwickelte sich während der intensiven Kriegsplanung 2002 eine Eigendynamik, die von der Schlussfolgerung der CIA befeuert wurde, dass Saddam Hussein nur durch einen Krieg aus seiner Führungsrolle heraus gedrängt werden könne und durch die Versicherung des CIA-Direktors George J. Tenet gegenüber dem Präsidenten, dass es eine „todsichere Sache“ sei, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitze.

In einem 3 ½ stündigen Interview, das Woodward, ein Redaktions-Assistenten der Washington Post, mit Bush führte, sagte dieser, dass die Planung im Geheimen notwendig gewesen sei, um „große Angst auf internationaler Seite und Spekulationen zuhause“ zu vermeiden und dass „ein Krieg meine absolut letzte Option“ war.

Nach Woodward kam zu dieser Eigendynamik auch der Druck von Kriegsbefürwortern innerhalb der Regierung hinzu. Vizepräsident Cheney, den Woodward als eine „machtvolle, dampfgetriebene Macht“ beschreibt, leitete diese Gruppe an und hatte regelrecht eine

Art Fieber entwickelt, Hussein gewaltsam zu vertreiben, wie es einige seiner Kollegen empfanden.

Wie das Buch beschreibt, hatte sich Bush im frühen Januar 2003 dazu entschlossen, Militäraktionen gegenüber dem Irak zu starten. Aber Bush war so besorgt darüber, dass die Regierung seines engsten Verbündeten, dem britischen Premierminister Tony Blair, wegen dessen Unterstützung für Bush abfallen könne, dass er den Kriegsbeginn bis zum 19. März aufschob (20. März in Irak); auch weil Blair ihn bat, bei den Vereinten Nationen eine zweite Resolution zu erlangen. Bush schlug Blair später die Möglichkeit vor, die britischen Truppen aus den Kriegshandlungen fernzuhalten, was Blair jedoch ablehnte. „Ich sagte, dass ich zu dir stehe und das meine ich auch so“, erwiderte Blair.

Woodward beschreibt, dass das Verhältnis zwischen Cheney und dem Staatssekretär Colin I. Powell so belastet war, dass sie kaum noch miteinander sprachen. Cheney war mit einer bitteren und schließlich erfolgreichen Auseinandersetzung gegenüber Powell über den Irak beschäftigt, einem Kriegsgegner, der glaubte, dass Cheney mit allen Mitteln eine Verbindung zwischen dem Irak und dem Terroristennetzwerk al-Qaida nachweisen wolle und nicht eindeutige Geheimdienstinformationen wie Fakten behandelte.

Powell war der Ansicht, dass Cheney und seine Verbündeten, allen voran Chefberater L. Lewis „Scooter“ Libby, Vize-Außenminister Paul D. Wolfowitz und Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Douglas J. Feith und das, was Powell Feith's „Gestapo“ Büro nannte, eine eigene Regierungsabteilung aufgebaut hatten. Der Vize-Präsident seinerseits glaubte, dass sich Powell hauptsächlich um seine eigene Popularität sorgte und sagte seinen Gästen bei einem Abendessen, das er ein Jahr nach dem Ausgang des Kriegs gab, dass Powell ein Problem war und „dass er immer größte Vorbehalte gegenüber dem hatte, was wir zu tun versuchten“.

Vor dem Krieg mit Irak sagte Powell Bush in aller Offenheit, dass er das Gebiet besitzen und dafür Sorge tragen müsse, sobald er US-Truppen dorthin sende. Nach Woodward bezogen sich Powell und sein Stellvertreter und engster Freund Richard L. Armitage dabei auf das, was sie als Regel (Pottery Barn rule) für den Irak nannten: „Was man kaputt macht, muss man bezahlen“.

Als er vom Präsidenten jedoch persönlich darum gebeten wurde, erklärte sich Powell einverstanden, die Ansicht der USA gegenüber Hussein vor den Vereinten Nationen im Februar 2003 zu vertreten, ein Vortrag, der vom Kommunikationsdirektor des Weißen Hauses, Dan Bartlett, als Zustimmung Powells gewertet wurde. Bush benötigte jemanden mit Powells Glaubwürdigkeit, um den Beweis, dass Hussein Massenvernichtungswaffen besitze, vorzubringen. Eine Sache, die der Präsident selbst wenig überzeugend fand, als sie ihm vom CIA-Vizedirektor John E. McLaughlin bei einem Treffen am 21. Dezember 2002 im Weißen Haus vorgetragen wurde.

Mc Laughlins Version basierte auf abgehörten Nachrichten, Satellitenfotos, Diagrammen und anderen Geheimdienstinformationen. „Netter Versuch“, sagte Bush, als der CIA-Beamte seine Ausführungen beendete, so das Buch, „ich glaube, das reicht nicht – es ist nichts, was der Mann auf der Straße verstehen würde, noch worauf er vertrauen würde.“

Er wandte sich dann an Tenet, McLaughlins Chef, und sagte, „Mir wurden all diese Geheimdienstmeldungen über das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen genannt, und das ist das Beste was wir haben?“

„Es ist eine todsichere Sache“, erwiderte Tenet indem er die Arme in die Luft warf. Bush fragte noch einmal nach, „George, wie sicher bist du dir?“

„Keine Sorge, es ist todsicher“, antwortete Tenet.

Später sagte Tenet gegenüber Verbündeten, er habe besser sagen sollen, dass die Beweise für Waffen nicht hieb- und stichfest gewesen seien, so Woodward. Nach einer der wenigen öffentlichen Reden des CIA-Direktors im Februar, in der er die Auswertung der CIA-Geheimdienstnachrichten über den Irak verteidigte, bestätigte ihm Bush, dass er eine großartige Arbeit geleistet habe.

In seinem zuvor erschienen Buch, „Bush im Krieg“, beschrieb Woodward als Reaktion der Regierung auf die Anschläge vom 11. September 2001: die Entscheidung, die Regierung der Taliban in Afghanistan anzugreifen und eine erhöhte Aufmerksamkeit gegenüber dem Irak. Sein neues Buch zeigt auf, wie Bush und seine Regierung den Krieg gegen den Irak in Gang setzten. Es stützt sich auf Interviews mit mehr als 75 Gesprächspartnern, darunter Bush und der Verteidigungsminister Donald H. Rumsfeld.

Am 21. November 2001, 72 Tage, nachdem die Terroristen die Anschläge auf das World Trade Center und das Pentagon verübt hatten, ordnete Bush Rumsfeld an, mit der Kriegsplanung gegen den Irak zu beginnen. „Lass uns damit beginnen“, erinnert sich Bush. Und lass Tommy Franks herausfinden, was auf uns zukommt, wenn wir Saddam Hussein ausschalten, um Amerika zu schützen, sollte dies notwendig sein.“ Er fragte auch, ob dies nicht so geschehen könnte, dass es nicht so sehr auffalle.

Bush erhielt die ersten ausführlichen Nachrichten über die Irak-Kriegspläne fünf Wochen später, am 28. Dezember, als ihn Tommy R. Franks, der Chef des Zentralkommandos, auf seiner Ranch in Crawford, Texas, besuchte. Bush erzählte Reportern danach, dass sie über Afghanistan gesprochen hätten.

Obwohl bisher berichtet wurde, dass Bush unmittelbar nach den Anschlägen vom 11. September das Pentagon angewiesen habe, Möglichkeiten für einen Einmarsch im Irak zu berücksichtigen,

setzte Bushs Anordnung an Rumsfeld einen intensiven Prozess in Gange, bei dem Franks mit einem kleinen Mitarbeiterstab im Geheimen arbeitete, fast täglich mit dem Verteidigungsminister sprach und sich einmal im Monat mit Bush traf.

Diese Woche bestätigte der Präsident, dass die gewaltsamen Aufstände gegen die US-Truppen im Irak „schwere, schwere Wochen“ für das amerikanische Volk seien. Aber er bestand darauf, dass seine Vorgehensweise gegen den Irak richtig sei in fast demselben Wortlaut, den er gegenüber Woodward mehr als vier Monate zuvor benutzt hatte.

In zwei Interviews, die Bush Woodward im Dezember gab, spielte er das Scheitern, keine Massenvernichtungswaffen gefunden zu haben herunter; er hatte keinen Zweifel an seiner Entscheidung in den Irak einzumarschieren und sprach sich deutlich dafür aus, dass die Vereinigten Staaten das „Leuchtfeuer für Freiheit in der Welt“ seien.

„Ich glaube, wir haben die Pflicht, Menschen zu befreien“, sagte Bush zu Woodward. „Ich wünschte, wir könnten dies ohne militärisches Eingreifen tun, aber wir haben eine Verpflichtung“.

Der Präsident sagte, dass er betete, als das Oval Office nach dem Angriffsbefehl gegen den Irak verließ, und welche mächtige Rolle seine religiösen Überzeugungen die ganze Zeit über spielten.

„In diesen Zeiten betete ich für Stärke, um Gottes Willen zu tun.... Ich werde den Krieg sicher nicht damit rechtfertigen, dass er auf Gott basiert, das sollte klar sein. Aber ich bete, dass ich ein so gut wie möglicher Botschafter von Gottes Willen sein kann. Und dann bete ich natürlich auch um Stärke und Vergebung.“

Der Präsident sagte Woodward: „Ich bin darauf vorbereitet, meine Präsidentschaft zu riskieren, um das zu tun, von dem ich denke, dass es das richtige ist.“ Aber ich fühlte so stark, dass es das richtige war, dass ich das tat.

Als er von Woodward gefragt wurde, wie die Geschichte den Krieg beurteilen würde, antwortete Bush: „Geschichte. Wissen wir nicht. Da werden wir alle tot sein“.

Der Präsident sagte, er arbeite mit Woodward an diesem Buch zusammen, da er die Geschichte, wie die Vereinigten Staaten mit dem Irak Krieg führten, erzählt haben wollte. Er sagte, es sei eine Art Blaupause von historischer Bedeutung, die es anderen Regierungsführern, die meinen, einen Krieg führen zu müssen, ermögliche, das Leben unschuldiger Staatsbürger zu verschonen.

„Aber die Nachricht daraus ist nicht, wie George W. Entscheidungen tritt“, so Bush. „Die große Nachricht ist, wie Amerika sich verändert hat, um zu kämpfen und Kriege zu gewinnen, und es dadurch auf lange Sicht einfacher macht, Frieden aufrecht zu erhalten. Und das ist die historische Bedeutung dieses Buches, soweit es mich betrifft.“

Bushs Kritiker fragten sich, warum sich er und seine Regierung mehr auf den Irak fokussiert hatten als auf den Terrorismus als sie zu Beginn des Jahres 2001 ihre Amtsgeschäfte aufnahmen und dies selbst nach den Anschlägen vom 11. September fortführten, wie es der ehemalige Schatzmeister Paul H. O’Neill und der ehemalige Antiterrorismus-Koordinator des Weißen Hauses, Richard A. Clarke, in ihren kürzlich erschienen Memoiren anklagten.

Nach „Plan of Attack“ war es besonders Cheney, der sich vor den Terroranschlägen auf den Irak konzentrierte. Vor Bushs Amtsvereidigung, benachrichtigte Cheney den scheidenden Verteidigungsminister William S. Cohen, dass er von der traditionellen Einweisung eines neuen Präsidenten eine ernsthafte Diskussion über den Irak und unterschiedliche Optionen erwarte. Bush beauftragte Cheney sich als Vize-Präsident besonders auf Geheimdienst-Szenarios zu konzentrieren, insbesondere darauf, ob die Terroristen nukleare oder biologische Waffen hätten.

Frühe Diskussionen unter der führenden Regierungsvertretern der nationalen Sicherheit – Cheney, Powell, Tenet und als nationale Sicherheitsberaterin Condoleza Rice – und ihren Stellvertretern konzentrierten sich darauf, wie man Hussein auf diplomatischem Weg schwächen könne. Aber der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz schlug vor, das Militär in den Irak zu senden, um die südlichen Ölfelder zu annektieren und in der Gegend eine Stellung für oppositionelle Gruppen einzurichten, die Hussein stürzen könnten.

Nach Woodward, lehnte Powell den Plan als „Schwachsinn“ ab, und sagte Bush, was er darüber dachte. „Sie sich müssen da nicht hineindrängen lassen“, sagte Powell.

Bush sagte Woodward, dass er niemals einen offiziellen Plan für einen Schnellangriff gesehen habe. „Die Idee mag in den Köpfen herumgespuht sein“, sagte er.

Nach Woodward verglich der Stabschef des Weißen Hauses, Andrew H. Card Jr., Bush mit einem Zirkusreiter, der mit einem Fuß auf dem „Diplomatie-Pferd“, mit dem anderen auf dem „Kriegs-Pferd“ stehe, welche beide ein und dasselbe Ziel hätten: den Regimewechsel im Irak. Als es klar wurde, dass Diplomatie nicht zu dem gewünschten Ziel führen würde, sagte Card, ließ Bush vom Diplomatie-Pferd ab und ritt nur auf dem Kriegs-Pferd weiter.

Mit fortschreitenden Planungen, unternahm die Regierung Schritte, die nach Woodward einen Krieg nahezu unausweislich machten. Am 16. Februar 2002 unterschrieb Bush eine Geheimdienst-Notiz, die die CIA unterwies, das Militär bei dem Umsturz von Hussein zu unterstützen und Operationen im Irak auszuführen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die CIA, nach „Plan of Attack“, lediglich vier Informanten im Irak und teilte Bush mit, dass es unmöglich sei, Hussein durch einen Putsch zustürzen.

Im Juli drang ein CIA-Team im nördlichen Irak ein und begann damit die Grundlage für eine geheime Aktion zu legen, die

schließlich zu der Rekrutierung von 87 irakischen Informanten mit dem Code-Namen ROCKSTARS führte, die der U.S.-Regierung detaillierte Auskünfte über die irakischen Truppen gaben, einschließlich einer CD-Rom, die die Personalakten des irakischen Sondergeheimdienstes (SSO) enthielten.

Woodward sagt, dass die CIA ein Kriegs-Befürworter wurde, zuerst, weil festgestellt wurde, dass eine geheime Mission nicht erfolgversprechend sei, später, indem es sagte, dass das neue Spionagenetzwerk in Gefahr sei, falls die Vereinigten Staaten Irak nicht angreifen würden. Ein weiterer Faktor waren die Truppenverlegungen nach Kuwait, diese Vorpositionierung nahm eine Schlüsselrolle in Franks Planung ein.

Im Sommer 2002 bewilligte Bush 700 Milliarden Dollar für „Vorbereitungszwecke“ im Persischen Golf, wie die Aufrüstung von Flugplätzen, Basisstationen, Kraftstoff-Zuleitungen und Waffenlagern für eine U.S.-Truppen-Stationierung. Die Regierung Bush finanzierte die Projekte aus einer Bewilligungsvorlage aus dem Afghanistan-Krieg und älteren Bewilligungen und ließ so den Kongress über die Umprogrammierung des Geldes und der möglichen Kosten im Ungewissen.

Während dieses Sommers stritten sich Powell und Cheney am heftigsten. Powell wollte, dass die Vereinigten Staaten die Sache vor die Vereinten Nationen bringen sollte, was Cheney für eine Zeitverschwendung hielt. Woodward beschreibt einige dieser Unstimmigkeiten in seinem Buch „Bush at War“.

Zu Powells Verbündeten zählte Brent Scowcroft, Nationaler Sicherheitsberater von Bushs Vater, der eine Stellungnahme gegen den Krieg im Wall Street Journal schrieb. Nach der Veröffentlichung im August 2002 dankte ihm Powell dafür. Aber Rice kritisierte Scowcrofts Meinung, da es so aussehe, als spreche er für Bush's

Vater und dass der Artikel eine Ohrfeige für den amtierenden Präsidenten sei.

Trotz Powells Ermahnungen an den Präsidenten, „Plans of Attack“ suggeriert, dass Blair die treibende Kraft war, die Bush davon überzeugen wollte, dass man eine Resolution von den Vereinten Nationen erhalten solle. Während eines Treffens mit dem Präsidenten in Camp David im frühen September, stärkte Blair Bush für den Irak den Rücken, aber meinte, dass er zeigen sollte, dass er wenigstens die U.N.-Diplomatie versucht habe. Bush stimmte zu und nannte später das Treffen in Camp David als „cojones meeting“, indem er den spanischen volkstümlichen Ausdruck für Mut gebrauchte.

Nachdem der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine Resolution verabschiedet hatte, Waffeninspektoren in den Irak zu schicken, wurde Bush extrem ungeduldig wegen ihrer Nutzlosigkeit und der Rolle des Hauptwaffeninspektors Hans Blix. Kurz nach Neujahr 2003 sagte er Rice auf seiner Ranch in Texas: „Wir werden nicht gewinnen. Die Zeit ist nicht auf unserer Seite. Vielleicht sollten wir, müssen wir in den Krieg ziehen.“

Bush sagte dem politischen Berater des Weißen Hauses, Karl Rove, so ziemlich dasselbe, der auf dem Weg zu Crawford war, um ihn wegen der Kampagne zur Wiederwahl auf den neuesten Stand zu bringen. Während der nächsten 10 Tage verkündete Bush seine Entscheidung auch Cheney, Rumsfeld, Powell und dem saudischen Gesandten, Prinz Bandar bin Sultan. Bandar, der mithilfe die saudische Kooperation mit dem US-Militär vorzubereiten, fürchtete, dass saudische Interessen gefährdet seien, falls Bush nicht daran festhalten würde Hussein anzugreifen und wurde demzufolge ein weiterer Kriegsbefürworter.

Nach „Plan of Attack“, fragte Bush Rice und seine langjährige Kommunikationsberaterin Karen Hughes, ob er den Irak angreifen sollte, aber er fragte ausdrücklich weder Powell noch Rumsfeld. „Ich

konnte mir denken, was sie dachten“, sagte der Präsident. „Ich musste sie nicht nach ihrer Meinung über Saddam Hussein fragen, oder wie mit Saddam Hussein umgegangen werden sollte. Wenn sie an meiner Stelle gewesen wären, wäre es Ihnen ziemlich klar gewesen“.

Rumsfeld, den Woodward drei Stunden interviewte, wird in dem Buch als ein „defensiver Technokrat“ bezeichnet, der zwar engstens in die Details der Kriegsplanung miteinbezogen war, aber sich nicht so sehr auf die Notwendigkeit eines Irakangriffs konzentrierte wie es etwa Cheney und einige von Rumsfelds Untergebenen, namentlich Wolfowitz und Feith, taten.

Bush teilte Powell seine Entscheidung bei einem kurzen Treffen im Weißen Haus mit. Offensichtlich bedacht auf Powells Reaktion, sagte er, „Sind Sie dabei? Ich denke, ich muss das tun. Ich wünsche, dass Sie mir beistehen.“

„Ich werde mein Bestes geben“, antwortete Powell. „Ja, Sir, ich werde Sie unterstützen. Ich stehe Ihnen bei, Herr Präsident.“

Bush sagte, er könne sich nicht erinnern, dass er seinen Vater, den früheren Präsidenten George H. W. Bush gefragt habe, der gegen den Irak 1991 im Golf-Krieg gekämpft habe. Aber, fügte er hinzu, beide hätten sich über die Entwicklungen im Irak ausgetauscht.

„Wissen Sie, er ist nicht der Vater, dem man mit Stärke gefallen kann. In der Beziehung gibt es einen höheren Vater, dem ich gefallen möchte“, sagte Bush.

Bush beschrieb Woodward, was der 41. Präsident, ihm dem 43. Präsidenten, über den Irak gesagt habe, folgendermaßen:

„Es war weniger „So musst du dich um den Kerl [Hussein] kümmern“, sondern mehr „Ich habe das schon mal mitgemacht, was Du jetzt durchmachen wirst und ich weiß, was passiert und

deswegen liebe ich Dich“, wäre eine genauere Art es zu beschreiben“.

The screenshot shows a web browser displaying an article on the 'Global Research' website. The article title is 'George W. Bush and the Bin Laden Family, Meeting At Ritz Carlton Hotel, NYC, One Day Before 9/11'. The author is listed as 'By GURU' and the date is 'Global Research, April 28, 2013'. The article text begins with 'According to the Washington Post, the Carlyle Group met at the Ritz Carlton Hotel in NYC one day before 9/11. In attendance at this meeting were former president George H. W. Bush and Shafiq bin Laden, the brother of Osama.' Below the text is a photograph of two men in suits sitting in a room with a fireplace. A sidebar on the left contains various news links and a 'LIFE'S NEWS / TOP STORIES' section. At the bottom of the page, there is a caption for the photo: 'This CBC documentary focuses on the relationship between former President George W. Bush and the bin Laden family.'

Die guten Beziehungen zwischen den Familien Bush & Bin Laden



Hier einige Photos über die geheime Verbindung des türkischen Präsidenten Erdoğan und seinem Sohn zu einem ISIS-Führer in der Türkei.



Mehdi Al-Harati (ISIS) empfängt freundlich Erdoğan, den türkischen Präsidenten

Wegen Krieg und Terrorismus in Afrika und im Nahen Osten wurden Millionen Menschen getötet; jedes Jahr sind mehrere Tausend durch Flucht auf dem Weg gestorben. Einige Tausend haben in europäischen Ländern um Asyl gebeten, waren aber z.T. Rassismus ausgesetzt.



**3 billion people
around the world
survive on
\$2.50 a day,
or less.**

 **FINCA®**

**A small loan is a game-changer,
their chance to make their hard
work more profitable and earn
their way out of poverty . . .**



FINCA works in 23 countries on 5 continents serving nearly 2 million of the world's most desperately poor people.

You will never meet more earnest women determined to make their path out of poverty with their own hard work and ingenuity. One gift is all it takes to start them off and give them every chance to succeed.

**You can help end global poverty,
one tiny loan at a time.**

 **FINCA®**
1201 11th Street, NW, 8th Floor
Washington, DC 20005
www.FINCA.org

Die Organisation FINCA berichtet, dass 3 Milliarden Menschen in der Welt unter Armut leben.

Armut, Terrorismus und Korruption sind das Resultat der Außenpolitik von USA, Großbritannien und Frankreich.



Cowboy-Mentalität und Cowboy-Kultur sowie Rassismus spielen eine große Rolle in der Innen-und Außenpolitik der USA

392

Anti-Kommunistisches Gedankengut hat in den USA zu einer Bildung des Terrorismus und eines neuen Faschismus geführt. Hier weitere Dokumente:

...kabinetts bilden, solange es nicht
mit der rechtmäßigen Regierung

Dann teilte General Gass uns eine
alarmierende Nachricht mit. Die Regie-
rung hatte sich Auszüge des Iran aus dem
Carter-Pakt angeeignet. Falls dies die
Neutralität des Iran zwischen den USA
und der Sowjet-Union bedeute, würde
es schwierig werden, Bachtiar weiterhin
militärisch zu unterstützen. Zumindest
der Kongress würde sich fragen, ob das
noch sinnvoll wäre.

Von Generalleutnant Rok-Ghedichur,
einer der führenden Generäle hier,
hatte General Gass außerdem erzählt,
dass nach Chomeinis Ansicht Bachtiar
ein guter Mann war, der in die Politik
und nicht ins Gefängnis gehört. Doch
wenn Bachtiar Ministerpräsident bleiben
wolle, so der Gewährsmann, müsse er
seine hohe Qualität hinunterwerten -
ausgenommen Ghomai.

Ich verbin dies mit großem Interes-
se, weil ich immer Zweifel an General



Berichterstatte Huyar, Chef Carter: „Lassen Sie mich wenig parieren“

strukturen bekommen habe wie ich.
Wie schon in früheren Gesprächen er-
ging er sich in sarkastischen Worten über die
Ungeschicklichkeit, mit der die Regie-
rung versuchte, mit der ganzen Angele-
genheit fertig zu werden.

Donnerstag, 3. Februar 1979

Aus Washington erhielt ich einen Be-
richt über die letzten Telefongespräche
mit General Gass. Es ging darauf hervor,
dass die Putschgruppe -tendenlos kon-
fiziert hatte, ohne auch Gass Gelegen-
heit zu einer Äußerung zu geben. Aus-
schließend waren die Militärs direkt zu
Bachtiar gegangen.

Die allgemeine Lage im Iran ver-
schlechterte sich jetzt zusehends. Die
Wirtschaft setzt schon fast still. Vor
Recht und Ordnung war kaum noch
etwas zu spüren - kein Mensch hielt sich
mehr an die Gesetze. Dunkle Elemente
drangen aus dem Süden der Hauptstadt
in die nördlichen Bezirke vor, plünderten
und stahlen. Bachtiar machte wahr,
was er angekündigt hatte: ohne Arbeit
kein Geld; und jetzt protestieren die
streikenden Arbeiter.

Freitag, 9. Februar 1979

Im Bericht von General Gass wurden
neue Ausschreitungen gemeldet. Auf
den Straßen wuchsen die Müllberge. Ge-
neral Ghomai und die anderen Militä-
re beobachteten diese Entwicklung mit
Eingebung, konnten sich aber nicht ent-
schließen, etwas zu unternehmen.

Einer unserer Diplomaten hat vor der
Presse erklärt, die Achse Baszwan-Cho-

Am 7. Februar 1979 in Weiss Haus.

meins gewinne rasch an Macht, und die
Regierung Bachtiar werde immer schwä-
cher. Die Militärs reagierten immer sehr
empfindlich auf solche Äußerungen. Sie
sahen darin ein Zeichen, daß unsere
Regierung im Begriff war, zur anderen
Seite überzulaufen.

Durch das Schlüsselmot stand noch be-
vor. Abends gegen 20.30 Uhr Teheraner
Zeit brach der Aufstand bei den Streit-
kräften los. Das Kommando hatte die
Aufzeichnung von der Ankunft Chomeini
im Iran erneut geschickt. Das hatte
die Chomeini-Anhänger aufgewühlt
und Gefühlskrisen auf beider Seiten
provokiert.

Auf dem Luftwaffenstützpunkt De-
schan Tappe, der General Bahi als
Hauptquartier diente, versammelten sich
Luftwaffenangehörige für Chomeini.
Die Kaiserliche Garde versuchte sie da-
ran zu hindern. Zornig gab es nur
Schlägerzügen; dann wurde geschossen.
Offenbar wurden diese Unruhen von
außenher gesteuert.

Sonntag, 10. Februar 1979

Am nächsten Morgen um 8.1. in Teheran
die Kämpfe wieder auf. Eine Gruppe,
die dem Vernehmen nach aus Soldaten
der Kaiserlichen Luftwaffe bestand,
hock in die Wägenkammer ein und
entwendete einige tausend Gewehre so-
wie beträchtliche Mengen Munition.
Später brachen die Schießereien sich
auf andere Stadtteile aus, auf den Stra-
ßen wurden Haufen von Automobilen in
Brand gesetzt.

Montag, 11. Februar 1979

Bereits im Morgengrauen wurde über-
all in der Stadt unblutig geschossen:



US-Sicherheitsberater Brzezinski
Militärberater auf amerikanischen

Ghorabagi gehabt hatte. Daß Chomeini
ihm dem Vernehmen nach als maßgeblichen
Militärberater übernehmen wollte,
erfüllte mich mit einiger Sorge.

Mittwoch, 7. Februar 1979

Wieder zurück in Stuttgart. Am Frü-
hen Morgen bereitete mich Sab für im
Hauptquartier einen großartigen Ein-
gang, zu als ob ich als Sieger aus einer
großen Schlacht heimgekehrt wäre. Das
mit der Schlacht sahen meine Leute
schon richtig, aber von Sieg konnte wohl
kaum die Rede sein.

Ich rief General Al Haig an um be-
richtete ihm, was sich inzwischen ereig-
net hatte. Er war entsetzt über den
Mangel an Koordination in Washington.
Auch er fragte sich, warum Botschafter
Sullivan damals nicht die gleichen In-

Die Zeitschrift "Der Spiegel" berichtete am 27.08.1979 und am 24.09.1979 von Hinrichtungen durch das Khomeini-Regime. Nach der Machtergreifung durch Khomeini im Jahr 1979 wurden „mehrere Tausend Menschen in Iran hingerichtet“.

„Wir sind in die Falle der Mullahs gegangen“

SPIEGEL-Redakteur Erich Wiedemann über den Iran unter Ajatollah Chomeini

A Le mal herbe! ruft der Mullah, „es da einer, der gesteht hat, wie die Hunde des Safford Scheich Oleschma'as von goldenen Töllern gefressen haben!“

Sicher ist da einer. Das Revolutionsgericht hat immer passende Zeugen an der Hand, wenn es in Beweisnot gerät. Draußen vom Tor des Kaur-Gefängnisses hockten ständig drei vier Hundstunde lange Leute, die bei Bedarf mit Zeugnisaussagen zu Diensten blieben.

Der Zeuge, der der Hund des Millionärs Scheich Oleschma'as in den goldenen Napf geschaut hat, war erst in der Vorwoche Kitzelkäse im Prozeß gegen einen Funktionär des ehemaligen Geheimdienstes Savak. Wenn er seine Sache weiterhin gut macht, wird er vielleicht Gefängniswächter; das hat ihm der Chefredakteur versprochen.

Dabei sind die Prozesse in der Moschee des Kaur-Gefängnisses noch geradezu ausgewogen. Ajatollah Chahchalab, der Oberjakobiner des Regimes, schafft sechs Todesurteile in einer halben Stunde, und ganz ohne Zeugen.

Gefängniswächter gibt als auskunftreicher Job in Teheran. Das Bataillon des Kaur-Gefängnisses sind gut gefüllte Einheiten, die die Armee einen ganzen Block in der Barmeschi-Kaserne ausgraben, um die Neuzugänge unterzubringen, die von jugendlichen Chomeini-Kommandos nach nächtlicher Razzia angeliefert werden. Das schafft Arbeitsplätze.

Der erweiterte Strafrechtsratung hat, obschon noch nicht einmal ordentlich konstituiert, ihre Intrigen heiser, bis ins 70. Jahre alte Witwe und ihr 20-jähriger verheirateter Freund aus der Teheraner Südstadt wurden unter Aufsicht eines Mullahs halbtot geprügelt, nachdem eine Verwandte sie angeblich in flagranti erwischt hätte. Man kann einen mißliebigen Nachbarn schon mit Hilfe einer leeren Bierflasche aus seinem Müllhaufen hierher Güter beladen.

Statt der Savak-Strafen führen heute die „Ojambhoje bedun-i-machur“, die „Leute ohne Fingerschmelze“, die Folterwerkzeuge. Sie verpesten den gefängnisnahen Gehülfen des gutwilligen Regimes Gleiches mit Gleichem.

Die staatlichen Injurniergelehrten können zufrieden sein mit der Revolution — ganz andere der Kaffeekoch der iranischen Atomenergiebehörde, der am Tag, als Chomeini kam, mit untergefeuertem Maschinengewehr durch die Flure lief und verhaftete, er sei der neue Direktor. Nun Kocht er schon seit sechs Wochen wieder Kaffee und weiß gar nicht, warum er diese Revolution eigentlich unterstützt hat.



Exekution im Iran: Sechs Todesurteile in einer halben Stunde

Das wissen auch die Studenten über, die dem Ajatollah zu Zehntausenden beim Wiedererwerb der Nation mitzuhelfen. Die Muslim-Papisten waren entschlossen, sie nicht zum Straßenbau nach Belurshirum zu verfrachten, aber sie haben sich die jungen Intellektuellen den Wiederaufbau nicht vorgestellt.

Jetzt strömen sie in Scharen nach Frankreich und in die Bundesrepublik zurück. Alle flüchten in Richtung Westen sind auf Wochen hinaus ausgebucht. Die ringum verpagelte und vergitterte US-Botschaft an der Kossowich Avenue mußte vorletzige Woche ihre Konsularabteilung eine Stunde nach der Wiedereröffnung schließen, weil die Antragsteller für Visa die Sachbearbeiter zu erdrücken drohten.

Von den Anwerbe-Instruktionen haben sich viele im Vergnügungspark an der Mirandegh Avenue — früher Pahlavi Avenue — niedergefassen, wo sie mit Schaschlik- und Colobuden ihren Lebensunterhalt bestreiten.

„Wir sind bestogen worden“, sagt Chohamressa Jastani, früher Medizinstudent in San Francisco, heute Inhaber von „Chohamressa's popular Hamburger and Kebab Stand“. „Was sind in die Radio der Mullahs gegangen? — oder in die eigene.“

Ajatollah Chomeini und seine Gelehrten haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß für linke und liberale Intel-

lektuelle in der Islamischen Republik kein Platz sein würde.

Das Proletariat läßt sich nicht solidarisiert, die Studenten haben es oft genug versucht. Vor zwei Wochen knüppelten Chomeinis Knochenbrecher eine Studenten demonstration im Zentrum von Teheran so vital zusammen, daß die Straßenreinigung nach zwei Stunden danach zu tun hatte, um das Blut vom Asphalt zu scrubben.

Nur das Transparent mit dem Tagesmotto himmelte noch einen halben Tag lang in den Ästen der Bäume am Flidansi-Platz: „Margher chodam ke gof-tam margher schah!“ — „Tod mir, der ich nach dem Tod des Schahs geboren habe.“

Schah Reza würde seine alten Freunde und neuen Freunde nicht wiedererkennen. „Wirklich frei war der Iran nur in den letzten sechs Monaten der Schahherrschaft“, sagt Chohamressa Jastani. Im Januar war er noch mit von der Partei, ein akademischer Mob die Villa der Schah-Schwester Schams in Beverly Hills brandschloßte. Die Intellektuellen hatten in den Mullahs nur ein Mittel gesehen, ihre eigene Revolution zu machen. Aber dann kam es genau entgegengesetzt.

Im akademischen Bereich ist eine bisher nicht gekannte Differenzierung zu spüren. Man unterscheidet heute schon zwischen dem Foker-Schah, der seine Savak-Schergen auf Friedliebende

Der zog daraufhin seine Milizen zu ruck.

Wie die Kurden kämpfen auch die Araber im südlichen Chuzistan, die jenseits beabsichtigen Rechnungen sowie die Belustigen an der Grenze zu Afghanistan gegen die Zentrale in Teheran. Zwar ist jede der Völkerschichten des Iran nur eine Minderheit, zusammen aber bilden sie über die Hälfte der Nation.

„Wenn die Minderheiten ihr Stillek vom Kuchta haben wollen“, versichert die Militärspezialisten in Teheran, „dann gibt es im heutigen Iran nichts, was sie aufhalten könnte.“

Aus weitaus die Armeen. Sie hat der neue Oberbefehlshaber selbst organisiert. Von 500 Generalen aus der Sobahzeit behielt er nur 30. Verteidigungsminister General Khatami: „Ich glaube, die Entlassung fast aller Offiziere war ein Fehler.“

Was nicht geleert wurde, ging von selbst. Der Oberkommandierende der Luftwaffe, General Afshar Imranian, trat zurück, als Außenminister Jasdi Anfang August die 78 mit den modernsten Luftkernpunkten der Welt („Phoenix“) ausgerüsteten F-14-Jäger verkauft wollte. Bereits fünf Milliarden Dollar hatte das Land in die Schwaukäfige investiert. Selbst Premierminister Mehdi Bazargan klagte: „Der Verlust wird ungleich schwer sein.“

Als Khomeini im Juli das Militärbudget um 60 Prozent kürzte, hatte er sein Ziel, die Streitkräfte auf die Hälfte zu verkleinern, bereits erreicht. Heute stehen noch höchstens 200 000 Mann der ehemaligen Schah-Streitmacht im Sold der Regierung, manche behaupten gar nur noch 120 000.

Und die sind völlig demoralisiert. In der 15. Brigade beispielsweise trägt kaum noch jemand eine Uniform, jeder viele Soldat geht in Zivilkleidung auf Wache, auch Offiziere ziehen sich Lager an, aus Angst vor Schwierigkeiten mit ihren Untergebenen.

Statt Helmen oder Militärkappen wickeln sich die Soldaten alte T-Shirts um die Köpfe. Die Füße stecken in Turnschuhen, Sandalen oder gar Pantoffeln. -- Stiefel sind eine Ausnahme. Nur eine Teilerei funktioniert noch im Lager. Die US-Panzer stehen zwar noch da, arbeiten sind allerdings funktionsunfähig.

Denn seit Februar beschäftigten sich die Militärs hauptsächlich damit, Kadetten zu bilden und die politische Diskussion zu pflegen. So weigerten sich „revolutionäre Einheiten“ der Luftwaffe, die vom Generalstab ernannte Offiziere zu akzeptieren, und wählten selbst ihre Kommandanten.

Marinesoldaten halfen nur dann, Kisten zu transportieren, wenn die Offi-

PROMILLE-CHECK

Wenn Sie Ihren Führerschein nicht aufs Spiel setzen wollen

PRIMILE-CHECK ist ein elektronischer Test, der die Sehschärfe, das Sehvermögen und die Reaktionszeit prüft. Er ist ein unverzichtbares Hilfsmittel für alle Fahrer, die ihren Führerschein nicht aufs Spiel setzen wollen. Er ist ein unverzichtbares Hilfsmittel für alle Fahrer, die ihren Führerschein nicht aufs Spiel setzen wollen.



Kauf-Stelle: Kebab- und Antenne-Mobilistik, 4077 Lirne-Indien, Brühlstraße 11, 50674 Köln, Telefon 02 23 06 19 22 37, Telex 06 585 743

Stadt Pawest: „Wen soll ich töten?“



Super Aktiv Dragees



SANURSEX

Mit Sexual-Drüsen-Extrakt Junger Stiere!

• SANURSEX ist ein... • Es wirkt... • Sexual-Drüsen-Extrakt... • gewährt Sexual-Drugs... • SANURSEX... • Rezeptfrei... • Arzneimittel... • Post: 1225

Einkaufs-Coupon für Apotheken • Drogerien • Intim-Eshops

123

Hinrichtungen von Kurden durch das Khomeini-Regime



186368

INF Informationen

für die Bundesrepublik Deutschland
und Westberlin

Deutschsprachige Beilage zu „IRAN AZAD“

1 Mai 1964

Organ der Europäischen Organisation der Iranischen
National-Front
2300 Kiel-Wik, Postfach 801

Die Iranische National-Front

Die Iranische National-Front ist eine einheitliche, organisierte Bewegung, die für die Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen vom Volk frei gewählten Regierung im Iran kämpft. Sie hat heute auch im Ausland zwei starke Zweigorganisationen, die ihrem Kampf im Iran im Ausland Nachdruck verleihen werden: die Europäischen und die Amerikanischen Organisationen der Iranischen National-Front. In der Bundesrepublik ist die Iranische National-Front eine anerkannte und eingetragene Dachorganisation.

Die Anfänge dieser Bewegung, dieser Nationalen Front, reichen bis weit in die Zeit der Qadjaren-Dynastie (1797—1925) zurück. Damals bereits erkannten einige klarschauende Staatsmänner die industrielle Rückständigkeit Irans und die antiquierten Praktiken iranischer Politik. Diese Männer studierten die technische und soziale Evolution jener Länder, die gerade die industrielle Revolution des 19. Jahrhunderts hinter sich gebracht hatten.

Der positive Einfluß dieser neuen, wenn auch kleinen, Avantgarde gewann der demokratischen Idee Anfang des 20. Jahrhunderts im Lande viele Anhänger. Das Ergebnis war eine revolutionäre Bewegung, die die Alleinherrschaft des Schahs beseitigte und die konstitutionelle Monarchie einführte. Im Jahre 1906 wurde die — heute auf dem Papier immer noch gültige — Iranische Verfassung proklamiert. Der Egoismus und die Planlosigkeit des Schahs hätten diesen Sieg der demokratischen Kräfte des Landes fast zunichte gemacht. Erst die zweite Revolution im Jahre 1907, in der die demokratischen Kräfte die Führung übernahmen, brachte die Stabilisierung der konstitutionellen Monarchie und die Niederlage des Qadjaren-Schahs Mohammed Ali Schah. Damals wurden, in einem Anhang zur Verfas-

sung vom Jahre 1806, die Rechte und Pflichten des iranischen Volkes, der Krone, des Staates und des Parlamentes festgelegt. Auch dieser Anhang ist noch heute — theoretisch — Gesetz im Iran.

Die schwache außenpolitische Position Irans und der Einfluß feudaler Kräfte und ausländischer Mächte, vor allem der Einfluß Rußlands und Englands, führten jedoch dazu, daß der Iran bis zum Ende des 1. Weltkrieges von beiden Mächten abhängig wurde. Sie hatten sich das Land in eine nördliche, russische, und eine süd-

Zum 1. Mai

Die Iranische National-Front entbietet den Arbeitern zum 1. Mai ihre Grüße. Wir hoffen, daß auch Irans arbeitende Bevölkerung sich bald aus ihrer unbeschreiblichen Armut und Unterdrückung befreie und diesen Tag bald in Freiheit, Würde und Wohlstand feiere. Wir wissen: die deutsche Arbeiterschaft wird ihr dabei die moralische Unterstützung nicht versagen.

liche, englische, Interessensphäre eingeteilt, um sich dort jeweils ihre, vornehmlich wirtschaftlichen Interessen: den Zugang zu den Ölquellen, zu sichern. Beide brachten sie Truppen und Angestellte ins Land. Mit Beginn der russischen Oktoberrevolution versuchte England das nachlassende Interesse der Russen für sich auszunutzen und die Russen durch die Errichtung einer Militärdiktatur im Iran auszuschalten. Zur Verwirklichung dieses Planes bediente sich England eines einfachen Kosaken — des Vaters des heute regierenden Schahs — Reza Chan. Und dieser Kosak errichtete im Iran nach allen Regeln der Kunst eine Militärdiktatur. Zwanzig Jahre lang unterdrückte er Demokraten, Intellektuelle und Gegner seines diktatorischen Regimes. Diese Menschen wurden ermordet, gequält, verbannt, ins Gefängnis geworfen. Kurz, er hob alle demokratischen Grundregeln auf.

Einer der von Reza Chan in dieser Weise verfolgten demokratischen Politiker war der junge Mossadegh. Zu jener Zeit versuchten kleine Gruppen und Untergrundbewegungen — auch im Ausland — im Iran wieder die Demokratie zu errichten und dem iranischen Volk Frei-

INHALT:

- Die Iranische National-Front 1
- ... dem, der etwas guten Willen mitbringt, 2
- Woher wissen sie es nur? 3
- Bertrand Russells Protest 4
- Der siebte treue Diener seines Herrn . . 4

Das Ziel der Iranischen National-Front: Die Wiederherstellung einer gesetzmäßigen Regierung.

Dr.Hassan Massali Tel.(1)-301-792 3370

E-mail:: Hmassali@aol.com www.iranomid.org

P.O.Box 60735 Potomac, MD 20859, USA

**Offener Brief an demokratische Parteien,
Parlamentsabgeordneten und an die Regierungen der
Welt**

Kopie: an internationale Menschenrechtsorganisationen

10.September 2004

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie es wissen, regiert seit 25 Jahren ein fanatisches Terrorregime im Iran. Den Berichten von internationalen Presse- und Menschenrechtsorganisationen zur Folge werden der iranischen Regierung viele Verbrechen zur Last gelegt. Dennoch pflegen die Regierungsvertreter der demokratischen Länder Beziehungen zu dieser verbrecherischen Regierung, um sog. „Aufbaudialog“ zu führen und gegenseitiges Verständnis zu erreichen.

Mit diesem Brief kritisiert die „Iranische Demokratische Bewegung“ die Politik und Maßnahmen von manchen demokratischen Regierungen dem iranischen Regime gegenüber. Zur Aufklärung der öffentlichen Meinung deutet sie auf folgende Fälle hin, die nur einen geringen Teil der verbrecherischen Taten einer mörderischen Regierung an iranischen freiheitsliebenden Menschen darstellen:

- 1. Im Sommer 1988 sind über Zehntausende von Intellektuellen und Dissidenten nur aufgrund der Teilnahme an den**

Antiregierungsdemonstrationen oder wegen der Verteilung von Flugblättern in den Gefängnissen hingerichtet worden. Dabei sind die minderjährigen Mädchen auf Befehl von religiösen Befehlshabern nach islamischen Gesetzen vor der Hinrichtung vergewaltigt worden. Die iranische Regierung versuchte diesen schrecklichen Massenmord ohne Hinterlassung jeglicher Spuren durchzuführen. Den iranischen Menschenrechtsorganisationen ist es bis jetzt gelungen die Namen von über 5000 dieser Opfer zu registrieren. Wir sind bereit Ihnen diese Liste zur Verfügung zu stellen.

2. Der iranische Geheimdienst hat bis jetzt über 150 politische Aktivisten und Oppositionsführer (wie Dr. Shahpour Bakhtiar, Dr. Abdolrahman Broumand, Dr. Ghassemlou, Dr. Sharafkandi, General Gholamali Oweissi, Gholam Keshawarz, Kazem Rajawi, Freidoun Farokhzad, und Sirous Elahi) im Ausland ermordet.
3. Über 100 Menschen – Oppositioneller - , Schriftsteller, Journalisten, (wie Ali Akbar Saidi Sirjani, Ahmad Miralai, Ghafar Hosseini, Ahmad Tafazoli, Mohamad Jafar Pouyandeh, Majid Sharif, Dr. Kazem Sami, Daryoush Frouhar, Parwaneh Eskandari) und auch viele Personen, die zu religiösen und ethnischen Minderheiten gehören (wie Scheich Mohammad Ziai, Said Ahmad Molavi, Mohamad Rabii, Feizollah Makhoubat, Mehdi Dibaj, Hayak Houspian Mehr, Tawous Mikaiyan, Mohammad Rawanbakhsh, Dr. Abdolaziz Bojd, Zabihallah Mehrami und Moussa Talebi) - sind vom iranischen Geheimdienst auf rätselhafte Weise umgebracht worden. Diese Morde sind im Iran als „Kettenmord“ bekannt. Zu den Mittätern dieser Kettenmorde gehören einige Minister unter dem sogenannten Reformpolitiker Mohammad Khatami, die politische Immunität genießen.
4. Außer den Verbrechen, die alltäglich vom iranischen Regime gegen das iranische Volk verübt werden, verfügen regierungstreue religiöse Führer in unterschiedlichen Orten im Iran über ein Netzwerk von finanziellen und politischen Terrorinstitutionen, von wo aus sie ihre Drohungen, ihr gewaltsames Vorgehen gegen Dissidenten und die Beschlagnahme von deren Hab und Guten in die Tat umzusetzen. Mitglieder dieser illegalen und verbrecherischen Terrornetzwerke, die Regierungsunterstützung genießen, ermorden schutzlose Bürger wie minderjährige Mädchen und Frauen nur aufgrund der Missachtung der islamischen

Kleideranordnung und Moralwerte. Das neueste vom iranischen Regime begangene Verbrechen, ist die Hinrichtung von Atefeh Rajabi, eines geisteskranken 16 jährigen Mädchens, das nur wegen ihrer angeblichen sexuellen Beziehung mit einem Mann in der Stadt Nekah (im Provinz Mazanderan) zum Tode verurteilt wurde. Dem Bericht der Internationalen Menschenrechtsorganisation von Julie 1992 zur Folge sind 775 Menschen im Iran nur im Jahr 1991 hingerichtet worden. Dieselbe Menschenrechtsorganisation berichtete, dass über 110 Menschen im Jahr 1996 im Iran exekutiert worden. Außerdem hat die UNO dem iranischen Regime eine Liste mit den Namen von 506 Verschwundenen abgegeben, deren Schicksal bis heute ungeklärt ist. Die geheimen und offiziellen Informationen der Weltgemeinschaft und die von iranischen demokratischen Organisationen, zeigen, dass jedes Jahr viele freiheitsliebende Menschen und sogar einfache Bürger, nur aufgrund von einfachster Kritik zum Tode verurteilt werden.

5. Politische demokratische Organisationen und die unabhängige Presse dürfen nicht ihrer in der Verfassung verankerten legitimen Aktivität nachzugehen. Solche Verbote führen zu unorganisierten spontane Demonstrationen der unzufriedenen Bevölkerung in unterschiedlichen Orten im Iran. Das iranische Regime beantwortet die friedlichen Demonstrationen oft mit scharfen Kugeln. Bis jetzt sind zahlreiche Bürger in folgenden Städten wie Teheran, Eslamshahr, Shiraz, Arak, Mashhad, in der Provinz Gilan und Mazanderan, Kordestan, Azarbayejan, Khosestan und Bluchestan während der friedfertigen Demonstrationen erschossen worden. Nur in Provinz Kordestan hat das iranische Regime während der letzten 25 Jahren zahlreiche Menschen ohne gerichtliche Verhandlung hingerichtet. Die Zahl der Todesopfer auf der Straßen der anderen Städten ist im Jahr 1992 über 300 berichtet worden.
6. Im Juni 1999 hat die iranische Studentenbewegung hat auf diese Gräueltaten reagiert, indem sich gebildete junge Leute und Akademiker bei verschiedenen Versammlungen und Demonstrationen auf den Straßen gegen dieses Terrorsystem zu Wehr setzten. Als Antwort auf Studentenprotest hat das Regime hat mit Hilfe von seinen Söldnern, Milizen und Schlägerbanden die Studentenwohnheime barbarisch angegriffen um Studenten

zu verprügeln, was zu schweren Verletzungen und Tod mancher Studenten führte. An diesem Tag sind einige Studenten verschwunden und viele inhaftiert worden. Eine Große Zahl von Inhaftierten ist immer noch ohne Gerichtsverhandlung im Gefängnis.

7. Von der letzten Parlamentswahl im Februar ist bekannt, dass es keine freie Wahl war. Die Art und Weise der Durchführung der Wahl und Ihr Ergebnis ist von allen internationalen Beobachtern verurteilt worden. Deshalb sind die neuen Parlamentsabgeordneten nicht vom Volk gewählt. Sie sind nicht der Vertreter des Volkes, sondern nur die Befürworter der fanatischen religiösen Führer und ihres mörderischen Terror- und Erpressungssystems.
8. Arbeiter, Lehrer, Angestellte, Studenten, Schriftsteller, Journalisten und alle sozialen Schichten im Iran genießen heutzutage weder private oder gesellschaftliche Freiheit noch dürfen sie ihre eigenen unabhängige Gewerkschaften gründen. In der letzten 3 Jahren sind über 100 Zeitungen auf Befehl von Khamenehi , höchsten und absoluten geistigen Führer, geschlossen und zahlreiche Journalisten, Schriftsteller und Forscher eingesperrt worden.
9. Das Justizsystem im Iran wird von fanatischen religiösen Führern verwaltet. Die Gerichtsverhandlungen finden oft statt, ohne dass die Angeklagten einen Anwalt haben dürfen. In vielen Fällen sind die Folterer gleichzeitig Staatsanwalt und der Richter. Es ist zu erwähnen, dass die ausgebildeten und unabhängigen liberalen Richter entweder im Gefängnis sitzen oder ihrer Arbeit nicht nachzugehen dürfen.
10. Nach den im Iran praktizierten islamischen Gesetzen werden Frauen als Menschen zweiter Klasse bewertet, so dass sie sich ein menschenunwürdiges Leben und brutale Gesetze gefallen lassen müssen. Die Klerusbanden haben unter dem Schutz des Regimes Menschenhandelinstitutionen gegründet und handeln mit kleinen Mädchen als Sklaven im Sklavenmarkt der arabischen Nachbarländer. Außerdem genießen die ethnischen und religiösen Minderheiten keine gleichen Rechte. Aus dem Grund fliehen jedes Jahr Hunderte von Menschen über die Grenzen in der Hoffnung, in irgendeinem Ort der Welt Asyl zu finden. Zurzeit halten sich über 1300 iranische Kurden verzweifelt in Türkei auf.

11. Im Iran gibt es außer offiziellen Gefängnissen, zahlreiche Inoffizielle, in denen Hunderte von liberalen Leute und Dissidenten unter menschenverachtenden Bedingungen eingesperrt sind. Viele der Gefangenen werden gesundheitlich nicht versorgt, während die Gefängnisbeamten gezielt Drogen in den Gefängnissen verteilen, um die Gefangenen allmählich mit Drogen zugrunde zu richten. Die Gefangenen werden mit unterschiedlichen grausamen Methoden gefoltert. Zum Brechen des geistigen Widerstands der politischen Gefangenen, werden sie mit sexuell perversen asozialen Gefangenen oder Schlägertypen zusammen gebracht. Die gewalttätigen Killer werden in den Zellen zur Demütigung und Erpressung der politischen Gefangenen eingesetzt.
12. Zurzeit befindet sich Herr Heshmatollah Tabarzadi, Generalsekretär of Iran Demokratisch Front (IDF), im Evin-Gefängnis in Teheran seit 40 Tagen im Hungerstreik. Aus Solidarität mit Herrn Tabarzadi und politischen Gefangenen hat die Familie des Gefangenen am 17.08.2004 eine Protestversammlung vor dem Büro der UNO im Teheran veranstaltet, wobei sie UNO-Vertreter zu Hilfe gerufen haben. An diesem Tag haben die Regimeagenten und Zivilbeamten über 35 Leute - Studentinnen, Mitglieder der Familie der politischen Gefangenen und Menschenrechtsaktivisten – vor den Augen der Fußgänger brutal verhaftet. Die UNO-Vertreter haben bis jetzt nicht auf diese Menschenrechtsverletzungen reagiert. Zur Zeit befinden sich die folgenden Gefangenen aus Protest gegen ihre illegale Verhaftung und die herrschenden Zuständen in den Gefängnissen von Teheran, und Karaj im Hungerstreik: Herr Heshmatallah Tabarzadi, Herr Amir Heshmat Saran, Herr Omid Abassgholinezhad, Herr Dr. Farzad Hamidi, Herr Bina Darabzand, Herr Behrouz Jawid Tehrani, Herr Hassan Gheissari, Herr Ali Tabarzadi, Herr Mohammad Tabarzadi, Herr Said Emamian, Herr Khald Hardai, Herr Mohammad Ebrahimi, Herr Farhang Pourmansouri, Herr Mohammad Ahmadi und Frau Shiva nazari Ahari, Frau Akram Eghbali, Frau Elahe Nazjou (die Gattin von Herrn Ahmad Saran), und Fariba Hedaiati (die Gattin von Herrn Omid Abassgholinezhad). Es muss erwähnt werden, dass das Leben alle dieser Gefangenen in Gefahr ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir die Unterzeichner dieses Briefes, bitten Sie darum, alle Ihre einzusetzen: Möglichkeiten

- 1. zur Freilassung aller politischen Gefangenen und Mitglieder Ihrer Familien, die sich im Hungerstreik befinden,**
- 2. zur Entsendung einer Gruppe internationaler Beobachter, zusammengesetzt aus Abgeordneten der Parlamenten der demokratischen Länder und Mitgliedern der internationalen Menschenrechtsorganisationen zur Beobachtung und Beurteilung der Angelegenheiten der politischen Gefangenen im Iran.**

Hochachtungsvoll,

Folgende politische Organisationen und Aktivisten haben diesen Brief unterschrieben:

A: Die Liste der politischen Organisationen:

Iran Democratic Front

Arash Center – Netherlands

Azadegi Journal

Center to Defend Human Rights in Iran

Committee to Defend Political Prisoners - Eastern Tehran

Committee to Defend Political Prisoners - Nationalist Union Front

Committee to Defent Citizen's Rights - Denmark

Esmail Khoi Foundation

Free Iran Refrendum Committee

Freedom Vanguard Student Organization

Iran Democratic Republicans - Independent

Iran Nationalist Union Front

Mashahd Students Society

National Alliance for Democracy and Reconstruction of
Iran

National Reconciliation Movement

Pars Organization

Persepolis Social-Cultural Society

Political Prisoners Defense Society

Revolutionary Committee of the Industrial Mashad City

Revolutionary Teachers Committee of Mashad's 6th
Preceinct

Student Committee to Defend Political Prisoners

Student Committee to Defend Political Prisoners -
Overseas Office

Tara Society

Union of the Democratic Youth of the Iranian Kurdistan

United Student Front

B: Die Liste der individuellen Bürgerrechtler und politischen Aktivisten :

Vorname/ Name	Vorname/ Name	Vorname/ Name
Changiz Abbassi	Sohrab Eftehari	Molayi
Reza Abdullahi	Esmaeili Kamal	Reza Molayi
Hossein Abghari	Etrati	Amir Momtaz
Shahla Abghari	Mansour Faraji	Mahmood Moradkhani
Aetna	Omid Ghahreman	Hossen Mortazavi
Ahanyan	Bahram Goudarzi	Mansour Moshiri
Amin Ahmadi	Hossein HaratiNezhad	Arsham Motamedi
Kourosh Ahmadi	Abbas Hazhir	Amir Massud Mozayan

Monir Akbari	Farhang Hormozan	Sadegh Naghashkar
Massud Alemi	Azadeh Irani	Ardeshir Nahrami
Azadeh Amiri	Sahar Irani	Ahmad Nasiri
Shahnaz Amiri	Mahnaz Irani	Hanieh Nemati
Morteza Anvari	Ahmad JafarBeglou	Iraj Oraji- Givi
Faraj Ardalan	Marjan Kamrani	Noushin Ourmand
Djavad Ariana	Bijan Karimi	Siavash Faraji
Askari	Victoria Ketabi	Roshani Afagh Roshani
Asghari	Ali Khalafzadeh	Yashar S. J
Bahman Attai	Behrouz Khani	Saedi.N
Siavash Avesta	Mehdi Kharrazi	Sayeh Saidi Sirjani
Anahita Ayramlou	Esmail Khoi	

Pantea Azad	Amin Kord	Saeedi Sirjani.N
		Shokoufeh Samiyi
Reza Azad	Mansour Kouhi	Mostafa SanatNama
Shayan Azad	Jahangir Laghai	Ali Sarmadi
Alburz Azadikhah	Farzad Mash'had	Sayena
Pirouz Barati	Hassan Massali	Borzu Schekuhmand
Mohammad Beheshti	Elham Mehrangiz	Sohail Seddeghi
Noiloufar Beyzaei	Morad Moalem	Kourosh Sehati
Hamid Dastforoush	Safar Moghtaderi	Arman Seyfi
Haleh Dastforoush	Ashkan Mohandes	Manoushehr Shafayi
Jamshid Dezfouli	Reza Mohsenpour	Ali Shahin

Vorname/ Name	Vorname/ Name	Vorname/ Name
Samaneh Shakibi		
Maryam Shansi		
Kaveh Shirzad		
Afsaneh Shoghi		
Rostam Sohrabi		
Behrouz Souren		
Amin Tabatabai		
Ahmad Taghvaii		
Heshmat Tavakoli		
Kianoosh Tavakoli		
Sima Tavana		

Siavash Tehrani		
Fakhri Tehranzadeh		
Yousefi		
Hassan Zarezadeh		
Akbar Zargar		
Hamidreza ZarifiNia		
Abbas (Jebehe Ettehade Melli)		

VICTIMS OF IRANIAN STATE TERRORISM

Twenty years after the Islamic Republic of Iran was established, the opponents to the government are still at risk of being imprisoned, tortured and executed. Even those who have fled abroad are not safe. During the past twenty years, dozens of Iranian opponents established

abroad have been assassinated by agents of the Iranian government. Today, the whole world is affected by terrorism of the Islamic Republic of Iran. Many of these murders have been committed in European countries. The lack of toughness and the « laissez faire » policy of the European countries, as well as their political and trade dealings with Iran, cannot but increase the atmosphere of insecurity inside these countries. However in view of their geographical position and their political situation, the neighbouring countries, Iraqi Kurdistan in particular, are in a very good position in this respect. The judicial inquiries led in various countries were aimed at establishing the role and responsibility of the representatives and services of the Iranian government in the planning of extrajudicial executions on political grounds. The main investigation was held in Germany. The verdict brought in by the Berlin court on 10 April 1997 (in the trial of the assassins of our Party's secretary-general, Dr. Sadegh Sharafkandi and of three of his collaborators, all shot on 17 September 1992 in the « Mykonos » restaurant in Berlin) confirmed for the very first time the responsibility of the Iranian State's highest authorities in the assassination of their opponents. (see the verdict and the excerpts of the reasons adduced for the judgement of the Berlin court on our site under the heading « Documents »). The recent assassinations of political personalities and of writers in Iran clearly show that the election of the new president of the Islamic Republic, Mohammad Khatami, changed nothing in the regime's policy with regard to its opponents. Below you will find a partial list of 264 persons who were victims of assaults by Iran's State terrorism.

Name and first name Function Date of assault Place of assault

1. Bakhtiar Chapour Premier Ministre 1980 Paris Wounded
2. Tabatabai Opponent 1980 USA Killed
3. Chafigh Shabriar Opponent 1981 Paris « «
4. Hamed Ahmad Colonel 1982 Turkey « «
5. Nissaghi Chahrokh Colonel 1982 Philipine « «
6. Zolanvar Ahmad Opponent 1982 Pakistan « «
7. Oveissi Gholam Ali General 1984 Paris « «
8. Oveissi Hossein Opponent 1984 Paris « «
9. Tabatabael Ali Akbar Opponent 1985 USA « «
10. Mirmanout Opponent 1985 Pakistan « «
11. Chahvardilou Behroz Colonel 1985 Istanbul « «
12. Azizmoradi Hadi Colonel 1986 Istanbul « «
13. Mohammadi Ali akbar Opponent 1986 Hambourg (RFA) « «
14. Fazeli Bigan Opponent 1986 London (UK) « «
15. Monfared Hamid Opponent 1986 Turkey « «
16. Chitgar Hamid Reza Opponent 1987 Vienna (Austria) « «
17. Amir parviz Amir Hossein Minister 1987 London (UK) Wounded
18. Moradi-Talebi Ahmad Opponent 1987 Geneva Killed
19. Manssouri Mohamad Hassan Opponent 1987 Turkey « «
20. Bagheri Behroz Opponent 1987 France « «
21. Haeri Dgavad Opponent 1987 Turkey « «
22. Bagherzahde Modjahedin 1987 Afganistan « «

23. Tavakoli-Nabavi M - Ali Opponent 1987 Wembley-UK « «
24. Tavakoli-Nabavi Nouredine Opponent 1987 Wembley-UK « «
25. Bay-Ahmadi Ataollah Opponent 1989 Emirat de Doubai « «
26. Ghassemlou Abdul Rahman PDKI 1989 Vienna (Austria) « «
27. Ghaderi-Azar Abdulah PDKI 1989 Vienna (Austria) « «
28. Fazel Rassoul Kurde Irakien 1989 Vienna (Austria) « «
29. Kechavarz Gholam Opponent 1989 Cyprus « «
30. Kamanger Sedigh Opponent 1989 Irakian kurdistan « «
31. Radjavi Kazem Mojahedin 1990 Coppet- Suisse « «
32. Kachefpour Ali PDKI 1990 Turkey « «
33. Mme Ghazi Efat Kurde iranien 1990 Sweden « «
34. Elahi Cyrus Opponent 1990 Paris « «
35. Bijanfar Abdullah PDKI 1990 Ranieh « «
36. Broumand Abdul Rahman Opponent 1991 Paris « «
37. Igarashi Hitoshi Traducteur Japonais 1991 Tokyo « «
38. Capriolo Alberto Traducteur italien 1991 Milan-Italie « «
39. Bakhtiar Chapour Premier Ministre 1991 Paris « «
40. Katibeh Sorouche Opponent 1991 Paris « «
41. Mam Habib Komele 1991 Ranieh « «
42. Mansour Kamran Opponent 1991 Suleimanieh « «
43. Kurdekoshi Ahad PDKI 1991 Arbil « «

44. Fathi Mohammad (Arain) Komele 1991 Zargouyz « «
- 45 . Farhadi Saber (Sarem) Komele 1991 Bavehz « «
46. Djalil Mamaei PDKI 1991 Andarzi-Bouli « «
47. Alipour Hassan (Hasso) PDKI 1991 Andarzi-Bouli « «
48. Ghardi Mola Rassoul PDKI 1991 Andarzi-Bouli « «
49. Yazdanpanah Saïd Opposent 1991 Suleimanieh « «
- 50 . Saghezi Khaled Khabat 1991 Ranieh « «
51. Babaei Mohammad Opposent 1991 Suleimanieh « «
52. Zouraei Kamal Opposent 1991 Dareh shahidan « «
53. Zouraei Osman Opposent 1991 Dareh shahidan « «
54. Ghaderzadeh Kamal PDKI 1991 Pandjwin « «
55. Moghadam Mansour Opposent 1992 Suleimanieh « «
56. Farokhzad Fereydoun Chanteur 1992 Bonn-RFA « «
57. Moghadam Homayon Opposent 1992 Bonn-RFA « «
58. Khezri Mohammad PDKI 1992 Suleimanieh « «
59. Rahmani Mohammad PDKI 1992 Tchoman « «
60. Tatoreh Ali PDKI 1992 Halabtcheh « «
61. Mahmoudi Hadi PDKI 1992 Halabtcheh « «
62. Saedpanah Salar PDKI 1992 Halabtcheh « «
63. Moradi Fakhredin PDKI 1992 Halabtcheh « «
64. Shikhi Ebrahim PDKI 1992 Route Ravandouz « «
65. Firouzi Shapour PDKI 1992 Ranieh Kanúaran « «

66. Djalali Satar PDKI 1992 Mam Khatibe « «
67. Kheder Almass PDKI 1992 Mam Khatibe « «
68. Maeroufi Mohammad Amin PDKI 1992 Mam Khatibe « «
69. Sharafkandi Sadegh PDKI 1992 Berlin « «
70. Abdouli Fatah PDKI 1992 Berlin « «
71. Ardalan Homayoun PDKI 1992 Berlin « «
72. Dehkordi Nouri Opposent 1992 Berlin « «
73. Moradi Shahrokh PDKI 1992 Darband Khan « «
74. Ebrahimi Anvar PDKI 1992 Darband Khan « «
75. Moradi Salah PDKI 1992 Darband Khan « «
76. Rostami Rashid PDKI 1992 Darband Khan « «
77. Manoutchehri Taher PDKI 1992 Darband Khan « «
78. Nazari Mohammad Randjbaran 1992 Eurbat Suleimanieh « «
79. Soleimanpour Syf Allah Opposent 1992 Suleimanieh « «
80. Soleimanpour Reza Opposent 1992 Suleimanieh « «
81. Soleimanpour Kamran Opposent 1992 Suleimanieh « «
82. Mehrabani Mohammad PDKI 1992 Barikeh « «
83. Kagoli Karim PDKI 1992 Pandjwin « «
84. Kagoli Ahmad PDKI 1992 Pandjwin « «
85. Shafei Kamran PDKI 1992 Ranieh « «
86. Nami Djamal PDKI 1993 Suleimanieh « «

87. Naghdi Mohammad Hossein Opponent 1993 Ranieh « «
88. Abbassi Saedoun Opponent 1993 Ranieh « «
89. Faty Ahmad Opponent 1993 Ranieh « «
90. Doktor Bahram Opponent 1993 Ranieh « «
91. Azadfar Bahram PDKI 1993 Ankara « «
92. Ghaderi Mohammad PDKI 1993 Ankara « «
93. Darvishi Mola Ahmad PDKI 1993 Dyana « «
94. Osmavi Osman Komeleh 1993 Suleimanieh « «
95. Rashidi Sedigh Komeleh 1993 Suleimanieh « «
96. Modjahedi Mahmoud PDKI 1993 Hadji Abad Wounded
97. Moradi Shahrokh PDKI 1993 Darbandikhan Killed
98. Moradi Salah PDKI 1993 Darbandikhan « «
99. Ibrahimy Anvar PDKI 1993 Darbandikhan « «
100. Manoutchehri Tahir PDKI 1993 Darbandikhan « «
101. Rostami Rachid PDKI 1993 Darbandikhan « «
102. Shaikheh pour Mohammad PDKI 1993 Sangsar « «
103. Bokani Mohammad PDKI 1993 Dyana « «
104. Kermandj Taha PDKI 1994 Tchorim-Turquie « «
105. Eoraman Mostafa Opponent 1994 Arbil « «
106. Rahmani Sharif Khabat 1994 Suleimanieh « «
107. Hedayati Aboubakr PDKI 1994 Suède « «
108. Hosseini Saïed Djalal PDKI 1994 Suleimanieh Killed

109. Karima Rashad Komeleh 1994 Suleimanieh « «
110. Karimi Shafie Komeleh 1994 Suleimanieh « «
111. Djahangiri Saleh PDKI 1994 Halabtcheh « «
112. Saïdi Fatah PDKI 1994 Suleimanieh Wounded
113. Haydari Dejahang Ali PDKI 1994 Suleimanieh Killed
114. Izadi Abdullah PDKI 1994 Suleimanieh « «
115. Saedi Ebralùm PDKI 1994 Suleimanieh « «
116. Mohamadpour Ahmad PDKI 1994 Suleimanieh « «
117. Saboktakin Aboubakr PDKI 1994 Dyana « «
118. Mamah Gulh PDKI 1994 Maweh « «
119. Bal Afkan Karim PDKI 1994 Ranieh « «
120. Almaspour Ali Asgher PDKI 1994 Pandjvin « «
121. Amini Mollah Osman PDKI 1994 Copenhagen Danmark « «
122. Rahmani Ebrahim PDKI 1994 Ranieh Kan-daran « «
123. . Mohammadzadeh Morad PDKI 1994 Basarmeh « «
124. Rouïntan Ahmad PDKI 1994 Dyana Wounded
125. Morad Djola PDKI 1994 Dyana « «
126. Mouloudi Youssef PDKI 1994 Dyana « «
127. Ghalandari Ghader PDKI 1994 Dyana Killed
128. Drakhshan Mohammad PDKI 1994 Dyana « «
129. Bayzidi Mohammad Amin PDKI 1994 Dyana « «

130. Hamzaey Ghafour PDKI 1994 Baghdad « «
131. Taymouri Ali Akbar Komeleh 1994 Suleimanieh « «
132. Abassi Keshtmand-Payvand Komeleh 1994 Suleimanieh « «
133. Souzi Abdollah PDKI 1994 Suleimanieh « «
134. Mohammad Rashid PDKI 1994 Suleimanieh « «
135. Taheri Sfandyar PDKI 1994 Ourmieh « «
136. Taheri Sohrab PDKI 1994 Ourmieh « «
137. Taghizadeh Behrouz PDKI 1994 Ourmieh « «
138. Kouhi Salman PDKI 1994 Ourmieh « «
139. Jajouri Saradjedin PDKI 1994 Ourn-tieh « «
140. Kordeh Omar Refugee 1994 Rariieh Bokan « «
141. Salim Saghlo Mawloud Refugee 1994 Raiúeh Mahabad « «
142. Manbari Akbar PDKI 1994 Suleimanieh Wounded
143. Hossain Oddjagh Refugee 1994 Ichwar Ghoumeh Killed
144. Djahani Khaled PDKI 1994 Suleimanieh Wounded
145. Hassan Djet PDKI 1994 Ghaleh Dezeh Killed
146. Bazargan Hassan PDKI 1994 Raiúeh « «
147. Mahabad Nouri Refugee 1994 Arbil « «
148. Mohammad Shaikheh PDKI 1994 Sangar « «
149. Khaneh Khali Djalal PDKI 1994 Ghaleh Dezeh « «
150. Ghaderi Mohammad Saïd Komeleh 1994 Koy « «
151. Saquezi Sedigh Refugee 1994 Suleimanieh « «

152. Lavyani Mahmoud PDKI 1994 Pandjvin « «
153. Shokri Morad PDKI 1994 Suleimanieh « «
154. Djahangiri Wasse PDKI 1994 Halabtcheh « «
155. Izadi Amir PDKI 1994 Suleimanieh « «
156. Mohammad Pour PDKI 1994 Bazyan « «
157. Ryani Abdollah PDKI 1994 Darehbankan « «
158. Mohammad Zadeh PDKI 1995 Shaghlaveh « «
159. Khosrawi Haydar Refugee 1995 Suleimanieh « «
160. Hafidi Abdoul Khalegh PDKI 1995 Suleimanieh Wounded
161. Nanoi Mohainmad Refugee 1995 Bazian Killed
162. Abdollah Bag Refugee 1995 Dokan « «
163. Anjiri Esmail PDKI 1995 Suleimanieh « «
164. Barzan Sedon PDKI 1995 Ranieh « «
165. Azarbarzin Mam Hssan PDKI 1995 Ranieh « «
166. Andjinaei Barzan PDKI 1995 Suleimanieh Wounded
167. Mohammadi Mozafar PDKI 1995 Suleimanieh Killed
168. Abdollahi Mohammad PDKI 1995 Bassarmeh Wounded
169. Tchakerdeh PDKI 1995 Bassarmeh Killed
170. Shariatpanah Nadjmedin PDKI 1995 Arbil « «
171. Dabiri Dokter Ali Refugee 1995 Ranieh « «
172. Klani Osman Komeleh 1995 Suleimanieh « «

173. Farinan Osman Komeleh 1995 Suleimanieh « «
174. Hadad Efat Modjahedin 1995 Bagdad « «
175. Esfandyari Freshteh Modjahedin 1995 Bagdad « «
176. Hosseini Saïd Askar Refugee 1995 Suleimanieh « «
177. Falahi Ghader Refugee 1995 Dyana « «
178. Adibi Hossein Modjahedin 1995 Bagdad « «
179. Ebrahim Modjahedin 1995 Bagdad « «
180. Yarali Modjahedin 1995 Bagdad « «
181. Mahmoudi Rahim PDKI 1995 Ranieh « «
182. Moradi Farough PDKI 1995 Arbil « «
183. Pirani Nasser PDKI 1995 Arbil Wounded
184. Rostami Askar PDKI 1995 Village Rostam Killed
185. Ghaderzadeh Mostafa PDKI 1995 Ranieh « «
186. Hossein Dammeh PDKI 1995 Ranieh « «
187. Hossein Saïed Taleb Refugee 1995 Suleimanieh « «
188. Hosseini Saïed Moslem Refugee 1995 Suleimanieh « «
189. 1 Fadaï Manssour Refugee 1995 Suleimanieh « «
190. Hosseini Aftab Refugee 1995 Suleimanieh « «
191. Hosseini Ktan Refugee 1995 Suleimanieh « «
192. Hassan Khaleghi Refugee 1995 Dyana Wounded
193. Karimi Aziz Refugee 1995 Dyana « «
194. Dehestani Omar PDKI 1995 Hrir Killed

195. Ruyan Osman PDKI 1995 Arbil « «
196. Rahimi Abubakr PDKI 1995 Arbil « «
197. Mehdizadeh Ghafour PDKI 1995 Koy-Sanjagk « «
198. Amini Ali PDKI 1995 Koy-Sanjagk « «
199. Abdollahi Sedigh PDKI 1995 Koy-Sanjagk « «
200. Sourabi Mohainmad PDKI 1995 Arbil « «
201. Mohammadi Hadji Abdollah PDKI 1996 Sulaimanieh « «
202. Shabanzadeh Rahman PDKI 1996 Sulaimanieh « «
203. Rouhani Taher Komeleh 1996 Sulaimanieh « «
204. Keshvari Faramarz PDKI 1996 Djejnekan « «
205. Azizi Taher PDKI 1996 Djejnekan « «
206. Rahimi Osman PDKI 1996 Djejnekan « «
207. Ebrabmzadeh Hassan PDKI 1996 Djejnekan « «
208. Alipour Hassan PDKI 1996 Djejnekan Wounded
209. Hassanzadeh Farigh PDKI 1996 Djejnekan « «
210. Ebrahimi Djahangir PDKI 1996 Djejnekan « «
211. Abrandi Parizad PDKI 1996 Djejnekan « «
212. Ebrahimi Mohamad Amin PDKI 1996 Djejnekan « «
213. Sgikhani Osman PDKI 1996 Djejnekan « «
214. Ali Baba PDKI 1996 Djejnekan « «
215. Shadab Ali PDKI 1996 Djejnekan Killed

420

- 216. Djalali Abdolkarim PDKI 1996 Djejnekan « «
- 217. Hakimzadeh Kaveh PDKI 1996 Djejnekan « «
- 218. Ghalkhani Mohainmad PDKI 1996 Djejnekan « «
- 219. Tchangal Rahim PDKI 1996 Djejnekan « «
- 220. Aklon Ghader PDKI 1996 Djejnekan « «
- 221. Rezapour Ata PDKI 1996 Djejnekan « «
- 222. Sharifi Reza PDKI 1996 Djejnekan « «
- 223. Darmahi Tilkoeh Ali PDKI 1996 Djejnekan « «
- 224. Salimi Hamed PDKI 1996 Djejnekan « «
- 225. Dawlatyar Kamal PDKI 1996 Djejnekan « «
- 226. Ghaderzadeh M. Rassoul PDKI 1996 Koy-Sanjagk « «
- 227. Tchalaki Kaweh PDKI 1996 Koy-Sanjagk « «
- 228. Bapiry Hossein PDKI 1996 Koy-Sanjagk « «
- 229. Omar Bill Djafar PDKI 1996 Koy-Sanjagk « «
- 230. Pirout-Sour Amandj PDKI 1996 Koy-Sanjagk « «
- 231. Mohamadi Ali Revolutionary Unions 1996 Sulaimanieh « «
- 232. Haydarabadi Nasser Revolutionary Unions 1996 Sulaimanieh « «
- 233. Roueh Ahmad Revolutionary Unions 1996 Sulaimanieh « «
- 234. Sadegh-Vaziri Syrvan Revolutionary Unions 1996 Sulaimanieh « «
- 235. Amin Pour Mostafa Revolutionary Unions 1996 Sulaimanieh « «
- 236. Zang-Band Kamal Revolutionary Unions 1996 Sulaimanieh « «
- 237. Shakak Abass Khabat 1996 Sulaimanieh « «

238. Khandani Mohammad PDKI 1996 Ranieh « «
239. Mazlouman Reza Opposent 1996 Paris-France « «
240. Pirotzadeh Abdullah PDKI 1997 Kurdistan-Irak « «
241. Badri Abasse PDKI 1997 Sulaimanieh « «
242. Feizi Ataollah PDKI 1997 Sulaimanieh « «
243. Babai Farhad PDKI 1997 Sulaimanieh « «
244. Alizadeh Ghaleb PDKI 1997 Sulaimanieh « «
245. Molaï Amdjad PDKI 1997 Sulaimanieh « «
246. Moradi Saïd PDKI 1997 Sulaimanieh « «
247. Namaki Smail PDKI 1997 Dokan « «
248. Zokaleh Ali PDKI 1997 Dokan « «
249. Zita Hossein PDKI 1997 Sulaimanieh « «
250. Nikdjouyan Say-yed Djamal PDKI 1997 Koy-Sanjagk « «
251. Fatttahi Mansour PDKI 1997 Koy-Sanjagk « «
252. Nasserî Sey-yed Mansour PDKI 1997 Koy-Sanjagk « «
253. Esmaeelzadeh Aboubakr PDKI 1997 Koy-Sanjagk « «
254. Hosseini Rafat PDKI 1997 Koy-Sanjagk « «
255. Shirin Sokhan Yadulla PDKI 1997 Koy-Sanjagk « «
256. Pirouz Davani Writer 1988 Teheran « «
257. Darius Forouhar Ministre 1988 Teheran « «
258. Parvaneh Forouhar Parti Melat Iran 1988 Teheran « «

422

259. Majid Sharif Sociologist-Writer 1988 Teheran « «

260. Mohammad Mokhtari Poet-Writer 1988 Teheran « «

261. Mohammad Pouyandé Writer 1988 Teheran « «

262. Jamshid Partavi Military Doctor 1988 Teheran « «

An Open Letter to the American People

Why I will not accept to be second-tier citizen

By: Hassan Massali, Ph.D.

In the wake of the terrorist attacks in Paris and in San Bernardino, some fascist elements in Europe and the United States are attempting to justify their crimes against humanity in Africa, Latin America, and the Middle East. There now exist daily discriminatory acts against political refugees that, because of military occupation from certain Western governments and Civil War, have been forced to flee their countries.

In recent weeks, and in public events swirling around the U.S. Presidential elections, some citizens have promoted racist and fascist ideology very openly in the public. What's more, they classified some legal U.S. citizens as second-tier citizens.

In these instances when our rights are being violated, who will protect my, and our legally binding, constitutional rights? Will it be the President? The Department of Justice? Or do the country's founding members need to rise from the dead to accomplish what those who are living refuse to do?

Below, I have listed the reasons for the expansion of global terrorism, and the approach to ending this horrific, potentially life-ending dilemma in our modern world.

Reasons for the global expansion of terrorism include:

The lack of freedom and democracy, as well as the military occupation of U.S.A., U.K., and France in the Middle East, Africa

and Latin America.

Many countries in the Middle East, Asia and Africa have been ruled by autocratic and dictatorial regimes. For many years, the United States and several European countries (the U.K., France, to name a few) have adopted a misguided foreign policy – supporting repressive and corrupt governments and also have created Terrorist groups (in Afghanistan, Pakistan, Iran, Iraq, Egypt, Libya, Syria), while crushing the liberal sentiments and democratic aspirations of entire societies.

Corrupt governments grossly violated human rights and accelerated their country's economic and cultural bankruptcy. Religion became the political alternative to failed secular regimes. The extreme political conditions allowed room for ideological groups to flourish into mainstream culture. Terrorist fundamentalist groups appealed to new members by advertising their nation's economic and political salvation through the destruction and eradication of real and perceived enemies. The extremist propaganda made it more difficult for the moderate liberal regimes to slow the growing number of Islamic extremists and to ignore the demands for a more fundamentalist religious state representation.

The Palestinian cause and the detrimental policies of Arab and Israeli leaders:

For many decades, the fate of the Palestinians has remained unclear, and it remains so today. Millions of Palestinians have lived in refugee camps all over the Middle East, specifically in Jordan, Syria, Iraq and Lebanon, for more than half a century. Corrupt and weak Arab governments in their ill-fated attempts to resist against Israeli Aggression policy have exacerbated the Palestinian problem and reduced regional security throughout

the Middle East. Efforts to make peace were met with resistance; in 1995, after years of chaos, Yitzhak Rabin was assassinated by the hand of a Jewish extremist following attempts at achieving meaningful Israeli-Palestinian Peace.

The former Prime Minister of Israel, Ariel Sharon, as well as the current, Benjamin Netanyahu, had chosen a path directly opposed to that of Yitzhak Rabin. These extremists believed that they could protect the security of Israel with military occupation and killing the civilians or the assassination of Palestinian political leaders. Yet, these acts have done nothing but create more hate, martyrs, and suicide bombers.

Nevertheless, I am still optimistic for hope and change. I believe that the creation of a Palestinian state, and Two –State Solution, will cease the expansion of terrorism and slow the conflict between the democrat Jews and democrat Palestinians.

Alternative approach

1: To create an “Independent International Criminal Court.” One that brings all Heads of State (in U.S.A., U.K., France), who are responsible in the creation of the Islamic terrorist groups and administer War Crimes Against Humanity.

2: To organize an international solidarity conference with the representatives from peace and civil right organizations with the ambitions to promote peace, democracy and human rights around the world.

3: To create an international coalition and solidarity union in the world. One that takes the proper action in eliminating poverty and combating against terrorism and extremism, while taking

steps to end foreign military intervention in African, Asian, and Latin American countries.

4: To stop the veto regulation in the United Nation and to promote equal rights for all members of United Nations.

5: To stop the support of corrupt regimes and dictators around the globe.

6: For a serious shift in the United States internal and foreign policy, it is necessary to create a new strong progressive party, one that is able to stop the influence of the reactionary and anti-democratic lobbyist groups. With these serious, and sweeping changes, the creation of a new democratic and progressive sociopolitical structure in the United States and Europe can finally be realized.

Herby, I plead the younger generations in Europe and the United States to wake up and create “networks” around the world to promote democracy and human rights and to resist the fascist and corrupt institutions around the world.

Hassan Massali, Ph.D.

December 2015

Warum wurden John F. Kennedy und sein Bruder Bob umgebracht?

Welche Rolle spielten der Chef des FBI (Edgar Hoover) und die „Dunklen Reaktionären Kräfte“ in USA in diesem Fall?

Mehr erfahren Sie in diesem Buch:

*JFK And The Unspeakable, geschrieben von James W. Douglass;
Published by: Simon&Schuster, NewYork, London, Toronto,
Sydney. ISBN 978-1-4391-9642-7 (ebook).

*Der Berater von J. F. Kennedy, W. W. Rostow ist Autor des Buchs:
„The stages of economic growth“- A non-communist manifesto.
(Cambridge University Press). Er hat damals eine „Reform“ der US-
Außenpolitik verlangt und durchgeführt.

*The secret History

Im Buch “Ghost War” wird über “The Secret History of the CIA,
Afghanistan, and bin Laden, from the Soviet Invasion to September
10, 2001 berichtet (von Steve Coll, published by the Penguin
Group).

*Das Buch “Devil’s Game” hat zum Inhalt: How the United States
Helped Unleash Fundamentalist Islam (von Robert Dreyfuss,
published by Henry Holt and Company, LLC).

Rense.com

JFK's Concern Over Israel's Nuclear Bomb Program

JFK's Letter To Israeli PM Eshkol July 5, 1963
5-4-2

Dear Mr. Prime Minister (Eshkol),

It gives me great personal pleasure to extend congratulations as you assume your responsibilities as Prime Minister of Israel. You have our friendship and best wishes in your new tasks. It is on one of these that I am writing you at this time.

You are aware, I am sure, of the exchange which I had with Prime Minister Ben-Gurion concerning American visits to Israel,s nuclear facility at Dimona. Most recently, the Prime Minister wrote to me on May 27. His words reflected a most intense personal consideration of a problem that I know is not easy for your Government, as it is not for mine. We welcomed the former Prime Minister,s strong reaffirmation that Dimona will be devoted exclusively to peaceful purposes and the reaffirmation also of Israel,s willingness to permit periodic visits to Dimona.

I regret having to add to your burdens so soon after your assumption of office, but I feel the crucial importance of this problem necessitates my taking up with you at this early date certain further considerations, arising out of Mr. Ben-Gurion,s May 27 letter, as to the nature and scheduling of such visits.

I am sure you will agree that these visits should be as nearly as possible in accord with international standards, thereby resolving all doubts as to the peaceful intent of the Dimona project. As I wrote Mr. Ben-Gurion, this Government,s commitment to and support of Israel could be seriously jeopardized if it should be thought that we were unable to obtain reliable information on a subject as vital to the peace as the question of Israel,s effort in the nuclear field.

Therefore, I asked our scientists to review the alternative schedules of visits

we and you had proposed. If Israel's purposes are to be clear beyond reasonable doubt, I believe that the schedule which would best serve our common purposes would be a visit early this summer, another visit in June 1964, and thereafter at intervals of six months. I am sure that such a schedule should not cause you any more difficulty than that which Mr. Ben-Gurion proposed in his May 27 letter. It would be essential, and I understand that Mr. Ben-Gurion's letter was in accord with this, that our scientist have access to all areas of the Dimona site and to any related part of the complex, such as fuel fabrication facilities or plutonium separation plant, and that sufficient time to be allotted for a thorough examination.

Knowing that you fully appreciate the truly vital significance of this matter to the future well-being of Israel, to the United States, and internationally, I am sure our carefully considered request will have your most sympathetic attention.

Sincerely,

John F. Kennedy

<http://www.jfkmontreal.com/toc.htm>

—
Israel And The Bomb

By Avner Cohen

A Choice Outstanding Academic Book

"... Avner Cohen's book stands in a class of its own. It is the first scholarly study of the history of this project, it is richly documented, and it unveils some of the major mysteries surrounding events by tapping a large body of previously untouched sources. . . . It can only be assumed that when this national mood of 'nuclear' ignorance changes, Cohen's book will serve as a solid foundation for this debate." -- Uri Bar-Joseph, Jewish History

"Cohen's book hits nation's sensitivity." -- Dan Ephron, Washington Times

"Cohen's work will necessitate the rewriting of Israel's history, wars, international relations, domestic political crises, economy, psychology, national pride--everything will have to be viewed in a different light." -- Tom Segev, Ha'aretz

"This is an extraordinarily important book. Cohen has produced an amazing

piece of historical scholarship on a subject deliberately shrouded in clouds of misdirection, for legitimate *raisons d'état*, by both Israeli and American governments." -- Samuel W. Lewis, U.S. Ambassador to Israel (1977-1985)

"This impeccably documented history of the first two decades of the Israeli nuclear program illuminates the complex domestic and international forces that shaped the activity and gives the reader fascinating insight into the thinking of Israeli, French, and U.S. leaders on the uniquely sensitive subject that only a few participants were fully aware of at the time." -- Spurgeon Keeny, President and Executive Director, The Arms Control Association

"Cohen lays out as fully as now possible the intricate interplay of domestic politics in Tel Aviv/Jerusalem, Paris, and Washington with the diplomatic interaction of the three countries, formal and informal, that shaped the path of Israel's nuclear program. An unmatched and indispensable contribution to understanding our nuclear age, the lessons of Israel and the Bomb have renewed salience in the context of the movement of more nations into the nuclear club." Carl Kaysen, former deputy national security advisor to JFK

"A compelling and comprehensive account of the development of what he calls Israel's doctrine of 'nuclear opacity.'" --Paul C. Warnke, former Assistant Secretary of Defense,

"A scholarly treatise that includes over 1,200 footnotes, yet reads like a novel. . . . [Cohen] analyzes in rich detail how this policy of 'nuclear opacity' evolved and what made it possible." --Lawrence Kolb, New York Times Book Review

"For anyone interested in the never-ending struggles in the Middle East and life on the edge in the nuclear age, this book is a must-read." --Miami Herald

"This important volume deserves the attention of Middle East scholars and students of foreign policy, nuclear proliferation, and Israeli politics." --A.R. Norton, Boston University Choice

"Israel and the Bomb should be required reading for those interested in nuclear issues in general and in the complexities of the American-Israeli relationship in particular. For American decision makers, the book should serve as an invaluable case-study of how not to deal with future instances of nuclear proliferation." --Michael Rubner, Middle East Policy

Until now, there has been no detailed account of Israel's nuclear history. Previous treatments of the subject relied heavily on rumors, leaks, and

journalistic speculations. But with *Israel and the Bomb*, Avner Cohen has forged an interpretive political history that draws on thousands of American and Israeli government documents -most of them recently declassified and never before cited -and more than one hundred interviews with key individuals who played important roles in this story. Cohen reveals that Israel crossed the nuclear weapons threshold on the eve of the 1967 Six-Day War, yet it remains ambiguous about its nuclear capability to this day. What made this posture of "opacity" possible, and how did it evolve?

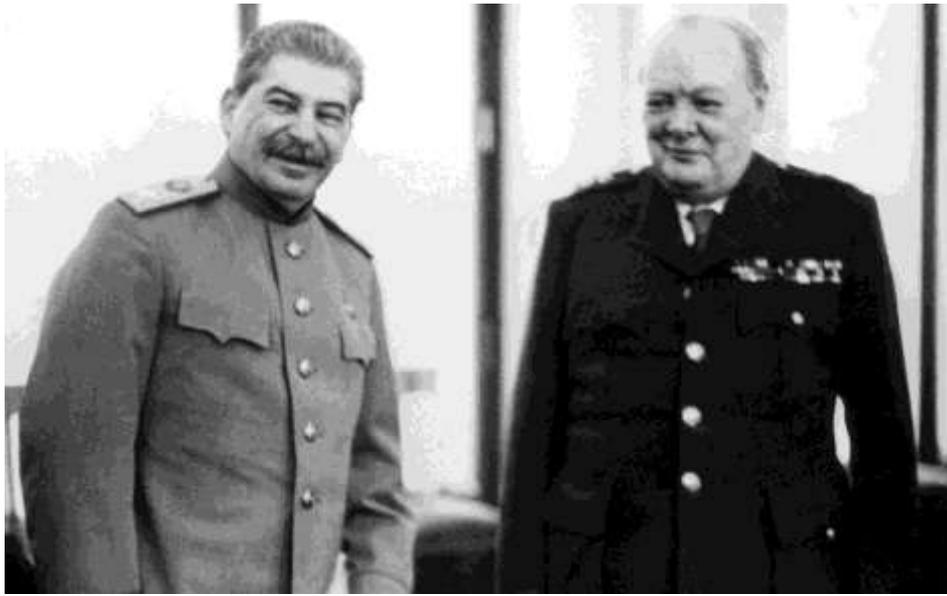
Cohen focuses on a two-decade period from about 1950 until 1970, during which David Ben-Gurion's vision of making Israel a nuclear-weapon state was realized. He weaves together the story of the formative years of Israel's nuclear program, from the founding of the Israeli Atomic Energy Commission in 1952, to the alliance with France that gave Israel the sophisticated technology it needed, to the failure of American intelligence to identify the Dimona Project for what it was, to the negotiations between President Nixon and Prime Minister Meir that led to the current policy of secrecy. Cohen also analyzes the complex reasons Israel concealed its nuclear program -from concerns over Arab reaction and the negative effect of the debate at home to consideration of America's commitment to nonproliferation.

Israel and the Bomb highlights the key questions and the many potent issues surrounding Israel's nuclear history. This book will be a critical resource for students of nuclear proliferation, Middle East politics, Israeli history, and American-Israeli relations, as well as a revelation for general readers.

Contents

- * Introduction
- * 1. Men and Ethos
- * 2. Before the Beginning
- * 3. The Beginning
- * 4. The Road to Dimona
- * 5. Dimona Revealed
- * 6. Kennedy and the Israeli Project
- * 7. The Battle of Dimona
- * 8. Debate at Home
- * 9. Kennedy and Eshkol Strike a Deal
- * 10. The Dimona Visits (1964-1967)
- * 11. Ambiguity Born
- * 12. Growing Pains
- * 13. The Arabs and Dimona
- * 14. The Six-Day War
- * 15. Toward Opacity
- * 16. The Battle Over the NPT

Nach dem 2. Weltkrieg entschieden Churchill, Roosevelt und Stalin (als neue Machthaber) Ost-West zu besetzen und eine „neue Weltordnung“ zu formen



Stalinismus und neuer Kolonialismus begünstigen einen neuen Faschismus und die Entstehung des Terrorismus.

Weltkrise: Hass, Terrorismus und eine neue Art von Faschismus

1. Um dem Faschismus in Deutschland, Italien und Japan entgegenzuwirken, verbündeten sich die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs auf der einen Seite mit der Sowjetunion, geführt durch Stalin, auf der anderen Seite und besiegten den Faschismus. Im Nachhinein haben sich diese Regierungen als befreiende und demokratische Kräfte in der Welt dargestellt. Allerdings machten diese Regierungen später massive Fehler, welche zu einer neuen Form des Faschismus führten. Dieser neue Faschismus führte letztlich zur aktuellen Weltkrise.

2. Diese Fehler sind die folgenden: die militärische Besetzung Osteuropas durch die Sowjets unter Stalin führte zur erzwungenen Transformation kommunistischer Nationen. Der Rest der alliierten Kräfte, einschließlich der Briten, Amerikaner und Franzosen entschied sich dazu, zur Aggression der Sowjets zu schweigen. Stattdessen begannen sie mit der Aufteilung einiger Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika untereinander, womit in diesen Regionen eine neue Ära der Ausbeutung, wie zum Beispiel durch Marionettenregierungen, anbrach.
3. Im Zweiten Weltkrieg verursachte Amerikas Einsatz der Atombomben in Hiroshima und Nagasaki eine schreckliche menschliche Tragödie. Des Weiteren bombardierten die Alliierten Millionen von Zivilisten in Deutschland, mit dem Vorwand gegen Hitler zu kämpfen.
4. In der Mitte des 20. Jahrhunderts manifestierte sich der Wettbewerb zwischen Ost und West im Kalten Krieg. Die beiden Seiten übten ihre neu gewonnene Macht in Form von militärischer Besatzung und Staatsstreich aus. Für den Osten passierte dies in Afghanistan, Somalia, Äthiopien und im Jemen. Währenddessen machten die Westmächte diese Anstrengungen in Lateinamerika und dem Nahen Osten.
5. Die westlichen Supermächte ignorierten den Willen der lokalen Bevölkerung, unterstützten Diktatoren, entweder durch Staatsstreich oder militärische Aggression, um den Kommunismus zu bekämpfen. Ihre engstirnige Politik sah es als vorteilhaft an, islamische Terrorgruppen aus fanatischen Islamisten zur Bekämpfung des Kommunismus zu schaffen.
6. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion führten die Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs ihre Vorherrschaft in der Welt fort. Und von dieser neuen Politik wurde behauptet, dass sie die "neue Weltordnung" sei.

Es ist meine Meinung, dass sich in dieser neuen Weltordnung ein neuer Faschismus herausgebildet hat, welcher von Regierungselementen, Politikern und Lobbyisten unterstützt wird.

Der Kontrast zwischen neuem Faschismus und klassischem Faschismus, unter Hitler, sind wie folgt:

- a) Im klassischen Faschismus war die Ideologie transparent. Politische Programme waren eindeutig definiert und Rassismus wurde gefördert und umgesetzt. Es gab nur eine Partei zur Umsetzung dieser faschistischen Ideologie. Die Regierung setzte diese Maßnahmen offen um.
- b) In der neuen Weltordnung gibt es oberflächliches Gerede von Demokratie, aber die Supermächte haben ein Zweiparteiensystem geschaffen, um ihre Völker dahingehend zu täuschen, zu glauben, dass sie Teil einer demokratischen Gesellschaft seien. Eine große Mehrheit der Menschen, die diese Regierungspositionen angenommen haben, ist selbst nicht faschistisch. Doch die wahre Macht wird von Neokonservativen kontrolliert, die hinter verschlossenen Türen und/oder durch antidemokratische Lobbyorganisationen agieren. Selbst die Präsidenten und Premierminister dieser Supermächte können diesen Faschismus nicht bekämpfen, aus Angst vor dem, was mit John F. Kennedy und seinem Bruder Robert Kennedy geschehen ist.
- c) In dieser neuen Weltordnung ist die Welt in zwei Teile geteilt:
 - 1) Kapitalistische Supermachtländer, geführt von den USA, Großbritannien und Frankreich (die weiterhin aggressiv ihre Ausbeutung in Teilen von Afrika, Asien und Lateinamerika betreiben).
 - 2) Die unterentwickelten Länder dieser drei Kontinente (Afrika, Asien, Lateinamerika), die große Rohstoffressourcen ohne wirklichen industriellen Fortschritt besitzen, haben lange Perioden von Kolonialisierung und Unterdrückung

sowohl unter der alten als auch der neuen Weltordnung erlitten.

Die Supermächte sehen sich als "Pate" der Welt und glauben, es sei ihr Recht, militärisch zu intervenieren und Leben und Eigentum zu zerstören, um ihre Macht und ihren Einfluss zu maximieren. Weiterhin sehen sie die Menschen dieser drei Kontinente als minderwertig und als Bürger zweiter Klasse an.

- d) In dieser neuen Weltordnung des Faschismus werden Menschen verschiedener ethnischer und religiöser Hintergründe dazu verleitet, einander zu bekämpfen. Die Supermächte der Welt schaffen Terroristengruppen, um ihnen grünes Licht zu geben, in die Belange dieser Regionen militärisch und politisch einzugreifen.
- e) In dieser neuen Weltordnung des Faschismus, werden Regierungen wie Saudi-Arabien, die Türkei und Israel als Basis genutzt.

Wie gehen wir gegen diese neue Weltordnung des Faschismus vor?

1. Unterstützung der Organisationen der demokratischen und säkularen Kräfte in diesen Regionen. Des Weiteren muss es zwischen diesen demokratischen Kräften und den progressiven Kräften in den USA und in Europa eine bessere Koordination geben, um Krieg und militärische Interventionen zu bekämpfen.
2. Die Einrichtung unabhängiger internationaler Gerichte zur Überwachung der Verbrechen, die von Politikern und potentiell von Lobbyisten begangen werden.
3. Der Abbruch politischer und ökonomischer Beziehungen mit Ländern, die nicht die demokratischen Rechte der Menschen anerkennen.



Die US-Regierung setzte während des 2. Weltkriegs Atombomben in Hiroshima, Japan, ein. Das war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Next head of “Civil Administration” (of Netanyahu) said : Palestinians are Sub-Human

<http://www.thtruthseeker.co.uk/?p=115468>

Wie America ISIS half (how America helped ISIS),

The New York Times, October 1/ 2014

Andrew Thomson and Jeremi Suri

<http://nytimes/1nK5Yo0>

ISIS Leader Abu Bakr Al Baghdadi Trained by Israeli Mossad, NSA Documents Reveal

<http://www.globalresearch.ca/isis-leader-abu-bakr-albaghdadi-trained-by-israeli-mossad-nsa-documents-reveal/5391593>

Migration and Activism in Europe Since 1945 edited by Wendy Pojmann

www.migration in Europe since 1945/Hassan Massali

Dr. Jean A. Bernard, a French Hematologist found Cancer in Shah of Iran.

www.NYTimes.com (April 30, 2006)

<http://readerssupportednews.org/news-section2/374-bush-administration/11420-war-tribunal-finds-bush-cheney-rumsfeld-guilty-of-war-crimes/>

**Cheney's Halliburton verdiente 395 Milliarden Dollar am Irak-Krieg
(Autor:Angelo Young)**

<http://readerssupportednews.org/news-section2/308-12/16561-focus-cheney-halliburton-mad-395-billion-on-irq-war.html>

**Interview With US General Wesley Clark (Ret.), About the Iraq War
Democracy Now. March 2.2007**

<http://youtu.be/sxs3vw47m0E>

The War Crime, Migrants & Refugees

<https://www.dumpert.nl/embed/6695011/28ec7b05/>

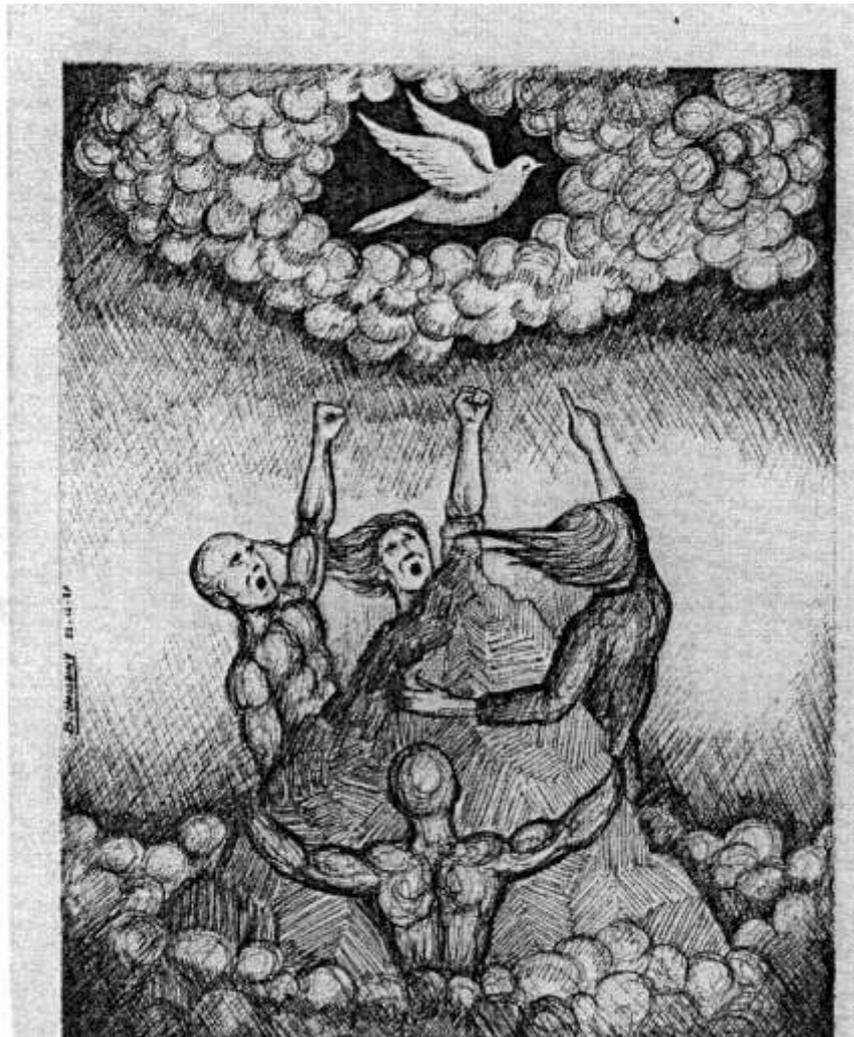
USA Backed ISIS

<http://youtu.be/eo2GYQxopbM>

Gun Owners (The Washington Post October 15, 2015)

<http://www.moveon.org/r/?r=308149&id=135578-24580555-LcpSZIx&t=5>

<http://www.moveon.org/r/?r=308357&id=135578-24580555-LcpSZIx&t=6>



United against War, Terrorism, and New Fascism in the World